



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

CHILE 1973 – VENEZUELA 2002

- Eine vergleichende Analyse zweier
Staatsstreiche

Verfasserin

Mag.phil. Katia Villarroel Moreno

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300 301
Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft
Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Dietrich

*Áspero territorio,
extremo sur del agua:
recorrí
los costados,
los pies, los dedos fríos
del planeta,
desde arriba mirando
el duro ceño,
tercos montes y nieve abandonada,
cúpulas del vacío,
viendo,
como una cinta que se desenrolla
bajo las alas férreas
la hostilidad
de la naturaleza.*

*Aquí, cumbres de sombra,
ventisqueros,
y el infinito orgullo
que hace resplandecer
las soledades,
aquí, en alguna cita
con raíces
o solo con el ímpetu del viento
debo haber nacido.*

*Rauer Himmelsstrich,
äußerster Süden des Meeres:
ich lief
die Borde entlang,
Füße und Finger kalt
vom Planeten,
von oben herab
harddüsteres Blicken,
starrsinnige Berge und verlassenere Schnee,
Kuppeln der Leere,
sah
wie ein Band, das sich
unter eisernen Flügeln entrollt,
die Feindseligkeit der Natur.*

*Hier, Gipfel aus Dunkel,
Schneegestöber,
und der unendliche Stolz,
der die Einsamkeiten
erstrahlen lässt,
hier, bei einer Zusammenkunft
mit Wurzeln
oder nur bei des Sturms Gewalt
muss ich geboren sein*

Pablo Neruda

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT UND DANKSAGUNG	- 2 -
EINFÜHRUNG UND METHODE	- 4 -
BEGRIFFSDEFINITIONEN	- 6 -
I. ÜBERSICHT UND ENTWICKLUNG BEIDER LÄNDER	- 9 -
1.1. DIE „VORBILDEMOKRATIE“ CHILE BIS 1970	- 9 -
1.1.1. DIE ANFÄNGE ALS REPUBLIK.....	- 9 -
1.1.2. DER KALTE KRIEG UND SEINE AUSWIRKUNGEN.....	- 11 -
1.1.3. CHILE UNTER FREI	- 14 -
1.2. DIE „STABILE DEMOKRATIE“ VENEZUELA BIS 1998.....	- 16 -
1.2.1. DIE UNABHÄNGIGKEIT UND SIMÓN BOLÍVAR	- 16 -
1.2.2. DER PAKT VON PUNTO FIJO UND SEINE FOLGEN.....	- 18 -
1.2.3. DER AUFSTAND DER ARMEN IN CARACAS	- 21 -
1.3. RESÜMEE	- 24 -
II. DIE REFORMBEWEGUNGEN	- 27 -
2.1. DIE BEWEGUNG DER UNIDAD POPULAR	- 27 -
2.1.1. DIE WAHLEN VON 1970	- 29 -
2.1.2. DIE REFORMPOLITIK DER UP	- 32 -
2.1.3. DIE STELLUNG DES KUPFERS IN CHILE.....	- 33 -
2.1.4. DIE <i>CORDONES INDUSTRIALES</i>	- 36 -
2.2. DIE BEWEGUNG FÜNFTE REPUBLIK.....	- 38 -
2.2.1. DIE WAHLEN VON 1998	- 40 -
2.2.2. DIE REFORMEN DER MVR	- 43 -
2.2.3. DIE STELLUNG DES ERDÖLS IN VENEZUELA	- 48 -
2.2.4. DIE <i>CÍRCULOS BOLIVARIANOS</i>	- 50 -
2.3. RESÜMEE	- 52 -
III. DIE PRÄSIDENTEN	- 56 -
3.1. DER DEMOKRAT SALVADOR ALLENDE	- 56 -
3.1.1. KURZBIOGRAPHIE VON SALVADOR ALLENDE	- 56 -
3.1.2. ALLENDE DER „ANTICHRIST“	- 57 -
3.1.3. ALLENDE UND DIE DEMOKRATIE.....	- 59 -
3.1.4. DER MYTHOS ALLENDE.....	- 62 -
3.2. DER PUTSCHIST HUGO CHÁVEZ.....	- 65 -
3.2.1. KURZBIOGRAPHIE VON HUGO CHÁVEZ	- 66 -
3.2.2. DER „VERRÜCKTE“ CHÁVEZ.....	- 68 -
3.2.3. DER CHÁVISMO ALS POPULISTISCHE MASENBEBEWEGUNG.....	- 70 -
3.2.4. DAS DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS DES <i>COMANDANTE</i>	- 74 -
3.3. RESÜMEE	- 78 -
IV. DIE OPPOSITION	- 80 -
4.1. DIE OPPOSITION IN CHILE	- 80 -
4.1.1. DIE NATIONALEN UND CHRISTDEMOKRATEN	- 80 -
4.1.2. DIE LAHMLEGUNG DER LEGISLATIVE.....	- 85 -
4.1.3. DIE MEDIENLANDSCHAFT IN CHILE	- 86 -
4.1.4. MOBILISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN UND DER STREIK VOM OKTOBER 1972	- 90 -
4.1.5. DIE VERWICKLUNG DER USA HINSICHTLICH DES STAATSTREICHS IN CHILE	- 94 -
4.1.5.1. VERHINDERUNG DER WAHL ALLENDES.....	- 95 -
4.1.5.2. EINFLUSS AUF DIE MEDIEN	- 97 -
4.1.5.3. FINANZIERUNG DER STREIKS	- 99 -

4.2.	DIE OPPOSITION IN VENEZUELA	- 101 -
4.2.1.	DIE PARTEIEN DES PUNTO FIJO	- 101 -
4.2.2.	DIE GEWERKSCHAFT CTV	- 104 -
4.2.3.	DIE UNTERNEHMER UND DIE FÜHRUNG DER PdVSA.....	- 106 -
4.2.4.	DIE OPPOSITIONELLEN MEDIEN IN VENEZUELA.....	- 108 -
4.2.5.	DIE MITWIRKUNG DER USA AN DER ENTWICKLUNG IN VENEZUELA.....	- 113 -
4.3.	RESÜMEE	- 117 -
V.	DAS MILITÄR	- 120 -
5.1.	DAS „NEUTRALE“ MILITÄR IN CHILE.....	- 120 -
5.1.1.	DIE ENTWICKLUNG DES CHILENISCHEN MILITÄRS BIS ZUM KALTEN KRIEG	- 121 -
5.1.2.	DIE DOKTRIN DER NATIONALEN SICHERHEIT UND IHRE AUSWIRKUNG AUF DAS MILITÄR IN CHILE.....	- 124 -
5.1.3.	DAS MILITÄR UNTER ALLENDE	- 126 -
5.2.	DIE STREITKRÄFTE VENEZUELAS	- 129 -
5.2.1.	VON CAUDILLOS UND MILITÄRDIKTATOREN.....	- 129 -
5.2.2.	DER BOLIVARISMUS ALS MILITÄRISCHE TRADITION	- 132 -
5.2.3.	CHÁVEZ UND DAS MILITÄR.....	- 134 -
5.3.	RESÜMEE	- 136 -
VI.	DIE STAATSTREICHE VON 1973 UND 2002	- 139 -
6.1.	DAS ENTZWEITE CHILE	- 139 -
6.1.1.	DIE ENTWAFFNUNG DES VOLKES IN CHILE.....	- 139 -
6.1.2.	DER ANDERE 11. SEPTEMBER	- 141 -
6.1.3.	DIE NACHWEHEN.....	- 144 -
6.2.	MASSENDEMONSTRATIONEN IN CARACAS.....	- 146 -
6.2.1.	DIE EREIGNISSE VOM APRIL 2002	- 146 -
6.2.2.	DIE MEDIEN UND DER PUTSCH	- 150 -
6.2.3.	DIE LAHMLEGUNG DES ERDÖLSEKTORS.....	- 152 -
6.2.4.	DAS REFERENDUM ZUR ABWAHL VON CHÁVEZ	- 154 -
6.3.	RESÜMEE	- 157 -
	CONCLUSIO	- 160 -
	BIBLIOGRAPHIE	- 163 -
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	- 171 -
	ANHANG	- 175 -

VORWORT UND DANKSAGUNG

Obwohl diese Arbeit nicht den Anspruch erhebt objektiv zu sein, glaube ich dass sie wissenschaftlich fundiert und analytisch korrekt ist. Wie oft verdammen wir als Politikwissenschaftler die Subjektivität als das „Böse“ und meinen mit Subjektivität das Befürworten oder Benachteiligen von bestimmten Gruppierungen, Bewegungen oder gar politischen Parteien. Aber kann eine Arbeit nicht subjektiv und gleichzeitig wissenschaftlich begründet sein?

Bereits in dem Augenblick, wo wir uns für die politikwissenschaftliche Ausarbeitung eines Themas entscheiden handeln wir subjektiv. Warum interessieren wir uns für dieses Thema und nicht ein anderes? Wir wollen damit vielleicht unsere eigene Geschichte aufarbeiten, oder mehr über etwas uns ganz Fremdes erfahren, oder wird gar das Thema von einem Unternehmen bzw. einer Organisation als wissenschaftlich interessant empfunden und dessen Behandlung lockt mit einer finanziellen Unterstützung. Es gibt viele Gründe für die Entstehungsgeschichte von wissenschaftlichen Arbeiten, und sie sind keineswegs objektiv. Im weiteren Verlauf entscheiden wir uns für eine bestimmte Methodik, Analyse und Schlussfolgerung. Dies sind alles subjektive Entscheidungen.

Über meine ganze Studienzeit der Politikwissenschaft an der Universität Wien hindurch hat mich, aufgrund meiner Herkunft, das Thema Chile beschäftigt. In vielen meiner Analysen spielten Chile und Lateinamerika eine große Rolle. Dadurch erhielt ich die Gelegenheit die unterschiedlichsten Aspekte der chilenischen Gesellschaft wissenschaftlich aufzuarbeiten.

Als sich im Jahre 2002 die Ereignisse in Venezuela zuspitzten und es zur Staatskrise kam, war das natürlich auch innerhalb meiner Familie und meines Freundeskreises ein wichtiges Diskussionsthema. Was mir dabei auffiel war, dass wir bei diesen Gesprächen immer wieder bei Vergleichen zwischen Chile und Venezuela landeten. Vor allem die beiden markanten Persönlichkeiten Salvador Allende und Hugo Chávez standen im Mittelpunkt des Interesses. Rückblickend waren diese Diskussionen der erste Anstoß für diese Arbeit.

Bei den bisherigen wissenschaftlichen Arbeiten über Hugo Chávez und seine Bewegung der Fünfte Republik wurden viele Aspekte seiner Politik, seiner wirtschaftlichen Maßnahmen und seiner Persönlichkeit untersucht. Im deutschsprachigen Raum hat es insbesondere in den letzten fünf Jahren viele Publikationen bezüglich dieses Themas gegeben. Vergleiche mit anderen Projekten in Lateinamerika fehlen jedoch zum großen Teil. Aus diesem Grund schien mir eine vergleichende Analyse dieser zweier Staatsstrieche, trotz der Einbettung in unterschiedlichen Zeitepochen, notwendig.

In diesem Zusammenhang möchte ich meiner Familie und meinen Freunden für die vielen politischen Gespräche danken. Mein Dank gebührt ebenfalls meinem Diplomarbeitsbetreuer, der Universität Wien sowie der Universidad Central de Venezuela.

EINFÜHRUNG UND METHODE

Obwohl die Ereignisse um die Niederschlagung der demokratischen Regierung in Chile und dem Putsch gegen Hugo Chávez fast 30 Jahre auseinander liegen, liefern sie doch interessante Anhaltspunkte, die meiner Meinung nach eine vergleichende Analyse zulassen. Sicherlich ist anzumerken, dass insbesondere das Thema Chile und Allende bereits in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten im Mittelpunkt stand und steht. Und es stellt sich die Frage: „Kann es denn noch etwas zu entdecken geben?“ Nach Meinung der Autorin ist diese Frage mit einem klaren „Ja“ zu beantworten. Denn gerade diese Arbeit beispielsweise und das Aufgreifen des Themas in Verbindung mit dem heutigen Venezuela zeigt deutlich wie aktuell das Chile von 1973 noch sein kann.

Über den Zeitraum von 1973 bis 2002 hat sich Lateinamerika stark gewandelt. Die Zeit der vielen Diktaturen und des Kalten Krieges sind vorbei, man arbeitet nun an dem Anschluss an die erste Welt. Bei genauerer Betrachtung sieht man jedoch, dass auf sozialpolitischer Ebene vieles beim alten geblieben ist. Die Konflikte zwischen den angeblich nicht mehr existierenden Bevölkerungsklassen sind noch immer aktuell. Die Einen streben weiterhin nach dem Erhalt des Status quo während die Anderen mehr Beteiligung an den politischen und sozialen Entscheidungsprozessen fordern. Der Einfluss von Großkonzernen und die Abhängigkeit von der Weltbank sowie dem Internationalen Währungsfond sind für bestimmte Länder Lateinamerikas größer denn je.

Hier stellt sich nun für mich die Frage: Was sind nun die Unterschiede zwischen Chile im Jahre 1973 und Venezuela 2002? Warum scheiterte das Projekt des sozialistischen Präsidenten und überlebte das von Hugo Chávez? Immerhin konnte sich auf der einen Seite in Chile eine 20-jährige brutale Militärdiktatur etablieren, während in Venezuela der Putsch bereits nach wenigen Tagen zu Ende ging und das trotz vorangehender Planung und Beteiligung des Militärs, der Medien und der Wirtschaft.

Um Antworten auf diese Fragestellungen zu finden, stellte ich verschiedene Faktoren der jeweiligen Länder gegenüber, um so Ähnlichkeiten und

Unterschiede herauszuarbeiten. Zu diesen Faktoren zählen die beiden Präsidenten an der Spitze des Landes mit ihren reformistischen Programmen und den dazugehörenden Parteien, die nationalen Streitkräfte und ihre Rolle bei den Staatsstreichen, die Bedeutung des Erdöls bzw. des Kupfers in den jeweiligen Ländern und die damit verbundenen Konflikte zwischen Regierung und Opposition sowie die Rolle der Opposition und ihre Destabilisierungsmaßnahmen insbesondere auf medialer Ebene.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang die Betrachtungsweise der politisch und wirtschaftlich etablierten Kräfte im Land. Diese sehen die Beteiligung der bisher ausgegrenzten unteren Bevölkerungsschichten innerhalb der neuen Regierung als Bedrohung und Gefahr. Dies galt in Chile insbesondere für die Arbeiter auf dem Land und im Industrie- und Bergbau, während es in Venezuela auf die Slumbewohner der Großstädte aus dem informellen Arbeitssektor sowie auf die indigene Bevölkerung zutrifft. Ihre Teilhabe und politische Partizipation wird als Gefahr und Bedrohung für den Wohlstand des Landes angesehen. In meiner Arbeit möchte ich als Beispiele dafür die Rolle der Basisorganisationen, der *Cordones Industriales* in Chile und die der *Círculos Bolivarianos* in Venezuela aufgreifen. Für ein besseres Verständnis liefert der Anfang der Arbeit Definitionen bestimmter wichtiger Begriffe sowie einen groben Überblick beider Länder über ihre historische, wirtschaftliche und demokratisch-politische Entwicklung bis zum Erstarken der Reformbewegungen.

Die Gegenüberstellung bestimmter Faktoren aus den beiden Ländern schien als Methodik am wirksamsten, da sie trotz des unterschiedlichen Zeitrahmens eine genaue Analyse ermöglicht. Zur Erarbeitung wurde in Bezug auf beide Länder sowohl auf älteres Material als auch auf Neuerscheinungen zurück gegriffen, wobei in bestimmten Bereichen wie beispielsweise dem venezolanischen Militär ausschließlich spanischsprachige Literatur Verwendung fanden, da es in diesem Bereich kaum wissenschaftliche Ausarbeitungen im deutschsprachigen Raum gibt. Zur weiteren Unterstützung wurden außerdem eigene Beobachtungen von Print- und elektronischen Medien sowie Ergebnisse der Interviews für die Arbeit herangezogen. Da es den Rahmen der Arbeit sprengen würde, auf die derzeitige Situation in Chile und Venezuela einzugehen, sollen lediglich die Ereignisse bis 1973 in Chile und 2004 in Venezuela analysiert werden.

BEGRIFFSDEFINITIONEN

Es existieren viele Begriffe, die insbesondere auf Lateinamerika Anwendung finden. Oftmals werden diese ohne genauere Definition angewandt. Daher war es mir ein Anliegen, bestimmte Begriffe, die in dieser Arbeit von mir verwendet werden, auch vorher zu definieren bzw. zu erläutern. Dabei wurde nicht nur gängige Fachbegriffe miteinbezogen, sondern auch Wortkreationen und Begriffe, die insbesondere in Venezuela gebräuchlich sind.

- *Caudillo*: Im eingeschränkten Sinn versteht man unter dem Begriff *Caudillo* einen militärischen Anführer und/oder Diktator.¹ Mit dem Begriff des *Caudillismo* bezeichnet man eine charismatische Herrschaftsfigur, deren Herrschaft auf Gewalt aber auch freiwilliger Gefolgschaft beruht. Der Begriff ist tief mit den lateinamerikanischen Unabhängigkeitskriegen des 19. Jahrhundert verbunden, wo vor allem die führenden Unabhängigkeitskämpfer auf diese Weise bezeichnet wurden. Diese stark personalistische geprägte Herrschaftsform, war tief in den agrarischen Strukturen bestimmter Länder verankert. Durch die Konsolidierung der Staaten gerieten die *Caudillos* immer mehr in den Hintergrund, wobei aber der *Caudillismo* heute noch als Stilelement der Politik eine starke Bedeutung in Lateinamerika hat.²

- *Zivilgesellschaft*: Ist sicherlich einer der umstrittensten Begriffe in der Politikwissenschaft, da seine Definition sehr stark divergierende Richtungen aufweisen kann. Am ehesten wird auf diese Weise ein Bereich des öffentlichen Diskurses und des kollektiven Handelns bezeichnet, der zwischen Privatbereich und Staat wirksam wird. Den Mittelpunkt dieses Diskurses bildet eine Vielzahl von Vereinigungen, die auch konkurrierend zueinander stehen können und die autonom organisiert sind. Zu diesen Vereinigungen können beispielsweise Bürgerinitiativen, Kultur- und Bildungseinrichtungen oder religiöse Vereinigungen gezählt werden. Davon ausgeschlossen sind in der Regel politische Parteien und auf Profit orientierte Organisationen.³ Der heute insbesondere in Venezuela

¹ Siehe Holtmann Everhard, Politik-Lexikon, München, 2000, S.97

² Siehe Nohlen Dieter und Schultze Rainer-Olaf, Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, München, 2002, S.96

³ Siehe Nohlen und Schultze, Band 2, 200, S.1110 und 1111

verwendete Begriff der Zivilgesellschaft, kann am ehesten an dem seit den 1980er Jahren bestehenden Konzept der Zivilgesellschaft als Gegenstrategie zur Allgegenwart der Staatsmacht in den ehemaligen Ostblockländern festgemacht werden.⁴ Dem zu entgegen ist aber die Beteiligung von ausländischen Regierungen sowie Konzernen innerhalb dieser Zivilbewegung sowie die sehr stark ausgeprägte Zentralisierung ihrer Maßnahmen mit der aktiven Beteiligung der Medien.

- Staatsstreich/Putsch: Der Begriff umschreibt den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Exekutive oder anderen Inhabern hoher Staatsfunktionen.⁵ Vielmals gleichgesetzt, kann mit Ersterem die illegale Machtenthebung eines Staatsoberhauptes hervorgehoben werden, die von einer ganzen Institution mitgetragen wird. Sowohl in Bezug auf Chile als auch Venezuela werden oftmals Umschreibungen wie „militärische Intervention“ oder „militärische Erhebung“ benützt. Da es sich aber um militärische Aufstände handelt, die nicht konform mit der herrschenden Verfassung einhergehen, wird in dieser Arbeit künftig von Staatsstreich und Putsch gesprochen werden.

- Pressefreiheit: Gilt als Bestandteil der Grundrechte und soll die Möglichkeit schützen, Meinung bzw. Information „in Wort, Schrift und Bild“ ungehindert verbreiten zu können. Ihre Einschränkung findet die Pressefreiheit in den Gesetzen der jeweiligen Nationen, diese Einschränkungen dürfen aber den Kern der Pressefreiheit nicht antasten.⁶

- Demokratie: Der Begriff der sogenannten Volksherrschaft, soll in dieser Arbeit auch als Ableitung zu anderen Begriffen Verwendung finden, um so ein klareres Bild der demokratischen Situation des jeweiligen Landes näher zu bringen. Folglich soll insbesondere im Fall von der historischen Entwicklung Venezuelas von einer Konkordanz- bzw. paktierten Demokratie die Rede sein. Dieser Begriff umschreibt am ehesten die demokratische Situation in Venezuela von 1961 bis 1982. Unter Konkordanzdemokratie ist eine Staatsform zu verstehen, die Konflikte

⁴ Siehe Nohlen Dieter, Lexikon der politischen Begriffe, Band 7, München, 1998, S.736

⁵ Siehe Holtmann, München, 2000, S.666

⁶ Siehe Ebda., S.559

nicht durch Parteienwettbewerb und Mehrheitsentscheid löst, sondern durch Verhandlungen, Kompromiss und Proporz.⁷

- Reform/Revolution: Die Gegenüberstellung dieser Begriffe ist auf beiden Ländern zutreffend. Während eine Reformbewegung die bewusste und planvolle Herbeiführung von Veränderungen innerhalb des politischen Systems auf Basis jeweils geltender politischer und rechtlicher Ordnung sucht, will die revolutionäre Bewegung dies mit einem Umsturz dergleichen erreichen. Im Kontext dieser technischen Definition spielt die gesellschaftspolitische Zielrichtung der Reform keine Rolle. Dagegen hat im normativen Sprachgebrauch die Reformbewegung die Umverteilung von Macht und eine Erweiterung der politischen Teilhabe für bestimmte gesellschaftliche Gruppen als Ziel.⁸ In dieser Arbeit sollen zwar beide Begriffe auf beide Staaten angewendet werden, aber unter der Berücksichtigung der jeweiligen Situation. Im Allgemeinen wird von Reformbewegungen die Rede sein, da sowohl die Volksfront als auch die Bewegung Fünfte Republik auf Basis des herrschenden Systems arbeiten.

- Bolvarismus/Bolivarianismus: Abgeleitet vom spanischen Begriff *bolivariano* umschreiben beide Begriffe den gleichen Prozess. Das bolivarianische Konzept ist in den Anfängen der venezolanischen Republik zu finden und basiert auf die Mythenbildung des Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar und der Konsolidierung als republikanische Nation. Durch Hugo Chávez wurde das Konzept dahingehend erneuert, dass er auf andere Unabhängigkeitskämpfer erweitert wurde.⁹ Auch steht nunmehr nicht alleinig die Mythenbildung als Nation im Mittelpunkt, sondern auch die Integration verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in den Prozess sowie integrative Bestrebungen auf lateinamerikanischer Ebene. Da sich der Staat Venezuela selbst in der deutschen Sprache als bolivarianisch und nicht bolivarianisch bezeichnet, soll dieser Begriff in dieser Arbeit verwendet werden.

⁷ Siehe Nohlen, 1998, S.321

⁸ Siehe Nohlen, 2002, S.789

⁹ Siehe dazu S. 132 und 133 dieser Arbeit

I. ÜBERSICHT UND ENTWICKLUNG BEIDER LÄNDER

Das erste Kapitel soll eine Übersicht Chiles und Venezuelas darstellen. Dabei soll auf die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jeweiligen Länder eingegangen werden.

1.1. Die „Vorbilddemokratie“ Chile bis 1970

Aus rein formalem Blickwinkel ist Chile bis 1970 ein demokratisches Land mit Tradition. Es fanden in regelmäßigen Abständen Wahlen statt, es gab seit 1949 das Wahlrecht für alle Staatsbürger und die politischen Parteien akzeptierten das Wahlergebnis. Bei genauerer Betrachtung kommen aber soziale Spannungen, erkaufte bzw. erzwungene Wahlstimmen sowie der Ausschluss der unteren Schichten aus dem politischen Entscheidungsprozess zu Tage. Dabei tritt auch das Militär immer wieder auf die Bühne und ist Teil von Massakern an Bergbauarbeitern am Anfang des 20. Jahrhunderts und übt sich in Staatsstreichen in 1933 sowie 1968.

1.1.1. Die Anfänge als Republik

Als es am Anfang des 19. Jahrhunderts zu den ersten Unabhängigkeitsbestrebungen in Chile kommt, handelt es sich nicht um einen Volksaufstand, sondern um das Streben der herrschenden Klasse nach politischer und wirtschaftlicher Macht. An der Spitze dieser Unabhängigkeitsbewegung steht eine Militärjunta, die am 18. September 1810 den obersten Vertreter der spanischen Krone zum Verlassen des Landes zwingt. Unter der Führung von General Bernardo O'Higgins kommt es 1818 zur endgültigen Lossagung von der spanischen Krone und O'Higgins wird als "oberster Direktor" erstes Staatsoberhaupt der Republik Chile.¹⁰ Dazu del Campo:

„Zwar lagen der Unabhängigkeitsbewegung neben dem nordamerikanischen Vorbild auch Ideen der Französischen Revolution mit der Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zugrunde, allerdings war die breite Masse der Bevölkerung davon ausgeschlossen.“¹¹

¹⁰Siehe Praher Margit, Chile von der Kolonialherrschaft zur Militärdiktatur, Wien, 1986, S.4

¹¹ Del Campo Consuelo, Der Fall Pinochet und seine Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Chile, Wien, 2002, S.7

Mit der Verfassung von 1833 wird eine Präsidentialrepublik eingeführt, an deren Spitze der Präsident steht, der alle fünf Jahre von einer Wahlkammer gewählt wird. Die Macht der Legislative liegt im Senat und Abgeordnetenhaus. Durch die Einführung des Zensuswahlrechts wird es etwa 5% der chilenischen Bevölkerung ermöglicht an Wahlen teilzunehmen. Außerdem wird der Katholizismus als Staatsreligion verankert.

Durch die neuen wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen europäischen Staaten neben Spanien entsteht eine neue Finanz- und Minenoligarchie. Die soziale Lage der unteren Bevölkerungsschichten bleibt jedoch gleich.¹² So gewinnt der Export von Kupfer und später Salpeter immer mehr an Bedeutung und damit auch der Einfluss Großbritanniens auf das wirtschaftliche und politische Leben Chiles. Unter der Regierung von Manuel Montt kommt es zur Integration Chiles im Handelssystem des britischen Imports. Es bildet sich neben den bisher typischen Fabrikarbeitern im städtischen Bereich eine neue Klasse von Bergbauarbeitern, die im Norden Chiles von Mine zu Mine ziehen, um Geld zu verdienen. Zur gleichen Zeit erfährt die Landwirtschaft insbesondere der Weizenanbau eine Stagnation. Der althergebrachte Großgrundbesitz ist nicht effizient genug, um auf dem internationalen Markt bestehen zu können.

Im Kampf um die natürlichen Rohstoffe und den Zugang zum Meer kommt es 1879 zum Salpeterkrieg zwischen Chile, Peru und Bolivien. Izquierdo Gonzalo sieht in der bis dahin schwersten wirtschaftlichen Krise Chiles einen weiteren Grund für dessen Kriegsbereitschaft.¹³ Mit der Unterstützung des britischen Imperiums geht Chile siegreich aus dem Salpeterkrieg hervor. Es gewinnt mehr mineralreiches Territorium im Norden und blockiert ab dem Zeitpunkt Boliviens Zugang zum Pazifischen Meer.

Mitte des 19. Jahrhunderts kommt es immer wieder zu stärkeren Konflikten zwischen den herrschenden Klassen. Es etablieren sich liberale Strömungen in der chilenischen Gesellschaft, die auch Eingang in die politischen Parteien finden. Es wechseln sich wirtschaftsliberale und konservative Machthaber ab, während sich das Militär an die jeweiligen Machthaber anpasst. In der Folge entsteht eine

¹² Siehe Villarroel Moreno Katia, Die Arbeiterbewegung Chiles, Wien, 2002, S.5

¹³ Siehe Izquierdo Gonzalo, Historia de Chile Vol. III, Santiago de Chile, 1990, S.111

liberale Nationalbourgeoisie, die sich für die Unabhängigkeit gegenüber dem britischen Imperialismus und der Modernisierung des Landes einsetzt. Unter dem liberalen Präsidenten Manuel Balmaceda sollte dieses Vorhaben realisiert werden, doch war es sowohl bei den Großgrundbesitzern, als auch bei den Engländern äußerst unbeliebt. Außerdem kam es zu Konflikten zwischen Balmaceda und dem von der Konservativen Partei dominierten Parlament. Seine Regierung wird schließlich im Jahre 1891 gestürzt und es kommt zum Bürgerkrieg, in dem 6.000 Menschen sterben. Die Bestrebungen Chiles nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit werden abrupt beendet und das Präsidialsystem wird zugunsten des Parlaments geschwächt, eine Situation, die bis 1925 anhalten sollte.

Immer wieder kommt es sowohl im urbanen Gebiet als auch in den Bergbauzentren zu Arbeiteraufständen. Die Arbeiter kämpfen nicht nur um eine soziale Besserstellung sondern auch um politische Partizipation. Diese Streiks und Demonstrationen werden durch das Militär blutig niedergeschlagen. In diesem Zusammenhang schreibt del Campo:

„Zu Beginn des 20. Jahrhunderts begannen größere Teile der Bevölkerung, unter dem Einfluss europäischer Bewegungen, politisches Bewusstsein zu entwickeln. Marxistische und anarchistische Ideen fanden Verbreitung, was zur Bildung zahlreicher Organisationen und -in der Folge- neuer Parteien führte, durch welche sich vor allem die Arbeiterklasse und die wachsende Mittelschicht Gehör zu verschaffen suchte.“¹⁴

Neben den bereits etablierten Parteien der Konservativen, Liberalen, Radikalen sowie Nationalisten entstehen neue politische Parteien, wie die Sozialistische Arbeiterpartei im Jahre 1912, die später ihren Namen in Kommunistische Partei umändert, sowie die Sozialistische Partei im Jahre 1933.¹⁵

1.1.2. Der Kalte Krieg und seine Auswirkungen

Während der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts kommt es zu verschiedenen Regierungsumstürzen, die von den Militärs getragen werden. Im Jahre 1924 wird Präsident Arturo Alessandri von der Radikalen Partei gestürzt und eine konservative Junta unter Admiral Neff kommt an die Macht. *Alessandri wollte ein modernes Sozialversicherungssystem aufbauen und ein*

¹⁴ Del Campo, 2002, S.10

¹⁵ Die Konservativen werden zu dieser Zeit *pelucones* (Perückenträger) und die Liberalen bzw. Radikalen *pipiolos* (Jüngelchen) genannt.

*fortschrittliches Arbeitsrecht, sozialen Wohnungsbau und ein modernes Bildungssystem einführen.*¹⁶ Immerhin gelingt es ihm die Präsidentschaft zu stärken, die Trennung von Kirche und Staat einzuführen sowie – zumindest offiziell – die Gleichstellung aller Bürger festzulegen. Außerdem wird das Zensuswahlrecht abgeschafft und damit das Wahlrecht erweitert.

1925 wird wiederum Admiral Neff gestürzt und Alessandri kann nach Chile zurückkehren. Durch General Carlos Ibañez entsteht ab 1927 eine diktatorische Regierung, wo erstmals die chilenischen Streitkräfte offen Einfluss auf die Politik des Landes üben. Dazu schreibt Angell:

*„Mit der Bevorzugung technokratischer Experten und technokratischer Lösungen gegenüber Politikern und politischen Maßnahmen führte Ibañez ein neues und dauerhaftes Element in die chilenische Politik ein. Der Rückgriff auf parteilose Fachleute sollte in Chile zu einem wichtigen Bestandteil der politischen Strategie der Rechten bis hin zur Regierung von General Pinochet werden.“*¹⁷

Aufgrund der Weltwirtschaftskrise von 1929 verliert General Ibañez die Macht und eine reformistische Junta setzt sich an die Spitze des Landes. Es entsteht eine kurzlebige sozialistische Republik im Juni 1932, die sich jedoch nur zwölf Tage halten kann. Mit der erneuten Wahl von Arturo Alessandri zum Präsidenten wird die politische Ordnung wieder hergestellt.

Die immer unpopulärere Politik von Alessandri bringt seine Radikale Partei dazu, neue Verbündete zu suchen. So kommt es zwischen 1938 und 1946 unter der Führung des Radikalen Pedro Aguirre Cerda zu einer Volksfront, an der auch Kommunisten und Sozialisten beteiligt sind. Die Minister, die durch diese Volksfront gestellt werden, haben aber geschwächte Positionen und werden schließlich von Aguirre Cerda entfernt. Darunter auch der sozialistische Gesundheitsminister Salvador Allende. Bezüglich Aguirre Cerda meint Drake:

*„Wie Alessandri und eigentlich alle chilenischen Präsidenten der 1930er und 40er Jahre, strebte Aguirre Cerda einen paternalistischen Staatskapitalismus an, in dem die Regierung gemeinsam mit Privatunternehmen am Aufbau einer Mischwirtschaft arbeiten sollte. Mit dem Ziel an den stärker industrialisierten Westen anzuschließen, mobilisierte die Volksfront die Arbeiterbewegung mehr in Berücksichtigung der nationalen Wirtschaft als in sozialen Fragen der Arbeiterklasse.“*¹⁸

¹⁶ Angell Alan, Chile seit 1920, in: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, Band 3, Bernecker Walther et al., Stuttgart, 1996, S. 850

¹⁷ Ebda., S.852

¹⁸ Drake Paul, Chile 1930 – 1958, in: The Cambridge History of Latin America, Volume VIII, Bethell Leslie, Cambridge, 1991, S.290

Mit den Wahlen von 1946 können die Radikalen wieder ihren Kandidaten durchbringen. An der Spitze dieser Regierung, die schließlich bis 1952 andauern sollte, sitzt mit Hilfe der Kommunisten Gabriel González Videla. Die Unterstützung der kommunistischen Partei gilt als Profilierungsversuch der PC gegenüber den Sozialisten. Der Sieg von Videla ermöglicht den Kommunisten eine Regierungsbeteiligung neben den Liberalen und Radikalen. Der neue konservative Präsident will durch die Zusammenarbeit mit den Kommunisten die Befriedung der Gewerkschaften erreichen und damit ein Nachlassen der sozialen Unruhen bewirken. Dennoch kommt es bald zu Spannungen innerhalb der regierenden Parteien, wobei ein zunehmend antikommunistischer Kurs deutlich wird.¹⁹

Videla passt sich nämlich immer mehr dem Einfluss des Kalten Krieges und der Vereinigten Staaten an. Es kommt zur Verhaftung von Mitgliedern der Arbeiterbewegung und der linken marxistischen Parteien. In diesem Zusammenhang schreibt Angell:

„González Videlas Wirtschaftspolitik setzte auf Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft, in erster Linie durch eine Ausdehnung des staatlichen Sektors. Aber er stützte sich primär auf die USA, um Investitionen und Kredite zu erhalten, zum Teil um den Preis, dass Chile sich in das Muster der internationalen Nachkriegspolitik einpassen musste.“²⁰

Mit der Einführung des Gesetzes zum Schutz der Demokratie im Jahre 1948 wird die Kommunistische Partei Chiles verboten und ihre Mitglieder werden in Internierungslager deportiert. In dieser Situation spielt das chilenische Militär in der Deportierung und Verhaftung der politischen Gefangenen eine nicht unbedeutende Rolle. Unter González Videla wird im Jahre 1949 schließlich das Wahlrecht für Frauen auf nationaler Ebene eingeführt. Das Wahlgeheimnis sollte jedoch erst 1958 etabliert werden.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber der Regierung von González Videla wird immer stärker. Die steigende Inflation und die grassierende Arbeitslosigkeit tragen zu seiner Unbeliebtheit bei. Außerdem machen die wechselnden Koalitionen innerhalb der Regierung, die politischen Parteien immer unglaubwürdiger. Die Chilenen hegen ein tiefes Misstrauen in den herrschenden Klientelismus, der Korruption und die sich häufenden Spaltungen innerhalb der

¹⁹ Siehe Villarroel Moreno, 2002, S.65

²⁰ Angell, 1996, S.857

politischen Parteien.²¹ Dies führt zum Ruf nach einem starken parteilosen Kandidaten.

In dieser Situation kann sich Carlos Ibañez im Jahre 1952 neuerlich als Präsident durchsetzen. Mit populistischen Versprechungen erringt er mit 47 % der Stimmen den Sieg, gegenüber den Konservativen, Radikalen und den Sozialisten, die zu dieser Wahl erstmals Salvador Allende aufstellen. Ibañez will mit neuen Verträgen mit US-amerikanischen Unternehmen die Produktion von Kupfer ankurbeln. Durch gesenkte Steuern sollten Neuinvestitionen dem Industrie- und Bergbausektor neue Impulse geben. Diese Maßnahme ist jedoch nicht erfolgreich, sondern macht Chile noch stärker vom US-Kapital abhängig. Auch die durch seine Expertenkommission gesetzten Maßnahmen gegen die grassierende Inflation bleiben ohne Erfolg.²²

Mit den Wahlen von 1958 wird die alte Macht der Konservativen mit Jorge Alessandri etabliert. Er gewinnt die Präsidentschaft vor den Kandidaten der Linken Salvador Allende und der Christdemokraten Eduardo Frei mit 37 % der Stimmen. Die Regierungszeit von Jorge Alessandri ist vom Versuch der *actores tradicionales* geprägt den Status quo zu erhalten, während die *actores modernizantes*²³ versuchen ihre politische Macht zu festigen und die Bevölkerung für sich zu mobilisieren.

In diesem Zusammenhang spricht Jorge Ahumada von einer integralen Krise des Landes, die ihren Ausgang in der Weltwirtschaftskrise von 1929 findet. Die Ursachen für die wirtschaftliche Stagnation Chiles führt er auf die Unfähigkeit der Regierenden zurück, tiefgreifende Strukturänderungen im Bildungswesen, politischen Institutionen sowie der Landwirtschaft vorzunehmen.²⁴

1.1.3. Chile unter Frei

Unter dem Schlagwort der Revolution der Freiheit kommen die jungen Christdemokraten mit Eduardo Frei im Jahre 1964 an die Macht. Dieser wird von

²¹ Siehe Skizze in dieser Arbeit, S.28

²² Siehe Drake, 1991, S.306 und 307

²³ Begriffe übernommen von Huneeus Carlos, Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile, Heidelberg, 1981

²⁴ Siehe Ebda., S.75 und 76

den Liberalen und Konservativen sowie den Vereinigten Staaten unterstützt, um so eine Machtergreifung der linken Parteien Chiles abzuwenden.

Tatsächlich ist der vorangehende Wahlkampf durch das knappe Rennen zwischen dem Linksbündnis unter Salvador Allende und dem rechten Bündnis unter Frei gekennzeichnet. Es kommt zu großen Umbrüchen in der chilenischen Gesellschaft, die insbesondere die traditionsreichen Parteien der Radikalen und Konservativen immens schwächen. So tragen sie Frei mit zum Sieg, der sich mit 56,09 % der Stimmen durchsetzen kann und damit sogar eine Alleinregentschaft der Christdemokraten möglich macht.

Das eigentliche Programm von Frei basiert auf starken Reformen innerhalb der Landwirtschaft, der Gewerkschaften, dem Bergbau sowie dem Bildungswesen. Unter einem christlich-sozialen Paternalismus will man den unteren Bevölkerungsschichten zu mehr Partizipation verhelfen, um sie so auch von den linken Parteien abzubringen. Dazu del Campo:

„Die wirtschaftlich günstigen Voraussetzungen, unter welchen die neue Regierung ihre Reformen realisierte, trugen zu deren anfänglichem Erfolg bei. Allerdings kam es auch zu Rückschlägen: Das Steigen der Auslandsschulden und der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts sowie die, nach anfänglich positiver Bilanz, neuerlich steigende Inflation, führten schließlich zum Stillstand der Reformmaßnahmen.“²⁵

Bei der Durchsetzung der Reformen zeigen sich immer wieder große Konflikte innerhalb der Christdemokraten. Man ist sich uneins wie weit diese Reformen gehen sollten. Während ein Teil das Bündnis mit den Nationalen und Konservativen sucht, will der andere Teil eine stärkere Zusammenarbeit mit den Linken. Aus diesem Konflikt entsteht die Einheitsbewegung der Volksaktion (MAPU), die bei den Wahlen von 1970 Salvador Allende unterstützt. Innerhalb der Linken kommt es ebenfalls zur Gründung einer neuen Partei. Von der Kubanischen Revolution inspiriert, bildet sich 1965 die Bewegung Revolutionäre Linke (MIR), deren Mitglieder vor allem im studentischen Bereich zu finden sind.

Die Polarisierung des Landes wird nicht nur in der Parteienlandschaft ersichtlich, sondern auch in der Zunahme von sozialen Volksbewegungen deutlich. So kommt es zum Zusammenschluss der Bewohner der Elendsviertel in den

²⁵ Del Campo, 2002, S.17

Großstädten Chiles, zur Gründungen von studentischen Gruppierungen, aber auch von Mütterzentren und Nachbarschaftsorganisationen. Der Kampf der Christdemokraten und Linken um die Gewerkschaftsmitglieder von Bergbau, Industrie und Landwirtschaft wird immer härter und konfliktreicher. Außerdem gründet die Rechte mit *Patria y Libertad* eine faschistisch orientierte Organisation, die den Kommunismus mit allen Mitteln bekämpfen soll. Zur Polarisierung innerhalb der politischen Parteien Chiles und dem gegenseitigen Misstrauen, sagt die Tochter des ehemaligen Präsidenten Allende:

„Mein Vater war ein Freund von Eduardo Frei Montalva. Im Senat herrschte eine Atmosphäre der Kameradschaft zwischen den sehr unterschiedlich denkenden Abgeordneten. Aber das wird mit der Kampagne von 1964 zerstört. Die Kampagne war stark polarisierend. Dann erfuhren wir wieviel Geld aus den oppositionellen Medien in die Kampagne geflossen war. Dass man Kontrahenten aber keine Gegner sein musste, war nicht mehr gültig.“²⁶

Diese Polarisierung des Landes erreicht ihren Höhepunkt während der darauffolgenden Amtszeit von Salvador Allende. Darauf soll im zweiten Kapitel der Arbeit eingegangen werden.

1.2. Die „stabile Demokratie“ Venezuela bis 1998

Ähnlich wie bei Chile werden bei einem groben Überblick Venezuelas die regelmäßig stattfindenden Wahlen und im Vergleich zum restlichen Lateinamerika relativ wenigen Staatsstrieche angemerkt. Dass diese stabile Demokratie im Rahmen ihrer größten sozialen Krisen im Jahre 1998 einen Zusammenbruch der bis dahin herrschenden politischen Parteien mit sich bringen würde und damit den Weg ebnen würde für das „enfant terrible“ der heutigen lateinamerikanischen Politik, hätten wohl auch die besten Kenner des Landes nicht für möglich gehalten.

1.2.1. Die Unabhängigkeit und Simón Bolívar

Wie bei Chile hatten bei der Loslösung Venezuelas von der spanischen Krone die Freiheitsideologien der Amerikanischen und Französischen Revolution einen großen Einfluss. Zum diesem Zeitpunkt spielte das Gebiet um das heutige Kolumbien und Venezuela eine marginale Rolle in den Agenden Spaniens. Das

²⁶<http://psrdc.org/archivo/informaciones44.htm#Entrevista%20con%20Isabel%20Allende> , 1.07.2008

Land lebte vornehmlich von der Plantagenwirtschaft und dem Anbau von Kakao, Zucker, Tabak und Baumwolle. In dieser landwirtschaftlich dominierten Gesellschaft gab es in den untersten Schichten Sklaven um den Erhalt der Plantagen zu sichern und Indios, die als Leibeigene gehalten wurden.

Auch war das Gebiet, das zum nationalen Gebilde Großkolumbien führen sollte territorial nicht abgeklärt. Aus Sicht der Unabhängigkeitskämpfe gab es mehrere soziale und politische Schichten innerhalb des genannten Territoriums, deren Position zur Unabhängigkeit von der spanischen Krone nicht klar definiert war. Daher darf die Unabhängigkeit des Landes keineswegs als eine lineare Entwicklung angesehen werden, denn sie war mit vielen Kleinkriegen und wechselnden Bündnissen innerhalb der venezolanischen Gesellschaft verbunden. Demnach lagen hinter den Reformbemühungen eines Simón Bolívar die Machtkämpfe und Konflikte der lokalen Oligarchien und zwischen den unterschiedlichen Klassen.²⁷

Die erste, zweite und dritte Republik des damaligen Großkolumbiens in den Jahren 1811 bis 1819 waren von stetigen kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet, wo einmal die Anhänger der spanischen Krone und ein anderes Mal die Unabhängigkeitskämpfer siegreich waren. Simón Bolívar, der zunächst eine geringe aber schließlich eine zunehmend bedeutende Rolle in diesen Kämpfen einnahm, versinnbildlichte zu diesem Zeitpunkt die Grundidee eines nationalen Gefüges, was vielen anderen Kämpfern seiner Zeit im Grunde fehlt. Schließlich rief er 1819 die Republik Großkolumbien aus, die aber erst nach der siegreichen Schlacht bei Carabobo über die spanische Krone Wirklichkeit wurde und zu der das heutige Venezuela, Kolumbien, Panamá und Ecuador zählten. In diesen Jahren entstand der Mythos von Simón Bolívar als Befreier der Nation und der Verkörperung eines vereinten Lateinamerika. Zur militärischen Rolle Bolívars sagt Márquez:

„Er hatte keine militärische Ausbildung, die der irgendeines seiner Offiziere auch nur vergleichbar gewesen wäre, da die meisten von ihnen auf den besten Militärakademien Spaniens ausgebildet worden waren, doch war er in der Lage, sich eine Situation bis in die letzten Einzelheiten vorzustellen.“²⁸

²⁷ Siehe Zeuske Michael, Kleine Geschichte Venezuelas, München, 2007, S.42

²⁸ Zitiert nach Tariq Ali, Piraten der Karibik, München, 2007, S.163

In seinen Reden und Schreiben, insbesondere seinem Brief aus Jamaika – den er 1815 aus dem Exil verfasste – und seine Rede zur Proklamation des Staates Großkolumbien im Jahr 1819 – die er vor dem neu einberufenen Kongress in Angostura hielt – gelang es Bolívar identitätsstiftend auf seine Anhänger zu wirken und so die Idee eines eigenen Staates und eines vereinten Kontinents erfolgreich heraufzubeschwören. In diesem Zusammenhang wird sein Ausspruch *„Die USA scheinen von der Vorhersehung verdammt zu sein, den Völkern Südamerikas im Namen der Freiheit das Elend zu bringen“* gerne zitiert, da er bis heute nichts an Brisanz verloren hat.²⁹

Er beauftragte den Kongress mit der Erstellung einer Verfassung, wobei er der Beendigung der Sklaverei und Landverteilung eine nicht unbedeutende Stellung zuwies. Mit dem ersten Grundgesetz wurde Simón Bolívar zum Präsidenten ernannt und eine provisorische Staatsflagge eingeführt.³⁰ Bolívar widmete sich in den Jahren danach der Bildung einer vereinten Nation Lateinamerika, musste aber erkennen, dass es dafür weder im Gebiet Großkolumbiens noch in den restlichen lateinamerikanischen Ländern Bestrebungen in dieser Richtung gab. Auch in Großkolumbien wurden die eigenen nationalen Divergenzen immer sichtbarer und so musste Bolívar kurz vor seinem Tod 1830 noch die Zersplitterung Großkolumbiens erleben. Venezuela wurde unter der Führung von José Antonio Paéz zu einem eigenen Staat.

1.2.2. Der Pakt von Punto Fijo und seine Folgen

In der Folge kommt es zwar zu einem Weiterbestehen der Republik Venezuela, doch es kann sich keine stabile Demokratie bilden. Vielmehr wird das Land von sich abwechselnden *Caudillos* und Diktatoren beherrscht und es kommt immer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen. Dazu Uslar Pietri:

„Das Ausmaß und die Dauer des Unabhängigkeitskrieges in Venezuela hatte Konsequenzen wie in keinem anderen lateinamerikanischen Land. Als die koloniale Macht verschwand und der bewaffnete Kampf beginnt, fällt das Land in einen langen Prozess von Anarchie und Krieg, der fast ein Jahrhundert andauern sollte.“³¹

²⁹ Siehe Scheer André, Kampf um Venezuela, Essen, 2004, S.14

³⁰ Siehe Zeuske, 2007, S.63 und 64

³¹ Uslar Pietri Arturo, Golpe y Estado en Venezuela, Bogota, 1992, S.34

Die bereits bestehenden Konflikte zwischen der Handelsbourgeoisie in den Hafenstädten und den Plantagenbesitzern auf dem Land wird zusehends stärker. Während die Einen eine Etablierung des Staates mit einer Zentralverwaltung erreichen möchten, wollen die Zweiten eine dezentrale Regierung. Diese Idee setzt sich auch durch und 1864 wird Venezuela ein Bundesstaat, wobei aber die kriegerischen Auseinandersetzungen weitergehen. Mit Juan Vicente Gómez kommt 1908 ein Diktator an die Macht, der den Staatsapparat bis zu seinem Tod 1935 dominieren wird. Gómez ist die Verkörperung des diktatorischen Caudillo, der sein Land mit harter und gleichzeitig paternalistischer Hand führt. Ihm gelingt es durch die Einbindung der zwei genannten gesellschaftlichen Parteien in die Staatsführung den militärischen Konfrontationen ein Ende zu bereiten. Auch verwendet er die Gewinne aus den erst vor kurzem entdeckten Ölfeldern für die Verstärkung des Heeres, die Zentralisierung der Verwaltung und den Ausbau der Verkehrswege.³²

Nach dem Tod von Gómez gibt es Versuche einer Etablierung der Demokratie, aber es wechseln sich unterschiedliche Diktatoren in der Führung des Staates ab. Erst 1958 nach dem Sturz des Diktators General Marcos Pérez Jiménez wird durch den Pakt von Punto Fijo ein stabiles demokratisches System in Venezuela errichtet. Dieser Pakt wird zwischen den bereits bestehenden politischen Parteien Demokratische Aktion (AD), Komitee zur Organisation Unabhängiger Wahlpolitik (COPEI) und der Demokratisch-republikanischen Union (URD) geschlossen und soll weitere Militärputsche verhindern sowie linke Parteien, wie die Kommunistische Partei (PCV), von der politischen Teilhabe ausgrenzen. Bei diesem Zusammenschluss, der 1961 in die Verfassung Eingang findet, sind auch der Unternehmerverband FEDECAMARAS, der gewerkschaftliche Dachverband CTV, die venezolanischen Streitkräfte sowie die katholische Kirche beteiligt.³³

Basierend auf diesem Pakt wird zwischen den etablierten Parteien ein System aufgebaut, das auf gegenseitig abgesprochenen Entscheidungen und der Verteilung des Verwaltungsapparates und der politischen Ämter aufbaut. Es entsteht ein klientelistisches System, in dem insbesondere die marginalisierte Bevölkerung in den ländlichen Gebieten und die nicht in Gewerkschaften

³² Siehe <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-425.html>, 12. Juli 2005

³³ Siehe Müller Bea, Die „bolivarische Revolution“: Venezuela, in: Lateinamerika - Verfall neoliberaler Hegemonie?, Boris Dieter, Hamburg, 2005, S.165 und 166

organisierten Arbeiter vom politischen Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind. In diesem Zusammenhang schreibt Rodriguez:

„In Venezuela wurde es dem Bürger oder der Zivilgesellschaft nicht erlaubt sich auf aktive und autonome Weise am politischen Prozess zu beteiligen. Daher gab es einen Ausschluss von großen Teilen der Bevölkerung, als es darum ging Entscheidungen von nationalem Charakter zu treffen. Die Parteien begnügten sich damit untereinander zu paktieren und eine politisch-wirtschaftliche Elite zu schaffen, die die ganze Macht für sich verbuchte (...).“³⁴

In weiterer Folge regieren jeweils abwechselnd ein Kandidat der sozialdemokratischen AD und der christdemokratischen COPEI als Präsident das Land, wobei es Ende der 1960er Jahre, inspiriert von der kubanischen Revolution, zur Gründung von verschiedenen Guerillaorganisationen kommt, die gegen die Streitkräfte in den ländlichen Gegenden agieren. Erst später tritt die Guerilla im urbanen Gebiet auf. In diesen Jahren kommt es auch zu den ersten Abspaltungstendenzen innerhalb der AD, die vor allem auf den allgemeinen Generationswechsel in der politischen Führung zurückzuführen ist.³⁵ So entsteht die Linkspartei Bewegung zum Sozialismus (MAS) sowie die Radikale Sache (Causa R, auch LCR genannt), die zunächst eine Mobilisierung innerhalb des politischen Wahlsystems erreichen wollen. Durch das vorrangige Ziel der Machtinhaber, die Pakte des Punto Fijo aufrecht erhalten zu wollen, kann sich keine wirkliche oppositionelle politische Parteilandschaft entwickeln. Die ideologische Basis der Parteien und ihre damit verbundenen Parteiprogramme sind schwach und dienen im Grunde lediglich der Sicherung der Wählerstimmen und der Fortdauer des aufgebauten klientelistischen Systems..³⁶

Buxton schildert die Abhaltung von regionalen Wahlen wie folgt:

„Zu den Taktiken gehörte die Soldaten, die mit der Bewachung der Wahlorte beauftragt waren, mit Geschenken und alkoholischen Getränken zu versorgen; die eigenen Parteimitglieder sehr früh zur Wahl anstellen zu lassen, um so lange Warteschlangen zu schaffen; die Wahlräte abzulenken und in den Orten, wo keine Zeugen der jeweiligen Parteien bei der Zählung anwesend waren, das Wahlergebnis zu manipulieren. Ganze Wahlakten konnten so, aufgrund von Unregelmäßigkeiten, ungültig gemacht werden. Dies geschah häufig in Gegenden wo die LCR große Stärke aufwies. Wahlurnen mit vorteilhaftem Ausgang für diese Partei wurden in Mülleimern gefunden.“³⁷

³⁴ Rodriguez Aivy, La propaganda política de Hugo Chávez Frías en la campaña electoral de 1998, Caracas, 1999, S.132 und 133

³⁵ Siehe Hellinger Daniel, Visión política general, in: La política venezolana en la época de Chávez, Ellner und Hellinger, Caracas, 2003, S.47

³⁶ Siehe Zeuske, 2007, S.160

³⁷ Zitiert nach Hellinger, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.52

Die Proporzdemokratie des Punto Fijo bringt Venezuela größtenteils die heiß ersehnte Stabilität und erlebt in den 1970er Jahre während des Booms des Erdölmarktes ihre Hochblüte. Die gesellschaftliche Krise des Landes kommt schließlich mit dem Preisverfall des Petroleums und dem Aufstand der Unterprivilegierten im sogenannten *Caracazo* 1989.

1.2.3. Der Aufstand der Armen in Caracas

Die ersten Anzeichen der Destabilisierung des Landes zeichnen sich durch den bereits erwähnten Preisverfall des Erdöls Anfang der 1980er Jahre und den damit verbundenen wirtschaftlichen Problemen des Landes ab. In diesem Zusammenhang bringen manche auch die Schwächung der etablierten Parteien ein, diese sind aber im Grunde bereits schwach und bauen lediglich auf ihre Anführer, ohne eigentliche programmatische politische Ziele zu haben. Die regierenden Parteien geben ihre Aufgabe der staatlichen Kontrolle über Wirtschaft und Verwaltung völlig auf. In diesem Zusammenhang schreibt Burchardt:

„1974 ermächtigte der frisch gewählte Kongress den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez (...) den Staatshaushalt nach eigenem Gutdünken auszugeben. Die Legislative entsagte freiwillig der Kontrolle der öffentlichen Finanzen- und verzichtete damit auf eine Schlüsselkompetenz, die sie bis heute nicht wirklich zurückerlangt hat. (...) Er verstaatlichte am 1. Januar 1976 die Erdölindustrie (PdVSA) und erhöhte so die Staatseinnahmen mit einem Federstrich um satte 170%. (...) Die sich ankündigende Krise provozierte eine hastige Kapitalflucht, die bis Ende 1982 auf 8 Mrd. US-Dollar answoll. Und obwohl die Regierung das Schatzkästchen Ölindustrie – den Investitionsfonds der PdVSA – um 5,5 Mrd. US-Dollar plünderte, wurde das Land am 18. Februar 1983 zahlungsunfähig.“³⁸

Nach dem zweiten Amtsantritt von Carlos Andrés Pérez 1988, dieses Mal aber unter völlig unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen, versucht er mit einem Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds und neoliberalen Strukturanpassungen die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Dieses Abkommen kommt für die Venezolaner völlig überraschend und es folgen dramatische Einschnitte, insbesondere im sozialen Bereich.

Die wirtschaftliche Rezession hat das Land mit voller Wucht erreicht und wirkt sich im Alltag der Venezolaner insbesondere in der starken Inflation von 81%

³⁸ Burchardt Hans-Jürgen, Zeitenwende, Stuttgart, 2004, S.194

und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit aus. Der damit verbundene massive Verlust der Kaufkraft ist auch auf die Senkung der Löhne um 11% zurück zu führen. Die scheinbar niedrigen Zahlen des Arbeitsmarktes mit einer angeblichen Arbeitslosigkeit von 10% täuschen darüber hinweg, dass es zu starken Einkommenseinbußen kommt, da viele Arbeiter ihre Jobs verlieren und sich mit schlechter bezahlten Tätigkeiten abfinden müssen. Demnach sinken die Reallöhne von 1990 unter das Lohnniveau von 1955.³⁹ Während es außer den Lohnkürzungen noch zu einem starken Anstieg der Lebensmittelpreise kommt, sind die oberen Schichten weiterhin durch eine massive Unterbesteuerung von den Anpassungen kaum betroffen. Während also die Einkünfte der unteren Bevölkerungsschicht von 19,1% im Jahre 1981 auf 14,7% in 1997 fallen, steigen sie innerhalb der oberen Schicht von 21,8% auf 32,8%. Die Verarmung geht mit einer Veränderung der wirtschaftlichen Struktur des Landes einher. Die Landarbeiter flüchten in die urbanen Gebiete und gliedern sich vor allem in den informellen Arbeitssektor ein, und die Industriearbeiter wandern in Dienstleistungsbereiche ab. Demnach sinkt die Zahl der Landarbeiter zwischen 1980 und 1997 von 16,1% auf 10% und die Zahl der Industriearbeiter von 28,4% auf 24,3%. Währenddessen steigt die Zahl der im informellen Sektor tätigen Menschen von 34,5% im Jahr 1980 auf 53% im Jahr 1999.⁴⁰

Durch die strukturelle Anpassung an das neoliberale Wirtschaftssystem kommt es zu Privatisierungen, die Kontrolle der ausländischen Investitionen wird gelockert und soziale Abgaben werden gekürzt. Die Nationalwährung wird um fast 150% abgewertet und die Teuerung von Benzin und öffentlichem Verkehr bekannt gegeben.

Diese Ankündigung führt in den Straßen von Caracas im Februar 1989 zu gewalttätigen Unruhen. Es gibt Demonstrationen, bewaffnete Auseinandersetzungen und Plünderungen, die sich auf 19 weitere Städte des Landes ausweiteten. Es wird der Ausnahmezustand ausgerufen und das Militär zur Niederschlagung der Aufstände berufen. Laut offiziellen Angaben sterben in diesen Aufständen 287 Menschen, während Ärzte eine Todeszahl von 1000 bis

³⁹ Siehe Muno Wolfgang, Öl und Demokratie, in: Venezuela unter Chávez, Diehl Oliver und Muno Wolfgang, Frankfurt, 2005, S.20 und 21

⁴⁰ Siehe Kenneth Roberts, Polarización social y resurgimiento el populismo en Venezuela, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.81

1500 schätzen.⁴¹ Mit dem sogenannten *Caracazo* setzt endgültig der Untergang der „stabilen“ Demokratie des Punto Fijo ein. Dieser Aufstand ist vor allem bezeichnend, da es sich dabei in der Geschichte Venezuelas erstmals um den Zusammenschluss der unteren Bevölkerungsschicht gegen die herrschende Klasse handelt. Während der Demokratie des Punto Fijo Abkommens ist Venezuela als rassenlose und klassenlose Gesellschaft präsentiert worden. So sehen sich Teile der Arbeiterklasse selbst als Teil der Mittelschicht, obwohl ihr tatsächliches Einkommen dieser Vorstellung nicht entspricht. Diese Idee der klassenlosen Gesellschaft wird von den Eliten des Landes weiterhin mitgetragen, auch wenn es in den 1980er Jahren längst zu einer Friktion innerhalb der Bevölkerungsschichten gekommen ist.⁴²

Obwohl der *Caracazo* insbesondere den sozialen Konflikt versinnbildlicht, darf er nicht auf die Plünderungen alleine reduziert werden. Viele sehen in ihm auch den direkten Widerstand zur Politik der AD und COPEI. Demzufolge versucht die Staatsführung die weiteren Straßenproteste zu kriminalisieren und mit Plünderungen oder ähnlichem gleichzusetzen. Bestimmte marginalisierte Gruppen, insbesondere die Arbeitslosen, die Nachbarschaftsgruppen der Elendsviertel und Studenten, benutzen den Protest vielmehr aber als politisches Instrument.⁴³ Die allgemeinen Unruhen im Land gehen in den künftigen 10 Jahren weiter und die sozialen Auseinandersetzungen, aber auch die kriminellen Handlungen nehmen zu.

Die Situation nach dem *Caracazo* beschreibt Muno folgendermaßen:

„Die Zeit der politischen Unruhen und Instabilität hielt an, zu den permanenten Demonstrationen kamen Mordanschläge hinzu, die Regierung verschärfte daraufhin die Repression. Dazu kam ein rasanter Anstieg der Kriminalität, Anzeichen einer sozialen Zersetzung, auf die die Staatsgewalt mit zunehmender Missachtung der Menschenrechte reagierte.“⁴⁴

Die politische Leere der Staatsführung verankert die in den folgen Jahren akut auftretende Krise des Landes. Die etablierten Parteien versuchen durch die Durchführung von institutionellen Reformen eine neue Anhängerschaft aufzubauen, was aber misslingt. Nach dem gescheiterten militärischen

⁴¹ Siehe Hellinger, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.48

⁴² Siehe Buxton, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.147 und 153

⁴³ Siehe López Maya, Movilización, institucionalidad y legitimidad en Venezuela, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003/1, S.216

⁴⁴ Muno, in: Diehl und Muno, Frankfurt, 2005, S.27

Putschversuch 1992 gegen den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez, drängt sich Oberstleutnant Hugo Chávez in die politische Szene. Dieser prägt nicht nur während seiner Zeit in Haft sondern auch nach seiner Amnestierung die politische Landschaft Venezuelas.

1.3. Resümee

In der Analyse der Unabhängigkeit beider Länder von der spanischen Krone werden deutliche Unterschiede sichtbar, die sich insbesondere auf die weitere Entwicklung als Demokratien auswirken. In Chile gelingt es den neuen Machthabern relativ rasch eine geeinte Nation zu bilden und diese auch zu konsolidieren. Auch wenn anfangs die *Caudillos* eine wichtige Rolle innerhalb der politischen Landschaft Chiles spielen, sind diese noch lange nicht so dominant wie in Venezuela, wo diesbezüglich von einer Ära der *Caudillos* gesprochen werden kann. In Venezuela braucht die Nation-Building um einiges länger und nach der Proklamation der Republik kann sich sehr lange Zeit keine Demokratie etablieren. Demnach kann festgestellt werden, dass obwohl der symbolische Bezug zur Unabhängigkeit und zur Bildung der Nation in Venezuela sehr stark ist, im Grunde die Nation-Building schwach ausgeprägt ist. Diese Feststellung wird auch durch die spätere Entwicklung nach dem Pakt von Punto Fijo verstärkt. Dennoch kann als Gemeinsamkeit herausgearbeitet werden, dass sich die Eliten beider Staaten bei der Proklamation als Republik an den Ideen und Zielen der Französischen Revolution und der US-amerikanischen Unabhängigkeit orientieren, aber keineswegs eine reale Gleichstellung aller Staatsbürger anstreben. Danach folgt für die unteren Bevölkerungsschichten eine lange Zeit der Ausgrenzung aus dem politischen Entscheidungsprozess.

Die politischen Parteien in Chile haben eine sehr lange Tradition, die sich bis ins 19. Jahrhundert hineinzieht. Die ideologische Ausrichtung dieser ist zumeist klar definiert und wird auch in Programminhalten und Parteilinien wiedergegeben. Dies ist in Venezuela nicht der Fall. Die Parteien entstehen spät und zumeist ohne eigentliche ideologische Ausrichtung, was bestimmte politische und gesellschaftliche Fragen des Landes betrifft. Zwar tendieren die beiden herrschenden Parteien im Moment ihrer Gründung zu bestimmten politischen

Richtungen, diese verlieren jedoch mit der Zeit an Kraft und Bedeutung. Beide Länder verbreiten das Bild einer stabilen Demokratie, basierend auf regelmäßig stattfindenden Wahlen, freier Marktwirtschaft und wenigen militärischen Staatsstreichen. Dieses Bild wird jedoch von den Ausschließungsmechanismen der unteren Bevölkerungsschichten und dem vorherrschenden Klientelismus getrübt. So marginalisieren bzw. unterdrücken beide Länder Tendenzen aus der extremen und teilweise auch gemäßigten Linken, wobei sowohl Chile als auch Venezuela in dieser Hinsicht mit den Vereinigten Staaten zusammen arbeiten.

In wirtschaftlicher Sicht existiert in beiden Ländern der Konflikt zwischen der Handelsbourgeoisie in den Städten und dem Großgrundbesitz auf dem Land. So können sowohl die *Hacienda*-Landwirtschaft in Chile als auch die Plantagenwirtschaft in Venezuela als tief konservative Sektoren ausgemacht werden. Im Fall von Venezuela kommt außerdem noch die Frage der Sklavenhaltung hinzu. Bezüglich der Wirtschaftsentwicklung ist in beiden Ländern der Agrarsektor als das Problemkind zu bezeichnen: Die unrentablen Anbaumethoden machen es beiden Ländern unmöglich auf dem internationalen Markt zu bestehen, vor allem da in beiden Ländern dem Abbau von Bodenschätzen eine viel größere Bedeutung beigemessen wird. Diese bringen das schnelle Geld, sodass das Interesse von ausländischen Investoren weiterhin aufrecht bleibt.

Die Situation, in der die Reformbewegungen beider Länder an die Macht kommen, ist von Polarisierung und Unruhen gekennzeichnet. Die gesellschaftlichen Umbrüche sind sowohl in Chile als auch in Venezuela erkennbar, dennoch kann gesagt werden, dass sich Chile 1970 in keiner Staatskrise befindet. Nicht so in Venezuela, wo es ab 1980 zu stetig anwachsenden gesellschaftlichen und politischen Krisen kommt und diese bis zum Jahr 1998, in dem Hugo Chávez zum Präsidenten gewählt wird, immerhin fast 20 Jahre andauern. Diese unterschiedliche Situation des gesellschaftlichen Wandels ist sicherlich auf die feste Verankerung der Paktdemokratie des Punto Fijo in Venezuela zurückzuführen, wo der Zusammenbruch dieses lange vorherrschenden Systems ein Vakuum innerhalb der Staatsmacht hinterlässt. In Chile hingegen gab es immer wieder einander abwechselnde Regierungen mit der Beteiligung aller politischen Parteien, daher sind die Umbrüche, die die

Reformbewegungen von Eduardo Frei und Salvador Allende mit sich bringen, vielmehr im Kontext des allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Wandels zu dieser Zeit zu betrachten.

In beiden Ländern sollen die Polarisierung und die sozialen Unruhen während der Regierungszeit der Reformbewegungen verstärkt zunehmen.

II. DIE REFORMBEWEGUNGEN

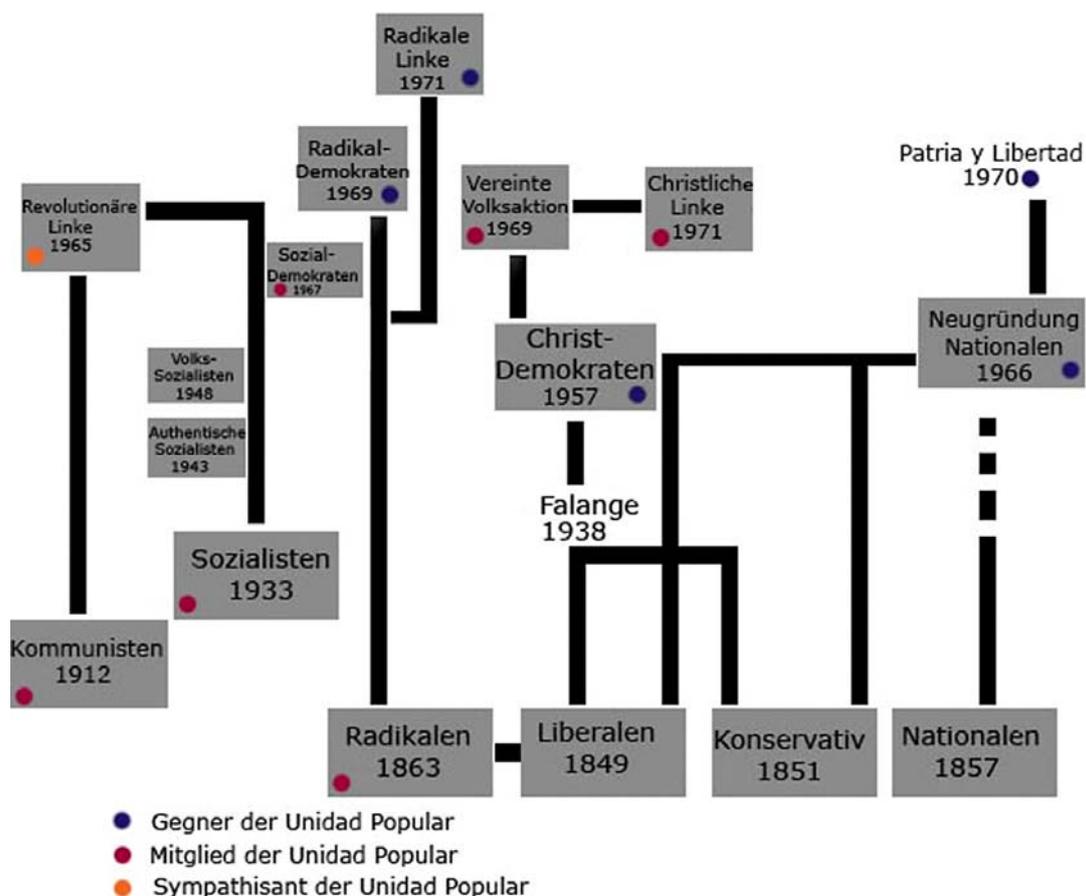
Im zweiten Kapitel soll auf die Bewegungen und Parteien eingegangen werden, die den sozialen Wandel in Chile und Venezuela einfordern. Insbesondere soll ihre Struktur und ihre Durchsetzungskraft analysiert werden, aber auch ihre eigentlich ideologische Basis wird berücksichtigt. Auch sollen die Divergenzen innerhalb der Reformbewegungen untersucht werden. Dabei werden die *Cordones Industriales* aus Chile mit den *Círculos Bolivarianos* aus Venezuela verglichen.

2.1. Die Bewegung der Unidad Popular

Wie bereits im ersten Kapitel geschildert, gibt es vor dem Antreten der Linken in Chile als *Unidad Popular* auch Linksbündnisse unter anderen Namen. So hat Salvador Allende mit der Volksfront (FRAP) bereits an zwei vorangegangenen Präsidentschaftswahlen teilgenommen. Und mit der Volksfront FRAP kann im Jahre 1938 sogar eine Regierungsbeteiligung erreicht werden.

Im Unterschied zu den vorangegangenen Bündnissen ist die Zahl der politischen Parteien, die sich an der *Unidad Popular* beteiligen, größer. Diese Zunahme ist auf die mehrheitlich unter der Regierungszeit der Christdemokraten entstanden Parteien zurückzuführen. Zu diesen eher jungen Organisationen sind die Bewegung der Vereinten Volksaktion (MAPU), die Unabhängige Volksaktion (API), die 1971 entstandene Christliche Linke (IC) sowie die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) zu zählen. Diese entstehen mehrheitlich aus Abspaltungen aus den Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten. Außerdem sind nach langer Zeit auch wieder ein Teil der Radikalen im Linksbündnis vertreten. Die größten Blöcke innerhalb der *Unidad Popular* bilden jedoch die Sozialistische und Kommunistische Partei.

Überblick über die Entwicklung der politischen Parteien bis 1973⁴⁵:



Wie bereits erwähnt ist die Vereinte Volksaktion (MAPU) dem ehemaligen linken Flügel – die sogenannten *rebeldes* – der Christdemokraten zuzuordnen. Die Partei beschreibt sich zunächst als christdemokratisch, ändert dies aber auf ihrem zweiten Nationalkongress im Oktober 1972 und bezeichnet sich fortan als marxistisch.

Die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) basiert auf der Fokus-Theorie von Che Guevara und sucht den revolutionären Weg. Die Partei wird von einem Teil der Sozialistischen Jugend gegründet und unterstützt zunächst die UP, wird aber während der Regierungszeit Allende zu einem ihrer stärksten Kritiker, da ihnen die Reformen nicht schnell genug vorangehen und sie eine stärkere direkte Einbindung der unteren Bevölkerungsschichten wollen.

Die Christliche Linke (IC) entsteht aus dem dritten Flügel – den sogenannten *tercersistas* – der Christdemokraten im Jahre 1971 sowie Ex-MAPU Mitglieder, die

⁴⁵ Die API wurde in der Skizze aufgrund ihrer eher regionalen Bedeutung nicht berücksichtigt.

die neue marxistische Linie der MAPU nicht mittragen wollen. Sie unterstützt die UP und bewegt sich im Rahmen der in Lateinamerika sehr populären Theologie der Befreiung.

Die Unabhängige Volksaktion API ist eine kleine linksgerichtete Partei, die Anfang 1970 gegründet wurde, um die Kandidatur des Ex-Ministers Rafael Tarud zu unterstützen. Sie sahen sich als unabhängige, nicht marxistische Linke.

Die Sozialisten und Kommunisten sind die größten und ältesten Parteien der *Unidad Popular*. Trotz ihrer Linientreue zu Moskau gehören die Kommunisten zum „gemäßigten“ Flügel der Volksfront. Sie treten nämlich für eine langsame Veränderung des Staates im Rahmen der chilenischen Verfassung ein. Dies trifft auch auf einen Teil der Sozialisten zu, die aber auch einen radikalen Flügel haben. Die Heterogenität der Sozialisten macht sich insbesondere in der Art der Verwirklichung des Sozialistischen Weges Chiles bemerkbar, denn der revolutionäre Flügel möchte, wie die MIR, so schnell wie möglich einen marxistischen Staat in Chile errichten.

2.1.1. Die Wahlen von 1970

Die Aufstellung von Salvador Allende zum Präsidentschaftskandidaten ist nicht unumstritten. Die meisten Parteien der UP haben zunächst ihren eigenen Kandidaten. So bewirbt sich der Dichter Pablo Neruda für die Kommunistische Partei, der Agrarpolitiker Jacques Chonchol für die MAPU, der Wirtschaftsprofessor und Rechtsanwalt Alberto Baltra für die Radikalen sowie der Senator Rafael Tarud für die API.⁴⁶

Da die Kandidatenfrage bis Januar 1970 noch immer nicht gelöst ist, fordern immer mehr Personen mit Nachdruck eine endgültige Entscheidung. Nachdem nach und nach alle Bewerber abspringen, wird Salvador Allende am 22. Januar 1970 zum Kandidaten aufgestellt.

Mit dem Linksbündnis der *Unidad Popular* tritt Salvador Allende gegen den Kandidaten der Konservativen Jorge Alessandri sowie den Christdemokraten

⁴⁶ Siehe Lawrezki Josef, Salvador Allende, Berlin, 1975, S.134

Radomiro Tomic an. Während der ehemalige Präsident Alessandri mit seiner Erfahrung und rechtskonservativen Werten bei der Bevölkerung punkten will, versucht der frühere Botschafter Tomic die linken Kräfte der Christdemokraten für sich zu gewinnen. Mit dieser Vorgehensweise verjagt er aber viele gemäßigte und konservative Wähler, die 1964 noch für Eduardo Frei gestimmt hatten. Der Wahlkampf wird auch von Gewaltakten begleitet. Auseinandersetzungen auf der Straße, Attentate auf Parteizentralen sowie Bombenalarme gehören dazu. Die Rechte versucht mit der Angst vor der Sowjetmacht die UP zu verteufeln, während die Linke sich auf die Person von Alessandri einschießt.⁴⁷

Der Sieg Allendes mit 36,3 % der Stimmen vor Alessandri kann als absolute Überraschung bewertet werden. Während manche diesen Sieg als die voranschreitende Mobilisierung der Massen ansehen, führen andere das schwache Abschneiden der Christdemokraten auf den Sieg der UP zurück. Dazu Nohlen:

„Die Volkseinheit von 1970 war politisch breiter angelegt als jene Parteienverbindung, die die traditionelle Linke in Chile 1964 zustande brachte. (...) Trotzdem gelang es Allende nicht, einen auch nur gleichen Stimmenanteil wie 1964 zu behaupten. (...) Im Kampf um den Wahlsieg musste er sich weniger der Alternative erwehren, die 1964 mit 56,1 % der Stimmen unangefochten gewonnen hatte, sondern der Rechtskandidatur des ehemaligen Präsidenten Alessandri, der gesellschaftlich, ökonomisch und politisch den Status quo repräsentierte.“⁴⁸

Das Ergebnis der Wahlen vom 4. September 1970 in Zahlen:

Kandidaten	Partei	Stimmen	%
Salvador Allende	Unidad Popular	1070334	36,61
Jorge Alessandri	Unabhängig (Nationale Partei)	1031159	35,27
Radomiro Tomic	Christdemokratische Partei	821801	28,11
Ungültig		31505	
Total		2923294	

(Quelle: <http://eleccion.atspace.com/presidente1970.htm>)⁴⁹

Im Vergleich zu den Wahlen von 1964 waren 624.626 mehr Menschen wahlberechtigt. Dies ist vor allem der Erweiterung des Wahlrechts auf Analphabeten sowie die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre

⁴⁷ Siehe Collier Simón, A History of Chile 1808 - 1994, Cambridge, 1996, S. 327 und 328

⁴⁸ Nohlen Dieter, Chile – Das Sozialistische Experiment, Hamburg, 1973, S.133

⁴⁹ Siehe <http://eleccion.atspace.com/presidente1970.htm>, 12. März 2008

zurückzuführen. Dennoch ist die Wahlbeteiligung mit 83,5 % geringer als im Jahre 1964 mit 86,8 %.⁵⁰

Das überraschende Wahlergebnis lässt eine konsternierte Rechte zurück, die aufgrund der hohen Wahlkampfkosten und der Unterstützung aus dem Ausland mit einem Sieg gerechnet hatte. Währenddessen reagieren die Christdemokraten unentschlossen und wieder einmal kristallisiert sich die Heterogenität der Partei heraus. Während Tomic den Sieg Allendes anerkennt, wird Frei von den Vereinigten Staaten und den Nationalisten umworben, um die Wahl Allendes im Kongress zu verhindern. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erlangt hat, muss die Wahl Allendes laut chilenischer Verfassung vom Kongress bestätigt werden. In der Vergangenheit hatte der Kongress bei so einer Situation immer den Kandidaten mit der Stimmenmehrheit gewählt. Dieses Mal versuchen die Nationalisten und ein Teil der Christdemokraten dieses Vorgehen zu verhindern.

Am 9. September verkündet Alessandri, dass er bei seiner Wahl durch den Kongress sofort Neuwahlen ausrufen würde. Nichtsdestotrotz entschließen sich die Christdemokraten Allende zu unterstützen. Bevor dies geschieht muss Salvador Allende jedoch ein „Statut für die Garantie der Demokratie“ unterzeichnen. Daraufhin wird er am 3. November 1970 vom Kongress mit 153 Stimmen zu 35 Gegenstimmen gewählt und ist damit das erste gewählte marxistische Staatsoberhaupt.⁵¹

In diesem Zusammenhang erscheint es interessant, dass bei vielen Analysen der Wahl Allendes betont wird, dass er nicht die absolute Mehrheit erringen konnte und deswegen vom Kongress bestätigt werden musste. Seine Gegner führen dieses Argument sogar gerne an, um zu betonen, dass 2/3 der chilenischen Wähler gegen ihn war und er nur mit Hilfe von „Tricks“ an die Macht gelangen konnte.

Bei näherer Betrachtung wird jedoch offensichtlich, dass die Wahlbestätigung durch den Kongress in der Geschichte der chilenischen Wahlen eine gängige Praxis war. Demnach mussten beispielsweise bei den Wahlen von 1946 (Gabriel González), 1952 (Carlos Ibañez) sowie 1958 (Jorge Alessandri) die Kandidaten

⁵⁰ Zahlen aus Nohlen. 1973, S. 132

⁵¹ Siehe Collier, 1996, S. 328 und 329

mit den meisten Stimmen durch den Kongress bestätigt werden, da diese keine absolute Mehrheit erringen konnten.⁵² Was jedoch sicherlich erstmals zu bemerken ist, ist der sehr knappe Sieg eines Kandidaten und die etwa gleich starke Lagerbildung von UP, Christdemokraten und Nationalen.

2.1.2. Die Reformpolitik der UP

Bereits Tage nach den Wahlen und der Verkündung der Präsidentschaft von Allende ist es zu Kurseinbrüchen an der Börse in Santiago gekommen. Es kommt auch sehr rasch zu einer Abwanderung von Fremdkapital. Denn man fürchtet insbesondere die Nationalisierungspolitik der UP. Neben der Verstaatlichung von Kupfer und von Betrieben gehören eine Bodenreform in der Landwirtschaft sowie die parlamentarische Umgestaltung in ein Ein-Kammer System zu den Vorhaben. Zur Wirtschaftspolitik der UP schreibt Angell:

„Die erste Maßnahme der Regierung bestand in einer massiven Anhebung der Löhne und Gehälter, die allerdings eher eine Lohnexplosion als eine Umverteilung zugunsten der Armen bewirkte. Die Arbeitslosenquote fiel von 8,3 % im Jahr 1970 auf 3,8 % im folgenden Jahr. Es kam auch zu einer Beschleunigung der Landreform und wichtige Industrien wurden verstaatlicht (auch die Kupferbergwerke); 1971 befand sich schließlich fast der gesamte Banken- und Finanzsektor unter der Kontrolle der Regierung.“⁵³

Viele Maßnahmen können aber nicht durchgesetzt werden, da die UP-Regierung weder im Kongress noch im Senat eine Mehrheit hat. Zur Durchsetzung der meisten Enteignungen führt die Regierung Allendes ein Gesetzesdekret aus Zeiten der Sozialistischen Republik der 1920er Jahre an, wodurch Enteignungen ohne das Einverständnis des Parlaments möglich sind.

Die Prämisse der *Unidad Popular* ist, dass für die Unterentwicklung Chiles primär endogene Faktoren verantwortlich sind. Dazu gehören sowohl der Kapitalismus als auch der Imperialismus. Durch die Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft durch Veränderung der Eigentumsverhältnisse der Produktionsmittel sollte diese Unterentwicklung überwunden werden. Nur durch die Abschaffung des Abhängigkeitsverhältnisses zum internationalen

⁵² Daten aus <http://eleccion.atspace.com/>, 12. März 2008

⁵³ Angell, 1996, S.865

Kapital und der nationalen Monopolgesellschaft sei eine positive Entwicklung zu erreichen.⁵⁴

Während die Kommunisten und Radikalen eine langsame Enteignung verlangen und lediglich eine Übernahme von Unternehmen wollen, die eine Monopolstellung im Land haben mit Ausnahme der Nationalisierung ausländischer Kleinbetriebe, fordern die Sozialisten, MAPU und MIR eine Verstaatlichung von so gut wie allen Produktionsmitteln.⁵⁵ Die Unternehmen sollen als Mischgesellschaften geführt werden und durch eine darauf folgende erhöhte Produktivität eine positive strukturelle Veränderung der Wirtschaft bewirken.

Im Bereich der Agrarwirtschaft setzt die Regierung die Politik der Christdemokraten fort und enteignet im ersten Jahr 1300 Großgrundbesitze. Das Problem ist die rasante Zunahme der Enteignungen, die oftmals in unkontrollierte Weise vor sich gehen. Vor allem die MIR und die MAPU haben einen großen Einfluss auf diese Situation, denn sie sind für die illegalen Landnahmen verantwortlich. Ihnen gelingt es auch eine breite Basis in der Landarbeiterschaft zu finden, die in direkter Konkurrenz zu den Landarbeiterorganisationen der Kommunisten stehen. Daher werden zwischen November 1970 und April 1972 1747 illegale Landnahmen vorgenommen.⁵⁶ Durch diese Beschleunigung des Enteignungsprozesses können die so neuentstandenen Betriebe nur noch schleppend beraten und technisch verbessert werden. Außerdem sind sich die Parteien der UP uneinig darüber, wie die neuen Landgüter strukturiert werden sollen. Trotz all dieser Schwierigkeiten ist zu sagen, dass die Agrarreform der *Unidad Popular* im Zusammenhang mit der Abschaffung des feudalen Latifundiensystems als Erfolg bewertet werden kann.

2.1.3. Die Stellung des Kupfers in Chile

Die Verstaatlichung des Kupfers und der anderen Rohstoffe wie Salpeter, Schwefel und Eisen haben einen hohen Stellenwert im Regierungsplan der UP

⁵⁴ Siehe Nohlen, 1973, S.166 und 167

⁵⁵ Siehe Collier, 1996, S.341

⁵⁶ Zahlen aus Nolte Detlef, Zwischen Rebellion und Integration, 1986, S.387

und weist neben dem wirtschaftlichen Faktor auch einen sehr starken symbolischen Charakter auf.

Die Exportwirtschaft ist im Grunde während der ganzen republikanischen Geschichte Chiles stark vom Ausland abhängig. So sind bis 1827 bereits mehr als 3000 ausländische Investoren in Chile tätig. Es werden Unternehmen wie die „Chilean Mining Association“, die „Anglo-Chilean“ und die „Chilean and Peruvian Mining Association“ gegründet, die für den Abbau, den Verkauf und den Vertrieb der Rohstoffe wie Salpeter, Kupfer sowie Gold und Silber sorgen.⁵⁷

Bald nimmt die Stellung der britischen Unternehmen an Bedeutung enorm zu. Das britische Kapital dominiert nicht nur den großen Bergbau sondern auch die Eisenbahn und die Handelsschiffe, die die Rohstoffe innerhalb und außerhalb des Landes vertreiben. Bis 1860 stammen 63 % des in Großbritannien verwendeten Kupfers aus Chile.⁵⁸

In weiterer Folge wird die Dominanz der Briten durch die Vormachtstellung der Vereinigten Staaten ersetzt. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zu einer immer größer werdenden Abhängigkeit von den USA. Zwischen den Jahren 1943 und 1945 erreicht die Produktion von Kupfer 480.000 Tonnen jährlich. Die Preisgestaltung wird von den US-Monopolgesellschaften Anaconda Copper Mining und Kennecott Corporation bestimmt.⁵⁹ Dazu Praher:

„Die USA exportierte Maschinen zur Intensivierung der Kupferausbeutung. Weiters wurde Kapital in Eisen-, Nitrat- und Fernmeldeindustrie gesteckt. (...) Die enormen Gewinne aus der Kupferproduktion werden sofort ins Mutterland transferiert: nur geringe Steuern mussten an den chilenischen Staat abgegeben werden.“⁶⁰

Dieses große Abhängigkeitsverhältnis und das Unvermögen des Landes über seine eigenen Rohstoffe verfügen zu können macht das Thema der Nationalisierung immer wieder aktuell. Die von den Christdemokraten angefangene Verstaatlichung wird unter der *Unidad Popular* mit dem Gesetz zur Nationalisierung des großen Bergbaus per 15. Juli 1971 einstimmig vom

⁵⁷ Siehe Ramírez Necochea Hernán, *Historia del movimiento obrero en Chile*, Santiago de Chile, 1956, S.28

⁵⁸ Siehe Ebd., S.29

⁵⁹ Siehe Lawrezki, S.90

⁶⁰ Praher, 1986, S.20 und 21

Parlament beschlossen. Damit werden *alle Bodenschätze und Naturressourcen des Landes unter die absolute, ausschließliche, unveräußerliche und unverjährende Verfügungsgewalt des Staates gestellt.*⁶¹

Die nun ehemaligen Monopolgesellschaften sollten, nach ihrem Buchwert des Aktivvermögens per 31. Dezember 1970 und nach Abzug der „exzessiven Gewinne“ seit 1955 und Übernahme des Staates von technischen Geräten im mangelhaften Zustand, entschädigt werden. Die Summe beläuft sich auf 400.000 Mio. US-Dollar.⁶²

Die Regierung hofft durch zukünftige Produktionssteigerungen die Ausgaben wett zu machen. Was jedoch eintritt, war ein Produktionsrückgang, der auf unterschiedlichste Faktoren zurückzuführen ist. Als erstes kommt es zu einer Abwanderung von Fachkräften sowohl aus dem In- als auch Ausland. Demnach kündigen bis 1973 244 von den 466 Vorarbeitern aus dem Bergwerk in Chuquicamata.⁶³ Dies hat zur Folge, dass viele der Maschinen nicht oder nur mangelhaft bedient werden können. Die Maschinen, die funktionsuntüchtig sind, können nicht repariert werden, da es keine Ersatzteile gibt und die zumeist US-amerikanischen Hersteller eine Lieferung ablehnen. Die neue Leitung ist mit diesen Problemstellungen überfordert, da sie auch noch mit Arbeitsniederlegungen zu kämpfen hat. Eine nachlassende Arbeitsmoral wie sie von Nohlen und Nolte beschrieben wird⁶⁴, kann von einem ehemaligen Bergbauarbeiter zumindest aus subjektiver Sicht nicht bestätigt werden. So ist es auch üblich, dass Gewerkschaftsmitglieder in ihrer Freizeit unentgeltlich Kupfer abbauen.⁶⁵

Als es dann auch noch zu einer Preissenkung des Kupfers auf dem internationalen Markt kommt, wird es offensichtlich, dass die verstaatlichten Bergwerke zumindest in dieser Zeit nicht die erwarteten Profite abwerfen können.

⁶¹ Zitat nach Nohlen, 1973, S.171 und 172

⁶² Siehe Ebda., S.172

⁶³ Siehe Nolte, 1986, S.382

⁶⁴ Siehe Nohlen, 1973, S.175 sowie Nolte, 1986, S. 382 und 383

⁶⁵ Gespräch mit ehemaligen Bergbauarbeiter und Gewerkschaftsmitglied, 18. Juli 2008

2.1.4. Die *Cordones Industriales*

Im Rahmen der immer stärker werdenden Polarisierung und der Mobilisierung der sozialen Bewegungen entstehen Basisorganisationen innerhalb der politisch linksorientierten Bevölkerung. Diese reagieren auf die stärker werdenden wirtschaftlichen Konflikte des Landes und sind auch mit den Gruppierungen verbunden, die im urbanen und ruralen Sektor Landnahmen vornehmen und Fabriken besetzen. Damit kann man sie als direkten Ausdruck der „Volksmacht“ ansehen.

Zu diesen Organisationen zählen das Komitee zur Lebensmittelversorgung und Preiskontrolle JAP sowie die Industriegürtel. Die JAPs bilden sich als Reaktion auf die immer stärker werdende Inflation indem sie Kleinhändler kontrollieren, damit diese keine Waren horten, keinen Schwarzhandel betreiben und die Waren zu einem gerechten Preis anbieten. Falls Händler mehrmals abgemahnt werden müssen, können die JAPs die Geschäfte übernehmen. Diese sogenannten Volksläden verkaufen die Waren dann zum Großhandelspreis.⁶⁶

Daneben beginnen sich im urbanen Sektor, insbesondere im Großgebiet von Santiago, *Cordones Industriales* zu bilden. In diesen Industriegürteln schließen sich die Arbeiter aus den verschiedensten Fabriken zusammen, um gegen die Enteignungspolitik der *Unidad Popular* zu steuern. Der erste Gürtel entsteht Mitte 1972 im *cordón Cerillos*. Sie treten für die Besetzung und Nationalisierung von Kleinbetrieben auf, was von der UP abgelehnt wird.⁶⁷

All diese Vereinigungen werden in den sogenannten *Comandos* auf kommunaler Ebene zusammengeschlossen. Diese entstehen im Zuge der „Streiks der Bosse“ im Jahre 1972.⁶⁸ In ihnen findet man Mitglieder der Industriegürtel, Landarbeitervertreter, Vertreter von Elendsvierteln und illegalen Landbesetzern, Mitglieder von JAPs aber auch Arbeitervertreter. In den kommunalen Kommandos werden Strategien entwickelt, um den Gegenmaßnahmen der Rechten und Christdemokraten entgegen zu wirken. Sie agieren aus einer

⁶⁶ Siehe Cleary Eda, *Frauen in der Politik Chiles*, Aachen, 1988, S. 70

⁶⁷ Siehe Sater William, *Chile and the US*, Athens, 1990, S.267

⁶⁸ Siehe Angell, 1996, S.867

gewissen Unzufriedenheit gegenüber der Regierung heraus. Zu den Maßnahmen der Kommandos schreiben García und Sola:

„Da die Staatsstruktur aufgrund des Notstandes Lücken hat, sind es diese Kommandos, die der Betriebssausperrung durch die Arbeitgeber entgegentreten und die Produktion auf Überlebensniveau halten. Sie sind es, die die nicht-streikenden Betriebe, die geöffneten Geschäfte sowie die Busse, die durch Bomben der Patria y Libertad bedroht werden, schützen. Sie sind es die Märkte und Lebensmittelgeschäfte öffnen, die Ärzte suchen, um die Auswirkungen des Streiks zu lindern.“⁶⁹

Die MIR, die MAPU und der radikale Teil der Sozialisten haben einen großen Einfluss auf die *Comandos*. Sie sind sozusagen ein Spiegelbild der Zerwürfnisse innerhalb der UP: Denn diese Strömungen sehen die direkte Teilhabe des Volkes an der Machtausübung als ihre Aufgabe an. Zwar ist die Regierung zufrieden mit ihrem Vorgehen während der Zeit der Streiks, gleichzeitig beobachtet sie aber mit Argwohn die immer stärker werdende Radikalisierung. Die immer wieder lauthals geäußerte Kritik an der Regierungsarbeit ist kontraproduktiv und die demokratisch bedenklichen Rufe nach einer Revolution bringen Allende in Bedrängnis.⁷⁰

Angemerkt kann werden, dass die Kommandos aus einer bestimmten Situation entstehen und nicht unbedingt zur Grundidee der Volksfront oder gar zum Wahlprogramm gehören. Dass die Gürtel zu einer revolutionären, aufständischen Situation beitragen, ist klar. Ein auslösender Faktor für den Staatsstreich vom September 1973 ist jedoch nicht ersichtlich. Immerhin gibt es bereits vor der Entstehung der Industriegürtel ernste Anzeichen für einen Putsch.

Die wirtschaftliche und politische Situation eskaliert zusehends. Nach dem ersten aus wirtschaftlicher Sicht positiven Jahr 1972 und 1973 werden deutliche Mangelercheinungen sichtbar. Die grassierende Inflation sowie die Mangelversorgung mit Gütern werden zu einem Alltagsproblem für die chilenische Bevölkerung. In diesem Zusammenhang schreiben García und Sola:

„Erhoffte Investitionen werden nicht getätigt, die verstaatlichen Betriebe arbeiten mit Verlusten, der Kongress kürzt die staatlichen Subventionen und die Wirtschaftsbilanz schreibt rote Zahlen. Im Dezember 1971 sind alle Krisenherde sichtbar, und schon Mitte des darauffolgenden Jahres beherrschen sie die

⁶⁹ García D. Fernando und Sola Oscar, Salvador Allende, Berlin, 1998, S.150

⁷⁰ Siehe Zeitlin Maurice, The civil wars in Chile, 1984, S. 267 und 268

Situation. (...) Die Loyalität seiner eigenen Anhänger steht aufgrund der Mangelversorgung und der Preiserhöhungen auf wackeligen Füßen. Die für den `chilenischen Weg´ so wichtige Mittelschicht wendet sich ganz offen der Rechten zu.⁷¹

Inwieweit die wirtschaftlichen Probleme das Landes Einfluss auf den Staatsstreich hatten, ist bis heute Teil von Kontroversen. Dass die Maßnahmen der Opposition zur Förderung des Wirtschaftschaos gut gegriffen haben, soll im vierten Kapitel der Arbeit behandelt werden.

2.2. Die Bewegung Fünfte Republik

Die Bewegung der Fünfte Republik MVR entsteht aus dem von Hugo Chávez und anderen Militärangehörigen im Jahre 1982 gegründeten Geheimbund MBR 200. Die Bolivarische Revolutionäre Bewegung ist zehn Jahre lang eine durchgehend militärische Organisation, die in ihrer Arbeit dem idealisierten politischen Projekt des Befreiers Simón Bolívar entsprechen möchte. Aus diesem Grund wird die Zahl 200 dem Namen beigefügt, um so dem 200. Geburtsjahr von Bolívar im Jahre 1982 zu gedenken. Wobei die Organisation zunächst einen horizontalen Aufbau hat, in der die Mitglieder die Entscheidungen auf gleicher Ebene treffen. Demnach erinnert diese Struktur an die heute in Venezuela existierenden *Círculos Bolivarianos*.⁷²

Die MBR 200 hat einen nationalistischen Charakter, der sich auf ideologischer Ebene mit der Idee des „Baumes der drei Wurzeln“ identifiziert, die sich nach den Anschauungen der drei Nationalhelden Simón Rodríguez, Simón Bolívar und Ezequiel Zamora richtet. Sie ist auf der Suche nach einer Neuorganisation der sozialen und politischen Struktur des Landes wie es der Lehrer und Reformler Rodríguez propagierte, sie will – nach den Leitmotiven des Unabhängigkeitskämpfers Bolívar – die Integration Lateinamerikas und den Aufbau einer stabilen Demokratie sowie die Landverteilung an die Landarbeiter und den Kampf gegen die Oligarchie nach den Ideen des liberalen Generals Zamora.⁷³ Die Widersprüche innerhalb der Gedankenwelt der drei großen Unabhängigkeitskämpfer werden dabei aber ausgespart, so wird beispielsweise

⁷¹ Garcia und Sola, 1998, S.140 und 142

⁷² Siehe Battaglini Oscar, La Democracia en Venezuela, Caracas, 2001, S.85 und 86

⁷³ Siehe Harnecker Martha, Venezuela – eine Revolution sui generis, in: Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft, Wagenknecht Sahra, 2004, S.99

kaum auf die unterschiedlichen Aussagen Bolívars über die Sklaverei eingegangen. Dabei plädierte er zunächst für die Befreiung der Sklaven, aber mit der Einschränkung, dass diese nur dann frei wären, wenn sie zwischen 14 und 60 Jahren seien und sich den Truppen Bolívars anschließen.⁷⁴ Erst später will er die Beendigung der Sklaverei aller Menschen erreichen. So kann gesagt werden, dass es zu einer Heroisierung des Unabhängigkeitskampfes und deren Anführer kommt,⁷⁵ zu einer Idealisierung, die aber so gut wie in allen amerikanischen Staaten vorherrschend ist. In den USA ist es die Glorifizierung der republikanischen Verfassung, in Chile ist es der Kampf um die Unabhängigkeit angeführt von Bernardo O´Higgins, in Argentinien von José de San Martín und in Kuba von José Martí, um nur einige Beispiele zu nennen. Zur MBR 200 und Bolívar stellen Boeckh und Graf fest:

„Im Unterschied zu den Ideologien der etablierten Parteien, die sich an Konzepte anlehnten, die von außen übernommen worden waren, seien sie sozial- oder christdemokratisch, und anders als der neoliberale Diskurs, der seine Herkunft ohnehin nicht verleugnen kann, signalisiert die Berufung auf Bolívar die Rückkehr zu lateinamerikanischen Wurzeln, zu Vertrautem, und sie signalisiert eine Aufwertung eigener Traditionen.“⁷⁶

Dieses patriotische Anklammern der MBR 200 an die Epoche der Unabhängigkeit, darf aber keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass es sich um eine heterogene Vereinigung handelt, denn bereits vor und nach dem Putschversuch gegen Präsident Carlos Andrés Pérez 1998 sind deutlich unterschiedliche Auffassungen zwischen den Militärs sichtbar. Man hält Kontakte zu unterschiedlichen zivilen Organisationen wie der Partei der Venezolanischen Revolution PRV, der linken *Causa R* und der Guerilla-Organisation *Bandera Roja*, ist sich aber uneins wie weit diese Kontakte gehen sollen. Laut Roland Denis seien die Dokumente der MBR 200 „ziemlich dürftig“ und „was sie zusammenhält, sind nicht die Ideen, sondern die Haltung, die Moral, die Kultur, aus denen die kollektive Handlung entsteht“.⁷⁷ So ist im Grunde keine richtige Parteilinie oder gar eine Doktrin auszumachen.

Nach seiner Freilassung versucht Hugo Chávez dieses ideologische Vakuum durch Kontakte zu Intellektuellen und Revolutionären auszufüllen. Die Linke in Venezuela ist tendenziell schwach und orientiert sich mehrheitlich an

⁷⁴ Zeuske, 2007, S.54

⁷⁵ Siehe Rojas Reinaldo, *Histografía y política sobre el tema bolivariano*, Barquisimeto, 1999, S.57

⁷⁶ Boeckh Andreas und Graf Patricia, *Der Comandante in seinem Labyrinth*, in: Sevilla Rafael und Boeckh Andreas, *Venezuela*, Bad Honnef, 2005, S.95

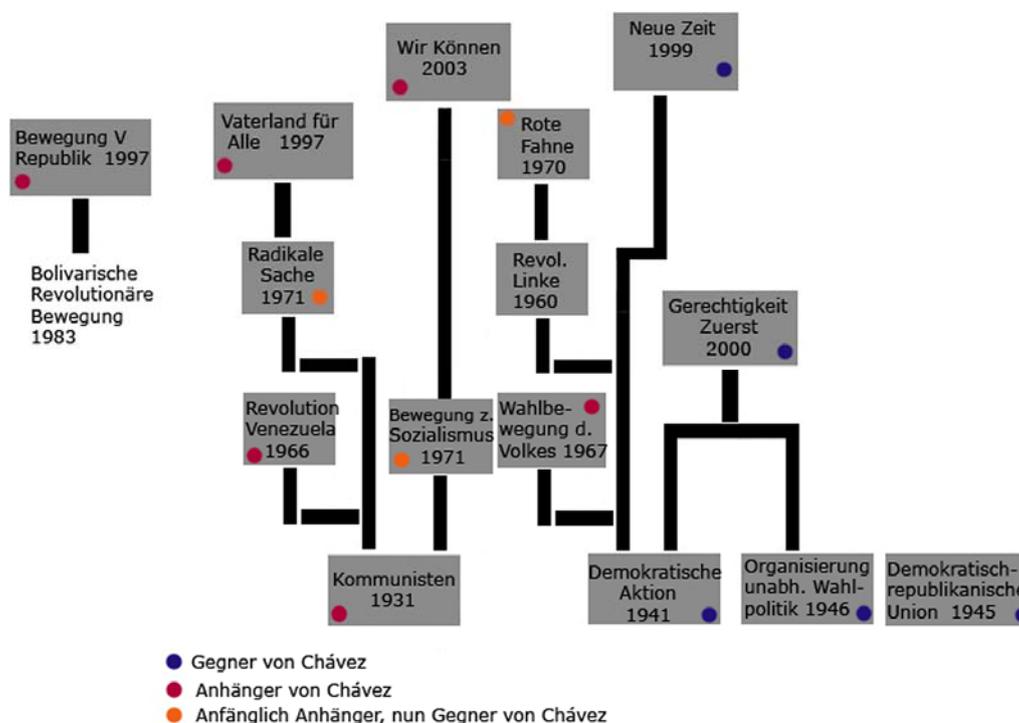
⁷⁷ Zitiert nach Twickel Christoph, *Hugo Chávez*, Hamburg, 2006, S.105

sozialdemokratischen, sozialistischen und marxistischen Ideen ausländischer Parteien. Bei diesen Kontakten entsteht ein Konstrukt, das schließlich 1997 mit dem Namen Bewegung der Fünfte Republik als Partei den Wählern präsentiert wird. Den Namen Bolívar darf die Partei aus gesetzlichen Gründen nicht im Namen tragen, daher entscheidet man sich für die 5 als Fünfte, da dieser Buchstabe im Spanischen ähnlich ausgesprochen wird wie das B. Außerdem soll der Name den Bruch mit der 4. Republik des Punto Fijo-Paktes signalisieren.

2.2.1. Die Wahlen von 1998

Bei den Präsidentschaftswahlen von 1998 beteiligen sich auf der Seite der MVR die Bewegung zum Sozialismus (MAS), Vaterland für Alle (PPT)⁷⁸, die Partei der Venezolanischen Revolution (PRV) sowie die Wahlbewegung des Volkes (MEP). Auch die Kommunistische Partei (PCV) sowie weitere vier Kleinparteien sympathisieren mit der MVR.

Überblick über die Entwicklung der politischen Parteien bis 2004⁷⁹:



⁷⁸ Diese hatte sich 1997 von der Causa R abgespalten, da diese nun zu den Chávez-Gegnern gehörte.

⁷⁹ Aufgrund der hohen Zersplitterung der Parteien konnten nicht alle Kleinparteien in der Skizze berücksichtigt werden. Da sich die Einstellung einiger Parteien zu Chávez nach seinem Amtsantritt geändert hat, wurde dies in der Tabelle berücksichtigt, obwohl sie eben zunächst Teil des *Polo Patriótico* waren.

Der große Block der Wahlplattform *Polo Patriótico* ist aber die MVR. Ein tatsächliches Wahlprogramm ist schwer auszumachen, man verspricht den Bruch mit der Republik des Punto Fijo-Paktes, will die Korruption beenden und eine neue Republik mit neuer Verfassung beschwören. Dazu Müller:

„Die MVR ging keine Allianz mit traditionellen Parteien ein, sondern bildete ein breites Bündnis mit alternativen Parteien. Chávez Herkunft aus der unteren Mittelklasse und die Tatsache, dass er nicht weißer Hautfarbe ist, verschafften ihm Glaubwürdigkeit bei den armen Bevölkerungsschichten und seine Anrufung des `el pueblo`, womit er vor allem die Bevölkerung in den Elendsvierteln, den Barrios meinte, stellte eine seiner erfolgreichsten Wahlkampfmethoden dar. Allerdings war auch zu dieser Zeit kein einheitliches ideologisches Gesamtkonzept der gesellschaftlichen Veränderungen zu erkennen.“⁸⁰

Mit dem Eintritt des Politikers Luis Miquilena wird die Arbeit der MVR hinsichtlich des Wahlkampfes professioneller. Er sucht und findet Geldgeber, hat Kontakte zu den Medien und behält den Pragmatismus innerhalb der politischen Strategie bei. So werden die zunächst existierenden basisdemokratischen Strukturen der Bewegung Fünfte Republik an Strukturen von herkömmlichen politischen Parteien angepasst.⁸¹ Während die Bewegung anfangs in den Wählerprognosen mit einer geringen Zustimmung aufscheint, gewinnt Chávez langsam aber stetig immer mehr Anhänger.

Auf der anderen Seite versammeln sich Teile der Ober- und Mittelschicht um die ehemalige Miss Universum und Ex-Bürgermeisterin des Stadtteils Chacao von Caracas, Irene Sáez, die als Unabhängige in den Wahlkampf geht. Sie genießt in den ersten Monaten des Wahlkampfes die größte Popularität. Sie begeht jedoch den Fehler, die traditionelle COPEI als unterstützende Partei zu akzeptieren, wodurch es zu einem Abstieg in den Beliebtheitswerten kommt.⁸² Weiters kandidiert der Wirtschaftsexperte Henrique Salas Römer, der mit Projekt Venezuela als unabhängiger Kandidat ins Rennen geht, aber ab dem Sommer 1998 von der AD und COPEI unterstützt wird. Diese hoffen mit der großen Beliebtheit des ehemaligen Gouverneurs wieder an Boden zu gewinnen.

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im November 1998 erzielt die MVR ihren ersten Wahlerfolg. Sie wird auf Anhieb zweitstärkste Partei in den beiden

⁸⁰ Müller, in: Boris, 2005, S.170 und 171

⁸¹ Siehe Twickel, 2006, S.134

⁸² Siehe Raby D.L., Democracy and Revolution, London, 2006, S.158

Kammern des Kongresses. Über die meisten Abgeordneten verfügt die traditionelle sozialdemokratische AD. Die COPEI muss deutliche Wählereinbußen hinnehmen und stellt die drittgrößte Fraktion dar.

Obwohl für die anstehenden Präsidentschaftswahlen im Dezember 1998 eine knappe Entscheidung vorhergesagt wird, gewinnt Hugo Chávez doch mit einem deutlichen Vorsprung.

Das Ergebnis der Wahlen vom 6. Dezember 1998 in Zahlen:

Kandidaten	Partei	Stimmen	%
Hugo Chávez Frías	Movimiento Fünfte República	3 673 685	56,20
Henrique Salas Römer	Proyecto Venezuela, AD, COPEI	2 613 161	39,97
Irene Sáez Conde	IRENE	184 658	2,82
Weitere		65 890	1,01
Ungültig		450 987	6,45
Wahlenthaltung		4 024 729	36,55

(Quelle: <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e006.pdf>)⁸³

Obwohl es durch den Antritt Chávez aus symbolischer Sicht zu einem Erstarren der Massenbewegung kommt, wird aus dem Wahlergebnis und auch aus den späteren Wahlen ersichtlich, dass ein großer Teil der Venezolaner im Grunde ein apolitisches Verhalten hat und die Wahlenthaltungen bis heute immer sehr hoch sind.

Der Zulauf den Hugo Chávez bei seinem ersten Wahlantritt hat, ist zunächst aber auf die venezolanische Mittelschicht zurückzuführen. Diese fühlt sich insbesondere durch den von Chávez vermittelten Bruch mit dem alten politischen System angezogen, denn durch die Anpassung an das neoliberale Programm des IWF und der Weltbank schlitterten viele Angehörige der Mittelschicht in den 1980er und 1990er Jahren in die Armut. Gleichzeitig ist zwar eine Unterstützung der Unterschicht für die MVR da, aber viele waren nicht für die Wahlen registriert. Dieses Bild wechselt im Laufe der Zeit, als sich Chávez mit einem Programm und seinen Reden direkt an die Marginalisierten aus dem informellen Arbeitssektor wendet.⁸⁴

⁸³ Siehe <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e006.pdf>, 22. September 2008

⁸⁴ Siehe Wilpert Gregory, *Changing Venezuela by taking power*, London, 2007, S.18 und 19

Hugo Chávez wird im Jänner 1999 als neuer Präsident der Republik vereidigt und er macht sich rasch daran seine Wahlversprechen hinsichtlich der Umgestaltung der staatlichen Strukturen zu realisieren. Die Änderung der Verfassung, der institutionellen Strukturen, aber auch die Schaffung von Programmen für die Armen sowie außenpolitische Beziehungen zu sogenannten „Schurkenstaaten“ sollten ab nun das Land polarisieren. Die traditionellen Parteien befinden sich in einer Krise, die sie im Grunde bis heute nicht überwinden konnten. Durch die Schaffung von neuen Parteien und der Zusammenarbeit von Medien, Gewerkschaften und Industriellen soll die Gegenwehr zur MVR neu formiert werden.

2.2.2. Die Reformen der MVR

- Die neue Verfassung

Bereits kurze Zeit nach seinem Antritt als Präsident geht Hugo Chávez die Änderung der Verfassung der vierten Republik an. Da er zu dieser Zeit über keine Mehrheit im Kongress verfügt, der das Recht hat, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, lässt er im April 1999 die Bevölkerung per Referendum über die Einberufung und neue Zusammenstellung der verfassungsgebenden Versammlung entscheiden. Diese gewinnt er mit 81,74% der gültigen Stimmen, wobei die Wahlbeteiligung mit 37,65% äußerst gering ist. Die verfassungsgebende Versammlung wird im Juli 1999 neu gewählt, wobei 125 der 131 Sitze mit Chávez-Anhängern besetzt werden. Im Dezember 1999 findet schließlich das Referendum über die neue Verfassung statt. Diese wird mit einer großen Mehrheit von 71,78% angenommen, wobei auch hier die Beteiligung mit 44,37% gering ist.⁸⁵ In diesem Zusammenhang sollte angemerkt werden, dass der neuen Verfassung sowohl seitens der MVR als auch ihrer Gegner große Bedeutung beigemessen wird. Während die Einen sie als den Neuanfang feiern, sehen die Anderen ein neues Kuba auferstehen. Die große Kontroverse um die neue Verfassung lässt aber vergessen, dass Venezuela zwischen 1811 und 1961

⁸⁵ Daten aus <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e012.pdf> sowie <http://www.cne.gov.ve/estadisticas/e013.pdf>, 23. September 2008

bereits 26 Verfassungen hatte, wobei die letzte von 1961 immerhin beinahe 40 Jahre hielt.⁸⁶

Mit der Verfassung der „fünften Republik“ kommt es zu tiefgreifenden Veränderungen in einigen Bereichen der venezolanischen Gesellschaft, insbesondere was die vorher institutionalisierten Kompetenzen der politischen Parteien betrifft. Demnach verlieren die politischen Parteien die Anerkennung ihrer juristischen Natur und die staatliche finanzielle Förderung, sie werden in der Verfassung nicht mehr namentlich genannt, sondern es ist von „Vereinigungen mit politischen Zielen“ die Rede und die direkte Besetzung von hohen Beamtenstellen auf Basis der Parteizugehörigkeit wird abgeschafft. Stattdessen gibt es Besetzungskomitees, die einen Klientelismus innerhalb des öffentlichen Stabs verhindern sollen.⁸⁷ Beispielsweise werden die Aufstellung und die Wahl von Kandidaten der Richter des Obersten Gerichtshofes, der Mitglieder des Nationalen Wahlrates, des Generalstaatsanwalts und des Obersten Rechnungsprüfers der Zuständigkeit des Parlaments entzogen.

Es werden direkte und indirekte Mitwirkungsrechte für das Volk geschaffen. Demnach sind in den Artikeln 71 bis 74 verschiedene Arten von Volksabstimmungen verankert, die es der Bevölkerung ermöglichen, über bestimmte politische Maßnahmen zu entscheiden. Diese können von der Nationalversammlung, dem Präsidenten sowie per Volkswillen durch 10 bis 20% der wählenden Bevölkerung ausgerufen werden, wobei zwischen beratenden, abberufenden, befürwortenden und aufhebenden Volksabstimmungen unterschieden wird.⁸⁸

Außerdem gibt es mit der neuen Verfassung zwei zusätzliche Gewalten, die weitgehende staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte bewirken sollen. Die Bürgergewalt wird vom Republikanischen Rat für Moral ausgeübt, der aus dem Generalstaatsanwalt, dem Obersten Rechnungsprüfer und dem Ombudsmann besteht. Die Wählergewalt entspricht dem von der früheren Verfassung übernommenen Nationalen Wahlrat (CNE). Hier ist anzumerken, dass es durch die Schaffung eines ursprünglich transitorisch angesetzten Komitees mit Chávez-

⁸⁶ Siehe Wilpert, 2007, S.30

⁸⁷ Siehe Álvarez Ángel, La reforma del Estado antes y después de Chávez, in: Ellner, 2003, S.194

⁸⁸ Siehe Wilpert, 2007, S.34 und 35

Anhängern nun stets zu einer Besetzung wichtiger Posten durch den Präsidenten kommt. Dazu gehören Positionen am Obersten Gericht, die Stelle als Vizepräsidenten oder die oberen Ränge der Streitkräfte.⁸⁹

Schließlich kommt es zur Einführung eines Einkammersystems im Bereich der Legislative, der Verstärkung der Rechte der indigenen Völker sowie der Menschenrechte. Die Dauer der Präsidentschaft wird von fünf auf sechs Jahre verlängert, wobei zunächst eine einmalige Wiederwahl ermöglicht wurde. Mittlerweile hat Hugo Chávez eine Änderung dieses Passus vorgeschlagen, um so eine immer wieder kehrende Aufstellung als Präsidentschaftskandidat möglich zu machen.⁹⁰

- Soziale Strategien

Mit dem Plan Bolívar und den späteren Wirtschafts- und Sozialplänen im Jahre 2001 wird die Universalisierung der sozialen Rechte durch den breiten Zugang zu Bildungseinrichtungen, zur Gesundheitsversorgung sowie die Schaffung von Wohnraum verwirklicht. Das Sozialversicherungssystem ist nicht mehr ausschließlich auf formale Erwerbstätigkeit aufgebaut und integriert damit die Venezolaner, die im informellen Sektor tätig sind. Ferner soll die bürgerliche Beteiligung bzw. die politische Arbeit der Bevölkerung durch den Aufbau von sozialen Netzen, Basisorganisationen und Bildung einer kritischen Öffentlichkeit, gefördert werden.⁹¹ Zur Schaffung von Bildungseinrichtungen schreibt Burchardt:

„Ebenfalls als Ausdruck des sozialpolitischen Wandels wird der Wiederaufbau der sozialen Dienste und besonders des Bildungswesens vorangetrieben. So wurde in einem neu aufgelegten Programm zur Grundschulförderung bis Ende 2003 die dreitausendste escuela bolivariana eingeweiht. (...) Während die Einschulungsquoten für die Grundschulen in den 1990er Jahren um 13% gefallen waren, stiegen sie zwischen 1999 und 2002 wieder um über 10% an; die Dauer der durchschnittlichen Schulausbildung verlängerte sich von 7,9 Jahren im Jahre 1995 auf 8,4 Jahre Ende 2002. Und da es sich bei den neuen Schulen um Ganztagschulen mit Schulspeisung handelt, wurde zusätzlich die Ernährungssituation vieler Kinder verbessert.“⁹²

Mit den sogenannten *Misiones* werden in den Armenvierteln Sozialprogramme der Regierung Chávez realisiert, die vor allem auf Alphabetisierung, medizinische

⁸⁹ Siehe Welsch Friedrich, Demokratische Revolution oder Rückfall in den Autoritarismus, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.31 und 32

⁹⁰ Siehe Wilpert, 2007, S.38 und 39

⁹¹ Siehe Burchardt, 2004, S.202

⁹² Ebda., S.205

Betreuung, Umsetzung der Landreform und Förderung von Kooperativen abzielen. So konnten beispielsweise dank der *Mision Robinson* 1,3 Mio. Venezolaner in den ersten Jahren der Regierung der MVR alphabetisiert werden.⁹³ Durch das Umgehen des staatlichen Verwaltungsapparates und der direkten Einsetzung der *Misiones* soll so rasch wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Dank dieser schnellen Maßnahmen konnte Chávez in kürzester Zeit Zuwendungen für die unteren Bevölkerungsschichten ermöglichen und sich damit eine breite Unterstützung innerhalb dieser Sektoren sichern. Die Zusammenarbeit mit Kuba zur Realisierung der Einsätze, wie bei *Mision Adentro*, wo kubanische Ärzte ärztliche Betreuung in den Armenvierteln venezolanischer Städte leisten, wird von der Opposition heftig angegriffen.

Zur Lage der *Misiones* schreibt Müller:

„Allerdings setzen sich in den Sozialprogrammen teilweise klientelistische Mechanismen fort, die Charakteristikum früherer Sozialprogramme und ein strukturelles Problem der venezolanischen Gesellschaft sind. Die Voraussetzung an einigen Programmen und zum Bezug finanzieller Unterstützung ist oftmals ein positives Verhältnis zur bolivarianischen Revolution und die Beteiligung am Prozess.“⁹⁴

Da die *Misiones* nicht staatlich institutionalisiert sind, ist ihre Finanzierung nicht langfristig garantiert und ihr Weiterbestehen vom Erdölpreis abhängig, da die Gelder von einem Fond der Erdölgesellschaft PdVSA stammen.

- Wirtschaft

Zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Hugo Chávez wird eine gemischte Wirtschaftspolitik für Venezuela angestrebt. So werden ausländische und inländische Unternehmen nicht enteignet oder verstaatlicht, aber man will, dass der Staat regulierend eingreift. Das heißt sowohl der staatliche Sektor als auch die Privatwirtschaft werden akzeptiert, und das in der Verfassung verankerte Recht auf Privateigentum wird nicht hinterfragt. Dies bewirkt eine starke Kritik in den eigenen Reihen, wo manche Kreise eine Kontrolle wichtiger Wirtschaftssektoren verlangen.

⁹³ Siehe Kollektiv p.i.s.o., Venezuela, München, 2004, S.9

⁹⁴ Müller, in Boris, 2005, S.178

In diesem Zusammenhang kann gesagt werden:

„Dieser Prozess umfasst in seinen Extremen zwei politische Visionen. Die eine könnte am ehesten als links-sozialdemokratisches Modell beschrieben werden, das eigenständige kapitalistische Entwicklung mit umfangreichen sozialen Zugeständnissen an die marginalisierten Bevölkerungsgruppen verbinden will. Das andere Extrem formuliert die Forderung nach einer grundlegend anderen Gesellschaft, nach einer rätendemokratischen Gemeinschaft mit demokratischer Kontrolle über die Produktion.“⁹⁵

Nach einer anfänglich eher konservativen monetären Politik, die manche sogar dazu veranlasste von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik Chávez' zu sprechen, wurde mit dem Erlass von 49 Gesetzen, den sogenannten Ermächtigungsgesetzen, im Jahre 2001 Reformen in bestimmten Bereichen wie Landwirtschaft, Fischerei und Erdöl eingeführt. Dementsprechend wurde mit dem Landgesetz in den Jahren 2002 und 2003 die Verteilung von 2,3 Mio. Hektar Land an Kooperativen realisiert, hierbei handelt es sich aber um brachliegendes Land und nicht um Enteignungen aus dem Großgrundbesitz. Die in der neuen Verfassung verankerte Demontage des Großgrundbesitzes blieb bisher aus, daher gehen vielen Landarbeitern die Reformmaßnahmen zu langsam und nicht weit genug.⁹⁶ In dieser Situation kommt es zu großen Konflikten innerhalb der Regierung hinsichtlich der Radikalität der neuen Gesetze, und es tritt unter anderem Luis Miquilena aus der Regierung aus.

Als die größte Errungenschaft der MVR kann die Einführung eines universell gültigen Sozialversicherungssystems im Jahre 2002 genannt werden, das größtenteils alleine vom Staat gesteuert wird, und keine individuelle sondern kollektive soziale Abdeckung leistet. Damit wird die Sozialversicherung in die Hand des Staates gelegt und der Privatwirtschaft entzogen. Demgemäß kann dies als Antithese zum neoliberalen Wirtschaftsdenken bezeichnet werden.⁹⁷

Wie bereits dargestellt, bleiben die angekündigten Maßnahmen der MVR in mehreren Sektoren im Bereich der revolutionären Rhetorik und sind bisher nicht realisiert worden. Im wirtschaftlichen Sektor, wo es viele Veränderungen im Rahmen der neuen Verfassung gibt, sollte es auch zu den stärksten Spannungen kommen.

⁹⁵ Kollektiv p.i.s.o., 2004, S.11

⁹⁶ Siehe <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/401.html> , 30. September 2008

⁹⁷ Siehe Parker Dick, Representa Chávez una alternativa al neoliberalismo?, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003, Vol. 9, S.106

2.2.3. Die Stellung des Erdöls in Venezuela

Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt, werden bereits Ende des 19. Jahrhunderts große Erdölvorkommen in Venezuela entdeckt, die Juan Vicente Gómez während seiner Diktaturherrschaft gegen Konzessionsgebühren fördern lässt. Zunächst ist die britisch-niederländische Gesellschaft *Royal Dutch/Shell* vorherrschend, danach die US-amerikanische *Standard Oil*. 1920 betrug die Förderung von Erdöl eine Mio. Barrel im Jahr, 15 Jahre später waren es bereits 150 Mio. Barrel. Durch die Weltwirtschaftskrise und den damit verbundenen Zusammenbruch des Kaffeemarktes wurde die Erdölförderung weiter intensiviert.⁹⁸ Wobei Gómez die Gelder der Konzessionen dazu benutzte, um die hohen Staatsschulden abzutragen. Der große Erlös des Ölgeldes ging aber ins Ausland.

In diesem Zusammenhang stellen Lander und López fest:

„Ein tropisches, armes und krankes Land, verwandelt sich dank dem Erdöl zum anziehenden Mittelpunkt für das große, technisch hochentwickelte transnationale Kapital. Auch wenn sich dieses Kapital zunächst unter Diktierung eigener Bedingungen etablierte, ermöglichte das steuerrechtlich orientierte Venezuela dem Staat sehr früh seine Stellung als Besitzer des Rohstoffes zu stärken und Maßnahmen zu ergreifen, um seine Interessen zu schützen.“⁹⁹

Mit dem Gesetz von 1943 verschafft sich der venezolanische Staat Normen, um aus der Förderung des Erdöls durch ausländische Unternehmen den größtmöglichen finanziellen Nutzen zu ziehen. Demnach werden Mechanismen für den Erhalt von steigenden Renten geschaffen, die mit den damit verbundenen Rentensteuern, Zulagen sowie Steuern für Handelsexporte einen möglichst hohen Erlös für den venezolanischen Staat bringen sollen. 1948 wird dieses Gesetz erweitert, und es wird festgesetzt, dass die Erträge des Staates hinsichtlich der Gewinne in diesem Sektor niemals 50% unterschreiten dürfen.¹⁰⁰

Venezuela versucht durch die Bildung von Allianzen mit anderen Erdölproduzierenden Ländern eine Verteidigung gemeinsamer Interessen zu ermöglichen. 1960 wird auf dieser Basis in Bagdad die Organisation Erdöl-Exportierender Länder (OPEC) unter der Schirmherrschaft von Juan Pablo Pérez Alfonzo und Abdullah Tariki gegründet.¹⁰¹

⁹⁸ Siehe Muno, in: Diehl und Muno, 2005, S.12

⁹⁹ Lander Luis und López Maya Margarita, Venezuela, in: Poder y Petróleo en Venezuela, Lander, Caracas, 2003, S.12

¹⁰⁰ Siehe Ebda., S.13

¹⁰¹ Siehe Ebda., S.14

Außerdem will der Staat mittels organisatorischer Beteiligung Einfluss innerhalb des Erdölsektors einnehmen. Diesbezüglich werden verschiedene Organisationen gegründet, was schließlich 1976 im Rahmen der Nationalisierung des Erdöls zur Schaffung der *Petróleos de Venezuela SA* (PdVSA) als Hauptgesellschaft führt. Diese ist auf Druck der venezolanischen Gesellschaft eingerichtet worden und sollte in den kommenden Jahrzehnten den Kernpunkt der Erdölproduktion Venezuelas bilden. Zur Rolle der PdVSA als öffentlicher Konzern schreibt Melcher:

„Obwohl der PdVSA seit Mitte der 1970er Jahre ein staatlicher Konzern ist, kam es immer wieder zu Konflikten mit dem venezolanischen Staat. Der Gegensatz zwischen den Interessen des Staats an Steuereinnahmen und denen der Unternehmensleitung an eigenen Investitionsstrategien bestand fort und ist schließlich in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen offen ausgebrochen.“¹⁰²

Die 1970er Jahre sind hinsichtlich der Einnahmen aus dem Erdölsektor für Venezuela am erfolgreichsten. Demnach werden zwischen 1973 und 1983 durch den Anstieg der Rohölpreise hohe Einkünfte von schätzungsweise 240 Mrd. US-Dollar verzeichnet. Diese hohen Erträge bewirken aber auch, dass andere Wirtschaftszweige, auch die Landwirtschaft, vernachlässigt werden und die Zahl der Warenimporte stetig anwächst.¹⁰³ Auch wird die Macht der PdVSA – vor allem ab den 1980er Jahren – aufgrund des internationalen Preisverfalls des Erdöls immer größer, die alsbald einen entscheidenden Einfluss auf die Erdölpolitik des Staates nimmt, indem eigenmächtig im Ausland investiert wird und die Politik der OPEC immer stärker ignoriert wird. Die aus den Erträgen fälligen Steuern werden seitens der PdVSA nicht an den Staat erstattet und man behält sich vor, bei der Preisgestaltung des Erdöls unabhängig zu agieren. Während zur Zeit der Gründung der PdVSA aus den Erträgen noch 80% an den Staat fließen, sind es beim Amtsantritt von Hugo Chávez 20%.¹⁰⁴ Durch die Entwicklung der PdVSA als „Staat im Staat“ kommt es im Grunde zu einer Reprivatisierung des Erdölsektors, der in den Händen der Manager des Unternehmens liegt.

Die geringen Erträge für den Staat aus der eigentlich verstaatlichten PdVSA sind für Chávez Anlass genug, um tiefgreifende Reformen innerhalb des Unternehmens zu realisieren. Zu diesem Zweck stellt er den drittgrößten Erdölkonzern der Welt unter die Aufsicht des Ölministers und erlässt 2001 ein neues Ölgesetz. Dabei wird zunächst insbesondere die Preisgestaltung innerhalb

¹⁰² Melcher Dorothea, *Petroleumrepublik Venezuela*, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.143

¹⁰³ Siehe Kollektiv p.i.s.o., 2004, S.14

¹⁰⁴ Siehe Melcher, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.143

der OPEC seitens der neuen Regierung in Angriff genommen. In diesem Zusammenhang schreibt Mommer:

„Gemeinsam mit Mexiko und Saudi Arabien gelang es Venezuela ein erfolgreiches Abkommen über die Förderquoten der OPEC und den anderen exportierenden Ländern zu erzielen. (...) Die Preise erholten sich. Die Bruttogewinne der Rohölexporte stiegen auf 29,3 Mrd. US-Dollar im Jahre 2000.“¹⁰⁵

Auch mit einer neuen Erdölpolitik zu Kuba lässt Chávez aufhorchen. Er trifft mit dem damaligen kubanischen Präsidenten Fidel Castro unterschiedliche Abkommen für eine verbilligte Lieferung von Petroleum nach Kuba, wofür Venezuela im Gegenzug kostenlose Betreuung durch kubanische Ärzte für unterprivilegierte Bevölkerungsschichten in Venezuela erhält.

Durch die Wiederverstaatlichung des Erdölsektors wechselt der Eigentümer des Konzerns, aber nicht dessen Vorstand. Die Konflikte mit der ehemaligen Elite der PdVSA werden immer direkter und aggressiver ausgetragen. Schließlich entlässt Chávez hohe Funktionäre des Erdölunternehmens und stellte neue Leute für den Vorstand ein. Dies bewirkt eine enorme Gegenreaktion, die Streiks der oberen Angestelltenschaft der PdVSA zur Folge haben und zum Putsch gegen Chávez am 11. April 2002 führen.

2.2.4. Die *Círculos Bolivarianos*

Der Ursprung der Bildung von sogenannten bolivarianischen Zirkeln kann nicht ganz klar ausgemacht werden. So sprechen manche von einer spontanen Entwicklung als Reaktion auf die Polarisierung im Laufe des Jahres 2001¹⁰⁶, andere wiederum nennen eine direkte Ankündigung Chávez als Voraussetzung zur Bildung dieser Zirkel. Demnach beschreibt García Guadilla diese wie folgt:

„Der Präsident definierte das Ziel dieser `Volksorganisation´ als die Stärkung des revolutionären Prozesses mit der Unterstützung des Volkes. Der Bevölkerung werden dabei die Anliegen der Regierung näher gebracht, um so eine partizipative und vorkämpferische Demokratie zu erschaffen oder besser gesagt um das nationale Kollektiv zu demokratisieren.“¹⁰⁷

Auch der Rahmen der anfänglichen Zirkel ist nicht eindeutig, ob sie nun als Nachbarschaftsorganisationen oder aus bestehenden Berufsgruppen entstanden,

¹⁰⁵ Mommer Bernard, Petoleo subversivo, in: Lander, 2003, S.32

¹⁰⁶ Siehe Raby, 2006, S.165

¹⁰⁷ Siehe García Guadilla María Pilar, Sociedad civil, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.248

sei dahin gestellt. Tatsache ist, dass sie sich zur Aufgabe gemacht haben unmittelbare Probleme ihrer nächsten Umgebung zu diskutieren und Lösungsansätze zu finden, sowie sich mit den Ideen Bolívars, Rodríguez und Zamoras vertraut zu machen und diese zu verbreiten. Als Verkörperung der Basisorganisation sollten sie sich als eine horizontal aufgebaute Gegenbewegung zu den bereits bestehenden sozialen Organisationen entwickeln. Dies sollte der Darstellung der MVR als basisorientierte Partei dienen und beweisen, dass das neue Venezuela unter der aktiven Mitwirkung der unteren Bevölkerungsschicht entstanden ist.

Die Arbeit der Zirkel geht schließlich zumeist in die Arbeit der *Misiones* und anderer sozialer Organisationen über, sodass die Zirkel keine einflussreiche politische Organisation mehr bilden. Dazu Müller:

„In einigen Fällen führten die boliviarischen Initiativen auch zur Schwächung bestehender autonomer Bewegungen, indem Teile der neuen Organisationen kooptiert wurden. Beispielsweise führte die Bildung einer boliviarischen Frauenbewegung zur Fragmentierung der alten, feministischen Frauenbewegung.“¹⁰⁸

Die Art der Arbeit der Zirkel ist teilweise unklar, und von der Opposition wird lediglich ihre „starke Bewaffnung“ in den Mittelpunkt gestellt. Es gibt jedoch keine Beweise, dass die Zirkel illegal oder gar von staatlicher Seite bewaffnet werden. Der private Waffenbesitz mancher Mitglieder stellt sicherlich ein Problem dar, jedoch muss diese Kritik auch für die Opposition gelten. Auch mag in diesem Zusammenhang die an sich hohe Zahl an privatem Waffenbesitz in Venezuela eine Rolle spielen.¹⁰⁹

Insbesondere bei der Reaktion der Chávez-Anhänger auf den Putsch der Opposition gegen Chávez im April 2002 spielten die boliviarischen Zirkel eine entscheidende Rolle. Durch Mund zu Mund Informationen und Einsatz des Handys gelang es ihnen die Menschen in den Elendsvierteln zu mobilisieren, um gegen den Putsch zu demonstrieren und die Rückkehr von Chávez einzufordern.

¹⁰⁸ Ebda., S.175

¹⁰⁹ Siehe Raby, 2006, S.166

2.3. Resümee

Die Ergebnisse der Gegenüberstellung der beiden Reformbewegungen könnten hinsichtlich ihres parteipolitischen Aufbaus nicht unterschiedlicher sein. Auf der einen Seite kommt in Chile 1970 ein Parteibündnis an die Macht, das von zwei fest verankerten Parteien angeführt wird und lediglich durch mehrere neu gegründeten Kleinparteien unterstützt wird. Auf der anderen Seite gewinnt in Venezuela 1998 eine Bewegung die Wahlen, die von einer erst im Jahr davor gegründeten Partei angetrieben und von bereits seit längerer Zeit existierenden Kleinparteien flankiert wird. Diese unterschiedliche Ausgangslage und deren unterschiedliche Entwicklung und Etablierung als politische Parteien innerhalb der staatlichen Strukturen ist vor allem auf den historischen Werdegang der zwei Demokratien zurückzuführen. Während die Kommunisten und Sozialisten in Chile klaren Linien des Marxismus folgen und diese als Teil ihres Programms ansehen, ist die boliviarische Bewegung in Venezuela ein Konglomerat verschiedener Ideologien. Auch ist die UP trotz starker Konflikte innerhalb des Parteienbündnisses im parteipolitischen Konzept verankert, die MVR hingegen ist weniger eine Partei als vielmehr eine Bewegung. Die Maßnahmen von Chávez diesbezüglich zeigen, dass seine Ideen sich im Grunde gegen das Parteiensystem richten und die MVR gegen die etablierten Parteien, in einer Situation des Niedergangs der politischen Parteien, aufgebaut wurde.

Bezüglich der durchgeführten Reformen kann festgestellt werden, dass die im Bereich der Wirtschaft in Chile durchgeführten Maßnahmen von der Regierung der *Unidad Popular* um einiges radikaler sind als die der Bewegung Fünfte Republik in Venezuela. So führt Allende eine große Zahl an Verstaatlichungen und Enteignungen durch, während sich Chávez auf die Regulierung der Privatwirtschaft beschränkt und es lediglich innerhalb des Erdölsektors zu einer Renationalisierung kommt. Hier ist zu beachten, dass die Bedeutung des Kupfers in Chile eine ähnliche Funktion aufweist wie das Erdöl in Venezuela, aber Kupfer nicht den immensen wirtschaftlichen Nutzen bringt wie Erdöl. So ist auch die Ausbeutung des Kupfers durch internationale Unternehmen ähnlich groß wie die des Erdöls in Venezuela, aber mit dem großen Unterschied, dass der finanzielle Reinerlös für den Staat in Venezuela weitaus größer ist. Diese Konzentration auf

die Rohstoffe macht aber beide Länder von der Situation des internationalen Weltmarktes abhängig, wobei es Venezuela aufgrund der weltweit herrschenden Bedeutung des Erdöls gelingt eine Machtstellung aufzubauen. In Bezug auf die Reformen im Bereich der Landwirtschaft kann ebenfalls festgestellt werden, dass die UP mit der hohen Zahl an Enteignungen eine radikalere Vorgangsweise hat als die MVR in Venezuela, wo lediglich brachliegendes Land enteignet wird.

Es muss auch berücksichtigt werden, dass es der MVR in Venezuela gelingt eine neue Verfassung einzurichten, während in Chile die UP auf Allianzen innerhalb der Legislative angewiesen ist und mit der Durchsetzung jedes reformistischen Gesetzes Schwierigkeiten hat. Beide Bewegungen benutzen juristische „Tricks“ um ihre Vorstellungen rechtmäßig verankern zu können. Es kann gefolgert werden, dass es in Chile aufgrund der durchgesetzten Reformen insbesondere zu einem wirtschaftlichen Wandel des Landes kommt, während in Venezuela basierend, auf den Änderungen in der Verfassung eher eine gesellschaftliche Veränderung eintritt. In beiden Ländern spielt die neue Anerkennung als marginalisierte Klasse für die unteren Bevölkerungsschichten eine große Rolle. Während in Chile zu dieser aber auch die typische Arbeiterklasse der Bergbau - und Industriezentren dazu gezählt wird, fühlt sich diese in Venezuela eher als Teil der Opposition. Hier hat die Einbettung der Reformen in den unterschiedlichen Wirtschaftsepochen eine große Bedeutung. Denn durch die Anpassungsprogramme Venezuelas an das neoliberale Wirtschaftskonzept ist die Zahl der informellen Arbeitskräfte höher als in Chile vor dem Neoliberalismus in den 1970er Jahren.

Die Basisorganisationen der Reformbewegung erscheinen zwar ähnlich in ihrer Idee der direkten Beteiligung des Volkes am Reformprozess, sind aber in ihrer Entstehung und Gründung verschieden. Während die *Cordones Industriales* in Chile aus der Not des Generalstreiks entstehen und sich gezielten Aufgaben widmen, ist bei den *Círculos Bolivarianos* zwar eine unabhängige Aufgabentätigkeit zu beobachten, aber nicht mit der gleichen Wirkung wie in Chile. Während die Industriegürtel nicht unbedingt die volle Unterstützung der Regierung bekommen, sind die bolivarianischen Zirkel eine Idee des venezolanischen Präsidenten. Beide Organisationen werden von der Opposition

als „bewaffnete Radikale“ bezeichnet und als „gefährlich für die Demokratie“ eingestuft.

Sowohl der *Unidad Popular* als auch der Bewegung Fünfte Republik wird ein revolutionärer Aspekt beigemessen, wobei aber insbesondere im Fall von Venezuela am wenigsten davon gesprochen werden kann. Sicherlich sind die gesellschaftlichen Umwälzungen, die die MVR bewirkt hat, sehr intensiv, aber die realisierten Maßnahmen sind als reformistisch und nicht revolutionär zu bewerten. In Chile hingegen entwickeln sich sowohl reformistische als auch revolutionäre Sektoren innerhalb der UP, die nicht selten auch im direkten Konflikt zueinander stehen. Beide Reformbewegungen gleichen einander jedoch in ihrer Signalwirkung des gesellschaftlichen Umbruchs. Die damit verbundene Mobilisierung der Massen gelingt sowohl in Chile als auch in Venezuela, wobei auffällt, dass die Gefolgschaft der Bewegungen in ihrer Kritik unterschiedlich agiert.

In Chile sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien aber auch innerhalb der Basisorganisationen weitaus stärker als in Venezuela. Das ist aber nicht nur auf die Stellung ihrer Anführer zurückzuführen, sondern zeugen von einem intensiven ideologischen Konflikt. In der *Unidad Popular* findet sich eine starke, gemäßigte kommunistische Partei und eine teilweise revolutionäre sozialistische Partei. Aus dieser unterschiedlichen ideologischen Positionierung verliert man sich in Diskussionen und Streitigkeiten über die Intensivität und die Geschwindigkeit der zu durchzusetzenden Reformen. In der Bewegung Fünfte Republik und den verbündeten Kleinparteien, spielt die Art und Weise der Reformen ebenfalls eine Rolle, aber die ideologische Auseinandersetzung ist weniger intensiv. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass kommunistische und sozialistische Einflüsse geringer sind. Bemerkenswert ist, dass es bei den genannten Diskussionen in Venezuela um weitaus weniger radikale Maßnahmen geht. Wenn man beispielsweise Luis Miquilena als den gemäßigten Teil der MVR herannimmt und Hugo Chávez als den radikalen, dann wird offensichtlich, dass es bei der Konfrontation dem Einen um den Verlust der Unternehmer als unterstützende Kraft geht und dem Anderen um die Durchsetzung regulierender wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen. In Chile hingegen geht es bei den Diskussionen um die Frage, wie schnell und auf welche Weise die Realisierung

eines marxistischen Staates zu erreichen ist. In dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass der pragmatische Zugang zu den politischen Maßnahmen innerhalb der MVR mehr gegeben ist, als in der UP. Eventuell ist dieser Zustand mit der Einbettung der jeweiligen Reformbewegungen in unterschiedlichen Epochen zu erklären. Immerhin ist es in den letzten Jahren in vielen lateinamerikanischen aber auch europäischen Linksparteien zu einer Abkehr der marxistischen Grundideen gekommen. Es ist ein Pragmatismus vorherrschend, der sich gut mit dem neoliberalen Wirtschaftskonzept vereinbaren lässt und den Wirtschaftstreibenden entgegenkommt. Sicherlich kann die MVR nicht auf die gleiche Ebene mit dieser Vorgehensweise gesetzt werden, es sind jedoch deutliche pragmatische Züge vor allem in der Wirtschaftspolitik der Bewegung Fünfte Republik erkennbar, die eine Entideologisierung der Wirtschaftsmaßnahmen bewirken.

III. DIE PRÄSIDENTEN

Im dritten Kapitel werden die zwei Persönlichkeiten Salvador Allende und Hugo Chávez analysiert und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede herausgearbeitet. Dabei soll auf ihren Werdegang, ihre Politik sowie ihren Ruf eingegangen werden.

3.1. Der Demokrat Salvador Allende

Als im Herbst 1970 der Sozialist Salvador Allende mit seinem politischen Bündnis *Unidad Popular* mit 36,3% der Stimmen an die Macht kommt und zum Präsidenten des Landes gewählt wird, ist eine Reformierung Chiles gewiss. Die immer wieder heraufbeschworenen Veränderungen, die die Linken im Land für unerlässlich halten, erzeugen aber gleichzeitig Abneigung und Angst bei den konservativen Kräften im Land. Salvador Allende polarisiert damals genauso wie Hugo Chávez heute.

3.1.1. Kurzbiographie von Salvador Allende

Allende wird am 26. Juni 1908 in eine gutbürgerliche Familie aus der Hafenstadt Valparaíso geboren. Teile seiner Familie sind den Liberalen und Radikalen zuzuordnen. Nach der Familientradition soll er Arzt werden. Erste Verbindungen zum Marxismus erhält er durch die Freundschaft zu einem befreundeten Schuster und später durch seine Aktivität im Chilenischen Studentenverband (FECH). Bereits bei der Gründung der Sozialistischen Partei 1933 wird er Mitglied und beteiligt sich an Demonstrationen gegen die Regierung Ibañez. Die Armut Chiles lernt er aber nicht durch persönliche Erfahrung, sondern durch seine Arbeit als Arzt kennen.¹¹⁰ Seine politische Laufbahn beginnt 1937, als er Abgeordneter und unter der Volksfront-Regierung von Pedro Aguirre Cerda von 1939 bis 1942 Gesundheitsminister wird. Im Jahre 1945 wird er Mitglied des Senates und behält diesen Sitz bis zu seinem Umzug in den Präsidentenpalast *La Moneda* im Jahre 1970.¹¹¹ Er kandidiert bei den Wahlen von 1952, 1958 und 1964 als Präsidentschaftskandidat. Seine Erfolge sind aber vor allem in den ersten beiden Urnengängen bescheiden.

¹¹⁰ Siehe Lawrezki, 1975, S.19 - 60

¹¹¹ Siehe Collier, 1996, S.330

Für viele linke Parteien in allen lateinamerikanischen Staaten hat die Revolution in Kuba unter der Führung von Fidel Castro und Che Guevara eine Vorbildwirkung. Auch für manche Teile der Sozialisten in Chile bedeutet dies eine Abkehr von der Idee der Teilnahme am demokratischen Prozess. Man will nicht durch Wahlen, sondern durch einen revolutionären Kampf an die Macht gelangen. Die Kommunisten hingegen sind sich der Person Salvador Allende als Präsidentschaftskandidat nicht mehr sicher. Der „ewige“ Kandidat hat ihrer Meinung nach an Kraft verloren und vermag es nicht die Massen anzuziehen.

Im August 1969 tritt das Zentralkomitee der Sozialistischen Partei zusammen und kürt Allende zu ihrem Kandidaten. Diese Aufstellung erfolgt aber keineswegs einstimmig, wie es im Kommuniqué verlautbart wird. Denn 13 Mitglieder enthalten sich der Stimme, während 12 für Allende stimmen.¹¹² In weiterer Folge kann er sich im Jänner 1970 gegen die Kandidaten der anderen Parteien der UP durchsetzen. Dass Allende dennoch als Kandidat der *Unidad Popular* aufgestellt wird, liegt an seiner Fähigkeit alle Gruppierungen, die in der UP aktiv sind, zu vereinen. So spricht er in einer Rede zu seiner Bewerbung:

„Wie Coca-Cola bin ich ein bekanntes Produkt. Allende kennt man bis in die letzten Ecken Chiles. Wie viel Zeit und wie viel Geld müsste man darauf verwenden, um Chonchol bekannt zu machen? (...) Außerdem bin ich der einzige, der die Unterstützung der gesamten Linken bekommen kann. Es gibt keinen anderen.“¹¹³

3.1.2. Allende der „Antichrist“

Trotz seiner parlamentarischen Vergangenheit reagiert eine große Mehrheit nicht nur auf seine Bewegung der *Unidad Popular* sondern auch auf seine Person mit Argwohn. Ein Marxist, der auf der einen Seite Fidel Castro bewundert und auf der anderen Seite vom demokratischen Prozess spricht, birgt für viele einen Widerspruch in sich. Dies traf nicht nur auf die chilenische Bevölkerung sondern auch auf die internationale Staatengemeinschaft zu. Während die Linke vor allem in Europa ihre Bewunderung für Allende ausspricht, reagieren die Regierungen der Industrieländer und vor allem die Großkonzerne mit Abneigung. Hier könnte man als Erklärung für diese Reaktion des Westens den herrschenden Kalten Krieg sowie die damit verbundenen Ängste vor dem Kommunismus als „rote Gefahr“

¹¹² Siehe Lawrezki, 1975, S.128

¹¹³ García und Sola, 1998, S.54

anführen. Die Welt ist in zwei Lager gespalten und Chile als kapitalistisches Land droht für die westliche Welt „verloren“ zu gehen.

Wenn man aber die Reaktionen der Industriestaaten und der Großkonzerne auf die Lage in Venezuela und die Person von Hugo Chávez betrachtet, so sind die Reaktionen ähnlich, obwohl keine „Rote Gefahr“ droht. So kann festgestellt werden, dass in diesem Zusammenhang wohl eher wirtschaftliche Interessen eine bedeutendere Rolle spielen, als tatsächliche politische Ideologien. Zwar wird das Demokratieverständnis Allendes von seinen Gegnern als das eigentliche Grundproblem dargestellt, und manche Aktionen der UP geben dazu auch Anlass, aber vielmehr sind seine Politik der Reformen und die damit verbundenen bevorstehenden Umwälzungen Anstoß der Kritik.

Dass es die Christdemokraten für nötig erachten Allende eine Erklärung unterzeichnen zu lassen, in der er die demokratischen Grundwerte Chiles bezeugt, damit er ihre Stimmen im Parlament zur Wahl seiner Präsidentschaft erhielt, zeigt das tiefe Misstrauen, das Salvador Allende und der *Unidad Popular* entgegengebracht wurde.¹¹⁴

Nicht nur von Misstrauen, sondern vielmehr von Rufmord kann man in manchen europäischen Pressemeldungen sprechen. So stürzt sich die deutsche Boulevardpresse nur allzu gerne auf diese „seltsame“ politische Figur. In diesem Zusammenhang schreibt die deutsche Zeitschrift *Quick*:

„... Allende selbst wegen seiner Taten während der letzten Monate seiner Amtszeit freisprechen müssen, weil Allende nicht mehr zurechnungsfähig war. Die Anklage hätte genügend Zeugen gebracht, die beschworen hätten, Allende sei in der Regel bereits vormittags um 10 Uhr bis zur Bewusstlosigkeit betrunken gewesen und habe willenlos alles unterzeichnet, was seine Berater aus dem Ostblock ihm vorgelegt hatten.“¹¹⁵

Einen weiteren Gegner innerhalb Chiles hat Salvador Allende in den Frauen des Landes. Manche meinen, seine Unbeliebtheit unter den Frauen sei auf seine angebliche eheliche Untreue und sein Ruf als Lebemann zurückzuführen. Dies stellt jedoch eine grobe Vereinfachung dar. Die Mehrheit der Frauen in Chile ist nun mal dem konservativen Lager zuzuordnen, katholisch und gegen sämtliche Reformen. So wählt 1970 die Mehrheit der Frauen mit etwa 70 % die Rechten

¹¹⁴ Siehe Collier, 1996, S.328

¹¹⁵ Zitiert nach Eschenhagen Wieland, Revolution und Konterrevolution in Chile, Darmstadt, 1974, S.229

und die Christdemokraten. Dabei schneidet Alessandri mit 38,4 % am Besten ab, danach folgen 30,5 % für Allende und 29,9 % für Tomic.¹¹⁶ Dieser Konservativismus der chilenischen Frauen ist nicht unbedingt auf eine durchdachte politische Weltanschauung zurückzuführen, sondern drückt eher die Furcht vor Veränderungen aus. Zu dieser Gruppe gehören vor allem die Frauen der Mittel- und Oberschicht. Während also die Arbeiterinnen und *Pobladoras* Allende zujubelten, gehen die anderen Frauen mit leeren Kochtöpfen bewaffnet auf die Straße, um gegen die UP zu demonstrieren.

Tatsache ist, dass die Frauen in der machistischen Gesellschaft, in ihrer Aufgabenrolle als Hausfrau und Mutter im Chile der 1970er Jahre, in ihrem Alltag massiv mit den Folgen der wirtschaftlichen Probleme des Landes konfrontiert sind. Sie müssen beim Einkauf in den langen Warteschlangen stehen, sie müssen die hohen Preise für die Waren bezahlen. Dazu der damalige Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano:

„In Ländern wie dem unsrigen ist die drückende Mehrheit der Frauen nicht in der produktiven und bezahlten Arbeit integriert. (...) Dies zwingt die Frau meistens dazu, vom dem sozialen und politischen Kämpfen ausgeschlossen zu bleiben und im größeren Ausmaß als die Männer dem ideologischen Dienst der Bourgeoisie, insbesondere dem religiösen Einfluss, unterworfen zu bleiben.“¹¹⁷

Hingegen dürfte überraschenderweise der Atheismus von Salvador Allende keine dominante Rolle bei der Beurteilung seiner Person gespielt haben. Für ein tief religiöses Land wie Chile wären mehr Angriffe aus dem konservativen Lager hinsichtlich dieses Themas zu erwarten gewesen.

3.1.3.Allende und die Demokratie

Bereits die Beschreibungen in seiner Biografie zeigen die intensive Verbundenheit Allendes zu den politischen Institutionen Chiles. Sein Werdegang entspricht von Anfang an der eines Politikers, der tief mit seiner Partei verbunden ist. Im Gegensatz zu Hugo Chávez, der vom Militärangehörigen zum Putschisten wird und dann zum Präsidenten gewählt wird, hat Allende eine bereits durch seinen Werdegang gekennzeichnete Bindung zum demokratischen Staat und seinen Institutionen.

¹¹⁶ Siehe Cleary, 1988. S.58

¹¹⁷ Zitiert nach Ebda., S.71

Das politische Gedankengut von Salvador Allende kann als traditionalistischer Marxismus bezeichnet werden. Eine neue Gesellschaftsordnung sollte durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgen.¹¹⁸ Obwohl er aus bürgerlichem Haus stammt, glaubt er an die revolutionäre Arbeiterbewegung Chiles, an die Veränderung der Gesellschaft durch gesetzlich verankerte Reformen und der damit verbundenen Transformation des Staates. Er war also gegen eine Veränderung des politischen Systems aufgrund einer bewaffneten Revolution.

Mit diesen Ansichten gehört er innerhalb der UP zum gemäßigten Flügel. Denn während vor allem innerhalb der MIR und einem Teil der Sozialisten die Kuba-Revolution und die Fokus-Theorie Che Guevaras immer mehr die Oberhand gewinnen, gehört Allende mit dem moderaten Flügel der Sozialisten und der Kommunisten zu denjenigen, die die Reformen im Land allmählich und mit Hilfe gesetzlicher Verankerungen durchführen wollen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass trotz dieser unterschiedlichen politischen Auffassungen Fidel Castro ein freundschaftliches Verhältnis zu Allende, wie auch heute zu Chávez, pflegt und seine Bewegung positiv bewertet.

Damit kann Allende als der eigentliche Kopf des „Chilenischen Weges“ und des friedlichen Übergangs zum Sozialismus angesehen werden.

Viele Kritiker werfen ihm vor, die revolutionären Kräfte innerhalb der UP nicht unter Kontrolle gehabt zu haben. Diesen Verlust an Macht und an Durchsetzungsvermögen ist vor allem hinsichtlich der MIR und der Bewegungen der Landbesetzer und Nachbarschaftsorganisationen zu beobachten. Aber auch innerhalb seiner eigenen Partei hat er große Widersacher, wie Carlos Altamirano. Insbesondere gegen die Land- und Betriebsbesetzungen verfolgt Allende eine unausgeglichene Taktik. Er legitimiert illegalen Aktionen wie Landbesetzungen im Nachhinein. Andererseits ist er dem Gesetz verpflichtet, beobachtet mit Argwohn die Einflussnahme der MIR und lässt Aktivisten auch verhaften.¹¹⁹ Dieser Dualismus äußert sich wie bei Hugo Chávez insbesondere in seinen Reden, wo er einmal konziliant und staatsmännisch agiert und sich ein anderes Mal polemisch und kämpferisch gibt. Dieser Zustand ist meiner Meinung nach nicht unbedingt

¹¹⁸ Siehe <http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik> , 13.07.2008

¹¹⁹ Siehe García und Sola, 1998, S.150

mit einer gezielten Taktik zu erklären, sondern vielmehr mit der althergebrachten Rolle von Politikern, die sich insbesondere vor ihren Anhängern offensiver präsentieren als es der eigentlichen Politik entspricht, die sie betreiben.

Nichtsdestotrotz kann gesagt werden, dass Allende während seiner Regierungszeit den bestehenden Staatsapparat benutzt, um seine ideologischen Vorstellungen einer neuen Gesellschaft durchzusetzen. Im Grunde also ähnlich wie Hugo Chávez im heutigen Venezuela. Zu Allendes demokratischem Verständnis schreibt Lawrezki:

„Trotz aller Unterschiede in der Taktik Allendes und der kubanischen Revolutionäre so hatten sie jedoch das gleiche Endziel. Den „friedlichen“ Weg wählte Allende nicht etwa, weil er von Natur aus Pazifist gewesen wäre oder irgendwelche Illusionen in bezug auf die Absichten seiner politischen Gegner nährte, sondern weil er ihn für Chile als den wirksamsten, den realsten Weg ansah, der zur Erringung der Macht durch die Werktätigen führte.“¹²⁰

Bossle stellt Allende jedoch mit dem Totalitarismus gleich und meint:

„Wer Allende zubilligt, er sei ein demokratischer Sozialist gewesen, muss sich fragen lassen, wo denn die Unterscheidung zu einem totalitären Sozialisten noch liegt.“¹²¹

Bei dieser Darstellung lässt er aber außer Acht, dass totalitäre Anführer wie Josef Stalin oder Mao Zedong mit Hilfe von Umerziehungslagern, Scheinjustiz und Zensur über ihre Länder herrschten. Beschreibungen, die keinesfalls auf Salvador Allende zutreffen.

Insbesondere die Einsetzung des alten Dekretes Nr.520 für die Enteignung von Betrieben und die damit verbundene Umgehung des parlamentarischen Willens wird von seinen Kritikern als eine antidemokratische und illegale Aktion bezeichnet. Dieser juristische Trick war aber im Grunde gesetzlich abgesichert, denn obwohl das Dekret sehr alt und „in Vergessenheit“ geraten war, hatte es noch immer Gültigkeit. Problematischer ist hingegen die Nichtbefolgung des von der Opposition im Parlament im Februar 1972 beschlossenen Gesetzes, das die Verstaatlichung von Privateigentum künftig von der Zustimmung des Kongresses abhängig macht. Salvador Allende legt gegen diese Verfassungsreform sein Veto ein, das Gesetz geht dann durch beide Kammern und wird bestätigt. Nun müsste nach dem Willen der Opposition Allende die Verfassungsreform anerkennen oder

¹²⁰ Lawrezki, 1975, S.104

¹²¹ Bossle Lothar, Allende und der europäische Sozialismus, Stuttgart, 1975, S.29

als zweite Möglichkeit ein Referendum über das Gesetz ausrufen. Dem entgegnet die Regierung, dass die Reform nicht mit der ihrer Meinung nach nötigen 2/3 Mehrheit des Kongresses bestätigt wurde und will das Verfassungsgericht über die Sache entscheiden lassen.¹²² Die Lage konnte vor dem Staatsstreich nicht mehr geklärt werden. Tatsache bleibt, dass die Verstaatlichungen in dieser Zeit weitergehen.

3.1.4. Der Mythos Salvador Allende

Der Mythos um Salvador Allende entsteht bereits in den Jahren seiner Regentschaft und ist nicht nur in Lateinamerika, sondern in erster Linie in Europa innerhalb der Linken vorherrschend. Dieser Mythos hängt zwar bis zu einem gewissen Grad mit seiner Rolle als Anführer der *Unidad Popular* zusammen, ist aber insbesondere auf seinen Tod und sein „Opfer“ für das chilenische Volk zurück zu führen. Dieser Tod der jahrzehntelang als „Ermordung durch die Militärs“ bezeichnet wurde und erst in den 1990er Jahren langsam als „Freitod“ benannt wurde, lässt viele bis heute Salvador Allende als das erste Opfer der Militärdiktatur betrachten.

Anzumerken ist, dass Allende trotz seiner bürgerlichen Herkunft einen guten Zugang zu den unteren Bevölkerungsschichten des Landes hat; er hat aber bei Großveranstaltungen oftmals Schwierigkeiten an diese Schichten heranzukommen. Er ist bei Massenkundgebungen zwar direkt und kämpferisch, aber es fehlt ihm ab und an die visionäre Kraft für einen tatsächlichen Anführer einer Revolution. Auch sagt man ihm nach vor allem bei vorbereiteten Ansprachen an Fluss zu verlieren, während er bei spontanen Reden seine Qualitäten beweist.¹²³ Salvador Allende ist ein „Salonredner“, der in der kleinen Gruppe, in den politischen Diskussionen und freundschaftlichen Gesprächen aufblüht.

Insbesondere beim Verweis auf seine bürgerliche Herkunft hat es Allende manchmal schwer, diese zu überwinden. Immer wieder wird ihm seine Liebe zu teurer Kleidung, Kunstwerken und sein Hobby Pferdesport als Luxus

¹²² Siehe Nohlen, 1973, S.191

¹²³ Benítez H. Hermes, *Las muertes de Salvador Allende*, Santiago de Chile, 2006, S.62

vorgeworfen. Zur Beschreibung seiner Person schreibt die deutsche Zeitschrift *Der Spiegel*:

„Sie [die Chilenen] misstrauten dem Bürgersohn ..., dem Bohemien, der alte Keramik und moderne Kunst, schöne Frauen und Whisky liebte, der sich ein Reitpferd hielt und eine Segeljacht besaß ... Der Mann im dunklen Anzug, immer ein wenig overdressed, der sich für Ansprachen vor dem Volk oder der eigenen Partei mit einer abgeschabten Lederjacke verkleidete, war sicher kein Bilderbuch-Revolutionär ...“¹²⁴

Dennoch versucht er mit Erzählungen aus seiner Jugend- und Studienzeit und seinen Erfahrungen als Arzt die Verbindung zu den unteren Bevölkerungsschichten zu schaffen. So erzählt er in einer Rede:

„Ich bin ein Mann, der auf der Universität war. Doch auf der Universität des Lebens habe ich viel mehr gelernt. Ich habe von der Arbeiterfrau aus den Randgebieten gelernt; ich habe von dem Bauern gelernt, der mir die hundertfache Ausbeutung gezeigt hat, Worte waren dafür nicht nötig; ich habe von den dichtgedrängten Menschenmassen gelernt, die die Geduld aufbrachten, zu warten.“¹²⁵

Zur Bedeutung seiner Person innerhalb der Geschichte Chiles wird er aufgrund seiner Stellung als Kopf der *Unidad Popular* und seines Versuches der Aufstellung einer marxistischen Regierung in Rahmen der chilenischen Demokratie einzigartig bleiben. Dennoch kann man sagen, dass sich aus der Person Salvador Allende keine politische Bewegung entwickelt hat, wie beispielsweise bei Hugo Chávez. Dazu schreibt Mires:

„In Chile hatte es vor der Regierung Allende nie eine `Allende-Bewegung´ gegeben, wie etwa den `Peronismo´ in Argentinien oder den `Varguismo´ in Brasilien. Allende war bei den Wahlen nur der Vertreter einer Arbeiter- und Volksbewegung, die politisch und gewerkschaftlich organisiert war. Aber gleichzeitig war niemand besser geeignet als Allende, der Vertreter eines politisch und sozial so heterogenen Blocks zu sein. Allende war ein Mann zweier Welten.“¹²⁶

Für die Entstehung eines solchen Personenkults ist Salvador Allende aber nicht die richtige Figur. Er ist viel zu sehr Politiker und zu wenig Messias bzw. Populist um einen solchen Personenkult entstehen lassen zu können. Aus der bisherigen Betrachtung seiner Biografie kann auch angenommen werden, dass er so eine Rolle gar nicht anstrebt. Außerdem führt die Kritik an seinem zu schwachen Führungsstil innerhalb der UP auch vor Augen, dass Allende gar nicht die politische Macht hatte, so eine populistische Bewegung zu leiten. Gewiss kann dieser zu schwache Führungsstil als einer der großen Fehler von Salvador Allende

¹²⁴ Zitiert nach Eschenhagen, 1974, S.230

¹²⁵ García und Sola, 1998, S.128

¹²⁶ Mires Fernando, Die Militärs und die Macht, Berlin, 1975, S.101

bezeichnet werden. Dazu zu zählen sind auch die falsche Einschätzung der chilenischen Streitkräfte und im Besonderen der Person Augusto Pinochet sowie die fehlende Abhaltung eines entscheidenden Plebiszits.

Mit seinem Tod an jenem 11. September wird Salvador Allende zum Symbol der untergegangenen *Unidad Popular*. Wobei sich sowohl Mitstreiter, Gegner als auch Analysten schwer tun bei der Interpretierung seines Selbstmordes. War er nun ein Feigling, ein Held, ein Märtyrer oder gar ein Fatalist als er im Präsidentenpalast *La Moneda* in den Tod ging?

In diesem Rahmen kann auch nachvollzogen werden, auf welche Weise die Version entstand, dass er vom Militär getötet worden war. Diese Version wird insbesondere von seiner Tochter Beatriz Allende, die dem revolutionären Flügel der Sozialisten angehört und dem kubanischen Staatschef Fidel Castro in die Welt getragen. Auch die Mitstreiter, die sich noch im Präsidentenpalast befinden, stützen diese Version. Und so glaubt niemand mehr den Schilderungen der Militärs. Zu seinem Tod sagt seine Tochter Isabel Allende:

„In diesem Moment und viele Jahre hindurch war ich überzeugt, dass er ermordet worden war. Ich gebe zu, dass ich bis 1990 nicht mehr sicher war, weil es sehr konfuse Versionen gab: Ein Mitglied der GAP gab sogar in Kuba eine verrückte Version ab, die Fidel Castro dazu veranlasste eine sehr emotionale aber inhaltlich falsche Rede, während einer Gedenkveranstaltung (...) zu halten. Man sprach von einem Kampf und dass der Präsident schließlich eingehüllt in der chilenischen Fahne getötet worden war.“¹²⁷

Das Unverständnis für Allendes Freitod innerhalb der Linken, kann eventuell mit dem Widerspruch zum bestehenden Bild des heldenhaften Revolutionärs erklärt werden. So ist sein heroischer Kampf mit der Waffe gegen die putschistischen Militärs bis zum Tod, das Bild, das die Linke von Salvador Allende aufrecht erhalten will. In Vergessenheit gerät dabei, dass es in der Geschichte Chiles einige politische Persönlichkeiten gibt, die den Freitod wählten. Darunter sind der chilenische Präsident José Balmaceda, der Freidenker und Autor Santiago Acros sowie der Gründer der Kommunistischen Partei Emilio Recabarren. Als Grund warum man so auf den Suizid von Allende reagiert, führt Paz Rojas an, dass der Selbstmord *angepasst am christlich-westlichen Denken im Allgemeinen eine negative Konnotation hat. Dabei vergisst man, dass dies in vielen Kulturen und*

¹²⁷<http://psrdc.org/archivo/informaciones44.htm#Entrevista%20con%20Isabel%20Allende>, 3. September 2008

*Konzepten der Welt nicht der Fall ist. In vielen Fällen ist der Suizid ein Akt des größten Mutes und der Ehre, auf den sehr wenige Menschen zurückgreifen.*¹²⁸

Sicherlich entsteht aber diese Version seines Todes auch, weil es zu einer bis dahin ungewöhnlichen Situation kommt: Allende kapituliert nicht und bleibt im Präsidentenpalast. In diesem Zusammenhang schreibt Arroyo:

*„In Lateinamerika sind Staatsstriche häufig und spielen sich gewöhnlich so ab, dass der gestürzte Präsident und seine engsten Mitarbeiter schließlich ohne Widerstand und ohne Blutvergießen in ein Flugzeug steigen und ins Ausland fliegen. Der chilenische Putsch hat mit dieser Tradition gebrochen: Die Größe Allendes besteht nicht nur in seiner Weigerung zurückzutreten, sondern vielmehr in seinem Entschluss, bis zum Tode kämpfend Widerstand zu leisten.“*¹²⁹

Ebenso ist fraglich, ob Allende bei einer Kapitulation lebend aus Chile herausgekommen wäre. Immerhin gibt es laut den Abhörprotokollen der Militärs während des Staatsstreiches Hinweise darauf, dass das Angebot ihn per Flugzeug aus dem Land zu bringen, als nicht ernsthaft bewertet werden konnte. Der Tod von Salvador Allende kommt aber den Militärs gar nicht gelegen, immerhin zeigen sie während des Putsches Interesse daran, einen unterschriebenen Rücktritt vom Präsidenten zu erhalten, um so den Staatsstreich legitimer erscheinen zu lassen.¹³⁰

Der Tod Allendes macht in den folgenden Jahren eine kritische Auseinandersetzung mit seiner Person nicht leicht. Ab den 1980er und 90er Jahren ist aber eine verstärkte Analyse von Salvador Allende als politische Figur mit all seinen Tugenden und Fehlern zu beobachten. Von einer tatsächlichen Entmystifizierung kann jedoch nur zu einem Teil gesprochen werden.

3.2. Der Putschist Hugo Chávez

Als 1993 der frühere Putschist und Militär Hugo Chávez seinen Amtseid als neuer Präsident des Landes auf die „sterbende Verfassung“ der venezolanischen Republik schwört, kommt ein Mann an die Macht der in den kommenden Jahren nicht nur Venezuela sondern auch Lateinamerika absolut polarisieren wird. Ihm steht mit dem MVR eine reformistische Bewegung zur Seite, die am Aufbau der neuen Republik mitwirken soll. Eine Bewegung, die im Grunde keine tatsächliche

¹²⁸ Zitiert nach Benitez H. Hermes, 2006, S.187

¹²⁹ Arroyo Gonzalo, Der Putsch und die Kirche in Chile, 1974, S.33

¹³⁰ Siehe Soto, 1998, S.107 bis 111

politische Partei ist und von der Persönlichkeit und Anziehungskraft seines Anführers lebt.

3.2.1. Kurzbiographie von Hugo Chávez

Hugo Chávez Frías wird am 28. Juli 1954 im Dorf Sabaneta im venezolanischen Bundesstaat Barinas in eine Familie aus der unteren Mittelschicht geboren. Seine Eltern stammen aus Landarbeiterfamilien und arbeiten selbst als Dorfschullehrer. Nach seinem Besuch der Grundschule von Sabaneta zieht die Familie Anfang der 1960er Jahre nach Barinas, wo Hugo Chávez sein Abitur macht. Damals kommt er das erste Mal mit linksgerichteten ideologischen Ideen in Kontakt, denn zwei seiner Schulfreunde sind Söhne eines Kommunisten.¹³¹ Die eigentliche Leidenschaft ist für Chávez zu diesem Zeitpunkt aber nicht die Politik sondern Baseball. Er wird schließlich Mitglied der venezolanischen Streitkräfte, denn er erhofft sich eine Hochschulbildung und die Möglichkeit zu trainieren. 1975 beendet er die Militäarakademie als Unterleutnant. Er wird Kommunikationsoffizier am Stützpunkt in Marquaseña, der während der 1960er Jahre für den Kampf gegen die dort herrschende Guerillabewegung geschaffen worden war.¹³²

In der Folge dient er als Fallschirmjäger in einem Infanterie-Bataillon und ab 1978 auch in einer mit AMX-30-Panzern ausgerüsteten Einheit in der Stadt Maracay. Chávez ist in zunehmendem Maße über die innerhalb der Streitkräfte herrschende Korruption schockiert und will den Dienst quittieren. Die Aussicht auf die Zusammenarbeit zwischen progressiven Militärs und früheren Guerilla-Kämpfern bringt Chávez dazu, bei den Streitkräften zu bleiben.¹³³ Im Dezember 1982, zu diesem Zeitpunkt hat er den Rang eines Oberstleutnants, gründet er mit drei weiteren Offizieren die Bolivarische Revolutionäre Bewegung MBR 200.¹³⁴ Die jungen Offiziere haben zunächst keine konkreten politischen Ziele und aus den theoretischen Zirkeln entwickelt sich erst langsam eine politische Bewegung.¹³⁵

¹³¹ Siehe Twickel, 2006, S.38 und 39

¹³² Siehe Ebda., S.45

¹³³ Siehe Raby, 2006, S.145 und 146

¹³⁴ Zunächst nennen sich die Militärs Revolutionäre Bolivarische Armee ERB 200.

¹³⁵ Siehe Scheer, 2004, S.16

Es finden immer wieder konspirative Treffen zwischen den Militärs statt und Chávez macht es sich zur Aufgabe, neue Mitglieder aus den Reihen der venezolanischen Streitkräfte zu rekrutieren. Die Beziehungen zur PRV und zu ihrem Anführer, dem ehemaligen Guerillero Douglas Bravo, werden regelmäßig auf die Probe gestellt, da es Konflikte um die Führerschaft der Bewegung gibt. Auch wird über die Art und Weise wie ein Aufstand gegen das herrschende System vor sich zu gehen hätte, diskutiert. Chávez sieht die Militärs nicht nur als gehorchende Soldaten, die auf Befehle der revolutionären PRV warten, sondern betrachtet das Militär als mitentscheidenden Faktor.¹³⁶ In den drei Jahren zwischen dem *Caracazo* und dem Putschversuch liegen strategische Diskussionen zwischen Chávez und der PRV sowie der linksgerichteten Partei *Causa R*. In diesen Diskussionen wird offensichtlich, dass Chávez keine aktive bewaffnete Beteiligung durch Nichtmilitärs am Aufstand wünscht. Demzufolge meint Douglas Bravo, Chávez wolle die Zivilisten lediglich als applaudierende Masse, während Chávez befürchtet Bravo wolle die Militärs für die Machtinteressen der PRV einspannen. Auch gibt es Konflikte mit der extremen Linken Bewegung *Bandera Roja*, die laut Aussagen von Chávez versucht, Einfluss auf die MBR 200 zu nehmen.¹³⁷

Unter diesen ungünstigen Vorzeichen geht in der Nacht vom 3. auf 4. Februar 1992 der Putschversuch gegen den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez über die Bühne. Der Staatsstreich scheitert jedoch kläglich. Es kommt in Maracay, Maracaibo und Valencia zu Kampfhandlungen, auch wird die Residenz des Präsidenten gestürmt. Dennoch kann man mehrheitlich nicht die Oberhand gewinnen. Carlos Andrés Pérez hat seine Residenz bereits verlassen, als diese gestürmt wird und die Benachrichtigung der Bevölkerung über die Fernsehstation VTV misslingt.¹³⁸ Als Chávez schließlich die Niederlage einsieht, verlangt er als Bedingung für die Kapitulation vor dem Volk sprechen zu können. Diese Rede sollte ihn in ganz Venezuela innerhalb von Minuten bekannt machen und bei seiner späteren Kandidatur für die Präsidentschaft als Starthilfe dienen.

Hugo Chávez wird mit anderen Putschisten unter Arrest gestellt und schließlich in das Gefängnis von Yare gebracht. Zu dieser Zeit ist er bereits allseits bekannt

¹³⁶ Siehe Twickel, S.50 und 51

¹³⁷ Siehe Raby, 2006, S.149

¹³⁸ Siehe Twickel, 2006, S.25 bis 26

und wird vor allem in den unteren Bevölkerungsschichten als Held gefeiert, der dem korrupten System endlich ein Ende bereiten wollte. Er wird im März 1994 aus der Haftanstalt von Yare nach zwei Jahren und zwei Monaten Haft entlassen. Der neue Präsident Rafael Caldera erfüllt damit eines der Versprechen seines Wahlprogramms. Chávez beginnt mit anderen Mitstreitern durch das Land zu ziehen, um Anhänger für seine Bewegung zu gewinnen. Zunächst wird weiterhin die Idee eines Aufstandes verfolgt, und der Bevölkerung wird empfohlen nicht zu den kommenden Regionalwahlen 1995 zu gehen. Im Laufe der Zeit wird der MBR 200 jedoch bewusst, dass die Machtergreifung durch einen bewaffneten Aufstand keine Chance hat. Es entsteht die Idee der Umbildung in eine politische Partei und eine Beteiligung an Wahlen, die jedoch intern äußerst umstritten ist.¹³⁹ Denn diese Umbildung steht im Widerspruch zu den bisher propagierten Ideen der Bewegung.¹⁴⁰ Dementsprechend kann Chávez seinen Willen durchsetzen und wer wenn nicht er wird der Präsidentschaftskandidat der nun unbenannten Bewegung Fünfte Republik (MVR).

3.2.2. Der „verrückte“ Chávez

Kein anderer Politiker versteht es heute so zu polarisieren wie Hugo Chávez. Diese Polarisierung wird insbesondere auf medialer Ebene ausgetragen, auf der vor allem seine Persönlichkeit analysiert wird. In Presseartikeln, TV-Sendungen sowie Büchern werden die „Verrücktheiten“ des Hugo Chávez aufgelistet, um so den Beweis für seinen Größenwahn zu liefern. In diesem Zusammenhang stellt Diehl fest:

„Tatsache ist jedoch, dass venezolanische Fernseh- und Hörfunkprogramme seit 2001 regelmäßig Psychiater und Psychologen zur Diskussion und Ferndiagnose über den Gesundheitszustand des Präsidenten einladen. Diese `Psycho´-Argumentation gewann in dem Maße an Schärfe, wie Hugo Chávez sich polemisch polarisierend mit den Eliten Venezuelas anlegte, sie als Oligarchen für den sozialen Abstieg seit Ende der 70er Jahre verantwortlich machte und gleichzeitig die Annäherung an Kuba suchte.“¹⁴¹

Dieses Bild von Chávez wird auch durch seine stundenlangen Ansprachen über Fernsehen und Radio gestärkt, Ansprachen, in denen er oft den Faden verliert, von Thema zu Thema wandert und oftmals provozierende Aussagen macht.

¹³⁹ Siehe Raby, 2006, S.155 und 156

¹⁴⁰ Twickel, 2006, S. 128 und 129

¹⁴¹ Diehl Oliver, Hugo Chávez, in: Diehl und Muno, 2005, S.62

Demnach gehören persönliche Beleidigungen wichtiger Politiker wie des US-Präsident George W. Bush oder des spanischen Königs Juan Carlos zu Chávez' Repertoire. So reichen die *Beschreibungen der internationalen Presse von „Clown“ und „Witzfigur“ bis „Diktator“*. *Der Charakter des venezolanischen Staatsoberhauptes wird als messianisch, egomanisch, autoritär und mafiös, sein Führungsstil als napoleonisch, totalitär, despotisch und personalistisch gezeichnet.*¹⁴²

Mit diesem auf weltweiter Ebene verbreitetem Image, ist das Branding der „Marke“ Chávez als „Verrückter“ wohl unumkehrbar. Zum weiteren Erhalt dieses Bildes trägt Hugo Chávez selbst Tag für Tag bei. Mit dieser schnell gemachten Interpretierung des venezolanischen Präsidenten wird seine Wirkung auf die unteren Bevölkerungsschichten des Landes und ihre Treue zum ihm oftmals unterschätzt. Gleichzeitig kommt es durch das Hervorheben von skurrilen Meldungen beispielsweise über die Umstellung der Zeit in Venezuela, zu einer Fehleinschätzung was die innenpolitische Lage des Landes betrifft.

Der undiplomatische Charakter von Chávez lässt insbesondere die Opposition im Inneren des Landes erschauern. So gleicht sein Bild keinem der bisherigen venezolanischen Präsidenten, denen sie sich verpflichtet fühlten. Er stammt weder aus einer Oberschicht-Familie, noch hat er im Ausland studiert, noch war er Mitglied einer politischen Partei. Auch seine indigen-afrikanische Abstammung mag hier eine Rolle spielen. Dazu schreibt Diehl:

*„Dieser Mann war demokratisch gewählt, aber keiner etablierten Gruppierung zugehörig und offensichtlich auch nicht durch diese zu kooptieren. Für die Strippenzieher der venezolanischen Politik muss allein diese Tatsache wie eine psychische Abnormität gewirkt haben. Chávez' Auftreten rüttelte zudem am lieb gewonnenen Image der konsolidierten, wenn auch defizienten, Demokratie - im ökonomischen Niedergang für viele Venezolaner der Mittel- und Oberschicht ein wichtiges Identifikationskriterium, gerade dem Ausland gegenüber.“*¹⁴³

Man schämt sich für den eigenen Präsidenten mit all seinen Verrücktheiten und dies lässt die Opposition sehr emotional agieren. Man möchte ein „ordentliches“ Staatsoberhaupt, das im Ausland nicht lächerlich wirkt und nicht nur durch sein Äußeres sondern auch durch seine Herkunft ein gutes Bild Venezuelas zeichnet. Dieser Zugang zu Chávez' Charakter, in dem jede seiner Handlungen seitens der Opposition als persönlicher Affront aufgenommen wird, lässt eine sachliche

¹⁴² Ebda., S.64

¹⁴³ Diehl, in: Diehl und Muno, 2005, S.62

Auseinandersetzung mit seiner Person gar nicht zu. Man fühlt sich durch ihn nicht repräsentiert, also kann er gar nicht der Repräsentant des Landes sein. Mit seiner Person, aber auch durch sein Tun, zeigt er ihnen die Diskrepanz zwischen dem modernen, kulturell verwestlichten Venezuela, das sie Tag für Tag leben, und dem rückständigen, kulturell bodenständigen Venezuela der Anderen. *So scheinen die Motive für den absoluten Chávez-Hass diffus und phobisch. Die Furcht vor dem Verlust der eigenen Stellung, die Wut in Anbetracht des Gegners: jener `dunkelhäutigen Masse´ ohne Schulbildung, die die Eliten nicht mehr zu brauchen scheint.*¹⁴⁴

3.2.3. Der Chávismo als populistische Massenbewegung

Der chavistische Populismus entsteht wie andere populistische Bewegungen aus politischen Krisen und Umbrüchen der Gesellschaft. Er reiht sich außerdem in die für Lateinamerika traditionsreiche populistische Vergangenheit ein. Diese zeichnet sich durch einen hohen Grad an Personalismus, Paternalismus und Autoritarismus aus. Demnach hat die direkte Verbindung vom Volk zu ihrem Anführer einen hohen Stellenwert, da die dazwischen liegenden Institutionen und der herrschende Verwaltungsapparat als langsam, uneffektiv und unattraktiv angesehen werden. Dadurch kommt es aber zu einer Schwächung der herrschenden staatlichen Strukturen und Institutionen.¹⁴⁵ Den Chávismo aber auf den Personalismus und Autoritarismus zu reduzieren, hieße einen wichtigen Teil dieser Bewegung außer Acht zu lassen. Denn diese Faktoren koexistieren innerhalb der MVR mit demokratischen Impulsen und dadurch gelingt es dieser viel besser sich in das demokratische System des Landes einzubetten als anderen populistischen Bewegungen.¹⁴⁶

Sicherlich lässt einiges an der Politik von Hugo Chávez an den Populismus Lateinamerikas der 1950er und 1960er Jahre denken. Andere fassen seine Politik eher mit dem Begriff des „Neopopulismus“ im Kontext der heute herrschenden Globalisierung und dem weitverbreiteten Neoliberalismus zusammen. Während

¹⁴⁴ Zelik Raul, Bitter Sabine und Weber Helmut, *Made in Venezuela*, Berlin, 2004, S.21

¹⁴⁵ Siehe Burchardt, 2004, S.219

¹⁴⁶ Siehe Ellner Steve, *The Contrasting Variants of the Populism of Hugo Chávez and Alberto Fujimori*, in: *Journal of Latinamerican Studies*, 2003, Cambridge, S.150 und 161

diese es jedoch nicht vermochten, Anführer und Bewegungen für einen längeren Zeitraum zu schaffen, die einen jeweiligen politischen nationalen Bezug hatten, gelingt dies Hugo Chávez und seiner Bewegung der MVR sehr wohl.¹⁴⁷

Aus der Betrachtung eines Westeuropäers mag Chávez oberflächlich das Gegenteil von einer anziehenden Persönlichkeit sein. Eingebettet in den armen Bevölkerungsschichten Venezuelas, aber auch anderer lateinamerikanischer Länder, ist er aber die Personifizierung ihrer Herkunft, ihrer Probleme aber auch ihrer Möglichkeiten. Sein messianisches Auftreten hat er sich im Laufe der Zeit angeeignet und er lässt sich als Anführer dieser neuen Bewegung feiern; auch wenn er für seinen *Caudillo*-Stil kritisiert wird. Dazu Twickel:

„Doch Chávez ist zur festen Überzeugung gekommen, dass das Volk bestimmte Männer in die Position des Führers und Erretters setze und dass man das akzeptieren müsse. Einem Führer müsse es nur gelingen, von seiner Person zu abstrahieren und den caudillismo neu zu interpretieren.“¹⁴⁸

Die Begeisterung der Massen gelingt ihm sowohl in Großveranstaltungen als auch über das Fernsehen. Immerhin setzt 1992 eine kurze aber prägnante Rede im Fernsehen den Beginn seiner politischen Karriere. Auch ist es für eine Persönlichkeit wie Hugo Chávez kennzeichnend, dass er nicht unbedingt durch den Akt des Putschversuchs während seiner Dienstzeit beim venezolanischen Militär Bekanntheit erlangt, sondern vielmehr durch eben diese Rede, als der Putschversuch scheitert und er für seine Aufgabe verlangt über das Fernsehen sprechen zu dürfen:

„Diese boliviarische Botschaft ist an die tapferen Soldaten des Fallschirmspringerregiments in Aragua und der Panzerbrigade in Valencia gerichtet: Kameraden, leider konnten wir – vorerst – die uns gesetzten Ziele in der Hauptstadt nicht erreichen. Das heißt, wir hier in Caracas konnten die Macht nicht ergreifen. Ihr dort habt alles sehr gut gemacht, aber nun ist es an der Zeit weiteres Blutvergießen zu vermeiden, nun ist es an der Zeit nachzudenken. Es werden sich neue Gelegenheiten ergeben. Und das Land muss nun endgültig einem besseren Schicksal entgegengehen. Also hört auf meine Worte, hört auf den Comandante Chávez, der euch diese Botschaft schickt. Bitte überdenkt eure Situation und legt die Waffen nieder. Denn die Wahrheit ist, dass die Ziele, die wir uns auf nationaler Ebene gesetzt haben, unmöglich erreicht werden können. Kameraden, hört auf diese solidarische Botschaft. Ich danke euch für eure Treue, für euren Mut und eure Opferbereitschaft. Ich nehme vor dem Land und vor euch die Verantwortung für diese Boliviarische Bewegung. Vielen Dank.“¹⁴⁹

¹⁴⁷ Siehe Ebda., S.139

¹⁴⁸ Twickel, Chávez, 2006, S.118

¹⁴⁹ Ortega Esthela, 4-F en 60 días y 4 diarios, Maracaibo, 1992, S. 51

Insbesondere Gegner von Chávez meinen seine Rede sei nicht improvisiert und aus dem Moment geboren worden, sondern geplant gewesen. Er hätte am Scheitern des Putsches gearbeitet, um sich so als Held über das Fernsehen präsentieren zu können. Dem muss man aber entgegenhalten, dass Chávez bis zu diesem Zeitpunkt weder seine Wirkung auf die breite Masse noch die Wirkung seiner Rede abschätzen konnte. Zwar hatte er jahrelang Rekrutierungen für seine geheime Bewegung MBR 200 organisiert, aber nie Reden im TV oder vor Bevölkerungsmassen gehalten. Das kleine Wort „vorerst“ macht ihn schließlich zum Helden der politisch desillusionierten Unter- und Mittelschicht Venezuelas. Mit diesem Wort verspricht er wiederzukommen und das Unvollendete, nämlich mit dem etablierten politischen System aufzuräumen, zu vollenden. Insbesondere die Art und Weise, wie er die Verantwortung für sein Handeln auf sich nimmt, beeindruckt die Venezolaner, die von der bisherigen politischen Spitze etwas anderes gewöhnt sind.

Bei Großdemonstrationen und Massenveranstaltungen versteht er später mit seiner Ausstrahlung die Menschen zu erreichen. In diesen langen, für viele Menschen sogar ermüdenden und nicht enden wollenden Ansprachen erreicht er die einfache venezolanische Bevölkerung wie kaum ein anderer lateinamerikanischer Politiker. Bei Reden akzentuiert er gerne bestimmte ausgewählte Wörter, spielt mit den Pausen und den Ausrufen. Oft wird seine Sprache an bestimmten Stellen schneller, worauf lange, ungewöhnliche Pausen folgen. Durch diesen besonderen Rhythmus erhalten seine Sätze einen melodischen Klang, der mit seiner tiefen Stimme noch auffallender klingt.

In diesem Zusammenhang schreibt Martínez Sosa:

„Durch das ständige Zuhören von Baseball-Übertragungen, nahm Chávez das an, was ihm zum wichtigsten Machtinstrument wurde: Die besondere Art und Weise die Wörter zu betonen, die in der Vergangenheit Pancho Pepe Cróquer und seinen unmittelbarerem Nachfolger Delio Amado León ausgezeichnet hatten, als sie die Sportübertragungen kommentierten. Der Stil von Chávez gleicht ihnen in der Betonung eines hervorstechenden Wortes, im Halten eines melodischen Satzrhythmus, im Spielen mit den Pausen und der Beschleunigung. (...). All das wird durch ein außergewöhnliches Timbre begleitet. Diese Faktoren schaffen eine Persönlichkeit, deren alleinige Erscheinung den Fernsehbildschirm füllt und Massen hypnotisiert.“¹⁵⁰

Demnach richtet Chávez seinen Diskurs direkt an die Unterprivilegierten und unterscheidet dabei zwischen der breiten Masse des Volkes, die vornehmlich im

¹⁵⁰ Martínez Sosa, Análisis situacional del discurso de Hugo Chávez, Caracas, 1999, S. 11

informellen Wirtschaftssektor arbeitet, und der elitären Oligarchie. Dabei wird das Volk als Opfer der Kräfte des Neoliberalismus dargestellt, während die Oligarchie eine kleine Minderheit ist, die auf Kosten anderer lebt. In diesem politischen Moment, nämlich der direkten Zuwendung auf die unterste Bevölkerungsschicht, verliert Chávez die Zustimmung der venezolanischen Mittelschicht. Diese fühlt sich mit seinen Aussagen nicht mehr angesprochen bzw. ausgeschlossen. Diesbezüglich meinen Boeckh und Graf:

„Beim Populismus chavistischer Prägung gibt es bei diesem Punkt einen wichtigen Unterschied. Die Oligarchie hat einen Namen: Zur ihr zählen die Anhänger des „Puntofijismo“, wozu neben den etablierten Parteien auch die in der CTV organisierten Arbeiter gehören, ferner diejenigen, die als Besitzer von Kapital und Boden die Arbeiterklasse ausgebeutet haben, der konservative Klerus, der angeblich die soziale Botschaft des Evangeliums vergessen hat, und der von Chávez gerne und ausführlich über das wahre Christentum aufgeklärt wird.“¹⁵¹

Mit seinen visionären Ansprachen und Reden, aber auch mit seiner direkten Zuwendung auf den Einzelnen, wird Chávez Teil eines verschworenen Kollektivs, das gegen die herrschende Amerikanisierung ankämpft. Angemerkt werden muss, dass der Antiamerikanismus, den Chávez dabei aufgreift, im Grunde schon seit Jahrzehnten innerhalb der unteren Bevölkerungsschichten Lateinamerikas existiert, und er diesen nicht unbedingt „erfunden“ hat. Die Erhebung des viel „besungenen“ bolivarianischen Volkes gegen die Globalisierung und den Neoliberalismus stehen dabei im Mittelpunkt. Eine besondere Anhängerschaft findet Hugo Chávez bei den Frauen, die er mit seiner Religiosität und seiner Tatkraft an sich zu binden weiß. Auch vergisst er dabei nicht, die Familie in seinen Diskurs mit einzubeziehen. Die Volksnähe die er dabei zelebriert, wird von den Menschen als echt empfunden, weil sie seiner realen Herkunft entspricht und diese scheint er nicht vergessen zu haben. Die Wirkung Chávez' auf die Massen schildert Diehl wie folgt:

„Durch sein extrovertiertes, humorvolles, spontanes und v. a. für die Unterschichten natürlich wirkendes Auftreten gewinnt er eine ‚Sympathie‘, die für Latinos wesentlich mehr bedeutet als für den durchschnittlichen Mitteleuropäer. (...) Seine Argumente gehen nicht durch den Kopf, sondern durch den Bauch. Gleichzeitig bedient Chávez die Vorstellung vom „Kerl“, vom richtigen Mann (machó), so wie er in Lateinamerika noch immer mit stark positiven Konnotationen belegt ist. (...) Seine darauf folgende Präsidentschaftskandidatur, die gewonnene Wahl, das Überstehen des Putsches, aber auch die Konfrontation mit den USA sind immer neue Höhepunkte dieser „Männlichkeit“, die von den Venezolanern weniger mit plumpem Machismo, als mit Tatkraft, Durchhaltevermögen und Vision für eine - bessere - Zukunft assoziiert wird.“¹⁵²

¹⁵¹ Boeckh und Graf, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.91

¹⁵² Diehl, in: Diehl und Muno, 2005, S.79 und 80

Nach seiner Wahl verschafft er sich mittels seiner eigener Sendung *Aló Presidente* direkten Zutritt in die venezolanischen Haushalte. Jeden Sonntag spricht er live zu den Venezolanern und beantwortet Anfragen, die über Post, Email oder Telefon eingelangt sind oder aus dem Publikum kommen. Die Sendung, die zunächst über das Radio on Air geht und dann im Fernsehen zu sehen ist, besteht aus einer Mischung aus Informationen über Regierungsvorhaben, ideologischen Ansichten Chávez' und der Behandlung der Anfragen der Venezolaner. *Aló Presidente* wird bald zur quotenstärksten wöchentlichen Sendung des Landes und wird von über 60 Radiosendern, darunter auch privaten, übertragen.¹⁵³ Mit Sicherheit kann man das Programm als die Spitze seines Egos und seines demokratiepolitisch bedenklichen Stils betrachten, andererseits darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sie aus der Notwendigkeit kreierte wurde, ein Gegengewicht zur medialen Offensive der Opposition auf den privaten Kanälen zu schaffen.¹⁵⁴

Der große Unterschied zu anderen Populisten wie Alberto Fujimori oder Carlos Menem, aber auch Juan Perón, stellt bei Hugo Chávez, neben seiner Herkunft, seine Konsequenz und seine Tatkraft dar. Mit der Einhaltung bestimmter Wahlversprechen konnte er nicht nur eine solide, sondern auch sehr treue Anhängerschaft aufbauen. Dabei hält sich Chávez mit materieller Zuwendung für das Volk zurück, und investiert lieber in Bildungsprogramme oder staatlich subventionierte Lebensmittelmärkte. So sind die unterschiedlichen *Misiones*, die beispielsweise der Verbesserung der medizinischen Situation oder der Alphabetisierung dienen, als eine für die Unterprivilegierten noch nie da gewesene Anerkennung anzusehen.

3.2.4. Das Demokratieverständnis des *Comandante*

Die Tatsache, dass Hugo Chávez als Militärangehöriger einen Putsch organisierte und durchführte, wiegt heute am schwersten gegen seine Person als Repräsentant einer republikanischen Demokratie. Freilich wirft er in diesem Zusammenhang ein, dass sich der venezolanische Staat zum Zeitpunkt seines militärischen Aufstandes in einer Krise befand, dennoch wird hier ein deutliches

¹⁵³ Siehe Twickel, 2006, S.145

¹⁵⁴ Siehe Diehl, in: Diehl und Munoz, 2005, S.73

Zeichen seines Demokratieverständnisses sichtbar. Zu den angestrebten Zielen des Putsches merkt Twickel an:

„Laut einem Dekret unter dem Titel „Regierung des nationalen Notstandes“ hätten sie Kongress und Nationalversammlung für aufgelöst und die Richter des Obersten Gerichtshofes für abgesetzt erklärt. Eine Junta aus neuen Zivilisten wäre als höchstes Gremium einer provisorischen Regierung eingesetzt worden. (...) Die Militärs, so lautete die Absprache unter den Kommandeuren, sollte keine Führungsrolle übernehmen.“¹⁵⁵

Auch seine politische Arbeit nach seiner Freilassung und die Idee eines Aufstandes des venezolanischen Volkes gegen die Regierenden zeugt von keinem traditionellen Verständnis der Demokratie. Erst als für ihn und Teile der MBR 200 deutlich wird, dass die Mobilisierung zu einem erfolgreichen Aufstand nicht realisierbar ist, greift Chávez die Idee auf, an Wahlen teilzunehmen und sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Auf der Suche nach einer ideologischen Orientierung der neugegründeten MVR interessiert er sich nicht nur für Fidel Castro, sondern baut zunächst auf Ideen des Peronisten Norberto Ceresole. Dieser sieht seine Leitidee von „*Caudillo*, Heer und Volk“ in Hugo Chávez und seiner Bewegung versinnbildlicht. Angezogen von der Idee, der neue *Caudillo* des Landes zu werden, übergeht Chávez dabei die antisemitischen und faschistisch geprägten Ideologien des Argentiniers.¹⁵⁶

In diesem Zusammenhang halten Boekh und Graf fest:

„Was nun Ceresole und seine These von einer postdemokratischen Zukunft Lateinamerikas betrifft, beherrscht von starken Caudillos und einer Art militärisch-zivilen Allianz, kann man bei Chávez durchaus gewisse Affinitäten feststellen. Die ständige Betonung seiner militärischen Herkunft, seine Vorstellung vom „Heer als dem Agenten des sozialen Wandels“, der Rückgriff auf Militäranghörige bei der Besetzung von Führungspositionen in allen möglichen Staatsorganen, die Abwicklung des Plans Bolívar 2000 durch das Militär, seine Bewunderung von populistischen Militärregimen ... lassen eine Idee von der Einheit von Militär und Volk sichtbar werden Diese Idee lässt sich mit liberalen Vorstellungen von Demokratie schwer vereinbaren. Allerdings hat er sich trotz der starken Einbeziehung der Militärs in die Verwaltung und auch in die Politik und trotz der offenkundig caudillistischen Stilmittel seiner Herrschaft bisher den autoritären Konsequenzen der Thesen Ceresoles verweigert.“¹⁵⁷

Während seiner Amtszeit als Präsident hat Chávez einige Maßnahmen gestartet, die ihm sofort die Bezeichnung eines Tyrannen und Diktators eintrugen, obwohl kaum jemand genau weiß, wieso er denn nun ein Diktator sein soll. Obwohl er im ständigen Konflikt mit den privaten Medien liegt und auch Maßnahmen gegen sie

¹⁵⁵ Twickel, 2006, S.25

¹⁵⁶ Siehe Ebda., S.119 bis 122

¹⁵⁷ Boeckh und Graf, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.83

setzt, wie beispielsweise die Nichtverlängerung der terrestrischen Sendelizenz für den Fernsehsender RCTV 2007, so kann man weder von Zensur im heutigen Venezuela sprechen, noch von einem eingeschränkten Medienzugang. Auch die ihm immer wieder vorgeworfene „Ausschaltung“ des Fernsehens und Radios durch die unangemeldete Zwischenschaltung seiner – langen – Ansprachen in allen Kanälen, kann so nicht aufrecht erhalten werden. Sicherlich ist die Häufigkeit und Länge der Zwischenschaltungen (*cadenas*) ein Unikum innerhalb Lateinamerikas und stellt ein Problem dar, immerhin betrug sie zwischen 1999 und 2001 294 Stunden und 21 Minuten.¹⁵⁸ Tatsache ist jedoch, dass diese Zwischenschaltungen gesetzlich verankert sind und von so gut wie allen Präsidenten des Kontinents benutzt werden, um sich an die Bevölkerung zu richten. Auch hatte die Beschwerde der privaten Sender bei der Organisation Amerikanischer Staaten OAS diesbezüglich keinen Erfolg.¹⁵⁹

Zum Autoritarismus von Chávez schreibt *Die Presse* am 30. Mai 2007:

„Chávez „säubert“ Fernsehlandschaft - Der Autokrat von Caracas will sämtliche kritische TV-Sender zum Schweigen bringen. Kritik an dieser eklatanten Einschränkung der Medienfreiheit kümmert ihn nicht.“¹⁶⁰

Und am 29. August 2002:

„Viel Feind, viel Ehr: Chavez regiert Venezuela wie einen Kasernenhof -Der Staatschef von Venezuela, Hugo Chavez, regiert immer autoritärer. Jetzt hat er die Justiz und "Abweichler" unter seinen Anhängern ins Visier genommen.“¹⁶¹

Amnesty International beobachtet insbesondere in der Zeit kurz nach dem Putsch Flüchtlingsströme nach Kolumbien, extralegale Hinrichtungen und einzelne Fälle von Verschwundenen. Diese sind in der konfliktreichsten Zeit, in den Jahren 2001 und 2002 gemeldet. In den weiteren Jahren spricht man von Übergriffen der Polizei und der Nationalgarde gegen Gefangene und Demonstranten.¹⁶² In diesem Zusammenhang muss erklärt werden, dass Stadtpolizei und Nationalgarde im Konflikt zueinander stehen, da sie den unterschiedlichen politischen Lagern zuzuordnen sind, wobei diese sich gegenseitig Menschenrechtsverletzungen vorwerfen. Zwischen 2000 und Mitte 2006 gab es insgesamt 5.500 Vorfälle mit 6.100 Toten, dabei wurden 6.000 Polizisten

¹⁵⁸ Siehe Twickel, 2006, S.166

¹⁵⁹ Siehe Scheer, 2004, S.40

¹⁶⁰<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/307138/index.do?from=suche.intern.portal>, 1. Oktober 2008

¹⁶¹ <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/245604/index.do?from=suche.intern.portal>, 1. Oktober 2008

¹⁶² Siehe Amnesty International, Jahresberichte 1999 bis 2006, Frankfurt

beschuldigt, Übergriffe begangen zu haben, 517 von ihnen wurden angeklagt und lediglich 250 festgenommen.¹⁶³ In keinem der Berichte ist von systematischer oder staatlich angeordneter Verfolgung von Andersdenkenden die Rede.

Das derzeit sicherlich stärkste Argument gegen das Demokratieverständnis Chávez' ist die Beugung der ursprünglichen Verfassung hinsichtlich der Verfassungsgebenden Versammlung, wo Chávez zum Zeitpunkt seines Amtsantrittes keine Mehrheit hatte und daher diese per Referendum, mit sehr niedriger Beteiligung, neu wählen ließ. Außerdem gibt der hohe Grad an Einbindung der Militärs in die Regierung Anlass zur Kritik. Die Verlängerung seiner Amtszeit und die Erweiterung seiner präsidentialen Kompetenzen aufgrund der *Ley Habilitante*, insbesondere hinsichtlich der Trennung der Staatsgewalten sowie der Erlässe von Dekreten, sind weitere Gründe für Kritik bezüglich der Schwächung der Demokratie in Venezuela.

Und obwohl die Diskussion über den Stand der Demokratie im aktuellen Venezuela von großer Bedeutung erscheint¹⁶⁴, muss die Frage gestellt werden: Warum erhält die Frage nach dem Stand der Demokratie unter Chávez um so viel mehr Aufmerksamkeit, als beispielsweise der Stand der Demokratie in Venezuela in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren? Wenn man die Situation des venezolanischen Staates während der Zeit des Punto Fijo – Paktes und der Krise während des *Caracazo* betrachtet, wird deutlich, dass in diesem Zusammenhang die Stellung Venezuelas als demokratischer Staat kaum hinterfragt wurde und wird. Es wird zwar angemerkt, dass es sich um eine Minimaldemokratie handelt und es wird die Staatskrise in den Mittelpunkt der Analysen gestellt, aber nur wenige hinterfragen den Status der Demokratie des Landes an sich. Und es kommt kaum jemandem in den Sinn, Begriffe wie Diktatur, Totalitarismus oder Autoritarismus zu verwenden. Wenn aber die Menschenrechtsverletzungen zu dieser Zeit, das klientelistische System, die politischen Pakte und der Ausschluss politischer Parteien aus dem Entscheidungsprozess zugunsten der Aufrechterhaltung eines Zweiparteiensystems berücksichtigt werden, muss eingeräumt werden, dass die damals herrschende hehre republikanische Verfassung kaum etwas mit der Realität in Venezuela zu tun hatte.

¹⁶³ Siehe Amnesty International, Jahresbericht 2006, Frankfurt, S.485

¹⁶⁴ Siehe Naderhin Hannes, Revolutionäre Visionen Ibero-Amerikas, Wien, 2007, S.104 bis 107

3.3. Resümee

In der direkten vergleichenden Analyse zueinander überwiegen bei den Präsidenten der jeweiligen Reformbewegung die Unterschiede. Auf der einen Seite haben wir einen Politiker bürgerlicher Abstammung der sich durch jahrzehntelange Arbeit einen Namen in der innenpolitischen Landschaft Chiles gemacht hat. Auf der anderen Seite sehen wir einen Populisten ärmlicher Herkunft und politischen Outsider, der durch seine Konspirationen innerhalb des venezolanischen Militärs und der Beteiligung an einem Putsch für Aufsehen sorgte. Bereits in ihrer Biografie und ihrem Werdegang zum Staatsoberhaupt sind die Unterschiede deutlich zu erkennen.

Doch schon bei der Untersuchung ihres Images werden Ähnlichkeiten sichtbar, insbesondere was den Ruf ihres totalitären und antidemokratischen Stils betrifft. Sowohl Salvador Allende als auch Hugo Chávez werden Unterdrückung der Medienfreiheit und das Streben nach einem autoritären Staat vorgeworfen. Während diese Kritik bei Allende aber mehrheitlich seitens der Mitte und der konservativen Rechten kommt, wird Chávez diesbezüglich auch von Linken, insbesondere Sozialdemokraten, angegriffen. Vor allem sein Traditionsbruch mit den bisher existierenden politischen Parteien und der Aufbau einer neuen Bewegung werden attackiert.

Ihre Stellung innerhalb dieser neuen Bewegungen ist gewiss der größte Unterschied zwischen den beiden Präsidenten. Denn während Allende sich mit den Konflikten innerhalb der *Unidad Popular* um den Zusammenhalt des Parteibündnisses auseinandersetzen muss, gelingt es Chávez mit der MVR, eine auf seine Person konzentrierte Bewegung zu kreieren. Demgemäß entsteht der *Chávismo* mit all seinen Widersprüchen als charismatische, populistische Bewegung, die große Relevanz auf dem ganzen lateinamerikanischen Kontinent erlangt, eine Führerschaft, die Allende zu seinen Zeiten gar nicht anstrebte. In diesem Zusammenhang lehnte er den Personalismus als politische Ideologie ab, dafür war er zu stark in die typische parteipolitische Arbeit eingebunden.

Hinsichtlich des Führungsstils fällt es Salvador Allende schwer, sich mit seiner Politik innerhalb der eigenen Partei sowie der UP durchzusetzen. Er wird als große Persönlichkeit im Zuge der Idee des demokratischen, marxistischen Chiles

nicht nur innerhalb der UP, sondern insbesondere innerhalb der europäischen Linken anerkannt. Dennoch gelingt es ihm nur zum Teil, seine Ideen umzusetzen. Hugo Chávez hingegen vermag weder den Ruf noch die Seriosität Allendes erreichen, dafür hat er innerhalb der MVR die uneingeschränkte Führung. Er ist die Personifizierung der Bewegung Fünfte Republik und damit zumindest innerhalb seiner Partei weniger Widerstand bei der Realisierung seiner Ideen eines Bolivarischen Venezuelas ausgesetzt. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass Hugo Chávez den Vergleich mit Fidel Castro eher schätzt, wo Ähnlichkeiten wie der Gefängnisarrest sowie die Verbindung der Rolle des militärischen Anführers und Präsidenten vorliegen, als den Vergleich mit dem bürgerlichen Salvador Allende, dessen Reformbewegung scheiterte.

Der Konflikt mit den Vereinigten Staaten bei beiden Präsidenten omnipräsent. Beide streben nach der wirtschaftlichen Unabhängigkeit ihrer Länder und stehen mit diesem Willen den USA im Weg. Hindernisse entstehen für Allende und Chávez aber auch in den Beziehungen zu anderen westlichen Industriemächten, beispielsweise Deutschland und Großbritannien in Chile und Spanien in Venezuela. Dafür suchen die Reformer Kontakt zu anderen Staaten, so zum Beispiel Allende mit der Sowjetunion und China und Chávez mit Russland und dem Iran. Bemerkenswert ist bei beiden Ländern die enge Verbindung zu Kuba und Fidel Castro. Der Einfluss Kubas ist auf beiden Seiten gegeben, wobei die Anziehungskraft der kubanischen Revolution in beiden Ländern eine große Rolle spielt. Während aber Kuba in Chile bezüglich des revolutionären Gedankens eine weitaus wichtigere Rolle einnimmt und sogar Differenzen zwischen dem gemäßigten Sozialisten Allende und Fidel Castro erzeugt, hat Castro in Bezug auf Venezuela und Hugo Chávez eine symbolische Funktion. Diese unterschiedliche Stellung Kubas ist auf die veränderte politische Gesamtlage des Kontinents zurückzuführen. Immerhin kommt Salvador Allende mitten im Kalten Krieg an die Macht, in einer Situation, in der Kuba eine weitaus wichtigere politische Stellung hat und die Vereinigten Staaten die Vorbildwirkung der Revolution auf andere lateinamerikanische Länder fürchten. Das Kuba von heute strahlt nicht mehr die gleiche revolutionäre Kraft aus, ihre Symbolwirkung ist aber dennoch weiterhin gegeben.

IV. DIE OPPOSITION

Im vierten Kapitel soll auf die Situation und das Vorgehen der Gegner der Reformbewegungen in Chile und Venezuela eingegangen werden. Dabei werden die politischen Parteien, die Medien, die Gewerkschaften sowie die Stellung der Vereinigten Staaten analysiert.

4.1. Die Opposition in Chile

Eingangs kann sogleich festgestellt werden, dass es so etwas wie eine einheitliche Oppositionsbewegung in Chile nicht gibt. Sicherlich existieren mehr oder weniger enge Beziehungen zwischen den verschiedensten gegnerischen Sektoren. So sind zwischen den politischen Parteien und den Medien, aber auch zwischen der Mobilisierung der berufsständischen Gremien gegen die Regierung der *Unidad Popular* und den Vereinigten Staaten Verknüpfungen und Seilschaften zu beobachten. Jedoch nicht alle Sektoren streben das Gleiche an. Folglich kann man sagen, dass obwohl manche Sektoren für die Absetzung der Regierung arbeiten, es nicht bedeutet, dass diese gleichzeitig auf eine Militärdiktatur hinarbeiten.

Die Opposition gegen die UP-Regierung kann demgemäß wie folgt aufgeteilt werden:

- Christdemokratische Partei DC
- Nationale Partei PN
- Die bewaffnete Terrororganisation *Patria y Libertad*
- Unternehmervereinigungen und andere berufsständische Gremien
- Ein Teil der Gewerkschaften
- Oppositionelle Medien (angeführt von der Zeitung *El Merucio*)

4.1.1. Die Nationalen und Christdemokraten

Die Nationale Partei Chiles entsteht als Fusion der Konservativen und der Liberalen im Jahre 1966. Obwohl sie aufgrund der Parteigründung als junge Partei zu bezeichnen ist, können die Nationalen, aufbauend auf der

Unzufriedenheit der Rechten gegenüber der Regierung Frei, rasch eine breite Wählerbasis aufbauen. Sie sind als rechtskonservativ, manche Teile sogar als rechtsradikal einzustufen.

Die Christdemokraten entstehen im Jahre 1957 aus der *Falange Nacional* und einem Teil der Konservativen. Die Partei kann eine rasch zunehmende Anhängerschaft aufbauen und wird zur stärksten Partei in den Jahren 1960 bis 1970. Die Partei ist aber wie die Sozialisten heterogen und immer wieder von Abspaltungen betroffen. Wie bereits erwähnt, gelingt es ihr mit Eduardo Frei bis 1970 die Präsidentschaft zu halten. Die DC wird als Partei der Mitte angesehen, auch wenn sie zeitweise, vor allem während der UP-Regierung, als konservativ bezeichnet werden kann.

Wie im zweiten Kapitel geschildert, kommt es kurz nach der Wahl Allendes zu einer gewissen Erstarrung innerhalb der gegnerischen politischen Parteien. So gibt es zu diesem Zeitpunkt keinen einheitlichen Plan, wie man in Zukunft agieren soll. Während Teile der Christdemokraten aber anfangs zumindest ein Mindestmaß an Dialogbereitschaft erhalten wollen, steuern die Nationalen und der konservative Flügel der DC durch die Einbindung von rechtsradikalen Gruppen und mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen, auf einem harten Kurs gegen die UP.¹⁶⁵

Die Gegenarbeit der Nationalen und Christdemokraten geht auf folgende Ebenen über die Bühne:

- Lahmlegung der gesetzgebenden Institutionen
- Mobilisierung der Gewerkschaften und Gremien
- Kooperation mit oppositionellen Medien
- Teilweise Zusammenarbeit mit putschistischen Militärs

Innerhalb der DC kristallisieren sich insbesondere im ersten Jahr der UP-Regierung zwei große Sektoren heraus. Die *oficialistas* um den ehemaligen Präsidenten Eduardo Frei stehen Allende am kritischsten gegenüber. Sie heben die Unterschiede zwischen den marxistischen Grundwerten der UP und den konträren Ansichten der Christdemokraten hervor. Die *terceristas* unter Führung

¹⁶⁵ Siehe Nohlen, 1973, S.309

des gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Radimiro Tomic sehen eine teilweise Unterstützung der Politik von Salvador Allende zumindest als Möglichkeit an.¹⁶⁶

Im Spannungsfeld dieser unterschiedlichen Ansichten innerhalb der Christdemokraten treten 1971 einige führende Mitglieder aus der Partei aus und gründen die Christliche Linke. Frei und Tomic verteidigen jedoch ihren Kurs, der von Mal zu Mal mehr ein direktes Bündnis zwischen den Christdemokraten und Nationalen bedeutet. Zur Oppositionspolitik der Christdemokraten sagt Nohlen:

„Die DC nutzte die nach der Verfassung bestehenden Mittel aus, um der Regierung parlamentarische Niederlagen beizubringen, ohne allerdings in reine Obstruktionspolitik zu verfallen. (...) Doch setzte bald eine gewisse Frustration bei der DC ein, als man den Eindruck gewann, dass der UP mit einer Opposition innerhalb des politischen Überbaus nicht beizukommen sei. Die DC aktivierte daraufhin ihre Arbeit an der Basis. (...) Sie hoffte, durch eine auf die Massen sich stützende Oppositionspolitik, durch Begegnung mit der UP auf dem Felde und mit den Mitteln, die ihrer Politik entsprechen, die UP abblocken zu können.“¹⁶⁷

Mit dieser Strategie haben die Christdemokraten ihre Erfolge, dennoch sind die einfach konzipierten Maßnahmen der Nationalen gegen die UP eindrucksvoller. Denn diese positionierten sich gegen alles, was die *Unidad Popular* vorbringt und verkörpert. So konkurrieren die beiden Parteien um die Führung der Opposition.

Zwar finden zwischen den Christdemokraten und der *Unidad Popular* Verhandlungen, insbesondere über den Beschluss von Gesetzen zur Verstaatlichung von Betrieben statt, diese verlaufen aber ausnahmslos negativ. Dabei ist zu beobachten, dass innenpolitische Faktoren bei den Verhandlungen eine Rolle spielen, die eine sachliche Auseinandersetzung mit der Thematik unmöglich machen. Diesbezüglich stellt Faúndez fest:

„Die politischen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Unidad Popular trugen zweifelsohne ebenfalls zum Scheitern der Gespräche zwischen der Regierung und den Christdemokraten bei. Trotzdem darf nicht unerwähnt bleiben, dass der Mangel an Flexibilität von Seiten der DC eine Einigung unwahrscheinlich gemacht hätte. Die DC verfasste sogar gemeinsam mit der Nationalen Partei eine Erklärung, die eine langfristige institutionelle Strategie der Opposition bis zum Putsch festlegte.“¹⁶⁸

In diesem Zusammenhang spricht Hofmeister von einem Zusammenwachsen der Opposition, das dadurch gefördert wird, dass extreme Gruppen innerhalb der UP

¹⁶⁶ Siehe Hofmeister Wilhelm, Chile, Paderborn, 1995, S.158

¹⁶⁷ Ebda., S.310

¹⁶⁸ Faúndez Julio, Marxism and Democracy in Chile, London, 1988, S.226

die Auseinandersetzungen verschärfen und die immer noch einen Ausgleich suchenden Kommunisten zu isolieren versuchen.¹⁶⁹ Diese Betrachtungsweise ist aber im Hinblick darauf abzulehnen, dass es auch innerhalb der Christdemokraten Kreise gibt, die keinerlei Interesse an einer konstruktiven Oppositionspolitik erkennen lassen. Im Grunde sind es diese Polarisierung und dieses tiefes Misstrauen auf beiden Seiten, die jedwede „normale“ politische Arbeit verhindern.

Durch den Zusammenschluss mit den Nationalen kommt es zu einem endgültigen Ende einer möglichen konstruktiven Oppositionspolitik und zum Rechtsruck der DC. Was den Christdemokraten mit diesem Bündnis gelingt, ist die politische Führung der Opposition, eine Führerschaft, die jedoch durch den Staatsstreich bald obsolet werden soll.

Die Verbindungen zwischen den beiden politischen Parteien der Opposition und der Terrorbewegung *Patria y Libertad* sowie den Unternehmergremien kommen rasch zustande. Folglich gibt es bereits im März 1972 ein Treffen zwischen Mitgliedern der Christdemokraten, der Nationalen sowie der *Patria y Libertad*. Unter der Leitung des Präsidenten des Verbandes für Produktion und Handel CPC wird die angebliche Zerstörung der traditionellen Werte wie Familie, Christentum und Vaterlandliebe diskutiert.¹⁷⁰ Auch während des Oktoberstreiks von 1972 werden diese Verbindungen deutlich. So ist die Aussage von Puelma zu widerlegen, der schreibt:

„Von dort [Anm. der Autorin: die UP-Propaganda] auch das Bemühen, die Aktionen von Patria y Libertad in Verbindung zu Nationalpartei und Christdemokraten zu bringen, was eine gezielte Unterstellung ist. Wahrheit ist vielmehr, dass diese beiden Parteien sich stets ausdrücklich von Programm und Methoden der Rechtsextremisten distanziert und deren terroristische Aktionen verurteilt haben, selbst wenn sie als verzweifelte Gegenaktion zum halboffiziellen, schon zu einer Institution gewordenen Linksterrorismus verständlich sein mochten.“¹⁷¹

Im Oktober 1972, kurz vor dem Streik der LKW-Fahrer, bezeichnet die PN die Regierung als illegitim. Ebenso unterstützt der christdemokratische Politiker Patricio Aylwin diese Aussage.

¹⁶⁹ Siehe Hofmeister, 1995, S.166

¹⁷⁰ Siehe Faúndez, 1988, S.227

¹⁷¹ Puelma Mario, Chile 1970 – 1973, Bern, 1975, S.73

Die DC und die PN treten bei den Parlamentswahlen im März 1973 mit dem Wahlbündnis der Demokratischen Konföderation an. Oberstes Ziel der Opposition ist das Erreichen einer 2/3-Mehrheit im Kongress, womit eine Verfassungsklage gegen Salvador Allende möglich und der Weg für eine Absetzung des Präsidenten frei wäre. Diese Möglichkeit war im Parlament aufgrund der Verfassung von 1925 konstituiert worden.¹⁷² So gesehen erhält der Wahlkampf einen plebiszitären Charakter, der der Amtsenthebung von Allende dienen soll. Dies ist für die Opposition die einzige Möglichkeit Salvador Allende mit legalen Mitteln vor dem Ende seiner regulären Amtszeit 1976 abzusetzen, nachdem dies mit dem Oktoberstreik von 1972 nicht gelungen ist.

Die Opposition scheitert jedoch im Hinblick auf diese Zielsetzung. Mit 43,4% der Stimmen verliert die UP zwar an Stimmen, sie hält aber mit 63 zu 87 Mandaten der Opposition stand. Wenn man das Klima in dem die Wahlen stattfinden berücksichtigt, so kann das Scheitern der Opposition die 2/3-Mehrheit zu erreichen, als überraschend bewertet werden. Die Reaktion der Opposition auf das Wahlergebnis ist eine Klage bei der chilenischen Wahlkommission wegen Wahlbetrugs. Die Kommission, in der auch Christdemokraten und Nationale vertreten sind, lehnt die Klage jedoch ab.¹⁷³

Fortan hat Eduardo Frei die Oberhand in der DC, und die Christdemokraten unterstützen beim Nationalkongress im Mai 1973 seine These von der bevorstehenden marxistischen Diktatur.¹⁷⁴ Damit gehen die Christdemokraten den Weg der Duldung des bevorstehenden Militärstreiches. Angemerkt werden muss, dass es, obwohl die Mehrheit der DC diesen Weg unterstützt, eine Minderheit von Parteimitgliedern gibt, die den Putsch ablehnen und mit der „Erklärung der Gruppe der 13“ bereits am 13. September 1973 in Opposition zur Militärjunta gehen.¹⁷⁵ Währenddessen arbeiten die Nationalen offen mit den Militärs zusammen. Der Rest der Christdemokraten begrüßt den Putsch und glaubt an eine baldige Übergabe der Macht an zivile Parteien. Dazu schreibt Haslam:

¹⁷² Siehe Rios Munoz Juan, Die Macht der Presse in Chile, Münster, 1984, S.118

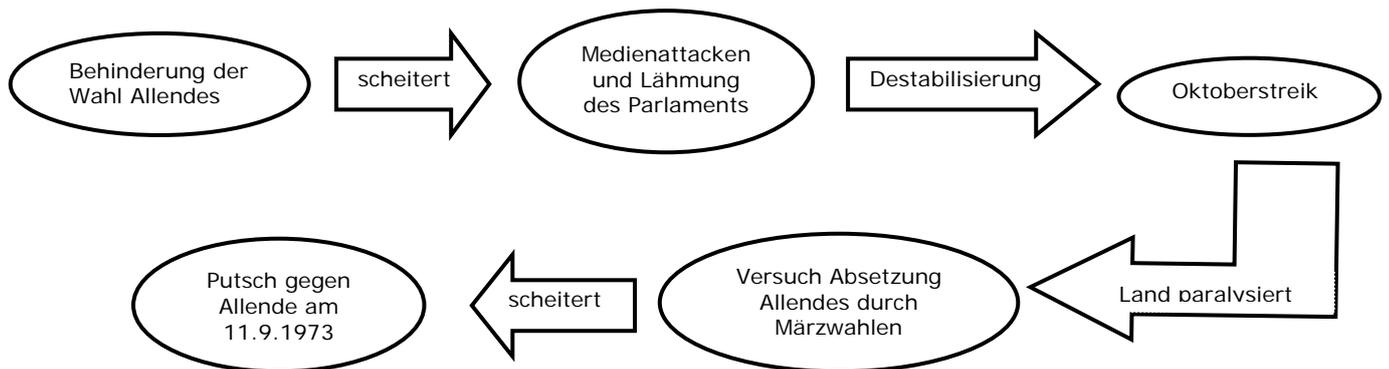
¹⁷³ Siehe Gracia und Sola, 1998, S.162

¹⁷⁴ Siehe Hofmeister, 1995, S.171

¹⁷⁵ Siehe *La Nación*, N° Unbekannt, 31.Dezember 2006, S.50

„ Vor allem Frei und Aylwin wirkten in privaten Treffen mit Botschaftern aus dem Ausland sehr zufrieden, da sie in dem Glauben waren das Militär würde die Macht an sie übergeben.“¹⁷⁶

Die nun wie folgt gezeigten Maßnahmen der Opposition gegen die Regierung Allende und der Kampf gegen die UP „mit allen Mitteln“, kann so dargestellt werden:



4.1.2. Die Lahmlegung der Legislative

Wie bereits beschrieben, hat die Regierung von Salvador Allende keine mehrheitliche Unterstützung im Parlament. Das ergibt für die oppositionellen Parteien die Möglichkeit, Gesetzesanträge der UP im Kongress und Senat zu blockieren. Die *Unidad Popular* ist sich dieser Schwäche bewusst und hält sich insbesondere mit Versuchen einer Reform der Verfassung zurück. Um die Enteignungen und Verstaatlichungen von Betrieben durchführen zu können, greift die Allende Regierung, wie bereits geschildert, auf das veraltete Dekret N°450 aus den 1930er Jahren zurück. Dennoch versuchen die Christdemokraten und die Nationalen die Umsetzung der Verstaatlichungen mit Klagen und Misstrauensanträgen hinauszuzögern. Diese Taktik ist nur teilweise erfolgreich. Schließlich sollen durch die Einbringung eines verfassungsändernden Gesetzes weitere Enteignungen verhindert werden. Gemeinsam mit den Nationalen bringen die Christdemokraten ein Gesetz ein, das künftige Verstaatlichungen und Enteignungen nur noch mit Unterstützung des Kongresses möglich macht.¹⁷⁷

¹⁷⁶ Haslam, The Nixon Administration, 2005, S.222

¹⁷⁷ Siehe Nohlen, 1973, S.191

Eine andere Art der Blockierung stellen Klagen gegen unterschiedliche Minister der UP-Regierung dar, wobei hier die Christdemokraten und Nationalen nicht einheitlich agieren, da die DC zunächst bei den Klagen nicht mitzieht. Beliebtes Ziel der Anklagen ist der Innenminister José Tohá González, der schließlich im Jänner 1972 aufgrund einer Verfassungsklage gemeinsam mit den Stimmen von Christdemokraten und Nationalen seines Amtes enthoben wird. Insgesamt werden zwischen 1970 und 1973 17 Klagen gegen Mitglieder der Regierung der *Unidad Popular* eingebracht, wobei 7 der Klagen erfolgreich durch den Kongress gehen und damit die Regierungsmitglieder von ihren Ämtern enthoben werden.¹⁷⁸

Allende versucht mit dem Wechsel der Ministerposten die tatsächliche Absetzung der Minister zu verhindern. Demgemäß wird Tohá nach seiner Amtsenthebung Verteidigungsminister, und der damalige Verteidigungsminister Ríos Valdivias leitet ab da das Innenministerium.¹⁷⁹ Hier ist eine Art juristisches „Spiel“ der gegnerischen Seiten zu beobachten. Der Kongress und der Senat werden als Instrumentarien für juristische Attacken verwendet und verlieren auf diese Weise an Glaubwürdigkeit und Seriosität.

4.1.3. Die Medienlandschaft in Chile

Hinsichtlich der Interpretierung der Arbeit der UP bezüglich der Medien gibt es sehr unterschiedliche, ja sogar konträre Ergebnisse. Während Garcia und Sola von keinen direkten Eingriffen in die Medienwelt sprechen¹⁸⁰, spielt sich bei Puelma ein *Kampf um Leben und Tod zwischen den freien Massenmedien einerseits, und dem Griff des marxistisch gelenkten Staates nach totalitärer Gleichschaltung andererseits*, ab.¹⁸¹

Bei der Analyse der oppositionellen Medien während der Regierungszeit der *Unidad Popular* darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass es im Grunde so etwas wie „freie“ Presse nicht gibt. Die Begriffe der Freiheit und Unabhängigkeit hinsichtlich der Medien basieren auf bürgerlichen, marktwirtschaftlichen Ideen, die von einem ungehinderten, wirtschaftsliberalen

¹⁷⁸ Siehe http://www.senado.cl/prontus_senado/site/artic/20080404/pags/20080404172217.html, 18. Oktober 2008

¹⁷⁹ Siehe <http://www.zeit.de/1972/02/Allende-in-der-Klemme>, 20. Oktober 2008

¹⁸⁰ Garcia und Sola, 1998, S.130

¹⁸¹ Puelma, 1975, S.25

Pressemarkt ausgehen. Vielerorts wird aber dieser Bezug durch den Begriff „frei“ mit einer freien Meinungsbildung bzw. einer freien Meinungsäußerung gleichgesetzt oder genauer gesagt verwechselt. Das ist eine Gleichsetzung, die bei Betrachtung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Redaktion und Herausgeber nicht verwirklicht ist. So etwas wie eine Blattlinie gab es und wird es immer geben, auch in demokratisch etablierten Ländern wie Österreich. Demnach muss der Begriff „frei“ in Bezug auf chilenische Medien auf „nicht vom Staat abhängig“ reduziert werden. Er beruht keineswegs auf einer ausgewogenen, objektiven Berichterstattung, eine Feststellung, die so auch auf die Situation der Medien in Venezuela übertragen werden kann.

Tatsache ist, dass Allende und die *Unidad Popular* eine sehr konfliktreiche Beziehung zu den oppositionellen Medien haben und dass beide Lager die Medien dazu benutzen, um ihr Einflussgebiet zu erweitern. Dazu zählen nicht nur eine reißerische Berichterstattung, sondern auch gegenseitige Diffamierungen. So gehören Schlagzeilen wie „Chilenen, sammelt eure Wut: Breiter Streik der Händler“ (*La Segunda*), „Der Mob hat mit einem Faustschlag die Stadtmitte gesäubert“ (*El Clarín*) oder „Marxistische Horden in Aktion“ (*El Mercurio*) zur gängigen Schreibweise der chilenischen Redakteure.¹⁸²

1970 befanden sich beinahe alle Presse- und Hörfunkstationen Chiles in den Händen von zehn Unternehmergruppen. Die mächtigste der zehn Unternehmergruppen war *El Mercurio* mit neun Tageszeitungen, dicht gefolgt von SOPESUR und COPESA, die alle drei gemeinsam 80 % der Zeitungsproduktion mit einer überlegenen Auflagenzahl von 500.000 Exemplaren kontrollieren.¹⁸³

Die 1880 gegründete *El Mercurio S.A.* gehört zu den mächtigsten Unternehmen des Landes und wird als Familienunternehmen zunächst unter Edwards McClure und danach von seinem Sohn Augustin Edwards Eastman geführt. Neben der Tageszeitung *El Mercurio* gehören weitere Zeitungen wie *La Segunda* und *Las Últimas Noticias* sowie regionale Zeitungen und der Verlag Lord Cochrane, mit

¹⁸² Siehe Garcia und Sola, 1998, S.130

¹⁸³ Siehe Schrammel Julia, Die chilenische Medienlandschaft unter Allende und Pinochet im Transformationsprozess, Salzburg, 2007, S.34

Zeitschriften wie *Vea*, zum Imperium.¹⁸⁴ Zur Rolle von *El Mercurio* schreiben Garcia und Sola:

„Die Informationspolitik der Rechten ist straff organisiert und funktioniert auf unterschiedlichen Wegen: Einerseits Hetzblätter (PEC und Tribuna) und Zeitungen wie La Segunda und Últimas Noticias, die an Vulgarität der Boulevardpresse in nichts nachstehen und schnell und ganz offen Putschideen unterstützen, andererseits El Mercurio, eine der ältesten Zeitungen des Landes. Dieser veröffentlicht die Analyse einer katastrophalen Realität, und schlimmer noch, er schafft eine Pseudo-Realität, die er immer wieder wiederholt, und keine Dementierung kann dagegen ankommen.“¹⁸⁵

Der UP nahestehende Blätter sind das offizielle Regierungsblatt *La Nación*, die Zeitung der kommunistischen Partei *El Siglo*, sowie die zur MIR tendierenden *El Clarín* und die Zeitung *Noticias de Última Hora* der Sozialistischen Partei. Die Auflagenstärke dieser Periodika ist aber weitaus geringer als jene der Oppositionszeitungen.

Im Bereich der Zeitschriften ist eine ähnliche Situation zu beobachten. Mit den Zeitschriften *Mayoría*, *Paloma*, *Hechos Mundiales*, *Posición*, *Firme*, *Onda* und *Chile Hoy* erreicht die UP insgesamt eine Auflagenstärke von 440.000 Exemplaren. Der Opposition werden etwa 650.000 bis 750.000 Auflagen zugeordnet. Darunter sind Zeitschriften wie *Patria y Libertad* und PEC.¹⁸⁶

Bereits bei dieser Darstellung wird die Lagerbildung der Printmedien deutlich. Eine sachliche Auseinandersetzung mit den Ereignissen war demnach so gar nicht möglich.

Das Ziel von *El Mercurio* ist vor allem die Einbindung der Mittelschicht in den oppositionellen Kampf gegen die Regierung. In ihren Artikeln sprechen die Redakteure immer wieder Betreiber von Einzelhandelsgeschäften an. So schreibt die Zeitung:

„Unter dem Blick und der Geduld der Bürger bauen die Kommunisten aus der Regierung heraus Druck- und Einschüchterungsmechanismen auf, die es ihnen ermöglichen, den Willen des Landes zu beugen. Ausgestattet mit Berechtigungen zur Verfolgung von Händlern, können die JAPs leicht den freien Handel verdrängen und ausschalten und die politische Kontrolle über den Erwerb von Lebensmitteln und anderen essentiellen Artikeln errichten.“¹⁸⁷

¹⁸⁴ Siehe Rios Munoz, 1984, S.10 und 11

¹⁸⁵ Garcia und Sola, 1998, S.130 und 131

¹⁸⁶ Siehe Rios Munoz, 1984, S.35

¹⁸⁷ Zitiert nach Ebda., 1984, S.100

Um die Angst der Bevölkerung vor einer angeblich bevorstehenden kommunistischen Diktatur zu schüren, werden immer wieder Artikel lanciert, die diese Diktatur bereits als Tatsache darstellen. Dazu schreibt *El Mercurio*:

„Mit einem Gefühl der Ohnmacht angesichts der Fortschritte der Diktatur erlebt und erleidet das Land unter der Verkleidung der sozialen Veränderung einen Angriff auf die demokratischen Freiheiten.“ Und weiter: *„Die totalitäre Diktatur weitet und vertieft nach und nach ihre Fangarme.“*¹⁸⁸

Während man durch die Artikel versucht, die Teile der Bevölkerung zu erreichen, die die Zeitung tatsächlich kaufen und lesen, will man durch die Veränderung des Titelblattes jene Menschen erreichen, die die Zeitung lediglich von außen betrachten. So zeigt das Titelblatt ständig große Fotografien mit Motiven wie Waffen, Bomben oder Unfällen, die oft nicht im Zusammenhang mit dem Text stehen. Begleitend dazu gibt es schreierische Überschriften, die mit Schlüsselwörtern versehen, die Leser von dem herrschenden Chaos überzeugen soll. Dementsprechend wird die Regierung mit dem Begriff „der Marxismus“ gleichgesetzt und man verwendet gerne maximierte Adjektive wie „riesig“ oder „gewaltig“.¹⁸⁹

Der Hörfunk besteht aus 140 Funkstationen, von denen weniger als 20 % staatliche Unterstützung erhalten. Durch das seit 1965 herrschende Mediengesetz ist allen politischen Parteien der Zugang zum Radio erlaubt. 40 Radiosender sympathisieren mit Allende, etwa 100 Sender sind dem gegnerischen Lager zuzuordnen.¹⁹⁰ Auch hier wird die Lagerbildung der Medien deutlich. So existiert bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes und vor der Wahl Allendes ein Radiospot, der die Menschen vor der *Unidad Popular* abschrecken sollte:

*„Man hört ein Maschinengewehr und eine Frau schreit: „Die Kommunisten haben meinen Sohn getötet.“ Sprecher: „Das kann Ihnen passieren, falls Chile kommunistisch wird.“ Sprecherin: Dies war eine Mitteilung der Frauenaktion.“*¹⁹¹

Auf die Aktionen der oppositionellen Radios reagiert Salvador Allende mit zeitlich begrenzten Schließungen und Entziehung von Lizenzen. Als Begründungen werden die Verbreitung wissentlicher Falschmeldungen, das Auslaufen der Betriebserlaubnis sowie illegale Versuche der Erweiterung des Sendebereiches nach dem nationalen Telekommunikationsgesetz genannt.

¹⁸⁸ Zitiert nach Ebda., S.104

¹⁸⁹ Siehe Anhang, S.175

¹⁹⁰ Siehe Schrammel, 2007, S.43

¹⁹¹ Zitiert nach Ebda., S.43

Im Bereich des Fernsehens gibt es zu dieser Zeit vier TV-Kanäle, wobei manche nur regionalen Charakter haben. Kanal 7 (TVN) ist der staatliche Sender und überträgt landesweit. Außerdem senden Kanal 13 (*Universidad Católica*), Kanal 9 (*Universidad de Chile*) und Kanal 4 (*Universidad de Valparaíso*). Diese privaten Sender werden von chilenischen Universitäten betrieben, die durch Einschaltung von Werbung finanziert werden, wobei Kanal 13 mit seinen Serien, Filmen und eingekauften Sendungen im Schnitt die meisten Zuschauer innerhalb Chiles hat. Im Hinblick auf die katholisch dominierten Universitäten können diese TV-Kanäle eher der Opposition zugeordnet werden. Der Staatssender hat ein Kontrollgremium, das aus verschiedenen Vertretern aus Politik, Justiz und Universitäten besteht. Folglich werden sowohl Regierungs- als auch Oppositionsvertreter in den Nationalen Fernsehrat entsandt. Diese sind für die Gestaltung des Programms und der Richtlinien für die Sender verantwortlich. Wobei Rios Munoz ein Ungleichgewicht gegen die *Unidad Popular* im Rat feststellt.¹⁹²

Die Regierung agiert nur punktuell gegen die oppositionellen Medien. Zwar wird mit der Operation Wahrheit eine Vereinigung von UP-nahen Journalisten geschaffen, die die „falsche Objektivität“ der oppositionellen Medien entlarven sollte, es gibt jedoch keine eigentliche Medienpolitik.¹⁹³ Den Regierungsblättern fällt es schwer, Rezipienten zu gewinnen und zu halten. Da die Regierung immer wieder mit verbalen und juristischen Angriffen reagiert, veranlassen diese Attacken die oppositionellen Medien wiederum dazu, über „Zensur“ und „Einschränkung der Medienfreiheit“ zu sprechen.

4.1.4. Mobilisierung der Gewerkschaften und der Streik vom Oktober 1972

Basierend auf der marxistischen Ideologie der Regierung sollte der chilenischen Gewerkschaftszentrale CUT eine wichtige Rolle zukommen. Die Arbeiterschaft sollte einer der Hauptnutznießer der Reformpolitik der UP werden, und man ging zunächst von einer weitgehenden Übereinstimmung der Zielvorhaben aus.

¹⁹² Siehe Rios Munoz, 1984, S. 38 bis 41

¹⁹³ Siehe Ebda., S.32

Der CUT werden mehr Kompetenzen zugestanden und es kommt zu einer Verstärkung ihrer gesetzlichen Verankerung aufgrund des Gesetzes von 1971. Dadurch ist die Gewerkschaftszentrale einerseits für die Vertretung der Arbeiterschaft zuständig, andererseits ist sie aber auch für die Mobilisierung der Arbeiter für die Zwecke der UP verantwortlich.¹⁹⁴ Die Mitgliederzahlen der CUT steigen, und es kommt zu einer stärkeren Organisierung im Sektor der Landarbeiter. Auch die Zahl der berufsständischen Gremien nimmt zu. Demnach wächst zwischen 1970 und 1973 die Zahl der Gewerkschaften von 4.012 auf 5.644 um 40% und die Zahl der Mitglieder von 567.053 auf 833.608.¹⁹⁵

Diese Veränderung des gewerkschaftlichen Rollenbildes bringt der CUT jedoch nicht mehr Einfluss im Bereich der Lohnforderungen bzw. –verhandlungen. Die zunehmenden Lohnforderungen basieren nicht unbedingt auf einer ökonomischen Notwendigkeit, sondern sind mit den mehrheitlich wachsenden gesellschaftlichen Ansprüchen innerhalb der Bevölkerung zur damaligen Zeit zu erklären. Demnach kommt es zu einem Anstieg der Streiks während der UP-Regierung. Demgemäß gibt es zwischen 1971 und 1973 durchschnittlich 2.600 Streiks im Jahr, wobei über 90% der Streiks illegal sind.¹⁹⁶ Für die CUT ergab sich ein Zwiespalt in ihrer Arbeit, denn einerseits fungierte sie während der Streiks als Unterstützer und Vertreter der Arbeiterschaft, auf der anderen Seite vertrat sie auch die Interessen der Regierung. Diese Dualität bewirkte einen Vertrauensverlust der Basis gegenüber der Gewerkschaftsführung. Die christdemokratische Opposition nutzte diese Situation, um innerhalb der Basis gegen die CUT-Führung und die Regierung zu mobilisieren.¹⁹⁷

Bei den Wahlen der CUT-Direktion im Mai 1972 wird die Stärkung der DC innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen offensichtlich, als diese Partei im Sektor der Arbeiterschaft 16% und innerhalb der Angestellten 41% der Stimmen erhielt. In der Hauptstadt Santiago können die Christdemokraten mit 35.000 Stimmen den höchsten Zuwachs für sich

¹⁹⁴ Siehe Nolte, 1986, 364

¹⁹⁵ Siehe Ebda., S.366

¹⁹⁶ Siehe Ebda., S. 372 und 373

¹⁹⁷ Siehe Villarroel Moreno, 2002, S.105 und 106

verbuchen. Demgegenüber stehen 30.000 Stimmen für die Kommunisten und 25.000 Stimmen für die Sozialisten.¹⁹⁸ Dazu sagt Faúndez:

„Die Kommunistische Partei, die Radikale Partei und selbst Präsident Allende waren über die negative Stimmung gegenüber der Regierung innerhalb der Angestelltenschaft, sowohl jener aus dem staatlichen als auch dem privaten Sektor, sehr beunruhigt. Zweifelsohne war die neue Militanz unter den Angestellten, die von einigen als Mittelschicht bezeichnet wird, nicht plötzlich aufgetaucht, vielmehr war sie durch eine immer besser koordinierte politische Kampagne der Opposition aufgewiegelt worden.“¹⁹⁹

Da die Mobilisierung der Arbeitergewerkschaften zwar zu einer Verstärkung der Streiks und der Konflikte mit der Regierung führen, aber dennoch keinen durchschlagenden Erfolg bringen, legt die Opposition ihr Hauptaugenmerk auf die berufsständischen Gremien, die dem Mittelstand angehören. Folglich sollten durch *„die Stimulierung existierender oder latenter Ängste gegenüber einem drohenden Totalitarismus sowie der Erzeugung eines Macht- und Stärkebewusstseins“²⁰⁰* diese traditionell eher passive Gruppe zur Agitation gebracht werden.

Durch die allgemein herrschende Polarisierung sollte es zu einem aktiven Widerstand dieser berufsständischen Gruppen kommen. Zu den genannten Gruppen gehören insbesondere Vertreter von kleinen bis mittleren Betrieben vor allem aus dem Handel und dem Fuhrwesen, aber auch aus der Angestellten-, Anwälte-, Lehrer- und Ärzteschaft. Nach mehreren kleinen Streiks kommt es im Oktober 1972 zu einem großangelegten Streik der Fuhrunternehmer. Unter dem Motto *„Streik für Chile“* proben die Bus-, LKW- und Taxifahrer, Tankstellenbesitzer sowie Kleinhändler den Aufstand. Dem schließen sich im Laufe des Monats die Ärzte, Rechtsanwälte, Bankangestellte sowie Bedienstete der Universitäten und Schulen an.²⁰¹

Nach Berichten von Rios Munoz wird der Streik durch eine Falschmeldung provoziert:

„Oppositionelle Informationsmedien veröffentlichten einen Bericht, der offenbar aus der Stadt Aysen im Süden des Landes stammte. Nach dieser Information sollte die Regierung angekündigt haben, den Privattransport in der genannten Region zu verstaatlichen. Trotz der Dementis von öffentlicher Seite (...) stellte der oppositionelle Journalismus das Gerücht als nahe bevorstehende Realität dar.“²⁰²

¹⁹⁸ siehe Angell, S.867

¹⁹⁹ Faúndez, 1988, S.230

²⁰⁰ Rios Munoz, 1984, S.102

²⁰¹ Siehe Gracia und Sola, 1998, S.147

²⁰² Rios Munoz, 1984, S.106

Dem gegenüber schreibt Angell:

„Zur schärfsten Auseinandersetzung mit diesen Gruppen kam es im Oktober 1972 nach einem Antrag, die staatliche Kontrolle über die von den Transportunternehmen benötigten Ersatzteile zu verstärken.“²⁰³

Der anfänglich regionale Charakter des Streiks wird durch die bereits erwähnte Unterstützung anderer Berufsverbände auf die nationale Ebene ausgeweitet. Bald beteiligen sich auch Fabrikbesitzer und es kommt zu Aussperrungen der Arbeiter. Die Arbeiterschaft reagiert wiederum mit Fabriksbesetzungen. Um die völlige Lahmlegung des Landes zu erreichen und die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Lebensmitteln zu verhindern, zerstört außerdem die terroristische Organisation *Patria y Libertad* Ölpipelines sowie Straßen- und Eisenbahnschienen.²⁰⁴ Zu den Forderungen der Streikenden meint Faúndez:

„Anfänglich stellten die Lastwagenfahrer spezifische Forderungen, die in Zusammenhang mit ihrer Arbeit standen. Am Ende der ersten Streikwoche jedoch, etablierten sie eine zentralisierte Führung und begannen Forderungen im Namen der DC und der Nationalen Partei zu stellen. Hauptsächlich forderten sie, dass die Regierung sofort eine Gesetzesnovelle erlassen sollte mit dem Ziel das Verstaatlichungsprogramm rückgängig zu machen, Basisorganisationen die Beteiligung an der Verteilung von Konsumgütern zu untersagen und die Verwaltungsstrafen gegen die von der Opposition kontrollierten Medien aufzuheben.“²⁰⁵

Durch persönliche Seilschaften zwischen den Unternehmerorganisationen und den dazu kommenden Vertretern der kleinen Gremien formiert sich ein politisches Bündnis, das in der Lage ist, das wirtschaftliche Leben des Landes zu paralysieren und die politischen Parteien der Opposition dazu zu bringen, eine noch stärkere Haltung gegenüber der Regierung einzunehmen. Der von diesen Verbänden ausgehende Druck verdrängt insbesondere die Christdemokraten aus dem politischen Vorfeld. Durch den Oktoberstreik entsteht eine neue politische Situation, die durch das Diktat der Unternehmer kleiner und großer Betriebe bestimmt ist.²⁰⁶ Insgesamt kostet der Streik den chilenischen Staat mehr als 170 Mio. US-Dollar.

Der von den Nationalen erwartete Eingriff der Militärs in das innenpolitische Geschehen Chiles bleibt jedoch aus. In dieser Situation ist auch ein Konflikt zwischen der DC und der PN zu beobachten, denn während die Zweite auf diesen hinarbeitet, ruft die Ertere die Unterstützer des Streiks zurück und plädiert

²⁰³ Angell, 1996, S.868

²⁰⁴ Siehe García und Sola, 1998, S.147

²⁰⁵ Faúndez, 1988, S.236

²⁰⁶ Siehe Huneus, 1989, S.270 und 271

dafür, bis März 1973 abzuwarten und Allende mittels Wahlen zum Rücktritt zu zwingen.²⁰⁷ Durch die Einsetzung eines neuen Kabinetts mit Militärs durch die Regierung der UP kommt es zu einem Ende des Streiks.

Ein weiterer Streik im Juli 1973 setzt die Destabilisierung des Landes fort. Dieses Mal sind die dazu gleichzeitig ausgeübten Anschläge noch stärker. Demzufolge gibt es zwischen dem 27. Juli und 3. August 1973 180 verschiedene Terrorakte.²⁰⁸

4.1.5. Die Verwicklung der USA hinsichtlich des Staatsstreichs in Chile

Bei der Analyse der Vorgangsweise der Vereinigten Staaten gegenüber der Regierung Allende muss zwischen drei Ebenen unterschieden werden. Es gibt die Ebene der politischen Aussagen und offiziellen Stellungnahmen, die Ebene des Wirtschaftsdrucks und die Ebene der verdeckten Operationen mittels ihres Geheimdienstes CIA.

Dass sich die USA in der ersten Ebene neutral bis zurückhaltend gegenüber der Politik der UP äußert, bedeutet nicht, dass sie nicht gegen diese arbeitet. Denn bereits in der zweiten Ebene setzen die Vereinigten Staaten alles daran, um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu bremsen.

Im Jahre 1970 erreichen die US-Privatinvestitionen in Chile 1,5 Mrd. US-Dollar und 80% des in Chile produzierten Kupfers werden von den USA kontrolliert. Schon während vorangegangener Regierungen hat das Land mit mehr als einer Milliarde US-Dollar die zweithöchste Auslandsverschuldung weltweit erreicht. Die zweite Ebene basierte nun darin, Chile diese Abhängigkeit deutlich spüren zu lassen. Demnach werden die Beträge für die Wirtschaftshilfe im Jahr 1969 von 35 Mio. Dollar auf 1,5 Mio. Dollar gesenkt. Außerdem kommt es zu einem Kreditembargo, wodurch Chile weder von der Interamerikanischen Bank für Entwicklung (BID) noch von der Weltbank Kredite erhält.²⁰⁹ Außerdem versuchte die Regierung Nixon, Chiles Verhandlungen zur Reduzierung seiner

²⁰⁷ Siehe Faúndez, 1988, S.237

²⁰⁸ Siehe Ebda., S.245

²⁰⁹ Siehe Selser Gregorio, Salvador Allende y los EEUU, Guadalajara, 1989, S.129 und 130

Auslandsschulden im Club de Paris zu torpedieren. Dennoch gelingt es der UP, eine Reduktion auf 800 Mio. Dollar zu erzielen.²¹⁰

Auf die dritte Ebene, die der verdeckten Operationen, soll nun detaillierter eingegangen werden. Dabei soll angemerkt werden, dass Berichte über verdeckte Geheimdienstoperationen oft in die Schublade von typischen Verschwörungstheorien gesteckt werden. Als Analyst solcher Vorgänge geht man die Gefahr ein, als unseriös zu gelten. Aus diesem Grund soll betont werden, dass sich die hier dargestellten Ereignisse auf die von der US-amerikanischen Regierung im Jahre 2000 freigegebenen Dokumente über verdeckte Operationen in Chile beziehen, auf die Ergebnisse der Church-Kommission²¹¹ sowie auf Aussagen von Personen, die direkt an solchen Operationen beteiligt waren.

4.1.5.1. Verhinderung der Wahl Allendes

Bereits vor dem Antritt der Präsidentschaft durch Salvador Allende versuchen die Vereinigten Staaten, Einfluss auf die Innenpolitik Chiles zu nehmen und 1964 die Wahl von Eduardo Frei zu ermöglichen. Für dieses Vorhaben wird der Wahlkampf von Frei mit 4 Mio. US-Dollar finanziert, wovon 2,6 Mio. direkt in die Kassen der Christdemokratischen Partei fließen.²¹²

Abgesehen vom Einsatz finanzieller Mittel führt die Central Intelligent Agency (CIA) 15 weitere Operationen im Land durch, um die Wahl Allendes zu verhindern. Dazuzuzählen sind die Schaffung und Erhaltung von klandestinen Organisationen, die entscheidende Wählergruppen beeinflussen und mobilisieren sollen, wobei die antikommunistische Propaganda-Arbeit gegen Salvador Allende mit drei Mio. Dollar Finanzmittel die wichtigste Unternehmung ist.²¹³ In diesem Zusammenhang schreibt Selsar:

„Während der ersten Woche intensiver Propaganda, produzierte eine von der CIA finanzierte Gruppe in Santiago 20 Radiospots täglich und 44 in regionalen Sendestationen; zwölf Minuten Nachrichtensendungen fünf Mal am Tag auf drei Sendern der Hauptstadt und 24 regionalen Sendern; tausende von Karikaturen und unzählige Zeitungsannoncen.“²¹⁴

²¹⁰ Siehe Ebda., S.131

²¹¹ Diese wurde unter Führung des Senators Frank Church 1975 eingerichtet, um die CIA-Operationen auf internationaler Ebene zu untersuchen.

²¹² Siehe Kornbluh Peter, Pinochet, Barcelona, 2004, S.30

²¹³ Ebda., S.30

²¹⁴ Selsar, 1989, S.112

Im Wahlkampf von 1970 wird ebenfalls mit ähnlichen Aktionen agiert. Für die mögliche Wahl Allendes werden zwei Wege zur Verhinderung seines Amtsantrittes etabliert. Track I wird im Juni 1970 vom damaligen US-Botschafter Edward Korry dem Committee 40 (dem hochrangige Mitarbeiter der Nationalen Sicherheit angehörten) vorgelegt. Es sollen 250.000 US-Dollar zur Verfügung gestellt werden, um diese bei Bedarf an chilenische Parlamentsabgeordnete zu verteilen. Nach dem Sieg Allendes wird die Verteilung der Gelder genehmigt. Außerdem soll mit dem Einverständnis des Noch-Präsidenten Frei sein Regierungskabinett entlassen und ein neues Kabinett, bestehend aus Militärs, etabliert werden. Danach soll ein Übergangspräsident ernannt werden.²¹⁵

Track II will mit der Ausforschung von putschwilligen Militärs und der Schaffung eines Pro-Putsch Klimas die Wahl von Salvador Allende verhindern. Dieser Plan wird vom damaligen US-Präsidenten Richard Nixon initiiert und geht ohne Koordinierung des State Department und Informierung von Botschafter Korry über die Bühne.²¹⁶ Dazu stellt Selser fest:

„Der essentielle Unterschied zwischen Track I und Track II (...) bestand nicht darin, dass Track II auf einen Putsch hinarbeitete und Track I nicht. Beide hatten dieses Ziel. Es gab jedoch einen Unterschied zwischen den beiden Wegen: Track I war zufällig und hing von der Akzeptanz Freis ab. Und Track II der CIA, mit direktem Kontakt zu den chilenischen Militärs und in aktiver Begünstigung und Unterstützung eines Staatsstreichs, sollte lediglich von einer kleinen Personengruppe des Weißen Hauses und der CIA gekannt werden.“²¹⁷

Das Problem ist das chilenische Heer mit seinem Kommandogeneral Schneider. Dieser ist verfassungstreu und lehnt als Oberbefehlshaber der Streitkräfte jede putschistische Verstrickung ab. Aus diesem Grund erschien es den USA und der chilenischen Opposition notwendig, General Schneider zu „neutralisieren“. Es entsteht der Plan, ihn entführen zu lassen, um so einen Wechsel an der militärischen Spitze des Landes und ein Klima für ein Eingreifen der Streitkräfte in die Innenpolitik Chiles zu erreichen. Außerdem will man die Schuld der Entführung der extremen Linken zuschreiben und so die Glaubwürdigkeit Allendes untergraben.²¹⁸ Die Tat sollte vom putschistischen ehemaligen General Viaux und seinen Anhängern durchgeführt werden. Dafür verlangt Viaux Waffen, die CIA gesteht ihm jedoch lediglich die Finanzierung der Waffen zu. Schließlich

²¹⁵ Siehe Kornbluh, 2004, S.40 und 41

²¹⁶ Siehe Selser, 1989, S.122

²¹⁷ Ebda., 1989, S.122

²¹⁸ Siehe Dokument der CIA, Kornbluh, 2004, Doc.2

wird die Durchführung der Entführung zu heikel, da der Erfolg der Mission nicht gewährleistet zu sein scheint.²¹⁹

Die Tat wird dennoch durchgeführt. General Schneider wird angeschossen und stirbt kurz vor dem Amtsantritt Allendes an den Folgen des Anschlags. Dazu stellt Kornbluh fest:

„Anstatt eine für einen Staatsstreich günstige Atmosphäre zu schaffen, bewirke die Ermordung von Schneider eine kollektive Ablehnung der Gewalt seitens der Bevölkerung und der Politiker und eine stärkere Bindung an die zivilen und konstitutionellen Traditionen Chiles.“²²⁰

Durch diese Festigung der demokratischen Prinzipien müssen die Gegner der UP-Regierung bald zu anderen Mitteln greifen, um so eine reguläre Regentschaft Allendes zu verhindern.

4.1.5.2. Einfluss auf die Medien

Was die Operationen des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA nach dem Amtsantritt Allendes angehen, so ist die Zeitung *El Mercurio* der wichtigste Partner, da sie zu dieser Zeit das wichtigste Medium in Chile darstellt. Auch wenn die Besitzer von *El Mercurio* dies bis heute bestreiten, wurde diese Zusammenarbeit in den von der Clinton-Regierung im Jahre 2000 freigegeben CIA-Dokumenten bestätigt.²²¹ Demnach investiert die CIA 1,7 Mio. US-Dollar, um die Zeitung finanziell zu unterstützen. Das Geld wird über den Konzern International Telephone and Telegraph Company (ITT) und ein Bankkonto in der Schweiz vermittelt.²²² Dabei sind aber nicht die finanziellen Mittel das wichtigste Standbein dieser Zusammenarbeit, sondern die Unterstützung auf technischer Ebene. Zu dieser technischen Unterstützung schreiben Neuberger und Opperskalski:

„Die Aufmachung der Titelseite ändert sich dramatisch. So wird aus einer Titelseite nach Art der konservativen `Frankfurter Allgemeinen´ bspw. die eines Boulevardblattes wie `Bild´. Schreiende Schlagzeilen und riesige Fotos über gleichartige Themen ersetzen die frühere Willkür bei der Auswahl zusammenhangloser Nachrichten. Die übliche konservative Zeitung in der dritten Welt betont das, was in Europa und den USA geschieht. Im Laufe einer Medienoperation aber treten lokale Nachrichten plötzlich in den Vordergrund.“

²¹⁹ Siehe Ebda., S.53 bis 57

²²⁰ Ebda., S.61

²²¹ Siehe Kornbluh, 2004, S.83

²²² Siehe Verdugo Patricia, Allende, Santiago, 2003, S.119

*Einzig die lokalen Katastrophen bestimmen das Bild der Welt, die dunkel, furchterregend beängstigend eng wird.*²²³

So bildet die Zeitung den Mittelpunkt der Medienkampagne gegen Salvador Allende. Tag für Tag werden polemische Artikel gegen die UP-Regierung veröffentlicht und damit wird ein Gefühl des Ausnahmezustandes vermittelt. Man lässt die Leser nicht zur Ruhe kommen, sondern behält die Atmosphäre des herrschenden „Chaos“ bei. Zur Bedeutung von *El Mercurio* für die Operationen der CIA schreibt Kornbluh:

*„Anstatt eine Quelle für Nachrichten zu sein, erhebt sich seine Zeitung als organisierte Kraft der Agitation gegen die Regierung. Im Sommer 1973 bezeichnete die Operationsbasis der CIA in Santiago El Mercurio, neben der paramilitärischen Patria y Libertad und bestimmte Mitglieder der Nationalen Partei, als einer der wichtigsten privaten Organisationen, die als Ziel die Schaffung von Konflikten und Konfrontationen hat, die in irgendeine Art der militärischen Intervention münden sollen.“*²²⁴

Neuberger und Opperskalski sprechen von fünf Agenten der CIA, die im Jahre 1969 als Medienspezialisten für *El Mercurio* arbeiten. Diese werden später in den Vorstand der Interamerican Press Agency (IAPA) befördert, und der Besitzer des Großunternehmens, Agustín Edwards, wird zum Präsidenten der IAPA ernannt.²²⁵ Diese Organisation, deren Vorstandsmitglieder mehrheitlich aus Medieninhabern und Herausgebern aus Nord- und Südamerika besteht, warnt vor den Gefahren, denen die Pressefreiheit in Chile durch die Regierung der *Unidad Popular* ausgesetzt ist, wobei diese Medienorganisation ohne jede Behinderung während dieser Zeit ein Treffen in Santiago abhalten konnte.²²⁶ Diesen Mechanismus wendet die IAPA übrigens heute auch in Venezuela an.

Neben der Arbeit an der eigentlichen Zeitung gibt es außerdem weitere Maßnahmen seitens des Verlagshauses von *El Mercurio*, wie die Herausgabe von Zeitschriften, Büchern und Studien. Außerdem findet eine Zusammenarbeit mit anderen oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften, Radiosendern und Fernsehanstalten statt.²²⁷

²²³ Neugebauer Günter und Opperskalski Michael, CIA in Mittelamerika, Bornheim-Merten, 1983, S.41

²²⁴ Kornbluh, 2004, S.86

²²⁵ Neuberger und Opperskalski, 1983, S.47

²²⁶ Siehe Selser, 1989, S.126

²²⁷ Siehe Ebda., S.126

4.1.5.3. Finanzierung der Streiks

Hinsichtlich der Finanzierung der Gremien während den beiden langen Streiks im Oktober 1972 und Juli 1973 durch die USA kann nur eines festgestellt werden: Laut den zur Verfügung stehenden Dokumenten der CIA gibt es keine Finanzierung durch die USA. Dem gegenüber stehen jedoch Aussagen von Beteiligten, die aus den USA stammendes Geld verwalteten und an Streikbosse zur Umverteilung weitergaben.

Nach Angaben des ehemaligen CIA-Agenten Ray Cline gibt es direkte Zahlungen an eine Anzahl von Anti-Allende Gewerkschaften und Verbänden, inklusive der LKW-Fahrervereinigung.²²⁸ Laut CIA-Quellen der US-amerikanischen Zeitung New York Times gehen der Großteil der in Chile für verdeckte Operationen investierten 8 Mio. US-Dollar nicht wie angenommen an die Medien, sondern an die Streikverbände vom Oktober 1972 und Juli 1973.²²⁹

Der Unternehmer und damalige Präsident der chilenischen Industriellenvereinigung (SOFOFA), Orlando Sáenz, beschreibt den Weg der Finanzierung wie folgt:

“Uns wurden die Dollar auf fünf verschiedene Konten in Europa, den USA und Lateinamerika überwiesen. Kam das Geld von der CIA? Kam das Geld von der ITT oder einer anderen Transnationalen? Das war nicht unser Problem. Wir wussten lediglich, dass man sehr viel Geld haben musste, um die Bedingungen für einen Staatsstreich zu schaffen. (...) Wichtig war es, ein System zu schaffen, mit dem sich der Geldgeber sicher fühlen konnte. Die fünf Konten waren Zweipersonenkonten. Ich war der gemeinsame Faktor aller fünf Konten. Um die streikenden LKW-Fahrer zu unterstützen, gab ich das Geld ihrem Anführer León Vilarín. Um die Bewegung Patria y Libertad zu unterstützen, gab ich das Geld Pablo Rodríguez. Im Fall der Nationalen Partei gingen die Gelder über den Senator Pedro Ibañez. Und im Fall der Christdemokratischen Partei ging das Geld über Felipe Amunátegui. Auch übergab ich Geld an die berufsständischen Gremien über Jaime Guzmán.”²³⁰

In diesem Zusammenhang stellt Verdugo fest, dass die Kraft des US-Dollars umso bedeutender war, da er auf dem Schwarzmarkt 200 Mal so viel wert war wie im offiziellen Kurs, und dass alleinig eine Übergabe von 100.000 US-Dollar etwa 20 Mio. US-Dollar entsprachen, und das vor 30 Jahren.²³¹

²²⁸ Siehe Haslam, 2005, S.150

²²⁹ Ebda., S.150

²³⁰ Zitiert nach Verdugo, 2003, S.117

²³¹ Siehe Ebda., S.118

Die Gerüchte um die Bezahlung der Streikenden sind bereits während der Regentschaft Allendes ein Thema. So war es offenkundig, dass die zwei langen Streiks zu keiner Zeit über die Streikfonds der Verbände hätten finanziert werden können. Außerdem war der CIA-Agent Errol Johatan Reinese verhaftet worden, als er US-Gelder bei sich trug, um die LKW-Fahrer zu bezahlen.²³²

Abschließend kann festgestellt werden, dass die Streiks sicherlich die stärkste Auswirkung auf den sozialen Alltag der chilenischen Bevölkerung haben. Die Mangelversorgung aufgrund der Lieferengpässe, die grassierende Inflation, aber auch die Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs sowie das Fehlen von Ärzten und Lehrern sind ein zunehmendes Problem. Und in den Bereichen, in denen der Streik nicht befolgt wird, wird aufgrund der Medienberichterstattung eine gegenteilige Realität vermittelt.

Inwieweit nun die aufgezeigte Einflussnahme auf die Ereignisse im September 1973 entscheidend ist, ist umstritten. Man kann bei der Analyse einerseits vor allem auf die Polarisierung von innen eingehen und dieser die Hauptschuld an der Eskalation geben, oder man sieht andererseits die Schuld hauptsächlich an der hier dargestellten importierten Polarisierung. Natürlich kann eine Überbewertung der Rolle der CIA im Fall von Chile den Ausschluss von anderen sehr wichtigen Faktoren bedeuten, die an der Polarisierung mitwirken. So sind in diesem Zusammenhang die Heterogenität innerhalb der UP, die revolutionäre Eskalation der MIR und der Sozialisten und der Einfluss der kubanischen Revolution und Fidel Castros auf die Innenpolitik des Landes zu nennen. Es erscheint mir jedoch vermessen, lediglich von einer *reinen nachrichtendienstlichen Observation und firmeninternen Lagebeurteilung* seitens der USA und transnationaler Unternehmen zu sprechen.²³³ Auch wenn man bei Betrachtung der inneren Faktoren von einer labilen politischen Lage Chiles vor dem Putsch ausgeht, so kommt man aber nicht umhin, den Faktor CIA in Betracht zu ziehen. Insbesondere beim Vergleich dieses Faktors in Bezug auf Venezuela ist die Arbeitsweise der USA – wie in Chile – doch so augenscheinlich, dass ein Vernachlässigen leichtfertig wäre.

²³² Siehe Haslam, 2005, S.193 und 194

²³³ Siehe Bossle, 1975, S.48 und 50

4.2. Die Opposition in Venezuela

Wie im Fall von Chile kann keine simultan arbeitende Opposition in Venezuela erkannt werden. Ob nun die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren der Opposition enger oder lascher sind als in Chile, ist schwer feststellbar, insbesondere da die Akteure heute politisch bzw. wirtschaftlich aktiv sind. Was jedoch vorherrschend ist, ist eine um einiges dominanter agierende oppositionelle Medienwelt, die alle ihr zu Verfügung stehenden Mittel nutzt, um gegen die Regierung Chávez zu arbeiten. Auffallend ist insbesondere das schwache Auftreten der politischen Parteien, die in ihrer Politik zwar auf Totalablehnung zu Chávez gehen, wobei es ihnen aber nicht gelingt, die Oppositionspolitik maßgeblich zu dominieren oder gar anzuführen.

Die Opposition gegen die MVR-Regierung kann folglich so aufgeteilt werden:

- Demokratische Aktion (AD)
- Komitee zur Organisation Unabhängiger Wahlpolitik (COPEI)
- Parteien, die zunächst Pro-Chávez sind und dann zur Opposition abwandern
- Neue Parteien, die im Zuge der MVR-Regierungszeit entstehen
- Unternehmervereinigung FEDECAMARAS und ehemalige Leitung von PdVSA
- Die Gewerkschaft CTV
- Oppositionelle Medien (angeführt von Cisnero-TV-Kanäle)

4.2.1. Die Parteien des Punto Fijo

Über dreißig Jahre lang wird Venezuela von denselben Parteien, nämlich AD und COPEI, regiert. Obwohl diese Parteien sich zunächst als sozial- und christdemokratische Parteien präsentieren, ändern sich während der Fortdauer der Paktdemokratie des Punto Fijo ständig die Parteilinien. Dementsprechend kann man diese zwei Parteien als zu den genannten politischen Richtungen tendierend, aber keineswegs als faktisch solche Politik betreibende Parteien bezeichnen. Vielmehr zeichnen sich AD und COPEI immer stärker durch ihre Führungsspitze aus, hier seien vor allem Rómulo Betancourt und Rafael Caldera

genannt. Demgemäß kann innerhalb dieses herrschenden Zweiparteiensystems kaum ein Unterschied zwischen den politischen Ideologien festgestellt werden. Es gibt jedoch auch Meinungen, die eine fehlende ideologische Basis der Parteien im Ölboom ab 1970 festmachen.²³⁴

Diese Konkordanzdemokratie verfolgt eine politische Linie, wonach eine starke Rivalität mit der anderen Partei vermieden wird, um die Stabilität des Landes weiter aufrecht zu erhalten. Dies kommt praktisch einer Monopolisierung der nationalen Wahlen gleich, insbesondere der Präsidentschaftswahlen, bei denen beide Parteien gemeinsam etwa 90% der Stimmen erhalten. Die beiden genannten Parteien haben ihre Wurzeln in allen Schichten des Landes, wobei aber die Parteiführung vornehmlich aus der Mittelschicht kommt. Diese Verbreitung des Mittelstandes ist vor allem auf die Petroökonomie zurückzuführen, wodurch es auch zu einer Schwächung der Oligarchie, der Landarbeiterschaft und der Arbeiterschicht kommt, da diese keine eigenen Organisationen und Parteien gründen können.²³⁵

Die AD ist zunächst die dominantere Partei und hat eine große Anhängerschaft innerhalb der venezolanischen Arbeiterschaft. Sie konsolidiert sich insbesondere während des Höhenflugs des Erdöls ab 1970, als sich innerhalb der PdVSA eine privilegierte Arbeiterschaft entwickelt. Trotz einer soliden Basis ist die AD eine zentralistisch geführte Partei, wobei die Gewerkschaften zwar einen Einfluss innerhalb der Organisation haben, sich aber immer dem Diktat der Partei unterordnen. Diese zentralistische Führung soll tiefgreifende Diskussionen innerhalb der Partei vermeiden. In diesem Zusammenhang merkt Werz an:

„Wenn man Merkmale der Parteienstudien zusammenfassen möchte, fällt im Rückblick zweierlei auf: Erstens wurden der Grad der innerparteilichen Demokratie sowie der Übergang von Reform- zu Statusparteien und damit die nachlassende Bedeutung als Aufstiegskanal für untere und mittlere Schichten kaum behandelt. Zweitens stand die politische Stabilität im Vordergrund; dysfunktionale Merkmale wie Patronage, Korruption und – gerade im venezolanischen Fall – übermäßige Proporzregelungen wurden zwar nicht ausgeklammert, galten angesichts des Imperativs der Erhaltung von Institutionen jedoch als weniger wichtig.“²³⁶

²³⁴ siehe Boeckh, Die Ursachen des unaufhaltsamen Aufstiegs von Hugo Chávez Frías, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S. 24

²³⁵ siehe Ellner, in: Ellner und Hellinger, 2003, S. 20 und 21

²³⁶ Werz Nikolaus, Populismus und Parteien in Venezuela, in: Sevilla und Boeckh, S. 40

Während der Guerillakriege ab 1960 ist die AD von Spaltungstendenzen gekennzeichnet, und es gelingt der COPEI, Anhänger zu gewinnen. Zur Zeit des wirtschaftlichen Chaos ab 1980 erlangen die kleineren Parteien MAS und Causa R immer mehr an Bedeutung, während es bei der Demokratischen Aktion und dem Komitee zur unabhängigen Wahlpolitik zu einer starken Schwächung kommt. Dieser Aufstieg der kleinen Parteien wird aber ab dem Zeitpunkt, als sie eine Zusammenarbeit mit den Parteien des Punto Fijo eingehen, gebremst. Als die Demokratische Aktion von ihrer eigenen Parteilinie abgeht, indem sie das Schockprogramm des IWF akzeptiert, kommt es zu einem Bruch mit der Parteibasis, insbesondere innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft.²³⁷

In dieser Situation des Verlustes der eigenen Glaubwürdigkeit und des Vertrauens der venezolanischen Wähler tritt der Putschist Hugo Chávez auf die politische Bühne des Landes. Zu dieser Zeit ist zu bemerken, dass die Venezolaner, sowohl aus Mittelklasse als auch aus der Unterschicht, nach einer starken Persönlichkeit verlangen, die das Land aus dem Chaos holen soll.²³⁸ Daher erscheint es nicht verwunderlich, dass innerhalb der Opposition die genannten Parteien eine untergeordnete Rolle spielen. Demnach sind COPEI und AD von Parteispaltungen gekennzeichnet, die vor allem Erstere zu einer Kleinpartei werden lassen. Ab den 1990er Jahren wird Venezuela von Ein-Personen-Parteien dominiert, die versuchen sich als Alternative zu Hugo Chávez zu präsentieren. So gründet beispielsweise Rafael Caldera 1993 seine eigene Partei *Convergencia* und Henrique Salas Römer das Wahlbündnis *Proyecto Venezuela*. Diese können aber nicht lange überleben. Zur Situation der Parteien schreibt Werz:

„Mitte der 1990er Jahre wurden vier Krisenmomente bei der Parteienentwicklung sichtbar: 1) Eine zunehmende kritische Beurteilung der Parteien durch die Bevölkerung; 2) der wachsende Mitgliederschwund; 3) Veränderungen im Wählerverhalten, die auf eine steigende Personalisierung und Regionalisierung der Politik hindeuten; 4) ein Ansehensverlust der Parteien im Vergleich zu anderen Eliten und Institutionen.“²³⁹

Die politischen Parteien der Opposition versuchen durch die Megawahlen von 2000, die aufgrund der neuen Verfassung stattfinden, wieder an Boden zu gewinnen. Sie scheitern aber fraglos; trotz der schwachen Wahlbeteiligung von

²³⁷ Siehe Ellner, in: Ellner und Hellinger, 2003, S. 26 und 27

²³⁸ Siehe Hellinger, in: Ebda., S.56

²³⁹ Werz, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.48

56% wird Chávez mit 59,79% der Stimmen gegen seinen Kontrahenten Francisco Arias Cárdenas in seinem Amt bestätigt. Mit der Neugründung von Parteien wie Neue Zeit im Jahre 1999 und Gerechtigkeit Zuerst im Jahre 2000 versucht man das schlechte Image des ehemaligen Zweiparteiensystems abzustreifen. Die Vorhut der oppositionellen Arbeit leisten wirtschaftliche Verbände, Medien und Gewerkschaften, wobei es ihnen jedoch nicht gelingt eine charismatische Führungspersönlichkeit aufzustellen. Diese dargestellte Lage der Opposition in Venezuela, wonach die oppositionelle Arbeit nicht von politischen Parteien angeführt wird, sondern vielmehr von Privatpersonen und Vereinigungen, gleicht im Grunde der Situation der Opposition in Chile zur Zeit des Generalstreiks Ende 1972 und Mitte 1973. In Venezuela wird diese Gegenwehr, insbesondere von den oppositionellen Medien, als Zivilgesellschaft bezeichnet.

4.2.2. Die Gewerkschaft CTV

Wie die politischen Parteien erfahren auch die Gewerkschaften, insbesondere ihr Dachverband Vereinigung der venezolanischen Arbeiter (CTV), einen starken Prestigeverlust während der 1990er Jahre. Dieser Verlust ist, wie bereits dargestellt, auf die engen Verbindungen zwischen der CTV und der Demokratischen Aktion, aber auch auf ihre Politik zum neoliberalen Anpassungsprogramm zurückzuführen. Nach den Aufständen im Jahr 1989 ruft die Gewerkschaft im Mai zum Generalstreik auf. Dies ist das erste Mal seit 1958, dass die Gewerkschaften streiken. Nach den anfänglichen Aktionen verliert die Gegenwehr an Kraft und wird zur einfachen Rhetorik. Während dieser Zeit reduziert die CTV ihre Forderungen gegenüber den Unternehmerverbänden und ändert ihre Position zum Thema der Transformierung der venezolanischen Wirtschaft. So akzeptiert man die Privatisierung des Gesundheitssystems und nimmt die Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen in Kauf.²⁴⁰

Ellner fasst den Prestigeverlust der Gewerkschaften mit folgenden Punkten zusammen:

- Keine Rücksprache mit der Basis in Bezug auf wichtige Arbeitsfragen
- Abkehr von der ursprünglichen Strategie der Mobilisierung

²⁴⁰ Ellner, in: Hellinger und Ellner, 2003, S.209 bis 212

- Annahme einer Reihe von Konzessionen, die allmählich zur Auslöschung historischer gewerkschaftlicher Errungenschaften führen
- Unterwerfung der eigenen gewerkschaftlichen Linie den Parteivorgaben
- Fehlen einer stringenten Linie bzw. einer Analyse des Neoliberalismus und der Globalisierung
- Gegenwehr bei der Durchführung von internen Reformen zur Demokratisierung der gewerkschaftlichen Bewegung²⁴¹

Mit der Machtübernahme der Bewegung Fünfte Republik kommt es zum direkten Konflikt mit Hugo Chávez, denn die Regierung senkt die finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften auf ein Minimum und droht mit der Auflösung ihrer Strukturen. Chávez betrachtet die CTV als Verbündeten des Systems des Punto Fijo-Paktes und will mit direkten Wahlen des Vorstandes durch die Basis, der Eingliederung aller Gewerkschaften in das Arbeitsministerium, der Miteinbeziehung der Pensionisten- und Berufsverbände, Wahlen zur Annahme der Kollektivverträge sowie dem Austausch der Gewerkschaftsführer und der Eliminierung der Parteikontrolle innerhalb der gewerkschaftlichen Wahlkommission eine völlige Umstrukturierung der CTV und ihrer Verbände erreichen. Schließlich kommt es bei den Gewerkschaftswahlen von 2001 zum Aufeinandertreffen der zwei Lager, da sich die Chávez-Anhänger in einer eigenen Vertretung, der Bolivarischen Kraft der Arbeiter (FBT), organisiert haben. Dabei sind sich diese teilweise uneins über die weitere Zukunft des Dachverbandes, denn es gibt auch innerhalb der Chavisten Sektoren, die eine unabhängige Vorgangsweise gegenüber dem Staat anstreben und die Beibehaltung der CTV wünschen, während andere die Zusammenarbeit mit der Regierung zur Erlangung wichtiger Ziele akzeptieren.²⁴²

Die im Oktober 2001 stattfindenden Gewerkschaftswahlen sind von Unruhen, Vorwürfen des Wahlbetrugs und Unregelmäßigkeiten sowie einer hohen Wahlenthaltung von etwa 50% bis 70% gekennzeichnet. Drei Wochen nach den Wahlen wird Carlos Ortega als Präsident des Vorstandes mit 64,04% der Stimmen, bekannt gegeben.²⁴³ In diesem Zusammenhang muss angemerkt werden, dass es bis dahin üblich war die Führung der Gewerkschaften ohne

²⁴¹ Siehe Ebda., S.214 bis 216

²⁴² Siehe Ellner Steve, Tendencias recientes en el movimiento laboral venezolano, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, 2003/9, S.163 und 164

²⁴³ Siehe Ebda., S.169

Wahlen zu ernennen. In Versammlungen wurden die bereits bestehenden Gremien in ihrem Amt bestätigt.²⁴⁴

Carlos Ortega ist zu diesem Zeitpunkt bereits Präsident der Gewerkschaft der Erdölarbeiter *Fedepetrol* und repräsentiert damit die Arbeiterschaft, die sich durch jahrzehntelange Besserstellung innerhalb der Erdölwirtschaft zu einer breiten Mittelschicht entwickelt hat. Hier muss auch angemerkt werden, dass sich die Gewerkschaften in Venezuela zwar durch eine starke Institutionalisierung auszeichnen, es aber aufgrund der Rezession in den 1980er und 1990er Jahren zu einer starken Abwanderung von Mitgliedern, insbesondere der Arbeiterschaft, gekommen ist, da viele von ihnen nun im informellen Sektor tätig waren. Auch darf die Linie der CTV- Führung nicht mit der aller Gewerkschaftsmitglieder gleichgesetzt werden.

Ortega führt schließlich zwischen Mitte 2000 bis Ende 2003 gemeinsam mit dem Unternehmerverband FEDECAMARAS mehrere Streiks gegen die Regierung an, die sich grundsätzlich gegen Chávez' Politik im Allgemeinen richten und sich nur in seltenen Fällen auf gewerkschaftliche Probleme beschränken. Den größten Anlass für die Streiks geben die Ermächtigungsgesetze von 2001, wodurch sich interessanterweise sowohl die Unternehmer der FEDECAMARAS als auch die Gewerkschafter der CTV in ihren Rechten beschnitten sehen.

4.2.3. Die Unternehmer und die Führung der PdVSA

Die überraschende Zusammenarbeit zwischen der Gewerkschaftszentrale, den Unternehmern und den Managern der venezolanischen Erdölgesellschaft erscheint auf Anhieb kurios, bei näherer Betrachtung ist sie jedoch eine logische Konsequenz der Strukturen aus dem Punto Fijo- Abkommen. Im Grunde sind alle genannten Sektoren um die Aufrechterhaltung der früheren Systemstrukturen bemüht, von denen sie alle profitiert haben: Unternehmer können sich günstiger Steuerkonzessionen durch den Staat sicher sein, die Führung der PdVSA kann das Unternehmen nach ihrem Gutdünken verwalten und hat sich mit der sogenannten *Meritokratie* ein internes System aufgebaut, das auf dem Aufstieg

²⁴⁴ Siehe Lucena Héctor, *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*, in: *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*, De la Garza Toledo Enrique et al., Buenos Aires, 2005, S.73

innerhalb des Betriebes aufgrund von bestimmten Qualitätskriterien und Verdiensten basiert²⁴⁵, und die Arbeiterschaft aus dem Erdölsektor kann sich, im Gegensatz zu den Arbeitern aus anderen lateinamerikanischen Ländern, dank der Besserstellung der Erdölwirtschaft dem Mittelstand angehörig nennen. Seitens der Führung der CTV wird dieser Zusammenschluss mit den Unternehmern als ein demokratischer Pakt bezeichnet, der notwendig wird, da es zu einer Leere der politischen Parteien gekommen sei. Gleichzeitig wird die Allianz als nichtpolitisch bezeichnet, die nach einer Wirtschaft strebe, die Reichtum und solide Unternehmen erzeuge und damit verbunden genügend Arbeitsplätze schaffe.²⁴⁶

Die Gegenarbeit der sogenannten Zivilgesellschaft geht auf folgenden Ebenen über die Bühne:

- Mobilisierung der Gewerkschaften und Gremien
- Zusammenarbeit mit oppositionellen Medien
- Zusammenarbeit mit putschistischen Militärs
- Mobilisierung der Nachbarschaftsgruppen

Die venezolanische Kammer für Handel und Produktion (FEDECAMARAS) besteht aus 12 Verbänden, die sich in verschiedenen Sektoren wie Bank-, Transport- und Bauwesen aufteilen und repräsentiert vornehmlich die Großunternehmen des Landes, aber auch Mittel- und Kleinbetriebe. Der Konflikt auf Basis der von der Regierung der MVR beschlossenen Ermächtigungsgesetze kommt vor allem aus den Viehzüchter- und Agrarverbänden, die ihre Rechte beschnitten sehen, da von nun an von den Großgrundbesitzern, die mehr als 5000 Hektar ihr Eigen nennen, ein Eigentumsnachweis verlangt wird und es dem Staat erlaubt wird, brachliegendes Land zu enteignen, um es landlosen Bauern für die Bebauung zur Verfügung zu stellen. Die zweite große Front kommt aus den oberen Etagen des staatlichen Erdölunternehmens PdVSA, die ihre Machtstellung aufgrund der Einflussnahme von Chávez auf die Erdölpolitik des Landes bedroht sieht. Pedro Carmona, der Chef des Unternehmerverbandes, wird von Twickel wie folgt beschrieben:

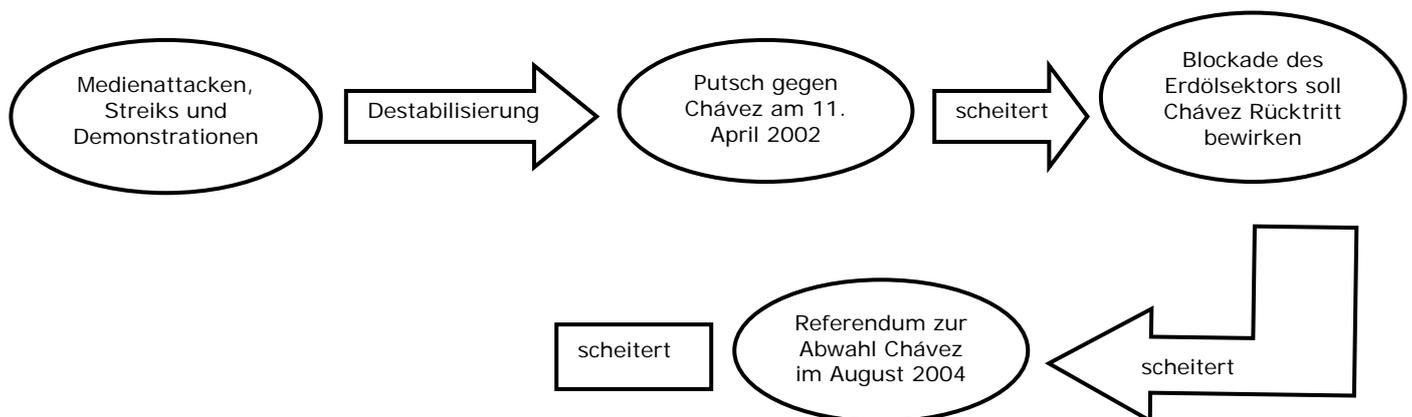
²⁴⁵ Siehe Melcher, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.149

²⁴⁶ Siehe Padilla Alfredo, Nuevo modelo: solidaridad productiva, in: Chávez y el movimiento sindical en Venezuela, Ferrero Mary, 2002, S.126 bis 128

„Carmona, ein erfahrener Wirtschaftslobbyist, ist erst vor kurzem an die Spitze des Verbandes aufgestiegen und es ist ihm gelungen, aus den Einzelverbänden eine geschlossene Front gegen die linkspopulistische Regierung zu formieren. In den letzten Wochen ist er als Vorkämpfer gegen die neuen Gesetze zum Helden der bürgerlichen Medien geworden.“²⁴⁷

Im Dezember 2001 kommt es zum Generalstreik, der den Anfang einer Reihe von Streiks und Massendemonstrationen bilden wird. In diesem Zusammenhang ist auffallend, dass trotz Chávez' geringer Einflussnahme auf die Privatwirtschaft des Landes die Gegenwehr der Unternehmer doch weitreichend ist. Auch die Mobilisierung und Einbindung der Nachbarschaftsgruppen aus den Mittel- und Oberschichtvierteln der Großstädte funktioniert sehr gut. Das Schlagen der leeren Töpfe durch die Frauen wird wie in Chile zum Symbol der Gegenwehr und der angeblichen Hungersnot der Bevölkerung.

Die nun wie folgt gezeigten Maßnahmen der Opposition gegen die Regierung Chávez und der Kampf gegen die MVR „mit allen Mitteln“, kann so dargestellt werden:



4.2.4. Die oppositionellen Medien in Venezuela

Auch wenn die heute in Opposition stehenden Medien ein anderes Bild vermitteln wollen, so sind vor dem Amtsantritt von Hugo Chávez in der Verfassung von 1961 einige Einschränkungen in Bezug auf die Pressefreiheit gegeben. Demgemäß wird im Artikel 66 der Verfassung das Recht auf freie Äußerung der Gedanken durch das geschriebene Wort verankert, gleichzeitig gibt es aber Aussagen, die ein Vergehen darstellen, wie beispielsweise die Verletzung der

²⁴⁷ Twickel, 2006, S.174

Moral oder Aufrufe zum Ungehorsam gegenüber den herrschenden Gesetzen. Aufgrund des Notstandrechts werden dem Präsidenten weitere Möglichkeiten zur Einschränkung der Pressefreiheit gegeben. Wilke fasst diese Situation wie folgt zusammen:

„Die venezolanische Verfassung garantiert somit Meinungs- und Pressefreiheit und verbittet die Vorzensur. Zugleich legt sie unter Hinweis auf die geltenden Gesetze die Grenzen dieser Freiheiten fest. (...) Trotz der verfassungsrechtlichen Garantie des Artikels 66, auf welche sich die Massenmedien in Venezuela berufen können und die ihnen im Prinzip auch einen im historischen Vergleich großen Spielraum verschafft, kommt es in dem Land immer wieder zu Verletzungen der Pressefreiheit. Dies gilt zumal für die krisenhaften Jahre seit der gescheiterten Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez.“²⁴⁸

Innerhalb der Printmedien erscheinen in der Hauptstadt Caracas mit 15 Tageszeitungen die meisten Zeitungen im Land. Die drittälteste Zeitung des Landes *El Universal* ist auch das dominierende Blatt. Etwas linker angesiedelt und auch sehr bekannt ist die 1943 gegründete Zeitung *El Nacional*. Die Zweitgenannte war für die Kritik an der zweiten Regierungszeit von Carlos Andrés Pérez maßgeblich beteiligt und hat gegenüber Chávez zunächst eine positive bis offene Haltung.²⁴⁹ Unter den Boulevardblättern hat *Últimas Noticias* die größte Auflagenstärke. Neben der großen Zahl an Zeitungen gibt es auch ein breites Spektrum von Zeitschriften, darunter Nachrichtenmagazine wie *Bohemia* und *Resumen*, Frauenzeitschriften wie *Vandidades* sowie Wirtschaftsmagazine wie *Exceso* oder *Dinero*. Zu den populären Zeitschriften zählen *Momento* und *Zeta* mit einer Auflage von etwa 50.000 bis 100.000 Stück.²⁵⁰ Wie in Chile gibt es auch in Venezuela eine starke Besitzkonzentration im Printmediensektor zu verzeichnen. Mit dem Verlag *Editorial Ambos Mundos C.A.*, zu dem auch *El Universal* gehört, ist die Familie Nuñez mit zwei weiteren Großaktionären vorherrschend. Die *Editora El Nacional* befindet sich im Besitz der Familie Otero, wobei es vor allem im Zeitschriftenbereich noch vier weitere Großverlage gibt, die sich durch komplizierte Besitzverhältnisse mit Hauptsitzen im Ausland ausweisen. Dazu zu zählen sind die Gruppe *De Armas* sowie die Gruppe *Capriles*.²⁵¹

Innerhalb des Hörfunks weist Caracas mit 24 Stationen die größte Konzentration an Radiosendern auf. Aber auch in anderen Bundesstaaten wie Zulia, Lara und

²⁴⁸ Wilke Jürgen, *Massenmedien in Lateinamerika*, Band 3, Frankfurt, 1996, S.254 und 255

²⁴⁹ Interview mit Patricia Kaiser, 12. Februar 2004

²⁵⁰ Siehe Wilke, 1993, S.263

²⁵¹ Siehe Ebda., S.263 und 264

Táchira ist die Zahl der Radiosender groß. Es gibt zwar viele Sender, ihre Reichweite ist jedoch eher schwach. Die meisten der Stationen senden im regionalen Bereich, lediglich drei Sender haben in den 1990er Jahren eine Reichweite von 50 bis 100 Kilowatt. Der Sektor ist vornehmlich in privater Hand und steht unter dem großen Einfluss von zwei Radioketten und acht Sendeverbänden, dazu gehören *Circuito Sistema Rumbos* und *Radio Cadena Celis*.²⁵²

Der Fernsehmarkt wird in Venezuela von zwei Gruppen beherrscht und bietet mit 11 Fernsehsendern in den 1990er Jahren im Vergleich zu den Printmedien eine geringere Auswahl, wobei die meisten davon, nämlich sechs im Gebiet von Caracas senden. Landesweite Ausstrahlungen liefern der staatliche Sender *Venezolana de Televisión VTV*, *Venevisión*, *Televen* und bis vor kurzem *Radio Caracas TV RCTV*. Dieser Sender erhält im Jahre 2007 keine Verlängerung seiner Lizenz für die terrestrische Übertragung seitens der Regierung von Hugo Chávez, wodurch sich die Beziehung zwischen der Regierung und den privaten Medien noch weiter verschlechtert, insbesondere da RCTV neben *Venevisión* die größten Reichweiten erzielt und bei den Venezolanern aufgrund der dort gesendeten Telenovelas sehr beliebt ist. Es existieren schließlich noch weitere Kanäle, die im regionalen Gebiet senden, wobei drei dieser Sender der katholischen Kirche gehören. Außerdem existieren noch private Sender wie *Globovisión*, die lediglich über Kabel bzw. Satellit zu empfangen sind. Die zwei dominanten Größen innerhalb des Fernsehens sind die Familie Cisneros und Bottome & Garnier. Ersterer gehören der Kanal *Venevisión* und *Globovisión* sowie mehrere Radiosender. Bottome & Garnier sind RCTV, mehrere Radiosender sowie Printmedien zuzurechnen. Diese beiden Gruppen sind aber nicht nur Besitzer der Medienunternehmen, sondern führen auch Marketing- und PR-Agenturen, die die Sender mit Werbeaufträgen füttern. Zur Cisneros Gruppe schreibt Wilke:

*„Insgesamt bestand die Gruppe in den 80 er Jahren aus 50 verschiedenen Unternehmen. 20 davon waren im Getränkehandel aktiv (29% des Kapitals), 16 im Immobiliengeschäft und anderen Kapitalanlagen (32%) und acht in Mediensektor (sie repräsentieren 10% des Kapitals).“*²⁵³

Aber nicht alle privaten Kanäle berichten einheitlich schlecht über die Regierung. So ist die Berichterstattung des Senders *Televen* weit gemäßigter im Vergleich zu

²⁵² Siehe Ebda., S.268 und 269

²⁵³ Siehe Ebda., S.277

den anderen genannten Kanälen. Das ist auf andere Besitzverhältnisse bei *Televen* und dem damit verbundenen Versuch einer von den anderen Sendern unabhängigen Linie in dieser Frage zurückzuführen. Hier wird deutlich, welche Auswirkungen die Besitzverhältnisse der Sender auf die innenpolitische Berichterstattung haben.²⁵⁴ Auf der anderen Seite versucht die MVR-Regierung im Juli 2005 mit dem Aufbau von eigenen Kanälen wie *Telesur* eine Alternative zu den privaten Fernsehkanälen aufzubauen. Dies trägt Chávez noch mehr den Ruf ein, die Medien steuern und übernehmen zu wollen.

Mit dem neuen im November 2004 verabschiedeten Radio- und Fernsehgesetz will die MVR-Regierung die Medien zur Aufrechterhaltung bestimmter Grundsätze wie Jugendschutz oder Respekt gegenüber dem Publikum zwingen. Im selben Kontext werden auch Werbeeinschaltungen für Nikotin und Alkohol verboten. Die oppositionellen Medien, aber auch Organisationen wie Human Rights Watch und die Interamerican Press Agency (IAPA), werfen der Regierung die Einschränkung der Pressefreiheit vor und sprechen von einem Maulkorberlass.²⁵⁵ Inwieweit nun diese Gesetze die bereits eingeschränkte Ausgangslage der Medien durch die Verfassung von 1961 verschlechtern, kann nicht deutlich gesagt werden. Die größte Einschränkung ist sicherlich auf dem Werbemarkt zu sehen, da diesbezüglich die Medien aufgrund der fehlenden Einnahmen aus dem Zigaretten- und Getränkemarkt Einbußen hinnehmen müssen. Die Politik der IAPA wurde bereits hinsichtlich der Mediensituation in Chile zwischen 1970 und 1973 behandelt, wobei die nach außen getragenen Interessen der Vereinigung in Bezug auf die Pressefreiheit von der Autorin in Frage gestellt werden, denn die IAPA wird vornehmlich von Unternehmern angeführt und vertritt eher ihre eigenen Interessen als die von Redakteuren oder Journalisten. So ist der Chef der IAPA Repräsentation in Venezuela, Andrés Mata, gleichzeitig der Verleger der Zeitung *El Universal*. Der Vizepräsident der IAPA und Chef der IAPA-Abteilung für Pressefreiheit und Information, Danilo Arbilla, sieht die Pressefreiheit in Venezuela aufgrund des neuen Gesetzes in Gefahr²⁵⁶. Zugleich war Arbilla

²⁵⁴ Interview mit Patricia Kaiser, 12. Februar 2004

²⁵⁵ Siehe Herrnböck Julia, Die Rolle der Medien in Demokratisierungsprozessen am Beispiel Venezuela, Wien, 2006, S.113

²⁵⁶ Siehe, Ebda., S.106

während der Zeit der Militärdiktatur in Uruguay zwischen 1973 und 1985 als Zensor und Presseleiter für die damalige Diktatur tätig.²⁵⁷

Zur eigentlichen Art der Berichterstattung, sei es in Print- als auch in elektronischen Medien, ist anzumerken, dass sich die Medien selbst als parteiisch-politisch bezeichnen, da sie die einzige Kraft seien, um Chávez Einhalt zu gebieten.²⁵⁸ Dabei merkt der Vertreter von Human Rights Watch in Venezuela, José Miguel Vivanco, in der Zeitung *El Nacional* an, dass die Medien nach venezolanischem Recht nicht die Pflicht hätten, unparteiisch zu sein. Weder Landes- noch internationales Recht zwingt sie dazu, in ihren Informationen, Analysen oder Meinungen ausgeglichen zu sein.²⁵⁹

Tatsache ist, dass die Qualität der journalistischen Arbeit im letzten Jahrzehnt stark nachgelassen hat. Es ist eine Dramatisierung der Berichterstattung zu beobachten, die zu einer inhaltlichen Leere der Nachrichten führt. Dieses Argument kann durch folgende Punkte konkretisiert werden:

- Die Nachricht wird immer einfacher
- Die Nachricht wird immer schneller
- Die Berichterstattung wird immer emotionaler
- Die Nachricht wird mit der eigener Meinung belegt
- Quellen werden nicht mehr überprüft
- Gerüchten wird immer mehr Raum gewährt
- Aussagen werden gehäuft in der Konditionalform wiedergegeben
- Fehlen von Genauigkeit bei der journalistischen Arbeit²⁶⁰

Als bestes Beispiel für fehlende Überprüfung von Quellen diene die Zeitung *El Nacional*, als sie im Dezember 2003 im Zuge des Erdölstreiks verkündete, dass ein Arbeiter der PdVSA in einer Raffinerie aufgrund eines Unfalles getötet worden sei. Dieser Bericht soll die Unfähigkeit der Regierung beweisen, die PdVSA führen zu können. Doch es stellte sich heraus, dass die Meldung absolut falsch war.

²⁵⁷ Siehe Lemoine Maurice, Coups d'états without borders, in: Coup against Chávez in Venezuela, Wilpert Gregory, Caracas, 2003, S.147

²⁵⁸ Siehe Zelik, 2004, S.59

²⁵⁹ Zitiert nach Britto García Luís, Venezuela, Caracas, 2003, S.64

²⁶⁰ Siehe Kaiser Patricia, Estrategias discursivas antichavistas, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003/3, S.244 bis 249

Chávez präsentierte den angeblich Toten in seiner Sendung *Aló Presidente* und die Zeitung musste eine Richtigstellung bringen.²⁶¹

Die von den oppositionellen Medien immer wieder aufgegriffen Themen sind die steigende Kriminalität, die „Militarisierung“ des Landes, die angeblich steigende Zahl der Auswanderungen sowie die Lebensmittelknappheit von bestimmten Gütern. So wird mit Kommentaren wie „Was wir benötigen ist eine fähige Staatsgewalt, die die Ausbildung und Befähigung unserer Polizei sichert und nicht, dass für die Alphabetisierung Kubaner ins Land geholt werden.“²⁶² eine Polarisierung des Landes erreicht. Auch werden gerne Zahlen der Chávez-Anhänger jenen der Chávez-Gegner gegenübergestellt, um so die eigene Stärke zu beweisen.²⁶³ Demgemäß steht die unterdrückte Zivilgesellschaft dem *Oficialismo* der Chavisten gegenüber. Und wer für Chávez ist oder ihm neutral gegenübersteht, kann kein Teil der zivilen Gesellschaft sein. Auch ist zu bemerken, dass Chávez-Anhänger, die nicht Regierungsmitarbeiter sind ebenfalls, als *oficialistas* abgestempelt werden.

Die Gefahr der Art der Berichterstattung der oppositionellen Medien besteht in der Kreation einer Parallelwelt, die nichts mit der gegebenen politischen und gesellschaftlichen Situation zu tun hat. Diese Kreation wird mit der Erstellung von Statistiken, Durchführung von Umfragen und Expertenmeinungen gestützt. Aus dieser Situation entsteht eine absolute Intoleranz gegenüber Außenstehenden, die sich nicht an dieser erschaffenen Welt beteiligen. Als Beispiel hierfür dient die Reaktion der Opposition zum Ergebnis des Abwahlreferendums gegen Chávez, als man von Wahlbetrug sprach und neben der staatlichen Wahlbehörde CNE auch die OAS, die internationalen Wahlbeobachter und das Carter-Zentrum attackierte.

4.2.5. Die Mitwirkung der USA an der Entwicklung in Venezuela

Bereits vor dem Amtsantritt von Hugo Chávez finanzieren die USA unterschiedliche Organisationen wie den gewerkschaftlichen Dachverband CTV.

²⁶¹ Siehe Ebda., S.246

²⁶² Protokoll Medienbeobachtung, Sender *Venevisión*, Sendung: „24 Horas“, 26. Jänner 2004, 9:40 Uhr

²⁶³ Siehe Anhang, S.177

Bemerkenswert ist jedoch, dass die Summe der Finanzierungen seit der Machtübernahme der MVR von Jahr zu Jahr zunimmt. Hauptsächlich werden die Organisationen der Zivilgesellschaft von der *National Endowment for Democracy* (NED) und *US Agency for International Development* (USAID) finanziell unterstützt. Diese Vereinigungen haben direkte Verbindungen zur CIA und dem State Department der Vereinigten Staaten.²⁶⁴ Die NED wird 1983 unter der Regierung von Präsident Ronald Reagan gegründet und sollte Maßnahmen und Aktionen ermöglichen, die nicht von offizieller Seite abgedeckt werden können. Hauptsächlich geht es um die finanzielle Unterstützung und den Aufbau von ausländischen politischen Parteien und Organisationen, die für die Demokratisierung ihrer Länder arbeiten.²⁶⁵

Bei der Arbeit der NED in Venezuela liegt aufgrund der Krise der politischen Parteien zunächst das Hauptaugenmerk auf dem Aufbau von neuen Parteien, die einen Gegenpart zur MVR bilden sollen. Hauptnutznießer dieser Vorgangsweise ist die Partei Gerechtigkeit Zuerst, die als regionale Partei von jungen Anwälten gegründet worden ist. Aber auch Parteien wie AD, COPEI, MAS oder Projekt Venezuela erhalten Gelder. Weitere Finanzierungen gehen vermehrt auch an den Unternehmerverband FEDECAMARAS, die Gewerkschaft CTV und NGOs wie *Fundación Momento de la Gente* oder *Asociación Civil Comprension de Venezuela*. Demnach steigt die Gesamtfinanzierung der NED von etwa 200.000 US-Dollar im Jahr 2000 auf ca. 2 Mio. US-Dollar im Jahr 2006. USAID zahlt 2006 sogar 7 Mio. US-Dollar an oppositionelle Vereinigungen und Organisationen in Venezuela.²⁶⁶

In diesem Zusammenhang sehen viele die Aussage von Hugo Chávez nach den Terroranschlägen von 09/11, als er meinte, die USA könne Terrorismus nicht mit Terrorismus bekämpfen, als den Auslöser für das verstärkte Einwirken der USA auf die venezolanische Opposition. Tatsache ist jedoch, dass die Vereinigten Staaten bereits vor dieser Aussage zunehmend beunruhigt über die Erdölpolitik der neuen venezolanischen Regierung sind.²⁶⁷ Es wird offensichtlich, welche große Macht Chávez mit dem Erdöl in Händen hält, und welche Auswirkungen seine Maßnahmen auf die US-amerikanische Wirtschaft haben können. Ein Zeichen der

²⁶⁴ Siehe Anhang, S.179

²⁶⁵ Siehe Corn David, *Our Gang in Venezuela?*, in: Wilpert, 2003, S.128

²⁶⁶ Siehe Golinger Eva, *The Chávez Code*, London, 2007, S.56

²⁶⁷ Siehe Twickel, 2006, S. 170 und 171

aggressiveren Haltung der USA ist die Bestellung von Charles Shapiro als neuen US-Botschafter in Venezuela im Februar 2002, der bereits in Chile während des Staatsstreiches als Militärbeauftragter tätig gewesen ist, und auch während der Mittelamerika-Krise in den 1980er Jahren in El Salvador Teil des US-amerikanischen Botschaftspersonals war.

Neben den Finanzierungen stehen Schulungen und Kurse auf dem Programm. Hierfür werden führende Mitglieder der genannten Organisationen in die Vereinigten Staaten geflogen, um dort insbesondere in strategischer Planung und Kommunikationsmanagement unterrichtet zu werden. Es kommt aber auch zu Treffen zwischen dem Chef von FEDECAMARAS Pedro Carmona, dem Präsidenten der CTV Carlos Ortega und anderen führenden Oppositionellen in Washington. Dies soll, unter US-amerikanischer Mithilfe, die politischen Differenzen zwischen den Parteien und Vereinigungen reduzieren, um sie auf das Ziel, nämlich den Sturz von Chávez, zu konzentrieren. Zu diesem Zusammenschluss kommt es erstmals im Generalstreik im Dezember 2001.²⁶⁸

Anscheinend werden Komitees, an denen Mitglieder der unterschiedlichsten oppositionellen Sektoren teilnehmen, von der NED mitorganisiert. So sind beispielsweise im „Konsensplan“ für 2002/2003 Vertreter der katholischen Kirche, der Medien, FEDECAMARAS, CTV und politische Parteien genannt, die zur Maßnahmengestaltung aufgrund der herrschenden Krise im Land zusammentreffen. Diese Maßnahmen sollen dann über die Medien an die Bevölkerung transportiert werden.²⁶⁹

Hinsichtlich der Medien gibt es laut den bisher von der US-amerikanischen Regierung freigegebenen Dokumenten keinen Hinweis auf Finanzierungen oder Schulungen. Wobei die privaten Medien in Venezuela bereits vor dem Amtsantritt von Chávez eine starke Dominanz in der Meinungsbildung haben. Auch sind Medienmogule wie Gustavo Cisneros ohne Probleme dazu bereit, ihre TV- und Radiosender sowie Zeitungen auf Anti-Chávez-Kurs zu bringen. Von dieser Ausgangslage her ist es für die USA kaum notwendig, Geld oder Arbeitszeit in die Medien zu investieren. Laut Golinger werden aber von USAID Werbespots zum

²⁶⁸ Siehe Golinger, 2007, S.49

²⁶⁹ Siehe Ebda., S. 161

Aufruf der Gegenwehr gegen Chávez finanziert.²⁷⁰ Diese Spots dauern zumeist etwa 15 bis 20 Minuten, werden ohne vorherige Ankündigung auf den oppositionellen Fernsehkanälen ausgestrahlt, wobei auch nicht erklärt wird, von welcher Vereinigung oder Partei der Spot stammt. Die Bilder zeigen zumeist lachende und strahlende Gesichter der oppositionellen Massendemonstranten und als Kontrast die brüllende, chaotische Menge der *Chavistas*. In der Off-Stimme sind Aussagen zu hören, warum man gegen Chávez ist und warum man zur nächsten Großkundgebung gehen sollte. Die Spots enden ohne Abspann, also ohne Verweis auf Ort, Datum oder Produktionsnamen und gehen unmittelbar in die nächste Sendung über.²⁷¹

Hinsichtlich des Mitwirkens der Vereinigten Staaten beim Putsch gegen Chávez im April 2002 gibt es Anzeichen dafür, dass diese bereits Monate vor dem Putsch über die Methodik des Staatsstreichs informiert waren. Folglich gibt es Dokumente aus dem State Departement, die Monate vor dem Staatsstreich von einem wachsendem Unmut gegen Chávez und einem bevorstehenden Putsch sprechen, aber auch davon, dass „die Verschwörer blutige Unruhen während Demonstrationen der Opposition dazu nutzen würden, um militärische Aktionen zu provozieren.“²⁷² Es gibt auch Zeugenberichte von einer militärischen Zusammenarbeit zwischen den Putschisten und Angehörigen der US-amerikanischen Streitkräfte, die aber von den USA bestritten werden.²⁷³

Die Verwicklung in den Putsch wird von den Vereinigten Staaten dementiert, sie beurteilen die Treffen zwischen oppositionellen Vertretern und US-amerikanischen Beamten vor und während dem Staatsstreich als harmlos und üblich. Wieso Militärangehörige in den venezolanischen Militärbasen gesichtet werden, wird seitens der Vereinigten Staaten nicht kommentiert. Angemerkt werden muss, dass trotz der zahlreichen Hinweise auf Verwicklungen der USA in den Putsch gegen Chávez, es keine Beweise gibt, die eine militärische Zusammenarbeit bestätigen. Die bisher von der US-Regierung freigegebenen Dokumente belegen jedoch sehr wohl eine Finanzierung und Schulung der Opposition und, dass die USA bereits Monate vor dem Aufstand über die Planung eines Staatsstreiches informiert waren.

²⁷⁰ Siehe Ebda., S.95

²⁷¹ Protokoll Medienbeobachtung, Sender *Globovisión*, Sendung: Werbespot, 23. Jänner 2004, 17:20 Uhr

²⁷² Siehe Golinger, 2007, S.65

²⁷³ Siehe Corn, in: Wilpert, 2003, S.134

4.3. Resümee

Von allen bisher verglichenen Faktoren finden sich beim Thema der Opposition die meisten Ähnlichkeiten und die geringsten Divergenzen. Wir haben auf beiden Seiten eine offensiv agierende Opposition, die aus einem Konglomerat von unterschiedlichsten Vereinigungen, Organisationen und Parteien besteht. In Chile entwickelt sich eine Gegenwehr mit stark operierenden politischen Parteien zu einer Opposition mit immer dominanter werdenden privaten Vereinigungen. In Venezuela haben diese, aufgrund der fehlenden Stärke der politischen Parteien, von Anfang an die Oberhand in der Führung der Opposition. Bemerkenswert ist, dass es beiden Bewegungen nicht gelingt, eine Persönlichkeit aufzubauen, die eine Alternative zum herrschenden Präsidenten darstellen kann. So agieren einige Persönlichkeiten innerhalb der oppositionellen Bewegungen und wetteifern um die Führung, aber es gelingt keiner dieser Persönlichkeiten, sich tatsächlich durchzusetzen.

Obwohl beiden Oppositionsbewegungen das Ziel einer Wiederkehr zum früheren Status quo nachgesagt wird, trifft dies insbesondere auf Venezuela nur teilweise zu. Es wird eher der Situation Venezuelas in den 1970er Jahren nachgetrauert, als der darauffolgenden Staatskrise von 1980 bis 1998. Dennoch ist zu beobachten, dass in beiden Ländern das Fehlen der früheren gesellschaftlichen Stellung und der damit verbundenen Machtlosigkeit gegenüber den unteren Bevölkerungsschichten seitens der Opposition als Gefahr und Bedrohung angesehen wird. Es kann außerdem festgestellt werden, dass insbesondere im Fall von Venezuela, diese Angst auch eine Rassenkomponente hat.

Hinsichtlich ihrer Mittel agieren beide oppositionellen Bewegungen ähnlich, lediglich die Abfolge der Einsetzung dieser Mittel ist unterschiedlich. Beide bauen auf die Mobilisierung der Bevölkerung durch die Medien, auf die Mitwirkung von Gewerkschaften und Unternehmern, auf das Miteinbeziehen von kleinen Vereinigungen wie beispielsweise Nachbarschaftsorganisationen sowie auf die Zusammenarbeit mit den Militärs. Sowohl in Chile als auch in Venezuela bilden Wirtschaftstreibende die stärkste Gegenwehr innerhalb der Opposition. Dieser Sektor sieht seine Interessen am stärksten gefährdet. Auch handeln beide

Bewegungen gleich, indem sie in ihrer Tätigkeit als Opposition auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten bauen. Dabei fördern die USA in beiden Staaten eine Zusammenarbeit der sehr unterschiedlichen Sektoren der jeweiligen Länder. Durch Schulungen und Treffen sollen dabei die Differenzen zwischen den Sektoren beseitigt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass die oppositionellen Vereinigungen das Einwirken der USA nicht als Einmischung in nationale Angelegenheiten sehen, sondern vielmehr als Unterstützung zur Erreichung ihrer Ziele.

In beiden Ländern geht die Opposition schnell von einer konstruktiven Politik als Gegenwehr zu den Reformbewegungen ab. Die Angriffe werden rasch aggressiver und fördern die weitere Polarisierung des Landes. Während sich in Chile dieser vehemente Widerstand aufgrund der Ablehnung und der Angst vor dem Marxismus entwickelt und kaum mit dem Anführer der Reformbewegung in Verbindung gebracht werden kann, steht die Gegenwehr in Venezuela in direktem Zusammenhang mit dem Anführer der bolivarianischen Revolution. Die populistische und kampfbetonte Art von Hugo Chávez wird als absolute Provokation empfunden, die im Grunde der Antrieb für den Widerstand ist. Sein Charakter, seine Vorgangsweisen, aber auch seine Maßnahmen dienen der Opposition dabei als Angriffsfläche. Ob nun die Konflikte innerhalb der venezolanischen Gesellschaft geringer wären, wenn Chávez eine moderatere Persönlichkeit hätte, ist schwer zu beantworten. Das Wechselspiel zwischen den beiden Sektoren ist derart fest verankert, dass eine dahingehende Beurteilung nicht möglich erscheint.

Die genannte Polarisierung wird in Chile und Venezuela vor allem von den Medien vorangetrieben. Die privaten Medieninhaber haben genügend finanzielle Mittel, um ihre Ideen einer oppositionellen Arbeit zu realisieren. Aber auch in diesem Bereich kommt es in beiden Ländern zu einer finanziellen Hilfe durch die Vereinigten Staaten. Durch diese Art der Medienarbeit kommt es teilweise zu einem Glaubwürdigkeitsverlust in Bezug auf die Nachrichtenvermittlung. Die Qualität der Medienarbeit leidet, und im Fall von Venezuela besteht keine Aussicht auf eine verbesserte Arbeitssituation für die Redakteure und Journalisten. Sowohl in Chile als auch in Venezuela sehen sich Mitglieder des Mediensektors, egal ob Regierungsbefürworter oder –gegner, Angriffen und

Drohungen ausgesetzt. Diese Situation hängt zum Einem von der Art der Berichterstattung ab, zum Anderen von der starken Polarisierung in den jeweiligen Ländern.

V. DAS MILITÄR

In diesem Kapitel soll der Faktor der Streitkräfte in den beiden Ländern analysiert und verglichen werden. Dabei folgen eine historische Darstellung sowie eine Strukturanalyse und ihre jeweilige Beziehung zu den Reformbewegungen und der Opposition.

5.1. Das „neutrale“ Militär in Chile

Auf Chile wird immer wieder das Bild der neutralen und professionellen Streitkräfte angewandt. Sicherlich gab es in Chile bis 1973 im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern zahlenmäßig weniger militärische Eingriffe. Macht das die chilenischen Streitkräfte automatisch neutral? Diese Einschätzung der Streitkräfte entsteht oftmals durch eine Verwechslung von Neutralität mit latenter Einmischung. Diese Verwechslung beruht nach Meinung der Autorin auf der hohen Professionalität des chilenischen Militärs, die bei manchen den Eindruck einer apolitischen Haltung erweckt, die aber im Grunde so niemals vorhanden war.

Militärische Erhebungen bis 1973²⁷⁴:

Mitglieder	Datum	Dauer	Mitglieder	Datum	Dauer
Mateo de Toro y Zambrano	18.09.1810	286Tage	J.M. Carrera, Uribe, M. Urzúa	23.07.1814	70T
Calvo Encalada, Aldunate y Solar	10.08.1811	24T	F.A. Pérez, Cruz, J.M. Astorga	06.09.1817	100T
Rosales, M. de Rozas, Calvo E. Mackenna y Gaspar Marín	04.09.1811	70T	Eyzaguirre, Errázuriz, Infante	28.01.1823	66T
M. de Rozas, J.M. Carrera, G. Marín	16.11.1811	30T	Ovalle, Errazuriz, Guzmán	24.12.1829	53T
J.M. Carrera, Aldunate, Cerda	16.12.1811	106T	Jorge Montt (Presidente)	13.04.1891	253T
J.M. Carrera, Portales, Prado Jaraquemada	02.04.1812	180T	Altamirano, Nef, Bennet	11.09.1924	132T
Prado, Portales, Ignacio de la Cañera	02.10.1812	25T	P. P. Dartnell, E. Ortiz Vega	23.01.1925	4T
Prado, Portales, J.M. Carrera	27.10.1812	154T	Emilio Bello Codesido (Presidente)	27.01.1925	63T
J.J. Carrera, F.A. Pérez, J.M. Infante	10.04.1813	3T	Arturo Puga	04.06.1932	13T
Pérez, Infante, Eyzaguirre	13.04.1813	146T	Carlos G. Dávila	17.06.1932	12T
Infante, Eyzaguirre, Cienfuegos	09.10.1813	150T	Augusto Pinochet, Gustavo Leigh, José Toribio Merino y César Mendoza	11.09.1973	

²⁷⁴ Siehe *Vea*, 28. September 1973, N° 1785, S.23

5.1.1. Die Entwicklung des chilenischen Militärs bis zum Kalten Krieg

Während der Unabhängigkeitskriege gegen die spanische Kolonialherrschaft kommt es zur Konstituierung der Streitkräfte Chiles. *Die Streitkräfte entstanden mit dem Staat, so wie der Staat mit den Streitkräften.*²⁷⁵ Die ersten politischen Anführer der erst neu gegründeten Republik sind Militärs. Dazu gehört auch das erste Staatsoberhaupt Bernardo O´Higgins. In diesem Zusammenhang schreibt Mires:

*„Der chilenische Staat wurde unter O´Higgins als Militärstaat gegründet, der gegenüber den unmittelbaren Interessen der wirtschaftlich herrschenden Gruppen eine relative Autonomie besaß. Diese Autonomie wurde noch verstärkt durch die Errichtung einer politisch-militärischen Ordnung und die Einführung der Kriegswirtschaft (...).“*²⁷⁶

Den darauf folgenden Konflikt zwischen O´Higgins und der wirtschaftlichen Oberschicht des Landes kann man als ersten Konflikt zwischen dem Liberalismus und dem Konservatismus Chiles betrachten. Insbesondere wenn man berücksichtigt, dass O´Higgins wirtschaftliche und soziale Reformen einführt, der Kirche Privilegien entzieht, den Adelstitel aufhebt wobei es zu Versuchen einer – zumindest schwachen – Demokratisierung aufgrund von Verfassungsentwürfen kommt.²⁷⁷

Die zivile Macht der Großgrundbesitzer und Wirtschaftsoligarchen kann sich durchsetzen, und die Streitkräfte werden erneuert. Sie befolgen zu dieser Zeit die Interessen der herrschenden Klassen, im Gegenzug erhalten Militärangehörige repräsentative Stellungen. Mit der Vertreibung der Ureinwohner Chiles, der Mapuche, aus dem Gebiet der Araukanie kommt es um 1885 zur endgültigen Annektierung dieses Gebietes durch Chile. Als Gegenleistung für ihren siegreichen Einsatz erhalten die Militärs Grundstücke von den Großgrundbesitzern und weitere finanzielle Förderungen.

Die eigentliche Aufgabe der Militärs besteht zur damaligen Zeit in der Verteidigung der nationalen Grenzen. Es geht um die Bewahrung und Erweiterung der Grenzen der jungen Republik gegen Perú, Bolivien und

²⁷⁵ Mires, 1975, S.26

²⁷⁶ Ebda., S.28

²⁷⁷ Ebda., S.28

Argentinien. Im Salpeterkrieg gelingt es den chilenischen Streitkräften, ihre Dominanz zu demonstrieren. In diesem Krieg tritt insbesondere die Marine in Erscheinung, die auf dem Seeweg im Kampf gegen Perú neue Territorien erobert. Auf diese Weise wird in der Seeschlacht von Iquique unter der Führung von Fregattenkapitän Arturo Pratt die militärische Führerschaft in der Region markiert. Diese Dominanz ist nicht nur allein durch die Mannstärke von 13.000 Soldaten für das Heer zu erklären, sondern auch durch die verstärkte ausländische Finanzierung der chilenischen Truppen.²⁷⁸

Es kommt zu einer militärischen und technischen Erneuerung der Streitkräfte. Das Heer ist streng preußisch orientiert. Die Ausbildung der Offiziere erfolgt nach deutschem Prinzip, und das chilenische Heer erhält mit Emil Körner sogar einen Deutschen an seiner Spitze.²⁷⁹ So wird neben der unter britischen Einfluss stehenden Marine eine andere ausländische Macht innerhalb der chilenischen Streitkräfte sichtbar.

Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt, kommt es unter der Regierung von Balmaceda 1891 zum ersten Aufstand der Streitkräfte gegen ein gewähltes Staatsoberhaupt und damit einem Zuwiderhandeln gegen die herrschende Verfassung. Balmaceda strebt nach einer gewissen Unabhängigkeit vom Ausland, abgelehnt wird dies vom Unternehmertum aus dem Bankwesen sowie Industrie- und Bergbausektor. In diesem Zusammenhang stellt Rivas fest:

*„Mit anderen Worten können die militärischen Interventionen in diesem Zusammenhang nur als aufeinander folgende politische Krisen der Bourgeoisie erklärt werden. Es ist gewiss, dass die Geschichte der herrschenden Klasse in Chile von solchen Krisen gekennzeichnet ist. Zwischen langen Perioden relativer Stabilität traten kurze Phasen gewaltsamer Wechsel auf. Die politischen Krisen in Chile sind ausdrücklich von der Ablösung einer veralteten Form politischer Herrschaft bestimmt – eine Form, die nicht mehr den ökonomischen Gegebenheiten entspricht – durch eine politische Struktur, die der neuen Realität besser angepasst ist.“*²⁸⁰

Durch die Niederlage Balmacedas kommt es zur Etablierung des britischen Kapitals in Chile, das bis zur nächsten Krise der Klassen und dem damit verbundenen Wechsel vom britischen zum US-amerikanischen Kapital in den 1920er und 1930er Jahren dominierend bleiben wird.

²⁷⁸ Siehe Janssen Ewald, Ursachen und Folgen des Salpeterkrieges unter besonderer Berücksichtigung der britischen Interessen, Frankfurt, 1984, S. 108 und 109

²⁷⁹ Siehe Rivas Sánchez Fernando, Die Streitkräfte Chiles, Wien, 1977, S.193

²⁸⁰ Rivas, 1977, S.189

Am Ende des 19. Jahrhunderts beginnt sich eine starke Mittelklasse zu bilden, die ihren Anteil an der politischen Macht verlangt. Dieser Prozess wird durch eine Urbanisierung, die das Machtzentrum vom Land in die Stadt verlagert, ausgelöst. Auch bei den Streitkräften kommt es zu Veränderungen, denn durch die endgültige Trennung zwischen militärischer und ziviler Macht verschwindet auch das Monopol, das bis dahin die Familien der Oligarchie über die Offiziersplätze innehatten. Die Armee wird somit ein bedeutendes Instrument des sozialen Aufstiegs für Personen aus anderen Schichten.

Während der 1920er und 1930er Jahre kommt es dann, wie bereits erwähnt, zu verschiedenen Regierungsumstürzen, die von den Militärs getragen werden. Durch General Ibañez entsteht ab 1927 eine diktatorische Regierung. Während seiner Amtszeit wird die Luftwaffe geschaffen, um zwischen Armee und Marine ein Gleichgewicht zu bewirken. Außerdem erfolgt die gesetzliche Verankerung der berittenen Polizei, der *Carabineros*. Diese gehören aber offiziell nicht zu den Streitkräften, sondern sind dem Innenministerium unterstellt. Zum Wechsel der gesellschaftlichen Modelle schreibt Rivas:

„Die entsprechende politische Krise zu diesem Wechsel – tritt – was die militärische Beteiligung angeht – in zwei Etappen auf: die Krise von 1924 bis 1925 kündigt nur das Ende des „alten Modells“ an. Die Ausrichtungen für das „neue Modell“ werden in erster Linie durch die Weltwirtschaftskrise bestimmt und übertragen sich in der Krise von 1932 bis 1933 auf die politische Ebene.“²⁸¹

Während der Nachkriegszeit erfährt das chilenische Militär eine Änderung ihrer ausbildnerischen Struktur. Der Einfluss der Vereinigten Staaten und die damit verbundene Übertragung der Doktrin der Nationalen Sicherheit nehmen überhand. In diesem Zusammenhang schreibt Espinoza:

„Das Interesse der US-Militärbeziehungen zu Lateinamerika wird sich in den folgenden Jahren auf die inneren Entwicklungen der lateinamerikanischen Länder konzentrieren, wobei es in erster Linie darum geht, diejenigen potentiellen innergesellschaftlichen Faktoren zu isolieren bzw. zu bekämpfen, die ein zweites Kuba verursachen könnten. (...) Die Ausrüstung, die infolge der neuen Konzeption von den USA an die lateinamerikanischen Streitkräfte geliefert wurde, war besonders für die Guerillabekämpfung geeignet. Es handelte sich in erster Linie um leichte Ausrüstung, wie z.B. Maschinengewehre, Hubschrauber, Truppentransporter, Artillerie mittlerer Reichweite usw.“²⁸²

²⁸¹ Ebda., S.203

²⁸² Espinoza Fernando, Gesellschaftliche Krise, Münster, 1983, S.292 und 293

Unter dem reformistischen Präsidenten Frei werden eine Spezialeinheit der *Carabineros*, die „*Grupo Movil*“, zur Niederschlagung von Demonstrationen, Streiks und Landbesetzungen geschaffen.²⁸³ Im Jahre 1967 bestehen die *Carabineros* aus 24.000 Mann.

Durch die Ankündigung einer Beschränkung der Militärausgaben, um die Belastungen des Staatshaushaltes zu verringern, kommt es während der christdemokratischen Regierung Frei zu Unruhen unter den Militärs. Dies führt zu einem Putschversuch im Jahre 1969, durch die Aufstand des „*Tacna*“-Regiments unter die Führung von General Viaux. Die Gefahr ist zwar bald gebannt, aber dieser Putschversuch kann als Vorbote des Staatsstreiches vom 11. September 1973 bezeichnet werden.

5.1.2. Die Doktrin der Nationalen Sicherheit und ihre Auswirkung auf das Militär in Chile

Bei den mehrmaligen militärischen Eingriffen in die chilenische Politik ist es verwunderlich, dass sowohl die internationale Staatengemeinschaft, als auch die Regierung Allende von einem neutralen und apolitischen Militär ausgehen. Denn die bereits erwähnten Ereignisse zeigen, dass die Streitkräfte zumeist als Systemerhalter und Unterdrücker reformistischer Kräfte fungieren.

Die Wurzeln der Doktrin der Nationalen Sicherheit sind in der Etablierung der Geopolitik in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges zu finden. Hauptvertreter der sogenannten politischen Geographie sind Rudolf Kjellén und der deutsche Offizier Karl Haushofer. Kjellén ist durch seine Theorien über die Wechselwirkung von geographischen und politischen Gegebenheiten bekannt geworden und lehrte an den Universitäten von Göteborg und Upsala. Beide prägten die geopolitischen Lehren dieser Zeit, wobei sie von einer Abhängigkeit der politischen Geschehnisse von den natürlichen geographischen Gegebenheiten ausgingen.²⁸⁴ Gemeinsam mit der Doktrin der Nationalen Sicherheit erhält die Geopolitik eine zunehmende Bedeutung in Lateinamerika, insbesondere in Chile, Argentinien und Brasilien. Im Unterschied zur deutschen geopolitischen Schule

²⁸³Hareide Dag, *Chile - Ein Lehrstück für Westeuropa?*, Berlin, 1975, S.149

²⁸⁴ Siehe Espinoza, 1983, S.278

weist die Geopolitik in Lateinamerika eine Komponente zur Erweiterung des Lebensraumes durch unerschlossene Gebiete im eigenen Territorium auf. Dazu Werz:

„Nachdem durch eine bessere Nutzung brachliegender Regionen und eine Industrialisierung das Land erschlossen worden sei, könne ein Entwicklungsprozess eingeleitet werden, der wiederum Voraussetzung für ein höheres Ausmaß an nationaler Sicherheit bilden soll.“²⁸⁵

Als Mittelpunkt der Doktrin der Nationalen Sicherheit steht die Nation als Gebilde von Menschen und Gruppen, die bestimmte Gemeinsamkeiten wie beispielsweise Tradition, Religion oder Rasse aufweisen. Der einheitliche Charakter dieser Gruppen, das Streben nach einem gemeinsamen Ziel („*American Way of Life*“) ist der Wesenszug dieser Nation. Der Staat ist dabei der organisatorische Ausdruck der Nation, mit der er untrennbar verbunden ist.²⁸⁶ Im engeren Sinn bezieht sich diese Doktrin auf die innere Ordnung der USA, im weiteren Sinn auf die Erlangung und Ausweitung dieser inneren Stabilität auf alle Länder, die von den USA als wichtig für ihre Hegemonialpolitik angesehen werden.²⁸⁷ In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und den Jahren des Kalten Krieges wird der internationale Kommunismus als Hauptbedrohung dieser inneren Stabilität angesehen. In weiterer Folge kann gesagt werden, dass jemand, der von diesen Ansichten abweicht und die innere Sicherheit der Nation bedroht, sei es ein einzelner Mensch, eine Gruppe oder eine Regierung, als Gegner der Nation angesehen werden muss. Bei der Verteidigung dieser nationalen Sicherheit bilden die Streitkräfte eine wesentliche Rolle.

Logische Schlussfolgerung dieser Doktrin ist, dass zivile Regierungen, die nicht fähig sind diese Bedrohung zu stoppen oder gar selbst die innere Sicherheit zerstören, zu bekämpfen sind. Letztendlich kann diese Aufgabe nur von den Streitkräften gelöst werden und deshalb muss man „bei Gefahr“ die Zivilregierungen ersetzen. Dazu schreibt Espinoza:

„Die Basis für die Legitimation des Staates wird primär von einem Wertsystem gegeben. Dadurch werden automatisch sogar grundsätzliche Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, wie etwa das Prinzip der Volkssouveränität, relativiert und die Möglichkeit der totalen Autonomie des Staates gegenüber des Volkswillens offen gelassen.“²⁸⁸

²⁸⁵ Werz Nikolaus, Die ideologischen Wurzeln der „Doktrin der nationalen Sicherheit“ in Lateinamerika, in: Staatliche und parastaatliche Gewalt, Waldmann Peter, Frankfurt, 1991, S.165

²⁸⁶ Siehe Espinoza, 1983, S.302

²⁸⁷ Siehe Ebda., S.306 und 307

²⁸⁸Ebda., S. 306

Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnen sich so gut wie alle lateinamerikanischen Länder außenpolitisch an die Vereinigten Staaten an und teilen damit die Definitionen der USA über die politische Weltlage und über die Bekämpfung des Kommunismus. So unterzeichnet Chile 1947 den Interamerikanischen Vertrag für gegenseitige Hilfe und 1948 die Charta der OAS. Zu dieser Linie gehört nicht nur die ideologische Anpassung der chilenischen Außenpolitik an die USA, sondern auch die „Unterstützung“ der chilenischen Streitkräfte durch Waffenlieferungen, Militärhilfeprogrammen und militärische Ausbildung. Die Ausbildung von Offizieren in allen Gattungen der Streitkräfte, aber auch der Polizei gehört zu den wichtigsten Merkmalen der Indoktrinierung der nationalen Sicherheit. Demnach werden zwischen 1950 und 1975 6.328 chilenische Offiziere der Streitkräfte sowie 71.652 Offiziere und Unteroffiziere der chilenischen Polizei in durch die USA geleiteten Ausbildungslagern in der Panamazone, Brasilien und den Vereinigten Staaten ausgebildet.²⁸⁹ Auch erscheint es interessant, dass die chilenische Polizei von den USA als militärische Einheit zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung eingestuft wird, die in speziellen Programmen in der Unterdrückung von Massendemonstrationen und Streiks im städtischen Bereich unterwiesen wird.²⁹⁰ In dieses Bild passt auch die bereits erwähnte Gründung der mobilen Einheit der chilenischen Polizei, die *Grupo Movil*, unter Frei.

5.1.3. Das Militär unter Allende

Alle politischen Institutionen des Landes akzeptieren dieses Leitbild der chilenischen Streitkräfte. Die chilenischen Streitkräfte haben ein stetig wachsendes Budget, es finden in regelmäßigen Abständen Fortbildungen für Offiziere im Ausland statt und sie haben die Möglichkeit, in dem seit 1958 eingerichteten nationalen Rat für Sicherheit Einfluss auf die chilenische Politik zu nehmen. Durch diese Gegebenheiten ist ein direktes Eingreifen der Militärs gegen eine herrschende Regierung gar nicht notwendig.

Zu Beginn der UP-Regierung umfassen die Streitkräfte in den drei Waffengattungen etwa 60.000 Mann. Zwischen den Jahren 1960 bis 1965 beträgt das Budget für die Militärs 10,7% der Staatsausgaben.²⁹¹

²⁸⁹ Siehe Ebda., S. 295

²⁹⁰ Siehe Ebda., S.316 und 317

²⁹¹ Siehe Nohlen, 1973, S.281

Militärausgaben zwischen 1963 und 1973

1963 – 1965	92,07 Mio. USD
1966 – 1968	114,76 Mio. USD
1969	124,76 Mio. USD
1970	145,11 Mio. USD
1971	173,83 Mio. USD
1972	138,95 Mio. USD
1973	245,33 Mio. USD

Quelle: Falcoff Mark: Modern Chile 1970 - 1989, New Jersey, 1989, S.271²⁹²

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, kommt es nach der Machtübernahme der *Unidad Popular* zu keinerlei Beschränkungen gegenüber dem Militär. Sicherlich spielen hier die Erfahrungen aus dem Aufstand des Tacna-Regiments unter General Roberto Viaux im Jahre 1966 eine nicht unwesentliche Rolle. Oberflächlich betrachtet diente die Erhebung einem rein finanziellen Aspekt, da sie ihr Hauptaugenmerk auf die Erhöhung der Militärausgaben und die damit verbundene höhere Besoldung der Offiziere legte. Gleichzeitig kritisierten die Aufständischen aber auch die „Unfähigkeit der Kommandostellen“ und bewirkten tatsächlich den Rücktritt fast aller leitenden Kommandostellen.²⁹³ Im Rahmen der gesellschaftlichen Umbrüche, die zu dieser Zeit in Chile stattfinden, kann der Putschversuch als Ausdruck der sozialen Unzufriedenheit der Militärs interpretiert werden. Und fortan sind die Streitkräfte als innenpolitischer Faktor zu bewerten.

Aus diesem Grund kann man sagen, dass Allende an der Einbindung der verfassungstreuen Militärs in die Regierungsarbeit interessiert ist. So werden Militärs für die von Allende versprochene Gratismilchverteilung an Schulen eingesetzt. Diese Einbindung zeigt sich aber insbesondere im Oktober 1972, als einige Ministerstellen mit Militärs besetzt werden. Allende respektiert die existierende personelle Besetzung der Kommandoführung und behält die Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten weiterhin bei.²⁹⁴ Dennoch sehen sich die Militärs unter der UP-Regierung Kritiken ausgesetzt, hier ist insbesondere die Person von General Carlos Prats, Oberbefehlshaber der chilenischen Streitkräfte,

²⁹² Espinoza spricht in diesem Zusammenhang von einem höheren Budget, siehe mehr dazu S.345 und 346

²⁹³ Siehe Espinoza, 1983, S.354 bis 356

²⁹⁴ Siehe Nohlen, 1973, S. 282

zu nennen. Als Nachfolger des ermordeten General Leigh versucht er, jene Sektoren innerhalb der Streitkräfte zu isolieren, die für ein gewaltsames Vorgehen gegen die Regierung eintreten. Zur Rolle der Streitkräfte meint Prats:

„Für die Streitkräfte sind die Menschen vergänglich, wichtig ist das unbefleckte Überleben der Institutionen, die das Bollwerk für die Souveränität und die bleibenden Interessen der Nation sind. Nur zu diesem Zweck übergeben der Staat und das Volk den staatlichen Ordnungskräften Waffen. Deshalb ist es nicht erlaubt, die militärische Macht dafür zu gebrauchen, die Integrität der nationalen Gemeinschaft und das System ihres demokratischen Zusammenlebens zu zerstören.“²⁹⁵

Die Angriffe der Opposition gegen Prats sind hart und immer wieder wird ihm unterstellt, zu beschwichtigend zu sein und eine parteiische Haltung zu haben.²⁹⁶ Diese Ansicht wird auch von Teilen der Militärs selbst vertreten. Der Hass, der gegen diesen „weichen“ Militär schlägt, ist derart groß, dass Carlos Prats nach dem gelungenen Staatsstreich im Jahre 1974 in Argentinien von Mitarbeitern der chilenischen Geheimpolizei DINA getötet wird.

Im Juni 1973 kommt es zu einem Putschversuch gegen die Regierung der *Unidad Popular*. Ein Panzerregiment unter Oberstleutnant Roberto Souper, der Mitglied von *Patria y Libertad* ist, will die Absetzung Salvador Allendes mit Gewalt erzwingen und nimmt den Präsidentenpalast unter Beschuss. Das oberste Kommando der Streitkräfte stellt sich aber gegen die Putschisten. Es gibt 22 Tote, 32 Verletzte und 50 verhaftete Personen.²⁹⁷ Aus diesem Putschversuch können die zum Staatsstreich bereiten Militärs folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

- Die Generäle in den Provinzen agieren nicht automatisch gegen den Putsch, sondern warten den Befehl der Oberkommandierenden ab.
- Teile der Offiziere sind bereit, Befehlen auch von nichtmilitärischen Gruppen anzunehmen.
- Die Christdemokraten kritisieren den Putschversuch nicht.
- Es gibt eine zögerliche, desorganisierte Reaktion der Arbeiter.²⁹⁸

Im August 1973 tritt Carlos Prats aufgrund eines Skandals²⁹⁹ von seinem Amt als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurück. Mit ihm treten zwei weitere Generäle

²⁹⁵ Zitiert nach Mires, 1975, S.110

²⁹⁶ Siehe Puelma, 1975, S.86

²⁹⁷ Siehe Mires, 1975, S.126

²⁹⁸ Siehe Ebda., S.126 und 127

²⁹⁹ Er schießt auf einer Straße nach einer Provokation mit seiner Pistole in die Luft.

ab. General Augusto Pinochet Ugarte wird nach Empfehlung Prats der neue Oberbefehlshaber. Ab diesem Moment ist der Weg frei für die illegale und gewaltsame Absetzung der Allende-Regierung, und sie wird als eine institutionelle Erhebung vor sich gehen, die perfekt durchgeführt wird und an der sich so gut wie alle Teile der Streitkräfte beteiligen.

5.2. Die Streitkräfte Venezuelas

Die Ursprungsgeschichte des venezolanischen Staates ist von langen kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt, die große Auswirkungen auf die späteren Streitkräfte des Landes haben. Sowohl die Anfänge der Republik als auch die spätere Demokratie sind mit militärischen Strukturen durchsetzt, die dem zivilen Staat als Institution misstrauen. Obwohl durch den Pakt von Punto Fijo die Aufstände und Putsche durch die Militärs ab 1961 minimiert werden, sind die Streitkräfte keineswegs als neutral anzusehen. Durch die Einbindung in den politischen Alltag durch die Regierung Hugo Chávez wird ihre Rolle umso auffälliger.

5.2.1. Von *Caudillos* und Militärdiktatoren

Ähnlich wie bei der Konsolidierung des Staates kommt es auch zu einer späten Konsolidierung der venezolanischen Streitkräfte. Bereits in ihren Anfängen ist die Republik Venezuela von *Caudillos* und militärischen Auseinandersetzungen geprägt. Noch mehr Dominanz und Bedeutung erhalten sie dadurch, dass es keine Streitkraft auf nationaler Ebene gibt, die ihnen entgegenwirken könnte, denn die sogenannte nationale Armee muss in schlecht geführten Kasernen hausen, ist schlecht ausgerüstet und schlecht bezahlt. Die eigentliche militärische Macht im Land bilden die privaten Armeen, die unter der Führung von lokalen *Caudillos* stehen. Nach Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen kehren die Mitglieder dieser privaten Armeen zu den *Haciendas* auf dem Land zurück, wo sie als Landarbeiter und Tagelöhner leben.³⁰⁰

³⁰⁰ Siehe Velásquez Ramón, zitiert nach Straka Tomás, *Guiados por Bolívar*, in: *Militares y poder en Venezuela*, Irwin Domingo und Langue Fédérique, Caracas, 2005, S.103 und 104

Im Jahre 1900 beginnen die ersten Versuche des Staates, tatsächlich eine nationale Streitmacht zu errichten. Das Militärgesetz wird reformiert, Ausbildung und Einquartierung der Soldaten werden verbessert und auch die Ausstattung des Waffenarsenals wird erweitert. Die Befehlskette wird verstärkt hierarchisiert, sodass die Bataillone ausschließlich der Zentralmacht dienen sollen, während die Leiter der Bundesstaaten lediglich die nationale Miliz regieren.³⁰¹ Schließlich gelingt es Juan Vicente Gómez als Anführer des nationalen Heeres die regional herrschenden *Caudillos* in den sogenannten Befreiungskriegen von 1901 bis 1903 zu besiegen und das Land zu befrieden. Dazu schreibt Irwing:

*„Es war ein gewalttätiger Prozess, in dem der Friede für viele politische Gegner des militärischen Sektors und daher der Regierung die Unendlichkeit des Friedhofes, des Gefängnisses oder des Exils bedeutete.“*³⁰²

Mit der Etablierung von Juan Vicente Gómez als Diktator des Landes im Jahre 1908 kommt es zu einer stärkeren Institutionalisierung ausländischer Strukturen innerhalb des venezolanischen Militärs. In den unterschiedlichsten Militärakademien soll auf Basis des preußischen Modells eine Modernisierung des Militärs erfolgen. Diese Modernisierung, die von den urbanen Eliten mitgetragen wird, kann als Integrationsform des ruralen Venezuela angesehen werden. Die Herrschaft der im ländlichen Gebiet agierenden *Caudillos* soll durchbrochen werden, indem man ausländische Modelle für das Heerwesen heranzieht. Die potenten Streitkräfte von Chile oder Mexiko dienen als Beispiel für die erfolgreiche Indoktrinierung von europäischen Strukturen innerhalb der lateinamerikanischen Streitmächte. Zunächst sind es die französischen und preußischen Modelle, danach werden die US-amerikanischen Doktrinen dominierend.³⁰³ Zum Spannungsfeld zwischen *Caudillos* und modernem Heer in Mexiko schreibt Lozoya:

*„Die Kadetten der Militärschulen glänzten in ihren neuen Uniformen und die besten von ihnen reisten nach Europa um die berühmten Militärakademien kennenzulernen. (...) Nichtsdestotrotz verschwanden weder die Korruption noch die schlechte Behandlung des Heeres. Die brutale Art der Einberufung, die Unterdrückung der Landarbeiter und die Grausamkeiten der ländlichen Armeen, waren Mittel, die nicht zu einem modernen Heer passten.“*³⁰⁴

Nach dem Tod von Gómez kommt es zu Versuchen der demokratischen Etablierung des Landes, wobei das venezolanische Militär aber immer wieder

³⁰¹ Siehe Ebda., S.105

³⁰² Irwing Domingo, Sencillamente complicado, in: Irwing und Langue, 2005, S.313

³⁰³ Siehe Ebda-, S.110

³⁰⁴ Lozoya Jorge Alberto, zitiert nach Ebda., S.110

mit Aufständen putscht. So geht eine Etappe der offensichtlichen militärischen Herrschaft in eine Etappe der hochgradigen politischen Einflussnahme der Militärs über, in der sie ohne offizielle oder verfassungsmäßige Berechtigung dennoch entscheidend agieren. Ab der Konsolidierung der Demokratie durch den Pakt von Punto Fijo nimmt das venezolanische Militär auf unterschiedlichste Weise Einfluss auf die Politik des Landes. Erstens dient diese Einflussnahme der verbesserten Ausstattung und Finanzierung der Streitkräfte und zweitens der Besetzung der Stelle des Verteidigungsministers durch einen hohen Offizier obwohl das der Verfassung widerspricht.³⁰⁵

In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass es sich ab nun um eine paktierte Demokratie handelt. Zwar wird den venezolanischen Streitkräften in der Verfassung von 1961 im Artikel 132 eine apolitische, zum Gehorsam verpflichtete und beratende Rolle zugewiesen,³⁰⁶ Diese apolitische Haltung verliert jedoch in der Folge mit der Gründung von konspirativen Vereinigungen und der zunehmenden Korruption innerhalb der Streitkräfte an Bedeutung.

In der Folge erhalten die Streitkräfte aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzung mit den Guerillas ab den 1960er Jahren mit dem *Plan República* die Aufgabe der Bewachung und logistischen Unterstützung der Wahlen, wobei sie diese Aufgabe auch nach der Niederschlagung der Guerilla-Armeen behalten. In den 1960er Jahren kommt es aufgrund der Dezentralisierung des Generalstabes zur Schwächung der Vormachstellung des Heeres. Jede der Streitmächte erhält eine autonome administrative Führung, und die Verteidigungsminister werden von der Luftwaffe und der Nationalgarde gestellt, wobei die Rivalitäten zwischen den verschiedenen militärischen Gattungen der der zivilen Regierung dazu dienen, die Militärs besser zu kontrollieren.³⁰⁷

Diese Rivalität beruht nicht nur auf den üblichen Kompetenzstreitigkeiten wie in vielen anderen Streitkräften, sondern hat auch eine klassenkämpferische

³⁰⁵ Siehe Irwing, in: Irwing und Langue, 2005, S.320 und 321

³⁰⁶ Siehe Rodriguez, 1999, S.146

³⁰⁷Siehe Irwing, in: Irwing und Langue, 2005, S.320 und 323

Konnotation, denn bei der Erschaffung und Institutionalisierung der professionellen venezolanischen Streitkräfte mit Hilfe der Militärakademien sollten insbesondere Teile der Eliten des Landes angesprochen werden. Diese rassistischen Tendenzen führen bis weit in das 20. Jahrhundert hinein zum Ausschluss der Mestizen aus den höheren militärischen Schulen. Diese Situation kann auch als einer der Gründe für die Rivalität des autochthonen Heeres und der elitären Luftwaffe und Marine herangezogen werden.³⁰⁸ Eine Tatsache, die nach Meinung der Autorin auch eine gewisse Rolle bei der Niederschlagung des Putsches gegen Hugo Chávez im April 2002 spielt.

Mit der Einführung von höheren Lehrgängen in der Universität Andrés Bello im Jahre 1971 kommt es zu einer breiteren Öffnung der militärischen Akademien für die unteren Schichten des Landes. Es darf angemerkt werden, dass das venezolanische Militär mehrheitlich aus den ärmsten Bevölkerungsteilen des Landes besteht. Viele Männer aus diesen Schichten der Bevölkerung, so wie auch Hugo Chávez, sehen die Streitkräfte als Möglichkeit der Ausbildung und des sozialen Aufstiegs.³⁰⁹ Die Abgänger der Akademien mit höheren Rängen finden Arbeit im Ingenieurs- sowie Justizwesen, sie werden aber auch Lehrkräfte oder arbeiten im staatlichen Verwaltungsapparat. Die Abgänger mit niedrigeren Rängen bleiben oftmals dem Militär, insbesondere dem Heer verbunden und haben durch ihre Tätigkeit als Bataillonskommandanten und Ausbilder einen direkten Kontakt mit den Soldaten. In diesem Bereich sind auch Hugo Chávez und die anderen Militärs zu finden, die im Februar 1992 gegen Carlos Andrés Pérez putschen.³¹⁰

5.2.2. Der Bolivarismus als militärische Tradition

Die fehlende gemeinsame Geschichte als geschlossene Armee stellt bei der Konsolidierung als solche ein großes Problem dar. Im Zuge dessen kann die Entstehung des Bolivarismus als Konzept angesehen werden, das der venezolanischen Armee als Verbindung zum Vaterland dient. Die bolivari-sche Bewegung entsteht im Zuge der Mythenbildung über die

³⁰⁸ Siehe Müller Rojas, La nueva cara de la Fuerza Armada, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003/3, S.189

³⁰⁹ Siehe López Maya, in: Ellner und Hellinger, 2003, S.101

³¹⁰ Siehe Irwing, in: Irwing und Langue, 2005, S.323

Unabhängigkeitskriege und ihren Anführer Simon Bolívar. Demnach erschuf die Befreiungsarmee Bolívars das Vaterland und ermächtigt damit ihre Erben zur Fortsetzung dieser Aufgabe.³¹¹

Um der *Caudillos* Herr zu werden, wird die feste Verankerung der Militärs innerhalb der Nation Building notwendig und damit auch die Erschaffung einer militärischen Tradition, die sich von jener der *Caudillos* unterscheidet. Um Legitimität zu erlangen, begibt sich das neue venezolanische Militär auf die Suche nach einer professionellen Tradition, und mangels einer solchen wird eine Tradition „erfunden“. Demnach sieht Straka die bolivarianische Bewegung als politisch-moralische Philosophie, deren Wurzeln direkt mit dem Unabhängigkeitskrieg und der Idee eines Vaterlandes verbunden sind.³¹² Diese Idee der gemeinsamen Tradition als Armee der Unabhängigkeitskriege und der Vision als Nation soll dem Caudillismo und den aufrührerischen Gruppen innerhalb der eigenen Streitmacht ein Ende bereiten. Unter Vicente Gómez kann diese Einheit als Streitmacht durch die Errichtung einer Diktatur vollzogen werden. Mit dem Aufkommen der politischen Parteien und demokratischer Bestrebungen muss eine Einigung mit dem Militär erzielt werden, um so eine Abgrenzung der jeweiligen Einfluss- und Aufgabenbereiche zu erzielen.³¹³ In dieser Situation wird die militärische Tradition des Bolivarismus auf den Pakt zwischen Staat und Parteien minimiert.

Mit der Krise ab den 1980er Jahren wird diese nationale Vision geschwächt. Auf der einen Seite kommt es zu einer Zersplitterung und Auflösung der herrschenden Parteien, auf der anderen Seite versucht das Militär, das entstandene Vakuum zu füllen. In diesem Kontext kommt es zu Aufständen und Putschen wie im Jahre 1992.

Das bolivarianische Konzept von Hugo Chávez ist nun mit der genannten militärischen Tradition verbunden, knüpft dabei zunächst an ihrem Ursprung an und weitet sie auf die Integration der venezolanischen Streitkräfte in die venezolanische Gesellschaft aus. Das bedeutet eine Ausweitung ihrer

³¹¹ Siehe Strake, in: Ebd., S.102

³¹² Siehe Ebd., S.115

³¹³ Siehe Sucre Heredia Ricardo, La política militar en la Constitución de 1999, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003/1, S. 147 und 148

bisherigen Rolle nicht nur im Rahmen der konstitutionellen Veränderung des Landes, sondern auch als entscheidender Faktor im politischen und sozialen Alltag. Dabei geht es nicht alleine um die Mystifizierung der Figur von Simón Bolívar, die ja bereits als Ikone im nationalen Leben betrachtet wird, sondern um die Erweiterung des Symbols Bolívar um zwei weitere Persönlichkeiten, den General Simón Rodríguez und den Lehrer Ezequiel Zamorra. Sie sollen das Bild des bereits existierenden Bolivarismus um einen strategischen und revolutionären Aspekt erweitern. Folglich geht es um das Zusammenfassen eines gedanklichen Konzeptes mit einer aktionistischen Vorgangsweise.³¹⁴

5.2.3. Chávez und das Militär

Mit der Verfassung von 1999 kommt es zu einem tiefgreifenden Wandel innerhalb der venezolanischen Streitkräfte und in der Beziehung zwischen Staat und Militär. Die Veränderungen hinsichtlich der Verfassung von 1961 sind unter anderem die Vergabe des Wahlrechtes an Mitglieder der *Fuerza Armada Nacional* (FAN). Die Beförderungen innerhalb der FAN unterliegen keiner zivilen Kontrolle, der Posten des Verteidigungsministers wird – zumindest zeitweise - mit einer zivilen Person besetzt, und Generäle und Admiräle können lediglich durch das Oberste Gerichtshof verurteilt werden. Der Präsident bleibt wie früher der Oberkommandant der Streitkräfte. Mitglieder der Streitkräfte obliegen laut Artikel 328 nunmehr nicht der apolitischen Haltung, sondern sind ohne politische Militanz, wobei ihre Grundpfeiler die Disziplin, der Gehorsam und die Subordination sein sollen.³¹⁵

Innerhalb der strukturellen Veränderungen ragen die Miteinbeziehung der Streitkräfte in die Arbeit der Regierung, wie es bei der Umsetzung des Plan Bolívar 2000 geschieht, sowie die Eingliederung mehrerer Militärs und ehemaliger Mitglieder der FAN in staatliche Stellen hervor. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass viele der ehemaligen Militärs auch innerhalb der Opposition tätig sind und Posten auf regionaler Ebene innehaben.³¹⁶ Daher ist nicht unbedingt von einer Vergünstigung der Militärs alleine durch die Regierung die Rede, sondern vielmehr von einem Vakuum der politischen

³¹⁴ Siehe Müller Rojas Alberto, *Época de revolución en Venezuela*, Caracas, 2001, S.93 und 96

³¹⁵ Siehe <http://www.constitucion.ve/documentos/ConstitucionRBV1999-ES.pdf>, 08. Oktober 2008, Artikel 328 bis 332 sowie 236 und 266

³¹⁶ Siehe Norden Deborah, *La democracia en uniforme*, in: Ellner und Hellinger, 2003, S. 131

Parteien, die diese Lücken üblicherweise ausfüllen würden. Die Problematik liegt also nicht unbedingt darin, dass die Streitkräfte in das Projekt der Regierung mit eingebunden werden oder dass es zu Besetzungen von staatlichen Stellen durch Militärs und ehemalige Militärs kommt, denn diese Praktiken existierten bereits vor Hugo Chávez, sondern vielmehr, welche Ausmaße und Vertiefungen diese Praktiken einnehmen.³¹⁷ Demnach besteht in der Ausweitung der beruflichen Möglichkeiten für die Militärs eine Gefahr der Zweckentfremdung ihrer Aufgaben und der Verringerung ihrer Professionalität als Streitmacht. Gleichzeitig zeugt diese Vorgangweise von einer Schwächung der zivilen Sphäre, da im Grunde ihr zugeordnete Ämter und Aufgaben von Militärangehörigen verrichtet werden.³¹⁸

Auffallend ist ebenfalls, dass statt der bisher größten Aufgabe der FAN aus der Verfassung von 1961, nämlich der nationalen Sicherheit und der Verteidigung der nationalen Grenzen, ab nun vielmehr die Verteidigung, Souveränität und Integrität des geographischen Gebietes Vorrang haben. Es kommt also zu einer Unterscheidung in der Beziehung der Streitkräfte zur Nation, die früher nach außen gerichtet war und ab nun nach innen orientiert ist.³¹⁹

Angemerkt werden muss, dass es innerhalb der Streitkräfte keine einheitliche Einstellung zur neuen Verfassung und zur neuen Rolle der FAN gibt. So finden sich insbesondere in den oberen Rängen der FAN große Kritiker von Chávez, die an keiner veränderten Beziehung zum Staat und zur Nation interessiert sind. Die Kritik kommt von dieser Seite aber nicht nur hinsichtlich der Einbindung in soziale Agenden, sondern vielmehr bezüglich der Neustrukturierung der FAN an sich. So wurden den drei Waffengattungen Heer, Marine und Nationalgarde die Luftwaffe als eigenständige Gattung hinzugefügt. Außerdem wurde eine eigene Reservistenarmee mit 600.000 Mann geschaffen. Diese Veränderungen rufen laut Kritikern noch mehr Konflikte zwischen den Gattungen hervor. Überraschend ist in diesem Zusammenhang das Aufbegehren mancher Militärs, da die finanziellen Mittel und die Ausbildungsstätten unter Chávez eine Verbesserung für die

³¹⁷ Siehe Sucre Heredia, in: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, 2003/1, S. 148

³¹⁸ Siehe Ebda., S.155

³¹⁹ Siehe Ebda., S.151

Streitkräfte mit sich gebracht haben. Immerhin betragen die jährlichen Militärausgaben des Staates für die 100.000 Mann starke FAN 1,5% des BIP, das bedeutet etwa 1,7 Mrd. US-Dollar jährlich.³²⁰

Die Politisierung der Streitkräfte löst sicherlich die größte Kritik an Hugo Chávez aus. Die Einbindung des Militärs in den politischen Alltag projiziert seine Ansichten über die zivile Gesellschaft, die bereits in seiner Biographie ersichtlich werden.

Die zwar oberflächlich wirkende Homogenität der Streitkräfte beim militärischen Aufstand gegen Hugo Chávez im April 2002 spiegelt aber bei dessen Ausgang im Grunde die Heterogenität der venezolanischen FAN wieder. Ihre föderalistische Strukturierung, die unabhängige Bewusstseinsbildung der unteren Ränge sowie ihre Bindung an die herrschende Verfassung bestimmen den Ausgang des Putsches gegen Chávez.³²¹ So beweisen auch die bisherigen militärischen Aufstände in der venezolanischen Geschichte, dass es zumeist um einen Aufstand gegen die jeweils herrschende Regierung geht und nicht gegen die jeweils herrschende Verfassung.³²² Demnach trägt die ehemalige Rolle Chávez' innerhalb der Streitkräfte zum Ausgang des Putsches bei, aber sie ist nicht der entscheidende Faktor.

5.3. Resümee

Die Konsolidierung der Streitkräfte in Chile und Venezuela verläuft sehr unterschiedlich. Auch wenn beide Armeen ihre Ursprünge in den Unabhängigkeitskriegen haben, so ist die Zersplitterung der venezolanischen Streitmacht viel intensiver und schwerer zu überwinden. Beide Mächte werden durch *Caudillos* und Diktatoren wie Bernardo O´Higgins oder Juan Vicente Gómez zur dominanten Kraft vereinigt, die Zeitepochen, in denen diese Vereinigung stattfinden, sind aber völlig unterschiedlich.

³²⁰ http://en.wikipedia.org/wiki/Military_of_Venezuela, 4. Oktober 2008

³²¹ Interview mit Alberto Müller Rojas, 10. Februar 2004

³²² Siehe Müller Rojas, 2001, S.115

Die Indoktrinierung der Armeen durch ausländische Streitkräfte ist in beiden Staaten gegeben, wobei es sich zunächst um europäische Modelle aus Deutschland oder Großbritannien handelt und später um das Konzept aus den USA. Die chilenische Armee hat aber bereits in ihren Anfängen eine Vorbildwirkung auf lateinamerikanischer Ebene, während Venezuela versucht, diese nachzuahmen. Diese Dominanz der chilenischen Streitmacht ist sicherlich auf ihren Status als Wirtschaftsfaktor für den Imperialismus zu deuten. Demgemäß haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten großes Interesse, die Kupfer- und Salpetervorkommen des Landes für sich zu verbuchen und sehen Chile dafür als besseren Partner. Daher werden dem Militär große Summen zur Verfügung gestellt, um diese Bodenschätze schützen zu können. Zur gleichen Zeit spielt Venezuela eine untergeordnete Rolle innerhalb der imperialistischen Interessen, diese werden erst durch die Entdeckung des Erdöls geweckt. Auffallend beim Einfluss von ausländischen Mächten ist, dass die Bedeutung der Geopolitik und der Doktrin der Nationalen Sicherheit in Chile weitaus größer ist als in Venezuela. Hier ist einer der Hauptgründe für die unterschiedliche Vorgangsweise der Streitkräfte während des Staatsstreiches zu finden.

In ihrer Beziehung zu den jeweiligen Präsidenten ist eine deutliche Diskrepanz sichtbar. In Chile wird Salvador Allende von vielen Mitgliedern der Streitkräfte als schwach, unentschlossen und abgehoben angesehen. Diese Sichtweise erleichtert auch manchen ihre Entscheidung zum militärischen Aufstand. Währenddessen wird Hugo Chávez als ehemaliges Mitglied der Streitkräfte als geeigneter Anführer empfunden. Wobei nicht nur seine Vergangenheit als Militärangehöriger eine Rolle spielt, sondern auch die ihm zugeschriebenen Attribute wie männlich, tatkräftig und bodenständig. Diese Wesenszüge ermöglichen es ihm, eine Akzeptanz aufzubauen, die über eine idente politische Sichtweise hinausgeht.

Beide Streitkräfte haben den Ruf, neutral zu agieren und ihre Professionalität an oberste Stelle zu setzen. Der politische Einfluss, den sie aber mit der Zeit einnehmen, ist jedoch zumindest latent vorhanden. In Venezuela ist er bis 1961 sogar offensichtlich. Der Ruf der Professionalität bewirkt aber oftmals eine Fehleinschätzung der Streitmächte in ihren Aktionen. So deuten wir bei

Chile die geringen militärischen Aufstände im 20. Jahrhundert als Beweis für die Verfassungskonformität der chilenischen Armee und erhalten eine der längsten und brutalsten Diktaturen des Kontinents. Und beim venezolanischen Militär glauben wir aufgrund der vielen Putsche und Putschversuche, eine nur durch einen Pakt zu bändigende Streitmacht zu sehen, die aber seit 1961 bei mehreren militärischen Aufständen schließlich doch verfassungskonform agierte. So stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob aus der einfachen Zählung der militärischen Revolten automatisch die Einstellung zur Verfassung abgeleitet werden kann. In den beiden genannten Fällen kann dies nach den gezeigten Tatsachen nicht bestätigt werden.

Auch die oftmals propagierte Neutralität der Armee spielt keine Rolle innerhalb dieser zwei Staatsstriche. Es fällt auch schwer, diese Neutralität zu definieren: Sind nun Militärs, die Regierungsposten innehaben, automatisch subjektiv? Sind Militärangehörige, die nach außen eine neutrale Haltung aufzeigen und im Hintergrund konspirative Treffen abhalten, objektiv? Es muss festgehalten werden, dass die neutrale Haltung einer Streitmacht nicht durch einzelne Mitglieder definiert wird und auch nicht durch Zahl ihrer militärischen Aufstände, sondern vielmehr durch eine allgemeine Grundeinstellung zur Verfassung und zivilen Nation.

VI. DIE STAATSTREICHE VON 1973 UND 2002

Im sechsten Kapitel wird eine Darstellung der Ereignisse vom 11. September 1973 in Chile und 11. April 2002 in Venezuela gebracht. Dabei sollen die Hintergründe, aber auch der jeweilige Ausgang der Staatsstrieche analysiert werden.

6.1. Das entzweite Chile

Die Polarisierung des Landes hatte dermaßen große Ausmaße genommen, dass es zu ständigen Auseinandersetzungen auf der Straße kam. Immer wieder wurde die Möglichkeit eines bevorstehenden Bürgerstreiks vermittelt, wobei in diesem Zusammenhang die Bewaffnung von unterschiedlichen Vereinigungen als Gefahr angesehen wurde. Die gegenseitigen Vorwürfe über die jeweilige Bewaffnung brachten eine neue Eskalation mit sich.

6.1.1. Die Entwaffnung des Volkes in Chile

Mit dem vom christdemokratischen Senator Juan de Dios Carmona initiierten Gesetz zur Waffenkontrolle soll die zivile Bevölkerung Chiles entwaffnet werden. Das Gesetz wird auch von der *Unidad Popular* mitgetragen und tritt Anfang 1973 in Kraft. Demnach wird den Militärs erlaubt, nach Anzeigen oder Hinweisen von Bürgern, ohne gerichtliche Erlaubnis, Durchsuchungen vorzunehmen und bei Privatpersonen und Organisationen Waffen sicherzustellen.³²³

Bis zu diesem Zeitpunkt war es zu einem Erstarren des Paramilitarismus innerhalb der politischen Parteien und Bewegungen gekommen. Insbesondere bei *Patria y Libertad*, der MIR und dem revolutionärem Flügel der Sozialisten wurde die Bewaffnung verstärkt. In diesem Zusammenhang argumentierten die putschistischen Streitkräfte nach dem 11. September, dass ein Staatsstreich der linken Parteien zur Errichtung einer marxistischen Diktatur zu erwarten war und daher ein Eingreifen der Militärs unerlässlich wurde. So schreibt Puelma:

³²³ Siehe García und Sola, 1998. S.243

„Als die chilenischen Streit- und Ordnungskräfte schließlich den schweren Schritt zur gewaltsamen Intervention gegen die legal an die Macht gelangte, aber illegal regierende marxistische Exekutive taten, da geschah es in voller Geschlossenheit aller ihrer Teile und Oberkommandierenden, d.h., sie unternahmen diesen Schritt in ihrer Eigenschaft als Institution, die man staatsrechtlich der vierten Gewalt neben Exekutive, Legislative und Justiz bezeichnen kann. (...) Die Verantwortlichen fassten ihr Eingreifen als Präventivaktion in letzter Minute zur Verhütung der marxistischen Diktatur auf.“³²⁴

Man kann aber davon ausgehen, dass die zunehmende Bewaffnung der UP unter dem Eindruck eines herannahenden Bürgerkrieges organisiert wurde.

In diesem Zusammenhang meint der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Luis Corvalan:

„Vor dem Sieg von Salvador Allende hatten wir bereits Personen, die sich für den Fall, nämlich der Notwendigkeit eines Waffeneinsatzes zu Verteidigung der Regierung, vorbereiteten. Später sogar noch mehr. Wir sind Kommunisten, wir sind Revolutionäre. Wir sind nicht gegen den Einsatz von Waffen. Aber wir bevorzugten sie nicht im Fall von Chile. Wir hatten den Verdienst einen tiefen sozialen Wandel auf eine unbewaffnete Weise zu ermöglichen und die Ereignisse zeigten, dass das eine reale Möglichkeit war. Denn Allende regierte 1041 Tage.“³²⁵

Zur eigentlichen Bewaffnung gibt es sehr unterschiedliche Angaben, und man kann allerhöchstens Schätzungen vornehmen. So spricht der Generalsekretär der Sozialisten von ungefähr 1.500 Männern mit leichten Gewehren. Der MIR rechnet man etwa 500 bewaffnete und geschulte Anhänger zu, von denen nicht mehr als 50 über schwere Waffen verfügen. Zur eigentlichen Bewaffnung gibt es sehr unterschiedliche Angaben, und man kann allerhöchstens Schätzungen vornehmen. So spricht der Generalsekretär der Sozialisten von ungefähr 1.500 Männern mit leichten Gewehren. Der MIR rechnet man etwa 500 bewaffnete und geschulte Anhänger zu, von denen nicht mehr als 50 über schwere Waffen verfügen.³²⁶

Im krassen Gegensatz dazu stehen Angaben, wonach eine beträchtliche Anzahl der 8.000 Wahlkomitees der UP bewaffnet waren.³²⁷ Zur Wirkung des Waffenkontrollgesetzes schreibt Falcoff:

„Private oder `Partei`-Armeen konnten durch das Waffenkontrollgesetz nicht verhindert werden; stattdessen erzeugte es erneut gegenseitige Anschuldigungen zwischen der Regierung und den Streitkräften auf der einen Seite und der

³²⁴ Puelma, 1975, S.94

³²⁵ *La Nación*, N° Unbekannt, 31. Dezember 2006, S.44

³²⁶ Siehe García und Sola, 1998, S.171

³²⁷ Siehe Hereide, 1975, S.149

*Opposition und der Regierung auf der anderen Seite. Im Großen und Ganzen hatten Allendes Anhänger den Eindruck, dass das Militär nicht genügend Interesse an der Bekämpfung der Aktivitäten von Patria y Libertad zeigte.*³²⁸

Demnach werden im April, Mai und Juni 1973 dreimal in der Woche Durchsuchungen durchgeführt. Im Juli kommt es bereits zu fast einer Durchsuchung pro Tag und im August zu 45 Durchsuchungen. Von den im Juli nach Waffen durchgeführten Durchsuchungen finden zehn in Fabriken statt, drei in Regierungsbüros, vier in Büros der UP, drei in Gewerkschaftszentralen und lediglich zwei in Vereinigungen der Opposition.³²⁹

Aus strategischer Sicht kann man die Unterstützung des Waffenkontrollgesetzes durch die *Unidad Popular* als Fehler bezeichnen. Andererseits konnte aber so ein Bürgerkrieg und ein damit verbundenes Blutbad innerhalb der Bevölkerung verhindert werden. Die von der Militärjunta im Nachhinein veröffentlichten Bilder und Zahlen über das angeblich riesige Waffenarsenal der UP erscheinen übertrieben und der Propaganda einer Diktatur angepasst. So werden in der Zeitschrift *Vea* neben Kleinwaffen wie Revolvern und Pistolen, auch Gewehre, Mörser, Maschinenpistolen, Maschinengewehre und sogar Raketenwerfer sowie 400 Handgranaten und 200 Minen als Waffen der UP angeführt.³³⁰

Bei einer derartigen angeblichen Bewaffnung erscheint jedoch eine tatsächliche bewaffnete Gegenwehr durch zivile Gruppen sicher. Die bewaffneten Auseinandersetzungen, die während des Putsches stattfinden, sind jedoch gering und betreffen vor allem den Präsidentenpalast *La Moneda*, wo sich die Wache des Präsidentenpalastes sowie die private Wache Allendes GAP Schießereien mit den Militärs liefern. Daraus kann man schließen, dass die Streitkraft die Gefahr eines Bürgerkrieges kreierte, um so einen Vorwand für den Staatsstreich zu haben.

6.1.2. Der andere 11. September

Die Militärjunta, die am 11. September 1973 die Regierung von Salvador Allende stürzt, besteht aus den drei Oberbefehlshabern der Streitkräfte Chiles, nämlich General Gustavo Leigh Guzman (Luftwaffe), Admiral Jose Toribio Marino Castro

³²⁸ Falcoff, 1989, S.275

³²⁹ Siehe Ebda., S.276

³³⁰ Siehe *Vea*, N° 1785, 28. September 1973, S.11 und 12

(Marine) und General Augusto Pinochet Ugarte (Heer), sowie dem späteren General der *Carabineros* César Mendoza.

Der Staatsstreich wird von so gut wie allen Bereichen der Streitkräfte befolgt, lediglich im Bereich der Polizei gab es insbesondere unter der Wache des Präsidentenpalastes, den dem Präsidenten zugeordneten Militäradjutanten sowie dem Generalkommando der *Carabineros* eine Gegenwehr. So sind auch die Generäle Sepúlveda, Urrutia und Alvarez beim Präsidenten in *La Moneda*.³³¹

Diese strikte Befolgung des Staatsstreichs durch das Militär ist zu einem Teil auf die stark ausgeprägte Indoktrinierung der Streitkräfte zurückzuführen, zu einem anderen Teil der vorangegangenen Beseitigung von Militärs, die dem erfolgreichen Ausgang des Putsches im Weg stehen könnten. In diesem Zusammenhang spricht Mires von einem „internen Putsch“, der in der Kommandohierarchie sowohl nach unten als auch nach oben geht. So werden ein Monat vor dem Staatsstreich 100 Marinesoldaten des Geschwaders in Talcahuano und Valparaíso verhaftet und gefoltert. Dies dient auch zur Abschreckung und Demoralisierung der verfassungstreuen Teile der chilenischen Streitkräfte.³³²

Angemerkt werden soll, dass Salvador Allende im Bewusstsein der sehr instabilen Lage des Landes immer wieder Gedanken über die Durchführung eines Plebiszits äußerte. Seitens interner UP-Mitarbeiter wird betont, dass die Ankündigung einer Volksbefragung für den 10.September angesetzt war, jedoch auf Anraten der Militärs auf den 12.September verschoben wird.³³³ Dadurch wird ersichtlich, dass der Staatsstreich bereits eine fertige und perfekt durchgeplante Unternehmung war und das Vorgehen Allendes und der Regierung im Grunde keine Rolle mehr spielt.

Nun eine grobe Abfolge der Ereignisse am 11. September³³⁴:

Um fünf Uhr morgens wird Allende durch einen General der *Carabineros* über den Aufstand informiert. Die Marine in Valparaíso revoltiert, und der Präsident

³³¹ Siehe Soto, 1998, S.280

³³² Siehe Mires, 1975, S.134

³³³ Siehe Garcia und Sola, 1998, S.178 und *La Nación*, N° Unbekannt, 31. Dezember 2006, S.44

³³⁴ Die Darstellung der Ereignisse folgt den Beschreibungen von Soto, 1998, Benitez, 2006 sowie Nohlen, 1974

versucht, mit den Oberkommandierenden der drei Waffengattungen Kontakt aufzunehmen.

Es wird der Verteidigungsminister Orlando Letelier von der Situation informiert, der den Auftrag erhält, im Ministerium Stellung zu beziehen. Allende versucht weiterhin in Kontakt mit den Oberkommandierenden zu treten.

Um 7:20 Uhr unterbricht der oppositionelle Radiosender *Agricultura* seine Sendung und informiert über den Putsch. Inzwischen trifft Salvador Allende beim Präsidentenpalast ein und es verteilen sich etwa 300 Personen auf strategisch wichtigen Plätzen, um den Palast zu verteidigen. Der Präsident richtet sich das erste Mal an das chilenische Volk und bittet es „Ruhe zu bewahren, aber wachsam zu sein“. Es sollen während des Vormittages weitere vier Reden folgen.

Um 8:30 Uhr übermittelt die Militärjunta eine Erklärung über ihre Motive und ihre weitere Vorgangsweise. Der Verteidigungsminister wird gefangen genommen und Allende wird klar, dass so gut wie die gesamten Streitkräfte hinter dem Staatsstreich stehen.

Allende wird zum Rücktritt aufgefordert. Es soll ein Flugzeug bereit stehen, das seine Familie und ihn außer Landes bringen soll. Bei Analyse der Transmissionen zwischen den aufständischen Militärs wird aber klar, dass die Ernsthaftigkeit dieses Angebots in Zweifel gezogen werden kann.³³⁵

Gegen neun Uhr beginnt sich die Palastwache aus *La Moneda* zurückzuziehen. Der verfassungstreue General Sepúlveda hat das Kommando über die *Carabineros* verloren. Die drei Adjutanten des Präsidenten versuchen, ihn zur Aufgabe zu überreden.

Um 9:15 Uhr spricht Salvador Allende das letzte Mal zum Volk und wenige Augenblicke später beginnt der Bodenangriff gegen den Präsidentenpalast. Eine Stunde später entlässt Allende seine Adjutanten und es beginnt die Bombardierung der privaten Residenz Allendes.

³³⁵ Siehe Soto, 1998, S.107

Um 11 Uhr verlassen die noch verbliebenen Frauen den Präsidentenpalast, darunter Beatriz und Isabel Allende, die Töchter des Präsidenten. Eine halbe Stunde später tritt in einer Fabrikshalle ein provisorisches Komitee der *Unidad Popular* zusammen. Es wird beschlossen, keine Gegenwehr gegen die Militärs zu leisten.

Gegen 12 Uhr wird *La Moneda* bombardiert, und es entstehen große Schäden am historischen Bauwerk. Fast gleichzeitig wird das Gebäude mit Panzern und Infanterie vom Boden aus angegriffen.

Um 13:30 Uhr dringen die ersten Militärs in den Palast ein und Allende sieht ein, dass ein weiteres Verweilen den Tod aller noch im Palast befindlichen Personen nach sich ziehen würde. Den Militärs wird die bedingungslose Aufgabe des Palastes kommuniziert. Davor hatte Allende seine Kapitulation unter bestimmten Bedingungen, wie sofortige Feuereinstellung, kein Angriff auf Wohngebiete der unteren Bevölkerungsschichten sowie die Benennung einer zivilen Person, die mit ihm weiter verhandeln soll, vorgeschlagen. Dieses Angebot war von den Militärs abgelehnt worden.

Während die noch verbliebenen Personen den Palast verlassen, dreht sich der Präsident um und nimmt sich Minuten später das Leben. Eine halbe Stunde später verkünden die Streitkräfte in einer senderübergreifenden Meldung durch alle elektronischen Medien, dass die Streitkräfte das ganze Land kontrollieren.

6.1.3. Die Nachwehen

Im Rückblick bleiben die unterschiedlichsten Fragen, insbesondere nach der Reaktion der Parteichefs der *Unidad Popular* und der Mobilisierung des Volkes.

So stellt sich die Frage, ob bei einer aktiven Beteiligung des Volkes bei der Verteidigung des Präsidentenpalastes die Militärs anders vorgegangen wären und der Staatsstreich einen anderen Ausgang genommen hätte. Immerhin konnte die Mobilisierung des unbewaffneten Volkes in Venezuela und die damit verbundenen tagelangen Demonstrationen vor dem Präsidentenpalast in Caracas gegen den Putsch die Vorgangsweise der Putschisten ändern.

Das brutale Vorgehen der Militärs bereits in den ersten Stunden nach dem Staatsstreich machen aber deutlich, dass die chilenischen Streitkräfte nur schwer von ihrem Plan abgegangen wären. Immerhin waren sie bereit, den Präsidentenpalast aus der Luft zu bombardieren und brachten bereits am selben Tag Listen von Menschen in Umlauf, die zu verhaften seien. Die Verfolgung politisch andersdenkender Personen erfolgt unmittelbar und ist gut organisiert. Die Menschen werden über die Medien und mittels Flugblättern dazu aufgerufen, *ihre patriotische Pflicht zu erfüllen und die Vaterlandsverräter* der Polizei zu melden.³³⁶ Diese Unterdrückung von Andersdenkenden nimmt im Laufe der Diktatur faschistische Züge an. Als bestes Beispiel dafür dienen die KZ-ähnlichen Lager auf der Insel Dawson sowie in Chacabuco und Pisagua, wo Andersdenkende interniert und gefoltert werden. Zu erwähnen ist auch, dass nicht alle Lagerinsassen Chilenen sind. In einer für Chile damals ungewöhnlichen Fremdenfeindlichkeit sind auch Tausende von Ausländern gefangen genommen worden. Das Innen- sowie Verteidigungsministerium sprechen von 13.000 in Chile lebenden Ausländern zum Zeitpunkt des Putsches, wobei seitens des Militärs vielen dieser Ausländer marxistisches Gedankengut vorgeworfen wird. Auch die kubanische Botschaft in Santiago wird angegriffen und es kommt zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Karibikinsel.³³⁷

In den westlichen Medien wird die Nachricht des Putsches mit einer gewissen Bekümmernis aufgenommen, gleichzeitig wird aber die Argumentation der Putschisten verbreitet. So berichtet die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass sich die Streitkräfte im Augenblick höchster Gefahr ihrer Verantwortung nicht mehr entziehen konnten. Laut *Süddeutsche Zeitung* macht der Entschluss der traditionell neutralen bewaffneten Macht deutlich, in welcher katastrophaler Situation sich das Land befand.³³⁸

Man kann davon ausgehen, dass die Doktrin der Nationalen Sicherheit so tief in den chilenischen Streitkräften verankert war, dass ein Vorgehen gegen unbewaffnete Menschenmassen nicht unwahrscheinlich gewesen wäre. Ob nun die Parteichefs der UP diese Überlegungen hatten, als sie von einer Gegenwehr

³³⁶ Siehe Anhang, S.176

³³⁷ Siehe *Die Presse*, N° 7634, 12. September 1973, S.2

³³⁸ Zitiert nach Eschenhagen, 1974, S.237 und 239

absahen, kann weder bestätigt noch widerlegt werden, denn es gibt keine Stellungnahmen dazu.

Im Zusammenhang mit dem politischen Moment, indem der Staatsstreich stattfindet, schreibt Rivas:

„Man kann also sagen, dass der Putsch in Chile die `normale´ Situation innerhalb Lateinamerikas wiederherstellte, indem er das Land an die gegenwärtig gültigen Bedingungen anpasste.“³³⁹

Es ist auch schwer zu sagen, ob Allende mit einer Parallelregierung im Ausland die Fortdauer der chilenischen Diktatur hätte abwenden können. Man kann aber davon ausgehen, dass die Arbeit der Militärjunta damit sicherlich erschwert worden wäre. So mag sein Freitod die Mythenbildung um die Regierungszeit der UP gestärkt haben, hinterließ aber eine ziellose Linke, die sich erst Jahre später wieder aufbauen sollte.

6.2. Massendemonstrationen in Caracas

Als im April 2002 die venezolanische Opposition gegen den amtierenden Präsidenten Hugo Chávez putschte, stand das Land unter dem Schock von tagelangen Demonstrationen, bewaffneten Auseinandersetzungen und getöteten Menschen. Die Persönlichkeit des gestürzten Präsidenten Hugo Chávez Frias und seine Vergangenheit als Putschist machten es der Welt anscheinend schwer, eindeutig Stellung zu beziehen. Die meisten Pressemeldungen sprachen von jubelnden Mengen, die ob der Absetzung Chávez' auf den Straßen der Hauptstadt Caracas feierten, Darstellungen die sich rückblickend als falsch erwiesen und uns die Macht von Presseagenturen und großen TV-Sendern vor Augen führen.

6.2.1. Die Ereignisse vom April 2002

Die Ereignisse, die zum Putsch gegen Hugo Chávez und die Regierung MVR führten, können als sich aneinander reihende Reaktionen betrachtet werden, die im Staatsstreich kulminierten. Inwieweit manche der Ereignisse geplant bzw. provoziert waren, kann schwer beurteilt werden. Dass der Staatsstreich aber geplant war und keineswegs spontan entstand, steht für die Autorin außer Frage.

³³⁹ Rivas, 1974, S.213

Auf politischer Ebene kommt es zu stärkeren Maßnahmen von Hugo Chávez hinsichtlich der Reformierung der PdVSA. Die Konflikte zwischen der Führung der Erdölgesellschaft und dem Präsidenten nehmen stetig zu, wobei die Manager die „Politisierung“ des Erdölsektors beklagen. Als Höhepunkt der Auseinandersetzung entlässt Chávez im Februar 2002 die gesamte Führung der PdVSA. Angeführt von der CTV, FEDECAMARAS und der ehemaligen Führungsriege der PdVSA ruft die Opposition Anfang April zum Generalstreik auf, der aber im Gegensatz zum vorangegangenen Streik im Dezember weit weniger befolgt wird. Tage darauf ruft die Opposition zur Massendemonstration auf, die für den 11. April 2002 angesetzt ist. Die Auseinandersetzungen werden insbesondere von den oppositionellen Medien geführt, indem die Fernseh- und Radiosender sowie Zeitungen die Bedeutung der bevorstehenden Großdemonstration immer wieder hervorheben.

Hier nun die Abfolge der Ereignisse am 11. April³⁴⁰:

Um 9 Uhr beginnt die Demonstration der Opposition, die im Osten der Stadt zum ehemaligen Sitz der PdVSA führen soll. Sie wird von etwa 200.000 Menschen (Organisatoren sprechen von 1 Million) mitgetragen.

Gegen Mittag entschließt man sich, die Demonstration umzulenken und auf den Präsidentenpalast *Miraflores* zuzusteuern. Die Anführer der Kundgebung rufen zum Weitermarsch Richtung Westen auf, wo sich aber in der Nähe des Präsidentenpalastes die Chávez-Anhänger positioniert haben. Nationalgarde und Stadtpolizei sollen die Trennung der Demonstranten garantieren, dennoch kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Anführer der Opposition streiten bis heute ab, die Umleitung der Demonstrationen angeordnet zu haben.

Um etwa 14 Uhr treffen die beiden Gruppen in der Nähe des Präsidentenpalastes zwischen Puente Llaguno und Avenida Baralt aufeinander. Wer die ersten Waffenschüsse abgibt, ist nicht geklärt, als erstes werden jedoch Chávez-Anhänger von den Schüssen getroffen. In der Situation ist nicht offensichtlich, woher die gezielten Schüsse kommen, aber mit der steigenden Zahl der Opfer

³⁴⁰ Die Darstellung der Ereignisse folgt den Beschreibungen von Twickel, 2006, Varios Autores, PdVSA y el golpe, Caracas, 2002 sowie Melcher, in: Sevilla und Boeckh, 2005

wird deutlich, dass es sich um Heckenschützen handelt, die aus den hohen Gebäuden aus der unmittelbaren Umgebung schießen. Im Nachhinein geben einander beide Seiten die Schuld an den 17 Toten und über hundert Verletzten, wobei die privaten Medien eingefangene Bilder von schießenden MVR-Mitgliedern, dazu nutzen, um die Nachricht zu verbreiten der Präsident habe den Plan Avila befohlen und damit die Ermordung von Hunderten von Zivilisten. In diesem Zusammenhang muss klar gestellt werden, dass der Plan Avila den Einsatz des Militärs auf den Straßen der Stadt vorsieht, um Demonstrationen aufzulösen. Hugo Chávez bestreitet, dass damit ein automatischer Schießbefehl für die Soldaten gegeben ist³⁴¹

Ab 16 Uhr ist der Staatsstreich bereits voll im Gange. Präsident Chávez richtet sich über eine Direktschaltung an die Bevölkerung und erklärt, er sei noch immer in Amt und Würden und hätte die Kontrolle über das Land. Gleichzeitig ignorieren die privaten Medien die *cadena* und zeigen auf einer Hälfte der TV-Bildschirme immer wieder die Schießereien und die toten Demonstranten.

In der Nacht vom 11. auf den 12. April fordern die Kommandierenden aller Gattungen der venezolanischen Streitkräfte den Rücktritt von Chávez und verweigern ihm die Gefolgschaft. Er wird unter Arrest gestellt und per Hubschrauber zunächst zur Fuerte Tiuna und danach auf die Insel Orchila gebracht.

Am Morgen des 12. April erklärt sich der Chef von FEDECAMARAS, Pedro Carmona zum Interimspräsidenten des Landes. Es wird erklärt, Hugo Chávez sei zurückgetreten, ohne jedoch einen Beweis für diese Behauptung zu liefern. Die Zeitung *El Universal* titelt mit „Es ist zu Ende!“ die Absetzung Chávez' und porträtiert Pedro Carmona als den Anführer der Zivilgesellschaft und Verteidiger der Grundrechte.³⁴² Am 13. April wird unter dem Titel „Ein Schritt vorwärts“ ein Dekret der Junta, unter anderem mit folgenden Punkten, veröffentlicht:

- Konstituierung einer provisorischen Regierung
- Entfernung der Bezeichnung „Bolivarisch“ aus dem Namen der Republik
- Die Nationalversammlung wird aufgelöst

³⁴¹ Siehe *El Universal*, N° Unbekannt, 25. April 2002, S.1 und 4

³⁴² Siehe *El Universal*, N° Unbekannt, 12. April 2002, S.1 und 2

- Innerhalb von 365 Tagen sollen Neuwahlen stattfinden
- Verfassung von 1999 soll überarbeitet werden
- Der Präsident erhält das Recht, gegebenenfalls Amtsträger auf regionaler und nationaler Ebene zu entlassen
- Ermächtigungsgesetze werden wieder aufgehoben
- Mitglieder des Obersten Gerichtshofs werden entlassen³⁴³

Mit den gesetzten Maßnahmen gerät die neue Regierung stark unter Druck. So übt beispielsweise der Vorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes Carlos Ortega Kritik gegenüber der Vorgangsweise Carmonas. Gleichzeitig werden Übergriffe auf Chávez-Anhänger und kubanische Staatsangehörige bekannt. Die Verfolgung der MVR Mitglieder konzentriert sich vor allem auf Minister, Gouverneure und Parlamentsabgeordnete. So wird der Abgeordnete Tarek William verhaftet, und die Kubanische Botschaft wird gestürmt, wobei das Mobiliar zerstört wird und die Botschaftsangehörigen körperlich bedroht werden. In dieser Situation wird die anti-kubanische Haltung der Opposition überaus deutlich, die auch den Lieferungsstopp von Erdöl nach Kuba propagiert.³⁴⁴ Laut der Menschenrechtsorganisation PROVEA soll es in den Armenvierteln von Caracas auch zu Folterungen und Erschießungen mit etwa 50 Toten gekommen sein³⁴⁵, wobei nicht ersichtlich ist, inwieweit es sich auch um Opfer von kriminellen Handlungen handelt, denn im Zuge der politischen Auseinandersetzungen auf den Straßen kommt es auch zu Plünderungen und Ermordungen.

Hugo Chávez gelingt es über seine Tochter mit der Außenwelt Kontakt aufzunehmen und bestreitet seinen Rücktritt. Mittlerweile hat die Mobilisierung der Chávez-Anhänger in den Armenvierteln der Stadt begonnen. Es kommt zu Demonstrationen vor dem Präsidentenpalast und im Laufe des Abends sind Hunderttausende von Menschen auf den Straßen von Caracas Richtung *Miraflores* unterwegs. Abgeschreckt durch die Massendemonstration vor dem Präsidentenpalast und der Rückenstärkung Chávez' durch Teile der Militärs, entschließen sich die Putschisten zur Flucht und geben auf. *Miraflores* ist

³⁴³ Siehe El Universal, N° Unbekannt, 13. April 2002, S.1 und 2

³⁴⁴ Siehe Britto García, 2003, S.82

³⁴⁵ Siehe Melcher, in: Sevilla und Boeckh, 2005, S.150

inzwischen in Händen der Palastwache und Hugo Chávez kehrt in der Nacht wieder nach Caracas zurück.³⁴⁶

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Staatsstreich aus militärischer und politischer Sicht schlecht organisiert ist. Insbesondere die Generäle der Junta glauben, dass lediglich ihre Aufkündigung der Gefolgschaft genügt, damit ihnen die unteren Ränge in dieser Sache folgen, was jedoch zum großen Teil nicht der Fall ist. Auch ist zu bemerken, dass manche Sektoren der Zivilgesellschaft nicht mit der illegalen Vorgangsweise von Pedro Carmona konform gehen. Es handelt sich also um keine institutionelle Erhebung oder gar um das Ausfüllen einer gegebenen Machtleere, sondern vielmehr um den Willen zur Wiederherstellung des Status quo vor Chávez. Das wird insbesondere aus den Punkten des Dekretes von Pedro Carmona ersichtlich, wobei praktisch alle bisherigen Reformen der MVR-Regierung abgeschafft werden. Auch ist auffallend, dass der Aufstand ohne militärische Auseinandersetzung mit anderen Teilen des Militärs vor sich geht. Die Toten sind auf den Demonstrationen in den Straßen von Caracas zu finden und nicht in den Kasernen. Hier wird die Machtposition von unabhängig agierenden paramilitärischen Gruppen deutlich, die gewissermaßen anonym operieren, wobei nicht ersichtlich ist, von wem sie angeführt und finanziert werden.

6.2.2. Die Medien und der Putsch

Im Grunde kann der Staatsstreich als Medienkrieg bezeichnet werden, denn die manipulierten Bilder und Nachrichten der Demonstrationen und Auseinandersetzungen am 11. April 2002 sind es, die die Situation noch weiter eskalieren lassen. Es werden Bilder von schießenden Mitgliedern der MVR und *Círculos Bolivarianos* vom Fernsehsender *Venevisión* eingefangen und so geschnitten, dass der Eindruck entsteht, die Chavisten schießen vom Puente Llaguno aus auf die unter der Brücke stehenden Chávez-Gegner. Dabei agieren die privaten Medien, obwohl sie eigentlich Konkurrenten innerhalb ihrer Märkte sind, als eine Einheit, denn die Bilder werden bald von RCTV, CNN und *Globovisión* übernommen. Die Manipulation der Bilder erfolgt rasch und unmittelbar. Es wird der ursprüngliche Hintergrundton entfernt und mit der

³⁴⁶ Siehe Velásquez Rivera, Edgar de Jesús, *El golpe de Estado en Venezuela*, Bogota, 2003, S.101

entrüsteten Stimme des Moderators im Studio belegt. Die Bilder werden immer wieder abgespielt und auch von ausländischen Sendern wiedergegeben.³⁴⁷

Die Bedeutung der manipulierten Nachrichten im Kontext des Staatsstreiches ist groß. Freilich werden in vielen anderen Ländern manipulierte oder schlecht recherchierte Meldungen von den Medien an die Öffentlichkeit gebracht. Von Bedeutung sind in diesem Fall aber der politische Moment und die daraus resultierenden Auswirkungen, die mit dieser Manipulation verbunden sind. Es wird ein Grund für die Amtsenthebung Chávez' konstruiert und ein günstiger Moment für die Opposition geschaffen, um sich als unterdrückte Masse zu präsentieren. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch westliche Medien die Darstellungen übernehmen.

So schreibt das deutsche Magazin *Der Spiegel*:

*„Mit dem Volk sang er auf Propagandaveranstaltungen revolutionäre Lieder. Doch dann ließ er auf das Volk schießen und besiegelte damit sein eigenes Ende. Ein überaus schmähliches obendrein: In den Nachtstunden zum Freitag vergangener Woche zogen Demonstranten sogar hinaus zum Flughafen der Hauptstadt Caracas, um eine Flucht von Hugo Chávez zu verhindern. (...) Und dann fielen die Schüsse, vermutlich abgegeben von jenen `Círculos Bolivarianos`, den Chávez-Fanatikern, die sich als Hüter seiner `bolivarianischen` Revolution" verstanden. Aufgehetzter politisierter Pöbel mit Pistolen. Das Ergebnis: 15 Tote, fast 100 Verletzte.*³⁴⁸

... und die österreichische Tageszeitung *Die Presse*:

*„Venezuelas Präsident Hugo Chavez gab gestern, Freitag, nicht nur seine übliche ausschweifende Rhetorik auf, sondern auch sein Amt. In einem knappen Kommuniqué teilte er mit, gemäß Artikel 233 der Verfassung sei er nun nicht mehr Präsident. Der Oberst und frühere Putschist, der 1999 regulär gewählt worden war, folgte damit einer `Aufforderung` des Militärs.*³⁴⁹

Die schnelle Abstempelung von Chávez als den Schuldigen, der für die Toten und Verletzten verantwortlich sei, ist aus journalistischer Sicht unseriös. Außer den manipulierten Bildern des Puente Llaguno gibt es zum Zeitpunkt der Ausstrahlung der Bilder keine Beweise für einen Schießbefehl auf die Demonstranten durch Chávez. Auch die am nächsten Tag verbreiteten Nachrichten wie „Sie überströmten die Straßen mit Blut“ und „Das letzte Verbrechen eines Diktators“, die die angebliche Schuld von Hugo Chávez belegen sollen, sind mehr als fragwürdig. Demnach seien in Kuba ausgebildete

³⁴⁷ Interview mit Patricia Kaiser, 12. Februar 2004

³⁴⁸ *Der Spiegel*, N° 16, 15. April 2002, S.138

³⁴⁹ <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/243829/index.do?from=suche.intern.portal> , 8. Oktober 2008

Heckenschützen in den höher gelegenen Gebäuden postiert worden, um Menschen als lebendige Zielscheiben zu missbrauchen.³⁵⁰ Die bereits am 11. April vorgenommen Verhaftungen werden von den Medien zunächst ignoriert. Erst nach dem Scheitern des Putsches werden sie von den privaten Medien öffentlich gemacht. In dieser Situation wird die Boulevardisierung der Qualitätsmedien deutlich. Nach der Wiederherstellung der Demokratie erklären die privaten Medien, die unsichere Lage auf den Straßen der Stadt hätten journalistischen Recherchen im Wege gestanden, aber man könne keineswegs über Desinformation sprechen.³⁵¹ In diesem Zusammenhang muss Erwähnung finden, dass sich viele Journalisten und Redakteure durch die Attacken von Hugo Chávez und seiner radikalen Anhänger in ihrer Arbeit behindert und sogar gefährdet sehen. So berichtet Amnesty International von Drohungen und körperlichen Attacken gegen oppositionellen Medienvertreter und Blockaden vor den jeweiligen Medienhäusern.³⁵²

Als am 13. April 2002 der Widerstand der Bevölkerung größer wird und die Unterstützung von Carmona innerhalb der Zivilgesellschaft und dem Militär zu bröckeln beginnt, kommt es in den elektronischen Medien des Landes zum berühmtesten „Black-out“ der Mediengeschichte Venezuelas. Anstatt über die Ereignisse auf den Straßen und den Rückzug der Opposition aus dem Präsidentenpalast *Miraflores* zu berichten, werden den ganzen Tag über Zeichentrickfilme und Fernsehserien gezeigt.³⁵³ Auch das staatliche Fernsehen bringt keine Berichte oder Nachrichten, denn die Anlage von VTV wurde von Oppositionellen gestürmt und vom Netz genommen.

6.2.3. Die Lahmlegung des Erdölsektors

Im Dezember 2002 wird erstmals nach dem Putschversuch vom April zu einer aktiven Gegenwehr der Opposition aufgerufen. Der Unternehmerverband FEDECAMARAS und die Gewerkschaftsführung der CTV rufen zum Generalstreik auf, wobei es sich jedoch mehrheitlich um eine Aussperrung der Arbeiter von den Industriestätten des Landes handelt. Im Zuge dessen legt ein hoher Anteil der Belegschaft der Erdölindustrie ihre Arbeit nieder. Sie berufen sich auf den Artikel

³⁵⁰ *El Universal*, N° Unbekannt, 12. April 2002, S. 1 und 12

³⁵¹ Siehe Scheer, 2004, S.87

³⁵² Siehe Amnesty International, Jahresberichte 1999 bis 2006, Frankfurt

³⁵³ Siehe Kaiser, in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2003, S.237

350 der Verfassung von 1999, um in rechtlich abgesicherter Weise einem Regime die Anerkennung zu verweigern, das gegen die Prinzipien und Garantien der Demokratie verstößt und die Menschenrechte einschränkt. Mit dieser Erklärung will man die Tatsache einer Arbeitsniederlegung umgehen, da leitende Angestellte der PdVSA kein Streikrecht haben.³⁵⁴

Auffällig in diesem Zusammenhang ist das schnelle Setzen von neuen Maßnahmen durch die Opposition, die ja immerhin geschwächt aus dem gescheiterten Putschversuch hervorgeht. Die Arbeitsniederlegung innerhalb des Erdölsektors wird größtenteils befolgt. Der staatlichen Handelsflotte wird der Zugang zu den Raffinerien versperrt und man verhindert damit den Abtransport der Produktion. In der Raffinerie El Palito legen nach der Aufforderung der Unternehmensleitung 90% der Werk tätigen die Arbeit nieder, der Rest versucht die Produktion aufrechtzuerhalten. Insgesamt beteiligen sich 19.000 Angestellte der PdVSA an dem Streik und bleiben der Arbeit fern. Da aber der Abtransport des produzierten Erdöls weiterhin blockiert wird, muss die Anlage abgeschaltet werden. Der Produktionsausfall beträgt 140.000 Barrel pro Tag und bedeutet für den venezolanischen Staat einen Verlust von insgesamt 13,5 Mrd. US-Dollar. Der Streik geht im Jänner 2003 zu Ende, und erst im Mai kann die angestrebte Förderquote erreicht werden.³⁵⁵ Die streikende Belegschaft wird entlassen. Die Zusammenarbeit von Belegschaft und Unternehmensführung beschreibt ein PdVSA-Angestellter wie folgt:

„Die Rechten haben einfach gute Politik gemacht. Da könnte jede linke Gruppe stolz darauf sein. Sie haben die Raffinerie in eine politische Arena verwandelt und jeden Tag eine Aktion gegen die Regierung organisiert. Mal sollten sich alle Leute gelbe Hemden anziehen, dann schwarze Armbinden. Die Manager haben den Kumpel gemimt, sich um die Belegschaft gekümmert, mit den Leuten am Wochenende gegrillt. Und ständig gab es Demonstrationen. So sind Unternehmensführung und Belegschaft zusammengekommen. Wir sollte das anerkennen: Die haben hier eine Organisationsarbeit hingelegt, von der wir was lernen könnten.“³⁵⁶

Die Lahmlegung der Erdölproduktion basiert auf einer Sabotage auf höchster technischer Ebene innerhalb der PdVSA. Demzufolge kommen dem venezolanischen Staat nicht nur die Manager des Unternehmens abhanden, sondern auch wichtiges technisches Personal. Von diesem Personal ist nicht nur die Steuerung der Anlagen abhängig, sondern damit sind auch Ablaufprozesse

³⁵⁴ siehe Melcher, in Sevilla und Boeckh, 2005, S.152 und 153

³⁵⁵ Siehe, Twickel, 2006, S.254

³⁵⁶ Zitiert nach Zelik, S.133

wie der Transport, das Raffinieren und die Endabnahme verbunden. Mit dieser technischen Sabotage sind aber auch profane Zerstörungen von Computeranlagen und Geräten verbunden. Die Regierung versucht mit der Einschulung von neuem Personal den Rückstand in der Produktion aufzuholen. Es dauert jedoch mehr als ein halbes Jahr bis Venezuela eine akzeptable Produktionsquote erreicht.³⁵⁷

An dem sogenannten Bürgerstreik beteiligen sich Banken, Handelsunternehmen sowie transnationale Firmen und Verarbeiter von Grundnahrungsmitteln wie der Milch- und Maisproduktion. Da der Streik zumeist von den Firmeninhabern getragen wird, kommt es zu Aussperrungen der Belegschaft. Im Bankenwesen kommt es zur Verkürzung der Öffnungszeiten. Es kommt auch zu Streikaufrufen innerhalb der Verkehrsbetriebe, diese werden aber von der großen Mehrheit nicht mitgetragen.³⁵⁸

Die dargestellten Aktionsmaßnahmen der Opposition sollen insbesondere die venezolanische Regierung und die Wirtschaft des Landes treffen. Dieses Ziel wird fast erreicht, denn die Auswirkungen des Generalstreiks sind für die wirtschaftliche Situation Venezuelas verheerend. Außerdem ist nach dem Putschversuch eine sich verstärkende Polarisierung der Bevölkerung zu beobachten. Der Rücktritt von Hugo Chávez und der MVR-Regierung wird von der Opposition jedoch nicht erreicht. Im Gegensatz zum Putschversuch vom April 2002 geht Chávez aber aus dieser Situation geschwächt hervor. Um diesen Moment für sich nutzen zu können, beginnt die Opposition bereits zu dieser Zeit mit der Ausrufung zur Abhaltung eines Referendums, das Chávez auf legale Weise zum Rücktritt zwingen soll.

6.2.4. Das Referendum zur Abwahl von Chávez

Bereits kurz nach dem gescheiterten Putsch gegen Hugo Chávez im April 2002 wird seitens der Opposition die Abhaltung eines Referendums zur Abwahl des Präsidenten diskutiert. Demgemäß werden in der Tageszeitung *El Universal* Umfrageergebnisse präsentiert, wonach 56% der Bevölkerung für die Abhaltung

³⁵⁷ siehe Melcher, in Sevilla und Boeckh, 2005, S.154

³⁵⁸ Siehe Ebda., S.153

eines Abwahlreferendums sind.³⁵⁹ Dies wird als der eigentliche Weg der Zivilgesellschaft dargestellt, den man schon immer angestrebt hatte. Die illegale Absetzung im April 2002 will man schnell vergessen machen und stellt sie als Unfall dar, und die Lahmlegung des Erdölsektors und der damit verbundene wirtschaftliche Schaden für das Land werden als notwendiges Übel bezeichnet. Durch das Referendum soll die demokratische Haltung der Opposition bewiesen werden und der autoritäre Stil von Chávez gebrandmarkt werden.

Basierend auf Artikel 72 der neuen Verfassung von 1999 geht die Opposition von der Möglichkeit aus, eine Abwahl Chávez' auf konstitutionellem Weg zu erreichen. Bereits im Februar 2003, während des Bürgerstreiks, werden dafür Unterschriften gesammelt. Da die Einreichung der Unterschriften erst ab der Hälfte der präsidenten Amtszeit möglich ist, werden diese zunächst aufbewahrt und im August 2003 der staatlichen Wahlbehörde CNE überreicht. Für die Durchsetzung der Realisierung eines Abwahlreferendums sind 20% Stimmen der wahlberechtigten Bevölkerung notwendig.³⁶⁰ Die CNE lehnt aber das Gesuch ab, da die Stimmen vor dem von der Verfassung vorgesehenen Zeitraum gesammelt worden sind.

Im Dezember 2003 kommt es zu einer weiteren Unterschriftensammlung durch die Opposition. Über die Medien werden genaue Erklärungen geliefert, wo und wann man die Unterschrift abgeben kann. Dabei werden auch Informationen geliefert, die den für Venezuela neuen Prozess erklären, denn bei der Abgabe der Unterschrift waren auch das Vorzeigen eines gültigen Personalausweises und der Daumenabdruck notwendig. Laut Opposition werden in der anberaumten Zeit 3,1 Mio. Unterschriften gesammelt und der CNE zur Begutachtung übergeben. Die Wahlbehörde akzeptiert aber nicht alle Unterschriften. Folglich werden 145.930 Unterschriften abgelehnt, weil es sich bei den Namen um Mehrfachnennungen, Verstorbene, Minderjährige und Ausländer handelt. 233.573 Unterschriften werden zur genaueren Begutachtung weitergereicht, da sie nicht den Normen entsprechen und weitere 876.000 werden auf ihre Richtigkeit überprüft, weil sie eine ähnliche Handschrift aufweisen.³⁶¹ Die hohe Zahl der Überprüfungen ruft bei der Opposition Empörung hervor und man spricht von einer Manipulation. Auch

³⁵⁹ Siehe *El Universal*, N° Unbekannt, 25. April 2002, S. Unbekannt und 26. April 2002, N° Unbekannt, S.1 und 2

³⁶⁰ <http://www.constitucion.ve/documentos/ConstitucionRBV1999-ES.pdf>, 5. Oktober 2008

³⁶¹ Siehe Azzellini, 2007, S. Unkenntlich

die neuen elektronischen Wahlmaschinen rufen Skepsis hervor und werden von der Opposition angegriffen. Nach einer langwierigen Überprüfung, in der die Bevölkerung die Möglichkeit erhält, ihre Unterschrift zu bestätigen, gibt die Wahlbehörde im Juni 2004 bekannt, dass die Opposition genügend Unterschriften eingereicht habe.

Die Zeit vor und nach der Einreichung der Unterschriften ist von verbalen Attacken auf beiden Seiten gekennzeichnet. Beide Sektoren rufen immer wieder zu Demonstrationen auf, um ihre Anhänger zu mobilisieren und die eigene Stärke hervorzuheben.³⁶² Zum Eklat kommt es, als Unterzeichner für das Referendum öffentlich gebrandmarkt werden und es auch zu Repressalien und Entlassungen kommt. Das größte Problem innerhalb des Abwahlprozesses stellen jedoch die vorher in bestimmten Punkten nicht festgesetzten Regeln dar. Demnach versuchen beide Sektoren durch die Umgehung bzw. eigene Interpretierung des Verfahrens einen günstigen Ausgang für sich selbst zu erreichen. In dieser Situation wird deutlich, dass die in der Verfassung nur allgemein gehaltenen Aussagen nicht ausreichend sind, um bestimmte Situationen zu regulieren und die CNE noch keine diesbezüglichen Lösungen ausgearbeitet hat. So gibt es keine Regelung dafür, ob man bereits vor der halben präsidentialen Amtszeit Unterschriften sammeln darf, unter welchen Kriterien die Unterschriften gesammelt werden müssen und ob der Präsident, falls er das Referendum verliert, sich wieder zur Wahl stellen darf.³⁶³

Der Wahlkampf im Sommer 2004 entwickelt sich immer günstiger für Hugo Chávez und er gewinnt schließlich mit 59,09% der Stimmen gegenüber 40,6%, die für die Abwahl Chávez' gestimmt hatten. Die Wahllenthaltung beträgt 30,08%.³⁶⁴ Die Opposition geht absolut geschwächt aus dieser Situation hervor, insbesondere, da ihre Anschuldigungen eines Wahlbetrugs seitens der OAS und den Wahlbeobachtern zurückgewiesen werden. Die daraus entstandene Isolierung wird durch die nun eingetretene politische Ausweglosigkeit verstärkt. Immerhin wurden alle – illegalen wie legalen - Mittel ausgeschöpft, um eine Amtsenthebung Chávez' zu ermöglichen. Und diese Situation wird mit den aus der Sicht der Opposition verlorenen Präsidentschaftswahlen von 2006 verschärft,

³⁶² Siehe Anhang, S.178

³⁶³ Interview mit Josef Pernestorfer, 16. Jänner 2004

³⁶⁴ Siehe http://www.cne.gov.ve/referendum_presidencial2004/, 5. Oktober 2008

bei denen Hugo Chávez mit 62,8% der Stimmen bei einer Wahlenthaltung von 25% im Amt bestätigt wird.³⁶⁵

6.3. Resümee

Auffallend ist, dass in Venezuela die Opposition zielgerichteter auf den Putsch hinarbeitet als in Chile, wo sich Teile der Opposition gegen den Staatsstreich wehren. Es ist also ein stärkerer Konflikt mancher Oppositioneller mit dieser antidemokratischen Vorgangsweise zu beobachten. Währenddessen entscheidet man sich in Venezuela rasch für einen Putsch, und erst danach folgen andere Maßnahmen, wie die Lahmlegung des Erdölsektors und das Abwahlreferendum. Dennoch kann gefolgert werden, dass in Chile und Venezuela die Opposition nicht einheitlich für einen Staatsstreich eintritt. In beiden Ländern wird die wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise des Landes als Anlass bzw. Grund für den Putsch genannt. Beide oppositionellen Bewegungen behaupten, der Staatsstreich sei unerlässlich für die weitere Zukunft des Landes gewesen, wobei insbesondere im Fall von Venezuela der Putsch als „Unfall“ dargestellt wird.

Sowohl in Chile als auch in Venezuela wird der durch die Regierung verursachten Situation die Schuld am militärischen Aufstand gegeben. Auf beiden Seiten sind es bewaffnete zivile Regierungsanhänger, die angeblich die Sicherheit des Landes gefährden und den Putsch sozusagen provozieren. In diesem Zusammenhang kann bezüglich Venezuela eher von einer bürgerkriegsähnlichen Situation gesprochen werden als in Chile. Zwar finden sich in beiden Ländern zivile Gruppen, die bewaffnet sind, aber in Chile kommt es zu keinen direkten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den UP-Anhängern und ihren Gegnern. Es sind eher Anschläge auf bestimmte Ziele zu beobachten. In diesem Kontext ist die feste Verankerung von unabhängig agierenden bewaffneten Gruppen im heutigen Venezuela als ein Spiegelbild der zerklüfteten Situation der Armee bei ihrer Entstehung zu sehen. Gewiss kann die heutige Situation nicht mit den früheren kriegerischen Auseinandersetzungen gleichgesetzt werden, dennoch stellen diese Gruppen, die zumeist eine Nähe zur Nationalgarde und zur Stadtpolizei aufweisen, einen Machtfaktor dar.

³⁶⁵ Siehe http://www.cne.gov.ve/divulgacionPresidencial/resultado_nacional.php, 5. Oktober 2008

Die Vorgangsweise der Medien ist im Grunde identisch. Sicherlich kann der Faktor Fernsehen aufgrund der Bedeutung dieses Mediums zu Zeiten der UP mit dem Fernsehen im heutigen Venezuela nicht verglichen werden. Aber bereits auf der Ebene der Printmedien sind die Maßnahmen identisch. Obwohl mehr als 30 Jahre zwischen den Ereignissen vorliegen, berichten Zeitungen in Chile und Venezuela über die endlich wieder gewonnene Freiheit, die zukünftigen Maßnahmen der Junta, die Gründe warum der Putsch notwendig war und wie schrecklich die Unterdrückung unter den Reformbewegungen gewesen sei. Die Desinformation der Bevölkerung nach dem Putsch spielt dabei eine große Rolle und soll zur allgemeinen Ruhigstellung und der erfolgreichen Etablierung des neuen Regimes dienen. Im Hintergrund geben die Medieninhaber die redaktionelle Leitlinie der Berichte vor. Im Gegensatz zu Venezuela ist aber die Bereitschaft der ausländischen Medien im Fall von Chile größer, die kursierenden Berichte zu hinterfragen und selbst zu recherchieren. Die unüberlegte Wiedergabe der Berichte aus Venezuela kann mit unterschiedlichen Faktoren erklärt werden. Erstens kann man die Annahme aufstellen, die heutigen Medien seien in Zeiten von Internet und Fernsehen auf die schnelle Wiedergabe von Meldungen angewiesen. Zweitens kann man davon ausgehen, dass Salvador Allende trotz seiner umstrittenen Rolle in der chilenischen Politik ein größeres Ansehen innerhalb der westlichen Medien hatte und daher über seinen Tod und der brutalen Niederschlagung der Demokratie genauer berichtet wurde. Andererseits wird Hugo Chávez als bizarre Figur wahrgenommen und sein angeblicher Rücktritt wird ungefragt als Nachricht wiedergegeben. In der Folge wird in Chile eine von der Zensur abhängige Medienlandschaft etabliert, die sich mit der Diktatur auf die Art und Weise ihrer Berichterstattung einigt. Auf der anderen Seite agieren die Medien in Venezuela auf ähnliche Weise wie vor dem Putschversuch weiter.

Die Verfolgung von politischen Gegnern ist in beiden Ländern gegeben, kann aber in ihrer Brutalität nicht unterschiedlicher sein. Die Streitkräfte in Chile gehen gezielt, taktisch und perfekt organisiert vor und leisten sich aus militärischer Sicht keine Fehler. Insbesondere die Bombardierung des Präsidentenpalastes zeigt den Willen der Putschisten zur Entmachtung der Regierung. Auch die systematische Verfolgung von Andersdenkenden beginnt bereits in den Stunden des Staatsstreiches zu wirken. In Venezuela präsentieren

sich die Streitkräfte gespalten in ihrem Willen, den Putsch durchzuführen. Zwar kündigen sämtliche Generäle der Streitkräfte dem Präsidenten die Gefolgschaft, aber sie selbst haben sich nicht den Rückhalt in den unteren Rängen gesichert. Auch ist auffallend, dass die Entmachtung an sich ohne bewaffnete Auseinandersetzung vor sich geht. Die Verfolgung von Regierungsanhängern verläuft eher willkürlich und hat einen weniger brutalen Charakter als in Chile. Hinsichtlich dieser Tatsache ist die größte Diskrepanz zwischen Chile und Venezuela zu beobachten. Während man in Chile von einer militärischen Aktion auf Basis der Doktrin der Nationalen Sicherheit ausgehen kann, ist in Venezuela eine militärische Reaktion auf die herrschende Situation ohne ideologische Vorgabe zu beobachten. Der Grund für diesen Unterschied ist nicht ausschließlich in der Beziehung der jeweiligen Präsidenten zum Militär zu finden, sondern vielmehr in der historischen Entwicklung, Etablierung und Strukturierung der Streitmächte in Chile und Venezuela.

Bei beiden Staatsstreichen ist die Dominanz der Wirtschaftstreibenden gleich stark ausgeprägt. Sie sind der Motor, der die Opposition antreibt und am Laufen hält. Insbesondere in der Entscheidung selbst haben die politischen Parteien kaum Einfluss auf die putschistischen Aktionen der Militärs. Demnach ist hier eine stärkere Dominanz der Wirtschaft zu beobachten. Das wird auch deutlich, da die ideologische Ausrichtung der beiden Reformbewegungen doch unterschiedlich ist, sie jedoch beide in ähnlicher Intensität von Vertretern des wirtschaftlichen Sektors angegriffen werden.

CONCLUSIO

Die für mich überraschendste Erkenntnis dieser Arbeit sind die Ergebnisse der Analyse der Opposition. Obwohl sich die Reformbewegungen in unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Kontexten entwickeln, sind ihre Methoden und Maßnahmen gleichzusetzen. In beiden Ländern besteht dabei eine enge Verbindung zwischen privater Unternehmerschaft und den Militärs. Immerhin kommt es nach der Etablierung der Junta in Chile zu einer engen Zusammenarbeit zwischen den Streitkräften und Wirtschaftstreibenden mit dem Ziel der Institutionalisierung von neoliberalen Strukturen in der chilenischen Wirtschaft. Auch in Venezuela ist diese Verbindung zu beobachten, wobei hier das Militär nicht als Einheit operiert. Aus den Darstellungen und Untersuchungen bezüglich dieses Faktors kann der Schluss gezogen werden, dass die Welt der Wirtschaft keine alternativen politischen und wirtschaftlichen Modelle zulassen möchte. Die Versuche einer Aufstellung anderer gesellschaftlicher Systeme werden als Bedrohung der freien Marktwirtschaft angesehen und mit dem Stempel „antidemokratisch“ und „antiliberal“ versehen. Um diesen angestrebten Veränderungen entgegenzuwirken, werden Gegenmaßnahmen entwickelt, die die Arbeit der Reformbewegungen blockieren sollen. Interessant erscheint dabei, dass die auf wirtschaftlicher Ebene gemäßigte Politik von Hugo Chávez eine ähnliche Reaktion verursacht wie die extremere Wirtschaftspolitik von Salvador Allende. Von dieser Tatsache kann man ableiten, dass aufgrund der heute herrschenden Wirtschaftsform des Neoliberalismus noch stärker gegen alternative Konzepte vorgegangen wird. Die weltweite Vereinheitlichung der wirtschaftlichen aber auch gesellschaftlichen Lebensformen ist derart dominierend, dass bereits eine Suche nach Alternativen kritisiert und attackiert wird.

Die Interessen dieser vereinheitlichten Welt werden dabei innerhalb der Bevölkerung in beiden Ländern vor allem von der Mittel- und Oberschicht mitgetragen. Sie sind es, die die liberale Welt von früher verteidigen. Auf der anderen Seite stehen größtenteils die bisher ausgegrenzten Bevölkerungsteile. Diese Ausgrenzung besteht in Chile insbesondere auf politischer, aber auch sozialer Ebene, während sie in Venezuela ausschließlich auf sozialer Ebene

passiert. Die Bildung von gegnerischen Polen innerhalb der Bevölkerung ist ein Ausdruck einer bereits bestehenden Problemstellung der jeweiligen Länder. Durch die politischen Umbrüche wird diese Problematik schließlich nach außen gekehrt. Die private Bewaffnung auf beiden Seiten ist in beiden Ländern gegeben und ist als treibender Faktor anzusehen, der insbesondere in Venezuela zu Bürgerkriegssituationen führt. Die oppositionellen, aber auch die regierungsnahen Medien vermitteln dabei nicht nur das Bild dieser polarisierten Gesellschaft, sondern schüren auch die Entzweiung des Landes.

Inwieweit nun die genannten Reformbewegungen als antidemokratisch zu bewerten sind, ist aufgrund der sehr divergierenden herrschenden Einschätzungen schwer zu beurteilen. Es konnte aber aufgezeigt werden, dass es innerhalb der Reformbewegungen antidemokratische Tendenzen gibt. Diese Tendenzen, aber auch die Etablierung von neuen staatlichen Institutionen und politischen Abläufen dienen als Angriffsfläche und machen die Reformbewegungen für viele suspekt. Den reformistischen Kräften aber den Vorwurf zu machen, sie hätten das Ziel, das jeweilige demokratische System in eine totalitäre Gesellschaftsform umzuwandeln, erscheint falsch. Auch ist anzumerken, dass die vor dem Amtsantritt der neuen Präsidenten herrschenden Regierungsformen als eingeschränkte Demokratien bezeichnet werden können, die mit Benennungen wie „stabil“ oder „vorbildhaft“ schöngeredet werden. Hier ist bei der Situation der Demokratie vor dem Sieg der Reformbewegungen zu beobachten, dass diese oft aufgrund von Faktoren wie freier Handel oder regelmäßige Wahlen derart bewertet werden, und dabei auf Faktoren wie die Lage der Menschenrechte oder die Art und Weise, wie die Wahlen vor sich gehen, vergessen wird.

Die Beurteilung, in welche politische Richtung die Putschisten gehen, ist insbesondere im Fall von Venezuela schwer zu beurteilen. Während in Chile vor und nach dem Staatsreich rechtsradikale Tendenzen sichtbar werden, ist die Situation in Venezuela diffuser. Immerhin wird die Opposition auch von Parteien mit sozialdemokratischem Hintergrund mitgetragen. Bei oberflächlicher Betrachtung handelt es sich um zivile Gruppierungen, die nach liberalen Werten streben. Geht aber die Analyse tiefer, wird deutlich, dass auch rassistische Elemente und klassenbewusstes Schichtdenken eine Rolle spielen. Demgemäß

können also Teile der Opposition in Venezuela als neokonservativ beurteilt werden, was ihr Streben nach der Rückkehr ihrer gesellschaftlichen und politischen Rolle betrifft. So gesehen ist in Chile der Konflikt, der in die Umbrüche der 1960er und 1970er Jahre eingebettet ist, als ein Clash der Rechtskonservativen mit der progressiven Linken zu sehen; im Venezuela des neuen Jahrtausends geht es hingegen um den Konflikt zwischen liberalen Systemerhaltern und traditionsbewussten Reformern.

BIBLIOGRAPHIE

ALI Tariq: Piraten der Karibik – Die Achse der Hoffnung, Heinrich Hugendubel Verlag, München, 2007

ALVAREZ E. Angel, FERNANDEZ TORO Julio und QUINTIN Antonio: Los Desafios de la Institución Presidencial en Venezuela – Gobernalidad democrática y reforma constitucional del sistema de gobierno, UCV, Caracas, 1999

ANGELL Alan: Chile seit 1920, in: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas, BERNECKER Walther et al. (Hrsg.), Band 3, Bernecker Walther et al. (Hrsg.), Klett-Cotta Verlag, Stuttgart, 1996

ARROYO Gonzalo: Der Putsch und die Kirche in Chile, Stimme-Verlag, Mainz, 1974

AZOCAR GARCIA Oscar: Fuerzas Armadas, democracia y alternativas al neoliberalismo en América Latina, Edición ICAL/ FRL, Santiago de Chile, 2005

AZZELLINI Dario: Venezuela Bolivariana – Revolution des 21. Jahrhunderts?, ISP Verlag, Köln, 2006

BATTAGLINI Oscar: La Democracia en Venezuela – Una historia de potencialidades no realizadas, FACES UCV, Caracas, 2001

BENITEZ Hermes: Las muertes de Salvador Allende – Insospechables detalles, incógnitas y enigmas de las últimas horas del Presidente, RIL editadores, Santiago de Chile, 2006

BORIS Dieter, BORIS Elisabeth und EHRHARDT Wolfgang: Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Pahl-Rugenstein, Köln, 1971

BORIS Dieter, SCHMALZ Stefan und TITTOR Anne (Hrsg.): Lateinamerika - Verfall neoliberaler Hegemonie?, VSA, Hamburg, 2005

BOSSLE Lothar: Allende und der europäische Sozialismus, Seewald, Stuttgart, 1975

BRITTO GARCIA Luís: Venezuela – Investigaciones de unos medios por encima de toda sospecha, Fondo Editorial Question, Caracas, 2003

BURCHARDT Hans-Jürgen: Zeitenwende – Politik nach dem Neoliberalismus, Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2004

CLEARY Eda: Frauen in der Politik Chiles - Zur Emanzipierung chilenischer Frauen während der Militärdiktatur Pinochets, Alano Verlag, Aachen, 1988

COLLIER Simon: A history of Chile 1808 - 1994, Cambridge University Press, Cambridge, 1996

CORVALAN Luis: Der andere 11. September – Der Mord an Allende und Tausend Chilenen vor 30 Jahren, Spotless Verlag, Berlin, 2003

DEL CAMPO Consuelo: Der Fall Pinochet und seine Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozess in Chile, Dipl.Arb., Wien, 2002

DIEHL Oliver und MUNO Wolfgang (Hrsg.): Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?, Vervuert Verlag, Frankfurt am Main, 2005

DULLEMOND Carsten und WILKE Jürgen (Hrsg.): Massenmedien in Lateinamerika, Band 3, Vervuert, Frankfurt, 1996

ELLNER Steve und HELLINIGER Daniel (Hrsg.): La política venezolana en la época de Chávez, Editorial Nueva Sociedad, Caracas, 2003

ESCALANTE GARCIA Yellice: La crisis de la democracia venezolana y el proyecto político de Hugo Chávez, Dipl.Arb., Caracas, 2000

ESCHENHAGEN Wieland (Hrsg.): Revolution und Konterrevolution in Chile, Luchterhand, Darmstadt, 1974

ESPINOZA Fernando: Gesellschaftliche Krise, Streitkräfte und direkte Militärintervention - Bestimmungsfaktoren und Folgen direkter Militärinterventionen der chilenischen Streitkräfte, Diss., Münster, 1983

FALCOFF Mark: Modern Chile 1970 - 1989 - A critical history, Transaction Publishers, New Jersey, 1989

FAÚNDEZ Julio: Marxism and Democracy in Chile - from 1932 to the fall of Allende, Yale University Press, London, 1988

FERRERO Mary (Hrsg.): Chávez y el movimiento sindical en Venezuela, Alfa Grupo Editorial, Caracas, 2002

FRANCES Antonio und MACHADO ALLISON Carlos (Hrsg.): Venezuela – La crisis de abril, Ediciones IESA, Caracas, 2002

GARCIA Fernando Diego und SOLA Oscar (Hrsg.): Salvador Allende: das Ende einer Ära, Aufbau-Verlag, Berlin, 1998

GARCIA MARQUEZ Gabriel et al. (Hrsg.): El fenómeno Hugo Chávez - La Revolución venezolana, Editorial Aún creemos en los sueños, Santiago de Chile, 2004

GOLINGER Eva: The Chávez Code – Cracking U.S. Intervention in Venezuela, Pluto, London, 2007

HAREIDE Dag: Chile - Ein Lehrstück für Westeuropa?, Verlag Arbeitswelt, Berlin, 1975

HASLAM Jonathan: The Nixon Administration and the Death of Allende´s Chile, Verso, London, 2005

HEINRICH Brigitte (Hrsg.): International Telephone and Telegraph Corporation: Betrifft: Chile – die ITT-Dokumente, Edition Mega, Frankfurt, 1972

HERRNBÖCK Julia: Die Rolle der Medien in Demokratisierungsprozessen am Beispiel Venezuela, Dipl.Arb., Wien, 2006

HEYNOWSKI & SCHEUMANN (Hrsg.), HELLMICH Peter: Operación silencio - Chile nach Salvador Allende, Verlag der Nation, Berlin, 1974

HOFMEISTER Wilhelm: Chile – Option für die Demokratie, Schöningh, Paderborn, 1995

HOLTMANN Everhard (Hrsg.): Politik-Lexikon, Oldenburg, München, 2000

HUNEEUS Carlos: Der Zusammenbruch der Demokratie in Chile, Esprint Verlag, Heidelberg, 1981

IRWING Domingo und LANGUE Frédérique (Hrsg.): Militares y poder en Venezuela – Ensayos históricos vinculados con las relaciones civiles y militares venezolanas, Universidad Católica Andrés Bello, Caracas, 2005

IZQUIERDO Gonzalo (Hrsg.): Historia de Chile Vol. III, Edición Andres, Santiago de Chile, 1990

JANSSEN Ewald: Ursachen und Folgen des Salpeterkrieges unter besonderer Berücksichtigung der britischen Interessen, Peter Lang Verlag, Frankfurt, 1984

KOLLEKTIV p.i.s.o. 16 (Hrsg.): Venezuela – Welcome to our Revolution – Innenansichten des bolivarianischen Prozesses, Gegen den Strom Verlag, München, 2004

KORNBLUH Peter: Pinochet – Los archivos secretos, Memoria Critica, Barcelona, 2004

LANDER Luís (Hrsg.): Poder y petróleo en Venezuela, Faces-UCV/ PDVSA, Caracas, 2003

LAWREZKI Josef: Salvador Allende, Verlag Neues Leben, Berlin, 1975

LUCENA Hector: Sindicatos y nuevos movimientos sociales en America Latina, in: Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina, DE LA GARZA TOLEDO Enrique et al. (Hrsg.), CLACSO; Buenos Aires, 2005

MARTINEZ SOSA Rita Angélica: Análisis situacional del discurso de Hugo Chávez - Presidente de Venezuela, Dipl.Arb., Caracas, 1999

Mc DONALD Ronald H. und RUHL Mark J.: Party Politics and Elections in Latin America, Westview Press, London, 1989

MIRES Fernando: Die Militärs und die Macht – Thesen zum Fall Chile, Rotbuch Verlag, Berlin, 1975

MÜLLER ROJAS Alberto: Época de Revolución en Venezuela, Solar Ediciones, Caracas, 2001

NADERHIRN Hannes: Revolutionäre Visionen Ibero-Amerikas von Simón Bolívar bis Hugo Chávez, Dipl.Arb., Wien, 2007

NEUBERGER Günter und OPPERSKALSKI Michael : CIA in Mittelamerika, LAMUV Verlag, Bornheim-Merten, 1983

NOHLEN Dieter: Chile - Das sozialistische Experiment, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 1973

NOHLEN Dieter: Feuer unter der Asche – Chiles gescheiterte Revolution, Signal Verlag, Baden-Baden, 1974

NOHLEN Dieter (Hrsg.): Politische Begriffe, Band 7, C.H. Beck Verlag, München, 1998

NOHLEN Dieter und SCHULTZE Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1 und 2, München, 2002, C.H. Beck-Verlag, München, 2002

NOLTE Detlef: Zwischen Rebellion und Integration, Verlag Breitenbach Publishers; Saarbrücken, 1986

ORGANISACION DE LOS ESTADOS AMERICANOS (Hrsg.): Observación electoral en la República Bolivariana de Venezuela 2000: Elecciones generales, OEA, Washington D.C., 2001

ORTEGA Esthela (Hrsg.): 4-F en 60 Días y 4 Diarios, Universidad de Zulia, Maracaibo, 1992

PRAHER Margit: Chile von der Kolonialherrschaft zur Militärdiktatur, Dipl.Arb., Wien, 1986

PETRAS James: Chilean Christian Democracy - Politics and Social Forces, University of California Press, Berkley, 1967

PUELMA Mario: Chile 1970 – 1973, Die Zerschlagung einer Demokratie, Verlag SOI Bern, Bern, 1975

RABY D.L.: Latin America and Socialism Today, Pluto Press, London, 2006

RAMIREZ Edgardo: El Rol del petróleo en la política exterior de Hugo Chávez, Dipl.Arb., Caracas, 2002

RAMÍREZ NECOCHEA Hernán: Historia del movimiento obrero en Chile, Talleres Gráficos Lautaro, Santiago de Chile, 1956

RIOS MUNOZ Juan: Die Macht der Presse in Chile – Kommunikationsgeschichtliche Relevanz der Pressekampagne der Zeitung `El Mercurio´ zum Sturz der Regierung Allendes 1970 – 1973, Diss., Münster, 1984

RIVAS SANCHEZ Fernando: Die Streitkräfte Chiles - Ein Fall imperialistischer Durchdringung, Globus Verlag, Wien, 1977

RODRIGUEZ Aivy: La propaganda política de Hugo Chávez Frías en la campaña electoral de 1998, Dipl.Arb., Caracas, 1999

ROJAS Reinaldo: Histografía y política sobre el tema bolivariano, Fondo Editorial Buria, Barquisimeto, 1999

SATER William: Chile and the United States - Empires in conflict, The University of Georgia Press, Athens/ Georgia, 1990

SALAMANCA Luís: Obreros, Movimiento Social y Democracia en Venezuela, UCV, Caracas, 1998

SANIN [Pseudonym]: Venezuela Saudita, Vadell Hermanos Editores, Valencia, 1978

SCHEER André: Kampf um Venezuela – Hugo Chávez und die Bolivarianische Revolution, Neue Impulse Verlag, Essen, 2004

SCHRAMMEL Julia: Die chilenische Medienlandschaft unter Allende und Pinochet im Transformationsprozess, Dipl.Arb., Salzburg, 2007

SELSER Gregorio: Salvador Allende y los EEUU - La CIA y el golpe militar de 1973, CELASA, Guadalajara, 1989

SEVILLA Rafael und BOECKH Andreas (Hrsg.): Venezuela – Die Bolivarische Republik, Horlemann Verlag, Bad Honnef, 2005

SOTO Oscar: El último día de Salvador Allende, Ediciones El País, Madrid, 1998

TREMAMUNNO Marinellys (Hrsg.): Chávez y los medios de comunicación social, Alfadil Ediciones, Caracas, 2002

TWICKEL Christoph: Hugo Chávez – Eine Biografie, Verlag Lutz Schulenburg, Hamburg, 2006

USLAR PIETRI Arturo: Golpe y Estado en Venezuela, Grupo Editorial Norma, Bogota, 1992

VARIOS AUTORES: PDVSA y el Golpe, Editorial Fuentes, Caracas, 2003

VELASQUEZ RIVERA Edgar de Jesus: El golpe de estado en Venezuela, Ediciones Antropos, Bogota, 2003

VERDUGO Patricia: Allende – Como la Casa Blanca provocó su muerte, Catalonia Ltda., Santiago de Chile, 2003

VIAL CORREA Gonzalo: Chilenos del Bicentenario – Salvador Allende / Augusto Pinochet, El Mercurio, Santiago de Chile, 2007

VILLARROEL MORENO Katia: Die Arbeiterbewegung Chiles - unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und frauen-emanzipatorischen Entwicklung des Landes, Dipl.Arb., Wien, 2002

WALDMANN Peter (Hrsg.): Staatliche und parastaatliche Gewalt in Lateinamerika, Vervuert, Frankfurt, 1991

WANGENKNECHT Sarah (Hrsg.): Aló Presidente – Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft, Edition Ost, Berlin, 2004

WARTHA Sabine: Chile nach der Pinochet Ära, Dipl.Arb., Völs, 1992

WILPERT Gregory (Hrsg.): Coup against Chávez in Venezuela – The best International Reports of What really happened in April 2002, Fundación Venezolana para la Justicia Global / Fundación por un Mundo Multipolar, Caracas, 2003

WILPERT Gregory: Changing Venezuela by taking power: the history and policies of the Chávez government, Verso, London, 2007

ZARRAGA VERHOOK Rosell Verónica: Redefinición del papel de la Fuerza Armada en el gobierno de Hugo Chávez Frías, Dipl.Arb., Caracas, 2001

ZEITLIN Maurice: The civil wars in Chile, Princeton Univ. Press, Princeton, 1984

ZELIK Raul, BITTER Sabine und WEBER Helmut: „Made in Venezuela – Notizen zur `bolivarianischen Revolution´“, Assoziation A, Berlin, 2004

ZEUSKE Michael: Kleine Geschichte Venezuelas, Verlag C.H. Beck, München, 2007

PERIODIKA

Amnesty International, Jahresbericht, 2002 bis 2006, Frankfurt am Main

El Nacional, Caracas, 2004, Ausgaben 20. Jänner bis 25. Jänner, N°21690 - 21695

El Universal, Caracas, 2002, Ausgaben 10. April bis 23. April, N° Unbekannt, sowie 25. Jänner 2004 bis 30. Jänner 2004, N°33959 - 33963

Encuadre – Revista de Cine y de Medios Audiovisuales, Caracas, 2002, N° 75

La Nación – Sonntagsbeilage: Pinochet – Oposición y Cultura de la Resistencia, Santiago de Chile, 2006, Ausgabe vom 31. Dezember, N° Unbekannt

Lateinamerika Nachrichten, Berlin, 2002, Mai, N° 335

Matices – Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal, Köln, 2006, Jahrgang 13, Heft 51

NACLA – Report on the Americas, New York, 2000, Vol. XXXII, May/June, N° 6

NACLA – Report on the Americas, New York, 2003, Vol. XXXII, July/August, N° 1

Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, UCV, 2003, Vol. 9, N° 1

Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, Caracas, UCV, 2003, Vol. 9, N° 3

SIC, Caracas, Centro Gumilla, 2002, April, N° 643

Südwind – Magazin für internationale Politik, Kultur und Entwicklung, Wien, 2005, Juli/ August, Nr. 7 – 8

Últimas Noticias, Caracas, 2004, Ausgabe vom 24. Jänner, N° 25263

Vea, Santiago de Chile, 1973, Ausgabe vom 28. September, N° 1785

INTERNET

<https://www.cia.gov/library/>
Daten und Fakten

<http://www.cne.gov.ve>
Wahlbehörde Venezuelas, Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen bis 2006 sowie des Referendums zur Abwahl des Präsidenten 2004

<http://www.constitucion.ve/documentos/ConstitucionRBV1999-ES.pdf>
Venezolanische Verfassung

http://en.wikipedia.org/wiki/Military_of_Venezuela
Artikel über das venezolanische Militär

<http://eleccion.atspace.com/>
Wahlergebnisse Chile von 1823 bis 2008

<http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik>
Kurzanalysen zu Lateinamerika

<http://diepresse.com>
Archiv Die Presse

<http://psrdc.org/archivo/informaciones44.htm#Entrevista%20con%20Isabel%20Allende>
Seite der Sozialdemokratischen Partei Kubas – Interview mit Isabel Allende

<http://wissen.spiegel.de/wissen/archiv/galerie/galerie.html?q=SP>
Archiv Der Spiegel

<http://www.zeit.de/archiv/index>
Archiv Die Zeit

INTERVIEWS

Arbeitsgespräch mit Prof. René Kuppe, Professor am Institut für Rechtsphilosophie, Religion- und Kulturrecht der Universität Wien, Wien, 10. Juli 2003

Interview mit Josef Pernestorfer, Wahlbeobachter in Venezuela, Wien, 16. Jänner 2004

Gespräch mit seiner Exzellenz Gustavo Márquez Marín, Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela in Wien, Wien, 6. Oktober 2003

Interview mit Virgilio Chavez, Abgeordneter der MVR, Caracas, 9. Februar 2004

Interview mit Alberto Rojas, General a.D. und Experte für Militärfragen, ehemaliger Vorsitzender von PPT, Caracas, 10. Februar 2004

Interview mit Patricia Kaiser, Lehrbeauftragte für Filmkunst an der Universidad Central de Venezuela, Caracas, 12. Februar 2004

Interview mit Prof. Dick Parker, Professur für Lateinamerikanische Studien an der Universidad Central de Venezuela, Caracas, 13. Februar 2004

Gespräch mit ehemaligen Bergbauarbeiter der Mine Chuquicamata und Gewerkschaftsmitglied, Wien, 18. Juli 2008 (Anonymität wurde zugesichert)

- Protokolle und Aufnahmen der Interviews liegen bei der Autorin auf.
- Protokolle der Medienbeobachtung in Caracas liegen bei der Autorin auf. Es wurden die TV-Sender Globovisión, Televen, Venevisión und Venezolana de Televisión hinsichtlich ihrer innenpolitischen Berichterstattung im Zeitraum von 22. Jänner bis 3. Februar 2004 beobachtet.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AD	<i>Acción Democrática</i> Demokratische Aktion
ALBA	<i>Alternativa Bolivariana para las Américas</i> Bolivarische Alternative für das amerikanische Kontinent
ANC	<i>Asamblea Nacional Constituyente</i> Nationale verfassungsgebende Versammlung
API	Acción Popular Independiente Unabhängige Volksaktion
BID	Banco Interamericano de Desarrollo Interamerikanische Bank für Entwicklung
Causa R LCR	<i>La Causa Radical</i> Die radikale Sache
CEMA	<i>Centros de Madres</i> Mütterzentren
CIA	Central Intelligence Agency
CNE	Consejo Nacional Electoral Nationale Wahlbehörde
CNI	<i>Central Nacional de Inteligencia</i> Nationale Nachrichtenzentrale
CODELCO	<i>Corporación del Cobre</i> Staatliche chilenische Kupferorganisation
COPEI	<i>Comité de Organización Política Electoral Independiente</i> Komitee zur Organisierung Unabhängiger Wahlpolitik
CPC	<i>Confederación de la Producción y del Comercio</i> Verband für Produktion und Handel
CTC	<i>Confederación de Trabajadores del Cobre</i> Gewerkschaft der Kupferarbeiter
CTV	<i>Confederación de Trabajadores de Venezuela</i> Konföderation der Arbeiter Venezuelas
CUT	<i>Central Única de Trabajadores de Chile</i> Chilenische Gewerkschaftszentrale

DIM	<i>Dirección de Inteligencia Militar</i> Militärischer Geheimdienst
DINA	<i>Dirección de Inteligencia Nacional</i> Nationale Nachrichtendirektion
EBR-200	<i>Ejercito Bolivariano Revolucionario 200</i> Bolivarische Revolutionäre Armee 200
FAN	<i>Fuerza Armada Nacional (de Venezuela)</i> Nationale Streitkräfte (Venezuelas)
FARC	<i>Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia</i> Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens
FBT	<i>Fuerza Bolivariana de Trabajadores</i> Bolivarische Kraft der Arbeiter
FECH	<i>Federación de Estudiantes de Chile</i> Chilenischer Studentenverband
FEDECAMARAS	<i>Federación de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción de Venezuela</i> Venezolanische Kammer für Handel und Produktion
FFAA	<i>Fuerzas Armadas (de Chile)</i> Streitkräfte (Chiles)
FNCI	<i>Federación Nacional Campesina e Indígena</i> Nationale Vereinigung der Landarbeiter und Eingeborene
FRAP	<i>Frente de Acción Popular</i> Chilenische Volksfront
IC	<i>Izquierda Cristiana</i> Christliche Linke
ITT	International Telephone and Telegraph Company
JAP	<i>Junta de Abastecimientos y Precios</i> Komitee zur Lebensmittelversorgung und Preiskontrolle
MAPU	<i>Movimiento de Acción Popular Unitaria</i> Bewegung der vereinten Volksaktion
MAS	<i>Movimiento al Socialismo</i> Bewegung zum Sozialismus
MBR 200	<i>Movimiento Bolivariano Revolucionario 200</i> Bolivarische Revolutionäre Bewegung 200
MEP	<i>Movimiento Electoral del Pueblo</i> Wahlbewegung des Volkes

MIR	<i>Movimiento de Izquierda Revolucionaria</i> Bewegung der Revolutionären Linken
MVR	<i>Movimiento Quinta República</i> Bewegung Fünfte Republik
NED	National Endowment for Democracy
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
PCCH/ PC	<i>Partido Comunista de Chile</i> Kommunistische Partei Chiles
PCV	<i>Partido Comunista de Venezuela</i> Kommunistische Partei Venezuelas
PDCH/ PD	<i>Partido Democrático de Chile</i> Demokratische Partei Chiles
PDCCH/ DC	<i>Partido Demócrata Cristiano de Chile</i> Christdemokratische Partei Chiles
PdVSA	<i>Petróleos de Venezuela SA.</i> Venezolanische Erdölgesellschaft
PJ	<i>Primero Justicia</i> Gerechtigkeit Zuerst
PLCH/ PL	<i>Partido Liberal de Chile</i> Liberale Partei Chiles
PM	<i>Policía Metropolitana</i> Stadtpolizei
PNCH/ PN	<i>Partido Nacional de Chile</i> Nationale Partei Chiles
POSCH/ POS	<i>Partido Obrero Socialista de Chile</i> Sozialistische Arbeiterpartei Chiles
PPT	<i>Patria Para Todos</i> Vaterland für Alle
PRCH/ PR	<i>Partido Radical de Chile</i> Radikale Partei Chiles
PRV	<i>Partido de la Revolución Venezolana</i> Partei der Venezolanischen Revolution

PSCH/ PS	<i>Partido Socialista de Chile</i> Sozialistische Partei Chiles
PSA	<i>Partido Socialista Autentico</i> Authentische Sozialistische Partei
PSP	<i>Partido Socialista Popular</i> Sozialistische Volkspartei
SOFAFA	<i>Sociedad de Fomento Fabril</i> Chilenische Inudstriellenvereinigung
UNT	<i>Unión Nacional de Trabajadores</i> Nationale Arbeiterunion
UP	<i>Unidad Popular</i> Volkseinheit/ Volksfront
URD	<i>Unión Republicana Democrática</i> Demokratisch-republikanische Union
USAID	US Agency for International Development

Flugblatt mit Aufruf zur Denunzierung von politisch andersdenkenden Personen.

Quelle: Heynowski & Scheumann (Hrsg.), Hellmich Peter, Operación silencio - Chile nach Salvador Allende, Berlin, 1974, S.52

¡CHILENOS!

La patriótica contribución de todos los ciudadanos facilitará la eliminación de los extremistas que aún permanecen en la capital.

Ellos son extranjeros sin patria y algunos chilenos fanatizados, que no ven más allá de su odio y ansias de destrucción.

¡DENUNCIELOS! PROPORCIONANDO ANTECEDENTES CONCRETOS Y OPORTUNOS A LOS SIGUIENTES TELEFONOS O CONCURRIENDO PERSONALMENTE A CUALQUIERA UNIDAD MILITAR.

SI UD. VIVE EN LAS COMUNAS		LLAME A LOS TELEFONOS			
RENCA		TELEF.:	373677		
CONCHALI			374141		
QUILICURA			374166		
PROVIDENCIA		TELEF.:	480742		
LAS CONDES					
ÑUÑO A			283393		
LA REINA			484100		
SANTIAGO		TELEF.:	85623	65271	anexo 622
QUINTA NORMAL			63567		618
BARRANCAS					270
MAIPU			710562		524
			60652		
SAN MIGUEL	583684		567413		581010
LA CISTERNA	582176		513901	584255	
LA GRANJA	581352		581645		
LA FLORIDA		TELEF.:	Pte. Alto		Nº 222
PUENTE ALTO					29
SAN BERNARDO		TELEF.:	591169		
			591967		
FUERA DE SANTIAGO		TELEF.:	65271	Anexos 618 o 622	
		o Unidad	Militar	más cercana.	

Se mantendrá la más absoluta reserva de quienes proporcionen informaciones.
No tema las amenazas de los extremistas. LA LEY y la JUSTICIA están de su parte.
Quien sea sorprendido amenazando a un ciudadano será sometido a la pena máxima en los Tribunales en Tiempo de Guerra.

Recuerde que los ciudadanos indiferentes ayudaron con su pasividad a que el marxismo casi destruyera CHILE.

**CIUDADANO, CONTRIBUYE A LIMPIAR TU PATRIA DE INDESEABLES
JEFATURA ESTADO SITIO SANTIAGO**

Titelblatt der venezolanischen Tageszeitung *El Nacional*

El Nacional, Caracas, 24. Februar 2004, N° 21.693

• Fue detenido el beisbolista Ugueth Urbina por disparar al aire

EL NACIONAL



SÁBADO 24
enero de 2004

FUNDADO EN 1943-CARACAS-VENEZUELA

http://www.el-nacional.com
DEPÓSITO LEGAL PP 194301 DF45
AÑO LXI N° 21.693

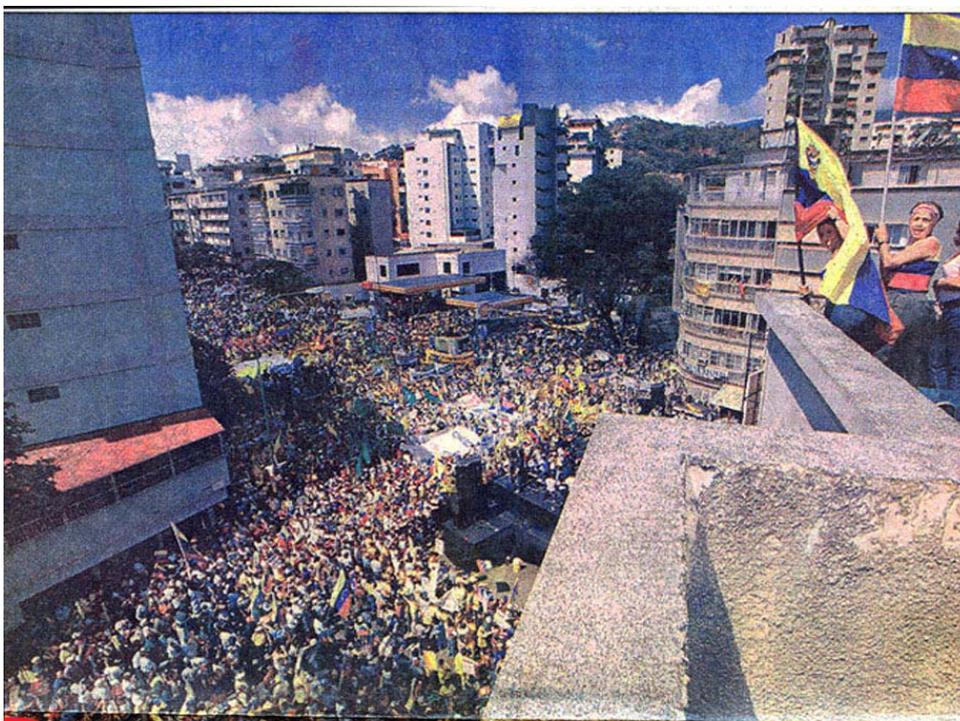


Manifestantes de oposición pidieron acatar sin trucos la voluntad popular

La OEA exige estar presente en las áreas clave del CNE

EE UU recla
a Venezuela
cooperación
contra
el terrorism

Cofel Black, coordina
oficina de Contraterror
Departamento de Esta
no es necesario dispo



Oposición		Proporción	Oficialismo	
Área de la concentración	Asistencia (personas)		Área de la concentración	Asistencia (personas)
76.000 m ²	122.000	14 : 1	6.300 m ²	8.190

Foto: Alejandro Freites

EL NACIONAL



Protesta en marcha La movilización que convocó la Coordinadora Democrática para conmemorar el 23 de Enero y exigir respeto a El Reafirmazo se realizó con absoluta normalidad. Los organizadores calculan que cerca de 150.000 personas caminaron hasta la avenida Victoria desde la plaza Madariaga, Candelaria, Santa Mónica y Chuao. El oficialismo, con la ayuda de autobuses llenos de seguidores del Presidente provenientes del interior, realizó una caminata desde el máximo tribunal hasta el Consejo Nacional Electoral, donde una comisión entregó un documento a los rectores para denunciar una supuesta campaña de la oposición contra el organismo

Fotos Orlando Ugueto e Iván González

Fotografien von Pro-Chávez Demonstration am 4. Februar 2004 in Caracas.

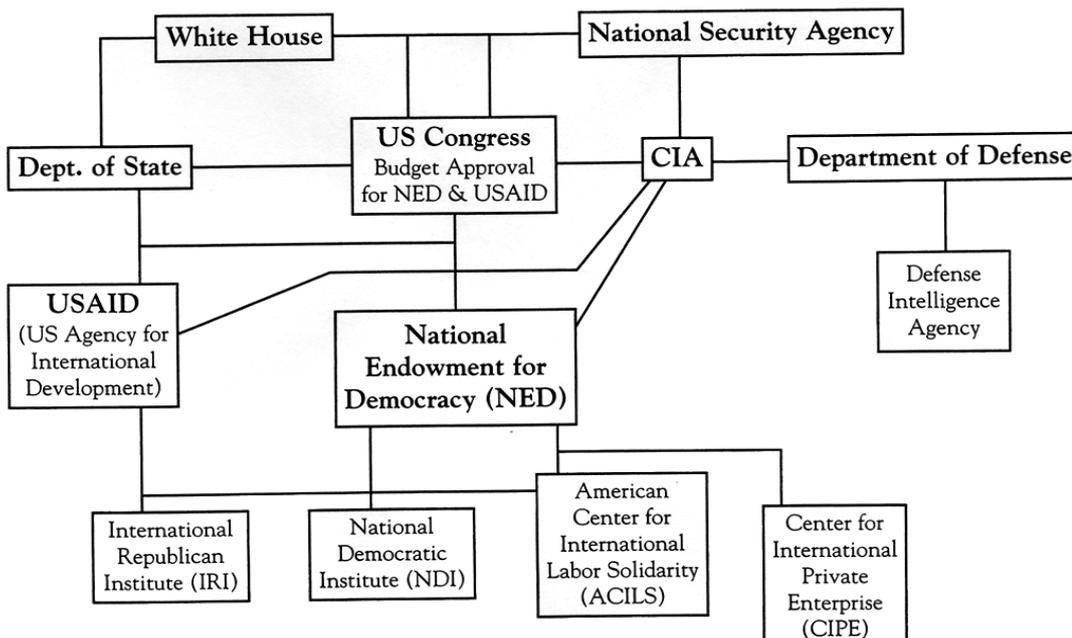
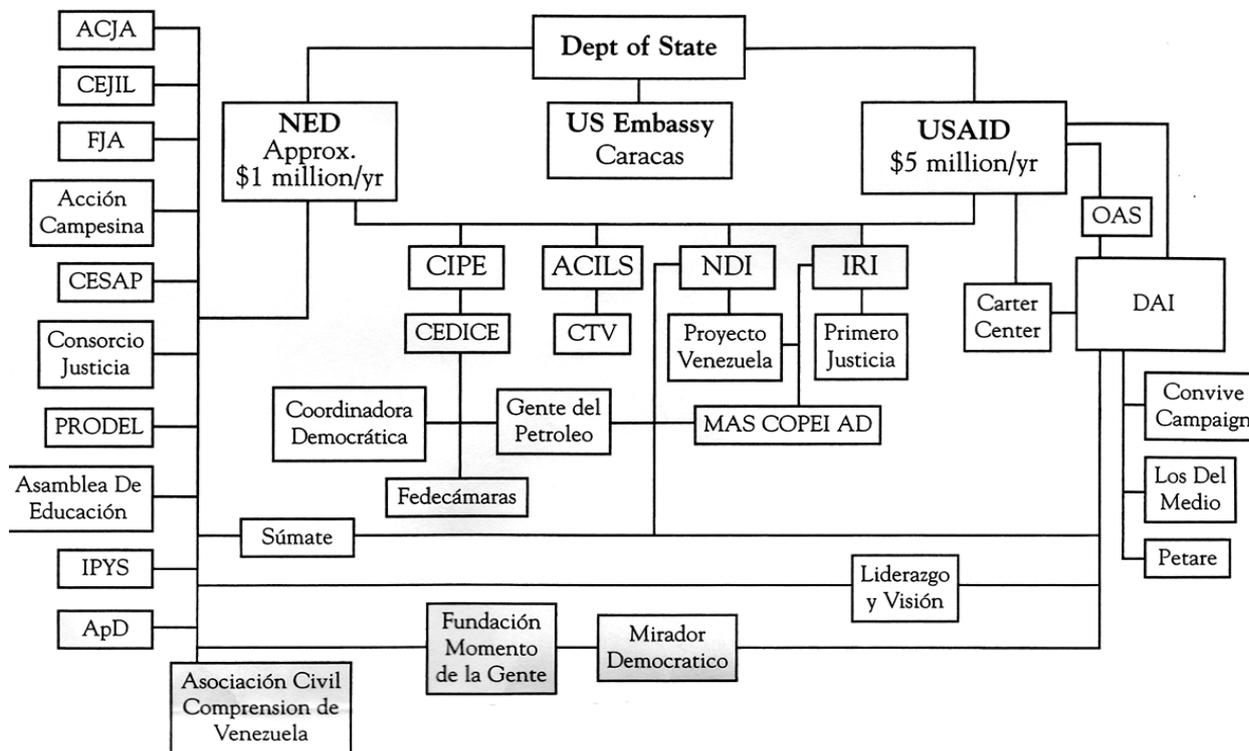


Fotografien von Contra-Chávez Demonstration am 23. Februar 2004 in Caracas:



Skizze der Finanzierung der Zivilgesellschaft in Venezuela durch die USA.

Quelle: Golinger Eva, The Chávez Code – Cracking U.S. Intervention in Venezuela, London, 2007, S. 134



Abstract

Bei Untersuchungen zur heutigen Situation Venezuelas, unter der Regierung von Hugo Chávez, finden sich immer wieder Verweise auf die Situation Chiles unter Salvador Allende. Oftmals dienen solche Verweise als symbolischer Vergleich zwischen diesen beiden Reformbewegungen, die den lateinamerikanischen Kontinent bis Heute prägen. In der vorliegenden Arbeit werden die tatsächlichen Unterschiede und Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ländern analysiert. Aufgrund der direkten Gegenüberstellung verschiedener Faktoren, wie der historischen Entwicklung, der Reformbewegung, des Präsidenten, der Opposition und des Militärs, beider Länder, werden vor allem Analogien bei den Maßnahmen der Gegenwehr der Opposition sowie sehr starke Divergenzen in der Reaktion des Militärs zur instabilen Lage in Chile und Venezuela sichtbar. Die Analysen dieser Arbeit dienen dazu, Antworten auf die unterschiedliche Etablierung der jeweiligen Reformbewegungen zu liefern und zu erklären, warum es möglich war, dass die Regierung Allende gestürzt wurde und die Regierung Chávez nicht.

Research of the current situation in Venezuela under the rule of Hugo Chávez shows considerable references to Chile under Salvador Allende. Often these references serve as symbolic reference between two reform movements marking the Latin American continent until today. In this paper the actual differences and similarities between the two countries are analyzed. Because of the direct comparison of various factors like the historical development, the reform movement, the president, the opposition and the military of the respective countries, very strong divergences in the reaction of the military to the unstable situation in Chile and Venezuela as well as analogies in the measures of resistance of the opposition become apparent. The analyses of this paper provide answers to the question of the different establishment of the respective reform movements and explain why it was possible to overthrow the Allende-government, but not the Chávez-government.

LEBENS LAUF

Name: Katia VILLARROEL MORENO

Geboren: 25. November 1971, in CHILE

- von 1987 bis 1991 AHS der Stadt Wien
- Absolvierung der Reifeprüfung im Juni 1991
- WS 1991/92 Inskription an der Universität Wien, Institut für Übersetzer- und Dolmetscherausbildung, in den Sprachen Spanisch und Französisch
- WS 1995/96 Inskription am Institut für Politikwissenschaft und am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien
- Oktober 2002 Erlangung des Magistergrades an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

Sprachkenntnisse: Deutsch, Spanisch, Englisch, Französisch sowie Grundkenntnisse in Italienisch und Ungarisch